





# »Exklusivbericht« zum GAZ-Parteitag

Damit man „offener“ reden“ könne (Grühl), hatte der GAZ-Bundestag zum Parteitag am 14.3. in Bonn weder die Presse, noch Vertreter der GRÜNEN eingeladen. Außer den 94 Delegierten und etwa 50 bis 60 weiteren GAZ-Mitgliedern waren nur einige ausgesuchte Gäste zugelassen worden, darunter Baldur Springmann. Aber wie das so geht, es sieht dann doch etwas durch, und schon verrät ein leninistisches Kampfblatt (wie der AK) der Öffentlichkeit, was eigentlich geheimgehalten werden sollte ...

## Von der „Ein-Punkt“- zur Ein-Mann-Partei

Die Erkenntnis von Olaf Dinne, daß Mehrheitsabstimmungen „der Fetisch aller Spinner“ und bei der Durchsetzung der wahren ökologischen Politik nur hinderlich sind, hat sich auch in der GAZ durchgesetzt. Wer die GAZ mit Grühl gleichsetzt, tut (fast) niemandem Unrecht. Das wurde schon bei Grühls ausrichtender Begrüßungsrede deutlich. Allen noch irgendwie Zweifelnden wurde wortgewaltig die Unvereinbarkeit der Ziele der GAZ mit denen der GRÜNEN eingebläut. Nicht ein einziger Delegierter hat es danach noch gewagt, für eine weitere Mitarbeit bei den GRÜNEN einzutreten. Bei den Vorstandswahlen wurde Grühl mit nur einer Gegenstimme (73 Fürstimmen, 6 Enthaltungen) als 1. Vorsitzender bestätigt. Mit ähnlichen Mehrheiten und ohne Gegenkandidaten wurden auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden gewählt (Frau Optis aus Baden-Württemberg und Herr Guhde von der rechtsextremen „Deutschen Gesellschaft für Menschenrechte“).

Einen Unmut gab es allerdings darüber, daß Grühl der einzige sein sollte, der an dem von ihm im Alleingang verfaßten Programm der Grünen Föderation noch Änderungen vornehmen durfte. Mit dem Hinweis auf das Schreckgespenst der paritätisch besetzten Programmkommission bei den GRÜNEN wurde diese Kritik schnell abgeblüht.

## Tumulte um die „Neutralisierung der BRD“

Der frühere stellvertretende GAZ-Vorsitzende, Professor Huster aus Münster, der auf dem Parteitag selbst nicht anwesend war, hatte einen Antrag zur „Bewahrung des Friedens“ eingebracht, in dem die Neutralisierung der BRD und die vorbehaltlose Unterstützung des Krefelder Appells gefordert wurde. Gegen diesen Antrag polemisierte Grühl schon in seiner Eröffnungsrede: der Krefelder Appell sei Propaganda für die Sowjetunion und die DDR; er lasse sich nicht zum nützlichen Idioten der DKP machen, und nach Afghanistan könne man auch nicht mehr die Neutralisierung der BRD fordern. In der Diskussion um den Huster-Antrag baute ein Herr Sperber die Grühlsche Position noch aus; er sei für die „Neutralität Deutschlands“, worunter er neben der DDR auch gleich noch die CSSR verstanden wissen wollte - die Mehrheit des Saals beklatschte das, während einige wenige Unterstützer des Huster-Antrags das Mikrofon umlagerten. Nach einer Pause, die zur Beruhigung der Gemüter eingelegt worden war, bot Grühl einen „Kompromiß“ an: entgegen der „Extremposition“ des Herrn Huster gelte es, eine „mittlere Linie“ zu vertreten; er sei bereit, in „sein“ Programm einen Satz aufzunehmen, daß „an kalkulierte Abrüstungsvorstellungen gedacht“ werden müssen (eingemüht).

Aufgrund der Kontroverse um die Abrüstungsfrage stimmten immerhin 15 Delegierte gegen Grühls Programm für die Grüne Föderation. 12 Gegenstimmen gab es gegen die „Verschmelzung“ der GAZ mit den übrigen Trägerorganisationen der Grünen Föderation noch im Frühjahr 1981. Damit steht die Parteigründung unmittelbar bevor. Eine große Mehrheit der GAZ-Delegierten entschied sich dafür, daß diese Partei auf das Markenzeichen „grün“ von sich aus verzichten solle - eine weitere klare Distanzierung von der Partei Die GRÜNEN, mit der man auf keinen Fall verwechselt werden will.

# 5 Gefangene immer noch in Todesgefahr

„In einer spektakulären Pressekonferenz - einer der wenigen der letzten Zeit - gab die CNI am Mittwoch, 18.2., die Übergabe von fünf vermeintlichen Militanten des MIR an den ersten Militärgerichtshof bekannt. Sie sind angeklagt wegen der Beteiligung an der Mehrheit der Attentate des vergangenen Jahres“, so berichtete die chilenische Zeitung „Hoy“ über die Verhaftung von fünf Chilenen und Chileninnen, gegen die Staatsanwalt und Innenministerium die Todesstrafe beantragt haben (vergl. AK 196).

Ein gemeinsamer Prozeß gegen die fünf Angeklagten läuft seit dem 24. Februar vor einem Militärgerichtshof. Zunächst sollten die fünf vom Kriegsgericht abgeurteilt werden, was bedeutet hätte, daß sie selber im Prozeß nicht gehört werden, keine Anwälte bekommen, keinerlei Berufungsmöglichkeiten haben und der ganze Prozeß samt Urteilsvollstreckung in Windeseile durchgezogen wird. Daß der Prozeß jetzt vor einem Militärgericht läuft, ist ein erster kleiner Erfolg der Solidarität, die international spontan eingesetzt hat. Dadurch sind zumindest ein Zeitaufschub und die Einschaltung von Anwälten möglich geworden.

Sowohl Militär- als auch Kriegsgerichte sind in der neuen Verfassung verankert und sind die zuständigen Gerichte für Gewaltdelikte und damit für praktisch alle politischen Gefangenen, die laut Verfassung alle als Terroristen und Gewalttäter eingestuft werden.

Die Anklage lautet auf „Mord“ in acht Fällen an Mitgliedern des Heeres und der Polizei (darunter auch die spektakuläre Ermordung des Oberst Vergara Campos im Juni 80), Überfälle auf Banken und andere Anschläge, wie z.B. auf Hochspannungsleitungen. Die DINA-CNI vermutete auf der genannten Pressekonferenz, daß drei der Angeklagten in Kuba eine Guerilla-Ausbildung erhalten haben und illegal mit gefälschten Papieren nach Chile zurückgekehrt seien. Auf die Frage von Journalisten nach Andres Pascal Allende, dem Generalsekretär des MIR, gab die CNI nur eine kurze Antwort: „Schwierig zu antworten, sehr schwierig“ („Hoy“, 25.2. - 3.3.81).

Dringlichste Aufgabe ist zunächst, das Leben der fünf Gefangenen zu retten, d.h. die Todesurteile zu verhindern. Die Koordination der Chile-Solidarität in Europa (Coordinacion de la Solidaridad Europea con Chile) fordert darüber hinaus generell: Abschaffung der Todesstrafe in Chile, das Recht auf Widerstand, das Recht, im Heimatland zu leben.

In verschiedenen europäischen Städten hat es spontane Solidaritätsaktionen gegeben. Hungerstreiks u.a. in Holland, Grenoble, Stockholm und auch in Bochum. Von überall wurden Telegramme und Unterschriftenlisten nach Chile geschickt, aus Kopenhagen sollen es 10.000 Briefe gewesen sein. Demonstrationen gab es in London, Rom, Brüssel, darüber hinaus Veranstaltungen und Kundgebungen gegen die Todesstrafe und die neue Verfassung (nach Radio Moskau, 10.3.81).

Wer sich solidarisieren möchte, kann Unterschriften sammeln und Briefe oder Telegramme schicken an:

Primera Fiscalía Militar  
Fiscal Luis Berger  
Galvez 102  
Santiago-Chile

Textvorschlag:  
Exigimos abolicion de pena de muerte en Chile. Exigimos retirar petition pena de muerte para los cinco detenidos.

Miriam de Lourdes Ortega Araya  
Victor Ortega Araya  
Carmen Gloria Escobar Gonzales  
Carlos Arturo Garcia Herrera  
Ismael Rodriguez Vergara.  
(Übersetzung: Wir fordern die Abschaffung der Todesstrafe in Chile. Wir fordern die Zurücknahme des Antrags auf Todesstrafe gegen die fünf Verhafteten...)

Nach letzten Meldungen soll eine sechste Person verhaftet und im gleichen Zusammenhang angeklagt worden sein, darüber ist noch nichts genaueres bekannt.

Hamburger Rechtsanwälte haben sich zur Verteidigung der Angeklagten angeboten.

Die 28 Personen, die anlässlich einer Demonstration zum Internationalen Frauentag verhaftet wurden (darunter fünf Deutsche, eine Holländerin, eine Norwegerin), befinden sich nach wie vor in Haft.

# 5.000 Pfund Haschisch - da lacht die Falange

In der Nacht zum Dienstag, Punkt 1.30 Uhr, stoppten Hamburger Zivilfahnder einen gemieteten Möbelwagen, weil er ihnen wegen Überladung aufgefallen war. Ein nachfolgender zweiter Kastenwagen wendete und fuhr davon. Bei der Überprüfung der Fahrer des ersten Wagens stellte sich heraus, daß diese keinen Schlüssel zum Laderaum dabei hatten und sich über das Transportgut in Widersprüche verwickelten. Die Zivilfahnder schalteten Kripo und die gemeinsame Fahndungsgruppe Rauschgift des Zolls und Rauschgiftdezernates ein. Beim Öffnen der Ladetüren entdeckte man 100 Plastiksäcke, die vom hinzugezogenen Sachverständigen, einem Cockerspaniel namens Pluto, mit Purzelbäumen als Haschisch identifiziert wurden. Insgesamt 2500,9 kg im Großhandelswert von 8 - 10 Millionen DM (Abnehmerpreis inland) wurden sichergestellt, die größte bisher in der BRD beschlagnahmte Einzelmengende (nach dem Polizeibericht vom 11.3.).

Hamburgs RD-Chef Plewke hatte endlich wieder Grund zum Jubeln, nachdem in den vergangenen Wochen die Praxis der lokalen Untergrundfahndung arg unter Beschuß geraten war: „Es ist uns gelungen - wenn auch mit Hilfe des Zufalls - einen vorbeugenden Erfolg im Kampf gegen das Rauschgift zu erringen. Jeder Bürger wird sich freuen über diesen Erfolg“ („Hamburger Abendblatt“, 12.3.). Wir nicht, wir wundern uns: - Wie kann ein Möbelwagen mit 2,5 to Haschisch wegen Überladung auffallen, wenn seine (nach Auskunft der Verleihsfirma) zulässige Zuladung 2,3 to beträgt, und auch nach einer zusätzlichen Tonne eine Überladung von außen noch lange nicht zu erkennen ist?

Der Wagen wurde ein paar hundert Meter außerhalb der Zollgrenzstelle-Veddel des Hamburger Freihafens angehalten. Nach Plewks Meinung ist das Haschisch über den Hafen angeliefert worden - wie kam es denn in einem Mietwagen, der zu den grundsätzlich überprüften Fahrzeugen gehört, durch die Zollkontrollen? Haben die Beamten vielleicht erst kassiert und dann gebliffen oder war der Zugriff in Wirklichkeit eine Farnse?

Der Polizeibericht spricht ausdrücklich davon, daß „a. a. Grüner Türke“ aufgefunden wurde (in der gesamten Tagespresse wurde daraus ausschließlich Grüner Türke). Der strahlende Beamte der Asservatenkammer des RD streckt den Fotografen aber Leinenbeutel mit einem typischen libanesischen Markenstempel entgegen, in die „das in Platten gepreßte Haschisch eingepackt“ war („HA“, 12.3., siehe Bild). Gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ teilte die Anwaltskanzlei der beiden Verhafteten mit, ihre Mandanten hätten „von einem libanesischen Auftraggeber jeweils 20.000 DM für den Transport“ bekommen.

Seit dem libanesischen Bürgerkrieg 75/76 stehen Hanf-Anbaugelände und Verschiffungshäfen unter Kontrolle der christlichen Milizen. Von ihnen wurde in der Vergangenheit schon mehrmals berichtet, daß sie neben Heroin auch Haschisch als Ware im Kompensationsgeschäft für Waffen gegen die libanesischen Linke und die Palästinenser vertreiben. Die Haschisch-Ernte des letzten Jahres war „die beste und umfangreichste seit einem Jahrzehnt“ berichteten Beirut-Zeitungen im September 1980 („FAZ“, 20.9.80).

Im internationalen Drogenhandel wird „cash down“ bezahlt, der bargeldlose Zahlungsverkehr findet erst anschließend „beim Waschen“ des schwarzen Geldes, statt. Die Hamburger Aktion traf, wie bei allen anderen Zugriffen dieser Größenordnung, lediglich die Ware; Geld wurde nicht beschlagnahmt.

Ein Grund zur Freude? Nicht für die PLO im bevorstehenden neuen Bürgerkrieg gegen die Übermacht der israelischen Armee und der christlichen Streitkräfte, und auch nicht für all diejenigen, die wegen Haschischknappheit den billigen Heroinangeboten zum Opfer fallen. Und wer statt „Jägermeister“ einen guten „Libanese“ bevorzugt, zahlt für ein Gramm bald so viel wie für eine Flasche der legalen Droge.

Drogenkommission

# »Modell Bayern«

Fortsetzung von Seite 1

Die SPD hat es angelehnt der Nürnberger Methoden und der aggressiv staats-terroristischen Parolen der CDU/CSU relativ leicht, demokratische Opposition zu spielen. Sie will angeblich immer noch „den Dialog mit der kritischen Jugend suchen, Unzufriedene, aber im Grunde staatsreue Jugendliche dürfte man doch nicht mit den bösen Kommunisten und Terroristen in einen Topf werfen. Sämtliche integrationistischen Lockereien aus den Jahren der APO-Revolt werden wieder hervorgekramt und als neueste menschliche Einsichten der SPD-Politiker angeboten. Sogar Helmut Schmidt, der Kanzler des »Deutschen Herbstes«, des Atom-Programms und der »Nachrüstungsbeschlüsse«, beginnt plötzlich über »gegenseitige Toleranz« und das »Gespräch zwischen den Generationen« zu philosophieren - wie einst sein Vorgänger Willy Brandt.

Ger so groß wird aber am Ende der Unterschied zwischen den Taten der Regierungskoalition einerseits und der CDU/CSU andererseits wohl nicht sein. Beide gehen von derselben Voraussetzung aus, nämlich dem Schutz der Interessen des Finanzkapitals und der Bewahrung der herrschenden Verhältnisse. Der Spielraum der Regierungskoalition, um die Massenbewegungen durch kleinere Zugeständnisse zu täuschen und wieder zu integrieren, ist minimal. Bloßes Abwarten - wie in Westberlin - hat sich gleichfalls als nicht geeignet zur Verwirrung und

Auflösung des Protestpotentials erwiesen. Hunderttausende, die sich ohne viel Gerede über Verbote und Gesetze der Herrschenden hinwegsetzen, sind ein harter Brocken. Das Argument der CDU/CSU, daß für die Herrschenden alles nur noch schlimmer wird, wenn der Staat Hausbesetzungen, verbotsne Demonstrationen usw. duldet, gewinnt an Kraft, je länger der gegenwärtige Zustand andauert.

Sobald der Regierungskoalition nicht rasch eine sichtbare Schwächung der Massenbewegungen durch Täuschungsmanöver, kleine (scheinbare) Zugeständnisse u.ä. gelingt, ist damit zu rechnen, daß der Staat generell zum Polizei- und Justiz-Terror gegen die Hausbesetzungen, gegen die neue Jugend-Revolt, gegen die Anti-AKW-Bewegung, gegen die Friedensbewegung usw. greifen wird. Spätestens nach den Wahlen in Westberlin (Mai) dürfte dieser Punkt erreicht sein. Daß die Neigung der Herrschenden zum Staats-Terror großen Stills zunimmt, hängt eng mit ihren sonstigen Plänen zusammen. Die Massenbewegungen richten sich gegen das zentrale Nervensystem des Staates: Gegen das Atom-Programm und gegen die Kriegerüstung. Dies geschieht in einer internationalen Situation, wo der imperialistische Block unter Führung der USA zielstrebig und offen auf neokolonialistische Militärinterventionen in der »Dritten Welt« und einen Dritten Weltkrieg noch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zusteuert. Das Risiko, daß unser Land Schauplatz eines atomaren »Schlagabtauschs« mit ungeheuerlichen Konsequenzen wird, ist riesengroß, fast schon unabweich-

lich. Je mehr sich die internationale Lage auf dieses Risiko hin zuspitzt, umso stärker und breiter wird in unserem Land der Protest dagegen werden, Schlachtopfer imperialistischen Irrsinns zu werden. Den Planen in Bonn ist das völlig klar. Sie wissen auch, daß ein Regime, das wie eine Politik am Rande des atomaren Infernos betreibt, sich eine Opposition im eigenen Land immer weniger leisten kann. Daraus ergibt sich die Härte der auf uns zukommenden Kämpfe. Es geht ums Überleben. Unseres oder des des imperialistischen Systems. Beides zusammen wird nicht gehen.

## IM JAHR DER SCHWEINE

Dies ist das Jahr der Schweine, und dieses Jahr wird lang. Es zieht durch unsere Städte dieser Schweinegestank.

Die, die uns jetzt verfolgen, verstehen ihr Geschäft. Weh dem, der jetzt noch sorglos und ohne Waffe schläft.

Maocher wird uns verraten. Sei wachsam, wo du bist. Wir müssen überleben, kämpfen mit aller List.

Flich in die Katakomben, eh du dich fangen läßt. Am Bahndamm wird jetzt mancher unter den Zug gebettet.

Doch auch das Jahr der Schweine wird einmal enden. Dann, dann bricht der rote Morgen der endgültigen Zeit an.

Und darum laßt uns feiern auch vor der Feiertag, und sollten uns auch stärken an unserer Einigkeit.

F. J. Degenhardt

## Betrifft: Zürich

Gerade habe ich einen Brief aus Zürich bekommen, aus dem ich auszugsweise zitieren möchte. Da gibt es nichts zu kommentieren. Denen wird einfach die Luft abgedreht ... R.

Zürich, d. 7.3.

Lieber R.,  
(...) Hier in Zürich verharren sich die Fronten zusehends. Gestern war Karneval, während dem ein Modehaus in die Luft gesprengt und das Rathaus beschmier wurde sowie hunderte von Scheiben barsten. Auf den 21. März (Frühlingsanfang) wird wieder eine Großdemo angesetzt.

Der Stadtrat will nun plötzlich das AJZ (autonome Jugendzentrum) öffnen, doch nur mit einer verschleierten Trügerschaft, die wir nie akzeptieren werden. Zudem hat er bei der Legislative einen 1,8 Mio Fr.-Kredit beantragt. Bis das Referendum, das sicher ergriffen wird, vorbei ist, wird es Herbst. Dann stehen die Wahlen an: Zwei Kandidaten wollen Stadtpräsident werden. Einer wird das AJZ öffnen und sich profilieren: Politik auf dem Rücken der Bewegung. Nun gibt es sicher ein heißes 1981.

Ende März müssen viele Leute aus ihren Wohnungen raus: Sanierung. Schon jetzt werden Häuser besetzt, die jedoch sogleich mit harten Einsätzen geräumt werden (auch ohne Anklage des Hausbesitzers, obwohl kein Offizialdelikt!). Zudem schließen gleich drei Kneipen, wo wir uns jeweils treffen - wir sind auf die Straße verdammt.

Auch die 'Rote Fabrik' ist bald am Ende, denn jedes Konzert wird gestört, Fenster eingeschlagen. Viele Junge verstehen ihre Kraft nur noch in sogenannten 'Zerstörungen' einzusetzen. Hinzu kommt noch wie vor die schizophrene Situation, daß Konzerte im Theatersaal (200 Leute fassend) durchgeführt werden können, weil die Stadt die Aktionhalle (1200 Leute fassend) nicht freigibt für Rockkonzerte. Jegliche andere Hallen sind für uns gesperrt. In Zürich gibt es bald nur noch nichts: das perfekte Vakuum! (...)

Tschüß ...

## Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lärchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 08 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 88500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterschienen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Abenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



# Massenverhaftung Bayern praktiziert den Polizeistaat

## Justiz als Arm der Polizei

„Der Eskalation des Straßenterrorismus gilt unsere besondere Wachsamkeit. Wir werden es auch künftig nicht zulassen, daß sich Rechtsbrecher einen rechtsfreien Raum erkämpfen. Auch darf die Polizei nicht zum Freiwilligen brutalen Chaoten und Krawallmacher werden. Eine Demonstration der Stärke soll den Krawallverursachern von vorneherein zeigen, was ihnen blüht.“ Mit dieser Erklärung leitete Bayerns Innenminister Tandler kürzlich einen neuen Kurs ein, der alles bisher dagewesene in den Schatten stellen sollte. Am Aschermittwoch ließ dann Strauß nochmal die Sau raus: „Die Hausbesetzer sind heute der Kern neuer terroristischer Aktionen.“ Den „töbenden Chaoten“ erteilte er deshalb eine eindeutige Warnung: „Aber die großen Lumpen muß man schwerer auf den Hintern schlagen.“ Das war der Auftakt.

### Donnerstag, 5.3. Tandler schlägt zu

24 Stunden nach Strauß' Aschermittwochhetze beginnt die Polizei in Nürnberg, den neuen Kurs in die Praxis umzusetzen. Zum Anlaß wird eine spontane Demonstration genommen, die abends im Anschluß an eine Kraaker-Versammlung im KOMM (selbstverwaltetes Jugendzentrum) entsteht. Ca. 200 Jugendliche vertreiben zuerst eine Zivilstreife, die sich vor dem KOMM rumbewegt und ziehen dann eine halbe Stunde lang durch die Innenstadt. Schon bald wird der Zug von ca. 10 - 15 Streifenwagen eskortiert. Trotzdem gehen unterwegs ein paar Scheiben zu Bruch, so bei der Westdeutschen Kreditbank, der Commerzbank und beim Kaufhof. Die Polizei greift nicht ein, sie beobachtet nur — inzwischen bereitet sich die Führungsspitze im Polizeipräsidium auf den großen Schlag vor. Zwei Hundertschaften werden mobilisiert und in Bereitschaft gehalten, aus dem Nürnberger Umland zieht man sämtliche verfügbaren Streifenwagen zusammen. Die Demo löst sich bald auf, ein großer Teil der Demonstranten zieht ins KOMM zurück, andere gehen nach Hause oder in die Kneipe.

Um etwa 23 Uhr beginnt das Umstellen und hermetische Abriegeln des KOMM durch Bereitschaftspolizei. Um etwa 23 Uhr beginnt das Umstellen und hermetische Abriegeln des KOMM durch Bereitschaftspolizei und Bullen vom Sonderinsatzkommando (SEK). Zu diesem Zeitpunkt befinden sich dort rund 180 Leute, viele (etwa 60) Jugendliche sitzen in der Teestube, spielen Schach oder trinken in der KOMM-Kneipe ihr Bier; sie haben bis zu diesem Zeitpunkt von der Demo noch gar nichts erfahren. Schnell spricht sich aber rum, daß keiner mehr das KOMM verlassen kann. Auch der Telefonkontakt ist unterbrochen.

Das Polizeimanöver spricht sich dennoch schnell in der Szene herum, bald findet sich ein Haufen von Leuten ein. Die Bullen erwägen kurzzeitig, diese „störende Menschenmenge abzu-

räumen“, entschließen sich dann aber, einfach bis in die frühen Morgenstunden zu warten. Um 3.30 ergeben sich die „KOMM-Inassen“ (O-Ton Polizei), alle werden durchsucht, festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Hätten die Jugendlichen das KOMM nicht „freiwillig“ verlassen, „wären meine Beamten gewaltsam eingedrungen“, so Polizeipräsident Helmut Kraus am nächsten Tag.

Daß es der Polizei erspart blieb, mit einer zwangsweisen Räumung des KOMM den größten jugendpolitischen Skandal Nürnbergs zu provozieren, ist das zweifelhafte Verdienst des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Lutz und einiger KOMM-Mitarbeiter. Noch vor Mitternacht bietet einer der Mitarbeiter der Polizei an, auf die Jugendlichen im KOMM einzuwirken, daß sie freiwillig das Gebäude verlassen. Kurze Zeit später tritt Egon Lutz auf den Plan, seine Tochter befindet sich auch unter den „KOMM-Inassen“. Die Polizei läßt ihn als einzigen durch die Absperrung, er schaltet sich sofort in die Verhandlungen ein: „Zusammen mit dem Einsatzleiter der Polizei und den KOMM-Leuten ist es mir gelungen, die zum großen Teil jungen Menschen zur Aufgabe zu bewegen. Lediglich eine kleine Minderheit wollte sich nur gewaltsam aus dem Haus bringen lassen. Ich habe auch versprochen, mit zur Polizei zu kommen.“ (E. Lutz nach „Nürnberger Nachrichten“ (NN), 7.3.) Daß er und einige KOMM-Mitarbeiter mehr versprochen haben, nämlich daß alle nach Aufnahme der Personalien sofort wieder freigelassen werden, wird natürlich verschwiegen. Daß Egon Lutz seine eigenen Versprechen an diesem Abend nicht einmal einhalten kann, weil er noch in der gleichen Nacht selbst Opfer des rigiden Polizeieinsatzes wird, gibt seiner Verhandlungsstrategie eine ironische Komponente: Nachdem er im Polizeipräsidium erklärt hatte, er bleibe bis zur letzten Jugendlichen frei sei, warfen ihn die Bullen raus mit der Begründung, er sei wohl alkoholisiert und stehe den Ermittlungstätigkeiten im Wege.

Sofort im Anschluß an die Verhaftung beginnt die Polizei mit einer systematischen Durchsuchung und generalstabsmäßigen Erfassung des KOMM. Bis 6 Uhr morgens wird jedes Plakat und jede Parole fotografiert, jedes Zimmer, jedes Gruppenräumchen werden auf den Kopf gestellt und bis auf den letzten Winkel inspiziert. Das Material soll später Grundlage für einen frontalen Angriff auf das KOMM sein. Dieser Vorgang ist ein weiterer Beleg dafür, daß die ganze Aktion von langer Hand vorbereitet war und Bestandteil eines Großangriffes der CSU nicht nur auf das bestehende Demonstrationsrecht, sondern auch auf die letzten Bastionen liberaler Jugendpolitik ist.

### Freitag, 6.3. Der Justizapparat setzt nach

Bis zum Freitag morgen, 5 Uhr, hat die



Demonstration, 7.3.81, vor dem Bullenpräsidium

Polizei 164 Personen verhaftet. Im Laufe des Tages werden etwa 20 Leute auf freien Fuß gesetzt, weil sie nachgewiesenermaßen Mitarbeiter des KOMM sind, die gar nicht auf der Demo gewesen sein können.

Den ganzen Vormittag rufen besorgte Eltern im Polizeipräsidium an und erkundigen sich nach ihren Kindern. Alle erhalten die gleiche Antwort: „Hier können wir nichts feststellen, alles geht drunter und drüber.“ Zynisch heißt es später von Seiten der Polizei, man habe „Mengenprobleme“ gehabt und deshalb den Eltern keine Auskünfte geben können. Die „Mengenprobleme“ führen auch dazu, daß die Inhaftierten zu zehnt in Einzelzellen sitzen müssen, teilweise bis zu zwölf Stunden lang. Denn der Staatsanwalt hat entschieden, daß alle dem Ermittlungsrichter vorgeführt werden müssen.

Damit beginnt ein Schauspiel, das selbst bürgerliche Juristen auf die Palme bringen wird. In Gruppen von fünf Leuten werden die Inhaftierten den drei Ermittlungsrichtern vorgeführt. Und obwohl das Gesetz für die Anordnung von U-Haft strenge Einzelhaftprüfung vorschreibt, werden an diesem Tag Haftbefehle vorzulegen vom Fließband erteilt. Rechtsanwalt Graf: „Die Haftbefehle kamen aus dem Kopierschreibapparat.“ Pauschal werden alle des „schweren Landfriedensbruchs“ beschuldigt und wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe (sechs Monate bis zehn Jahre Gefängnis, keine Geldstrafe) gehen die Richter von bestehender „Fluchtgefahr“ aus.

Zu den Vorgängen am Freitag berichteten später u.a. zwei Anwälte aus Nürnberg. RA Becker: „Daß ein Haftbefehl über sämtliche Festgenommenen verhängt worden ist, ist ein in der Bundesrepublik einmaliger Vorgang. In der Justiz kenne ich keinen vergleichbaren Fall. Wir sind der Meinung, daß hier die Haftbefehle unter Bruch des Rechts erlassen worden sind. Es handelt sich hier um rechtswidrige Vorgänge. Es sind zum großen Teil Minderjährige, Heranwachsende in den Gefängnissen, Kinder oder Heranwachsende, die einen festen Wohnsitz haben, die in einem Lehr- oder Arbeitsverhältnis stehen oder zur Schule gehen. Ein Vater hat mir berichtet von seinem Sohn, dessen Abiturarbeiten in der kommenden Woche anfangen. Es ist aberwitzig, hier von einer Fluchtgefahr zu sprechen.“

Rechtsanwalt Graf: „Wir haben versucht, mit den Mitarbeitern des KOMM als Entlastungszeugen zu den einzelnen Haftöffnungszeiten zu kommen und zu sagen, hier waren etwa 60, 70 oder 80 Leute. Im KOMM während der Demonstration, ihre Argumentationskette, daß sie sagen, dieser oder jener ist dringend der Tat verdächtig, muß falsch sein. Die Ermittlungsrichter haben im ersten Augenblick sehr gestutzt und haben erst einmal ihre Termine unterbrochen. Sie haben sich dann in einer Art Schnellkonferenz zusammengesetzt, sind aber weiter stutzig geblieben, bis die Staatsanwaltschaft dazu gekommen ist. Mein Eindruck war der, an diesem Abend hat die Staatsanwaltschaft das Sagen gehabt. Denn danach kam dann der Ermittlungsrichter Dörner auf uns zu und hatte die Frechheit, uns zu sagen: „Uns interessieren Ihre Entlastungszeugen nicht, wir haben jetzt keine Lust, die zu hören.“ Das ist der große Skandal, daß sich hier zum ersten Mal ganz massiv auch Richter zu solchen Verfahrensweisen hergeben haben. Ein Richter ist ebenso wie ein Staatsanwalt dazu verpflichtet, entlastende Momente bei der Ermittlung zu berücksichtigen. Wenn diese ent-

stenden Momente sogar noch an ihn herangetragen werden, er mit der Nase darauf gestoßen wird und er dann sagt: 'Ich habe keine Lust dazu', dann ist das ein ganz erheblicher Skandal.“

Der Platz reicht hier nicht aus, um über sämtliche skandalösen Vorgänge im Bullenhauptquartier an diesem Freitag zu berichten. Rechtsanwälte wurde angedroht, sie vor die Tür zu setzen, weil sie noch keine Vollmacht ihrer Mandanten besaßen, empörte und weinende Mütter wurden angeschnauzt, sie sollten gefälligst nach Hause gehen, sie hätten sowieso keinen Einfluß auf den Ablauf der Dinge. Den Verhafteten wird größtenteils jeder Kontakt mit Anwälten und Eltern verweigert. Viele von ihnen sind im Alter von 15 bis 18 Jahren, sie sind meist zum ersten Mal mit einer solchen Situation konfrontiert. Was allein auf diesem Wege an Aussagen erpreßt und an Informationen „gewonnen“ wurde, läßt sich heute noch nicht ermes-

sen. Im Laufe des Freitags stellen die Richter bei 141 Inhaftierten „Verdunklungs-Fluchtgefahr“ fest. Die Untersuchungshäftlinge werden am Samstag auf Knäute in ganz Bayern verteilt, so nach Cronach, Craillheim, Bayreuth, Straubing, Aichach, Regensburg, Weiden, München und Nürnberg. Zu diesem Zeitpunkt ist „draußen“, bei Bekannten und Eltern der Inhaftierten sowie in der Szene nichts Genaues über ihren Verbleib bekannt. Erst langsam sickert die Erkenntnis in unser Bewußtsein, daß die Verhafteten nicht — wie sonst — nach einigen Stunden wieder auftauchen werden, sondern mindestens Tage, vielleicht sogar Wochen hinter Gittern verschwinden. Der nächste Haftprüfungstermin soll der 20.3. sein, also in vielleicht sogar Wochen hinter Gittern verschwinden. Der nächste Haftprüfungstermin soll der 20.3. sein, also in zwei Wochen!

Währenddessen beginnt die CSU-Regierung in ersten Stellungnahmen, das Vorgehen von Polizei und Justiz offensiv, z.T. in direkt faschistischem Jargon zu verteidigen. So erklärt z.B. Franz Neubauer vom bayerischen Innenministerium zur Kritik der SPD am Polizeieinsatz: „Es ist fünf vor zwölf. Wenn sich SPD und FDP schon gegen eine Gemeinsamkeit der Demokraten stellen, bleibt nur die Hoffnung auf die Gemeinsamkeit der Normalen“ („SZ“, 7.3.). CSU-Sprecher bestreiten, daß es sich um eine geplante Strafaktion gegen Hausbesetzer handle, die Ausdruck des neuen Kurses von Strauß und Tandler sei. Inzwischen wird aber bekannt, daß bereits zwölf Stunden vor der Demonstration am Donnerstagabend im Nürnberger Untersuchungsgefängnis Zellen mit der Begründung geräumt worden sind, daß für den Abend etwa 30 Festgenommene aus der Hausbesetzerzone erwartet würden (nach „NN“, 12.3.).

### Samstag, 7.3.

„Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!“

Eine schon länger für diesen Samstag geplante Hausbesetzer-Demo wird zu einer ersten großen Manifestation gegen den staatlichen Terror, mit 2.000 Leuten für Nürnberg eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre. Diese Zahl ist auch deshalb bemerkenswert, weil alle noch unter dem Eindruck der Massenverhaftungen zur Demo gehen. Die Demonstranten rechnen mit Allem, keiner ist sich sicher, ob er die nächste Nacht zuhause verbringen wird.

Zum Auftakt skizzieren Rechtsanwälte nochmal kurz die aktuelle Lage. Sie können noch immer nicht sagen, wie hoch die Zahl der Verhafteten ist und wer alles dazu gehört. RA Graf: „Was will Herr Kraus eigentlich hier, wenn er von Berliner Verhältnissen in Nürnberg spricht. Ich denke da an die Verhältnisse bei der NPD-Kundgebung im letzten Jahr, bei der gewaltsamen Räumung des Hauses Veilrodterstr. oder die Räumung Johannistr. 70, für die es keine Nachtgrundlagen gab. Will Herr Kraus hier nicht den Bürgerkrieg und probt er ihn nicht schon lange?“

Die Demo führt zum Justizgebäude, dann zum Untersuchungsgefängnis, anschließend zum Bullenpräsidium. Überall ertönt die Parole „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!“, besonders laut natürlich vor dem Knastgebäude. Die ganze Demo ist ein andrucksvoller Beweis dafür, daß es Strauß und Tandler nicht gelungen ist, die Lage in Nürnberg zu „befrieden“.

### Sonntag, 8.3.

Eltern gehen auf die Barrikaden

### Sonntag, 8.3.

Eltern gehen auf die Barrikaden

Immer noch sind nicht alle Namen der Verhafteten bekannt. Zusätzlich beginnt jetzt das Nachforschen nach den Aufenthaltsorten der Gefangenen, da sie über Nacht in die verschiedenen bayerischen Knäute verschoben worden waren. Das KOMM entwickelt sich zu einem Umschlagplatz für Informationen, Sachmeldungen und Anfragen. Es drängen sich Assoziationen an chilenische Verhältnisse auf, wo Menschen einfach verschwinden und nicht einmal die Angehörigen ihren Aufenthaltsort erfahren.

Am Nachmittag versammeln sich ca. 400 Eltern und Freunde der Inhaftierten im KOMM. „Die Stimmung am Samstag nachmittag im Kommunikationszentrum ist geprägt von Empörung, Ratlosigkeit und Angst. Die Unsicherheit und Sorgen der letzten Tage und Nächte

Fortsetzung nächste Seite



Hitlers Geist: „Warum macht ihr es euch denn so schwer?“

Diese Karikatur aus der „Abendzeitung“ überschreitet nach Meinung des bayerischen Justizministers Hilbermeier „in skandalöser Weise die weit gezogenen Grenzen, die eine Kritik in Form einer Satire eingeräumt seien!“



Die ersten Entlassenen ...



Fortsetzung von der vorherigen Seite

haben vor allem in den Gesichtern der Mütter ihre Spuren hinterlassen. Zeitweise verwandelt sich die Elternversammlung in einen Suchdienst wie nach dem Kriege. Väter und Mütter treten nacheinander ans Mikrophon und geben die Besuchszettel der einzelnen bayerischen Gefängnisse bekannt. („NN“, 9.3.).

Ein Gesetz, das vor Jahren in Zusammenhang mit Terroristen-Prozessen erlassen worden ist, wird nun für alle zu einem Problem: Ein Rechtsanwalt kann immer nur einen Mandanten in derselben Sache vertreten, d.h. 141 Rechtsanwälte müssen gefunden werden.

Viele Eltern sind bis zu diesem Zeitpunkt offiziell nicht von der Festnahme ihrer Kinder unterrichtet worden. Das Wort vom Polizeistaat macht die Runde. Rechtsanwälte berichten von ihren Erfahrungen mit den Ermittlungsrichtern und sprechen von einem Polizei- und Justizskandal. Von einigen besonders eklatanten Fällen wird berichtet: So ist z.B. unter den Festgenommenen die Mutter eines 10 Monate alten Kindes, nicht einmal für sie wurde der Haftbefehl aufgehoben, obwohl den Ermittlungsrichtern ihre Lage bekannt war. Einer anderen Verhafteten hatte die Polizei die Schlüssel abgenommen und anschließend ihre Wohnung durchsucht und versiegelt. Eine Vertreterin von amnesty international gibt bekannt, daß sie zwar nicht im eigenen Land tätig werden kann, daß sie aber ihrer Londoner Zentrale genau über die Vorgänge informieren will, damit die sich sofort für die Festgenommenen einsetzen können.

Die Eltern beschließen, sich alle am nächsten Tag morgens um 8 Uhr beim Ermittlungsrichter zu treffen, um dort gemeinsam die Besucherscheine zu beantragen.

## Montag, 9.3.

Die ersten Besuche im Knast: Psychoterror und Schikanen gegen die Inhaftierten

Schon vor 8 Uhr beginnt der Ansturm der Eltern auf den Ermittlungsrichter. Nachdem die ersten Besucherscheine ausgestellt worden sind, kommt es bei Richter Dörner zu turbulenten Szenen, in denen Eltern ihre Wut und Empörung zum Ausdruck bringen. Dörner ist direkt verantwortlich für die Haftbefehle, und es gelingt ihm nicht, den Eltern weiszumachen, er habe nur nach dem Gesetz gehandelt und sei gezwungen gewesen, alle in U-Haft zu nehmen. Sein Zynismus macht die Anwesenden noch wütender. Als ihm in der Aufregung der Satz rausrutscht, die Eltern sollten nicht „wegen jedem Kiste“ bei ihm anrufen, treibt das die Empörung auf den Höhepunkt. Dörner verläßt vorläufig den Saal und läßt die aufgebrachtsten Angehörigen allein.

Nachdem alle ihre Besucherscheine erhalten haben, werden Mitfahrgelegenheiten organisiert und andere Vorbereitungen für die Knastbesuche getroffen.

Die CSU setzt auch am Montag ihre propagandistische Offensive fort. Der Nürnberger CSU-MdL Günther Beckstein fordert z.B. von der

Stadt, dafür zu sorgen, „daß das kommunale Jugendzentrum nicht Kriminalisationspunkt linker Krawallmacher ist.“ Andere CSUler erklären, daß die Schließung des KOMM schon immer von ihnen gefordert worden sei. Ansonsten weisen sie natürlich sämtliche Vorwürfe von Eltern und Rechtsanwälten zurück.

Aber auch die Protestwelle verbreitert sich im Laufe des Tages. So haben an der Gesamtschule Langwasser 70 Lehrer, der Schulleiter und seine beiden Stellvertreter, sowie die Klasse 10 Gb die Massenverhaftungen kritisiert. Anlaß: Anke, eine 15jährige Schülerin dieser Schule, war mit verhaftet worden und sitzt inzwischen in der berüchtigten Frauenhaftanstalt Aichach in Einzelhaft. Geradezu pervers mutet es an, daß der Zutritt in dieses Gefängnis für Mädchen unter 16 Jahren verboten ist!

Am Abend findet im KOMM wieder eine Versammlung statt, auf der über die Knastbesuche berichtet wird und weitere Aktivitäten diskutiert werden sollen. Viele sind erschüttert über das, was sie bei den Knastbesuchen erfahren mußten. Nicht wenige der Gefangenen haben sich während der ersten Tage, in denen sie vollkommen isoliert waren, mit Selbstmordgedanken getrieben. Sie hatten das Gefühl, daß keiner sich um sie kümmert und hatten jede Hoffnung aufgegeben, mit Bekannten oder Verwandten in Kontakt zu kommen, besonders nachdem sie bis zu 200 km von Nürnberg weg deportiert worden waren. Von Einzelnen wurde berichtet, daß sie teilweise völlig ausgeflippt waren, eine Mutter erzählte, daß ihr Sohn sogar während ihres Besuches vollkommen apathisch wirkte und nur zur Wand geschrien hat. Nur ein Teil der Inhaftierten hatte in den letzten Tagen Kontakt untereinander, viele waren in Einzelhaft. Von einem 16-jährigen wurde berichtet, der zusammen mit normalen Häftlingen in derselben Zelle untergebracht war. Diese hatten ihm angedroht, ihn nachts in der Kloskübel zu ersäufen. Er hat natürlich zwei Nächte kein Auge zugehen. Über unzählige Schikanen wurde berichtet, z.B. daß in manchen Knästen, nicht einmal frische Wäsche für die Häftlinge angenommen wurde, obwohl Untersuchungsgefängnisse das Recht auf ihre eigene Kleidung haben.

Das ganze Ausmaß der Rechtsbrüche, Schikanen und Terrormaßnahmen dieser Tage kann man nur erahnen, es wird eine wichtige Aufgabe des Ermittlungsausschusses sein, das systematisch aufzuarbeiten.

Die Debatte um die weitere Solidaritäts- und Ermittlungsarbeit beginnt mit einem Eklat: Es wird berichtet, daß im KOMM neu angefertigte, mit Schreibmaschine getippte Listen der Inhaftierten existieren, bei denen einige Namen mit dem Zusatz „(RAF)“ versehen sind. Zum Beweis wird eine dieser Listen vorgezeigt. „(RAF)“ versehen sind. Zum Beweis wird eine dieser Listen vorgezeigt. Damit werde eine Entsolidarisierungswelle eingeleitet, die letztendlich nur darauf abzielt, nur mit den „anständigen“ KOMM-Besuchern eine Solidarität herzustellen, wird kritisiert. Diese Verächtlichung löst erhebliche Unruhe aus, und es werden eine Reihe weiterer Vorwürfe und Verdächtigungen gegenüber bestimmten Mitarbeitern des KOMM vorge-

bracht. Viele befürchten, daß diese Leute zu eng mit der SPD und städtischen Interessen verflochten sind, als daß vom KOMM allein eine wirklich unabhängige Ermittlungsarbeit und eine Solidarität mit allen Inhaftierten gewährleistet wäre. Deshalb wird von Frauen aus dem Frauenbuchladen der Vorschlag für einen unabhängigen Ermittlungsausschuß gemacht, der vorläufig allgemein akzeptiert wird. Allerdings zeichnet sich bereits hier in der Solidaritätsarbeit der Kern einer Auseinandersetzung ab, die zu einer schweren Belastung für ein gemeinsames Vorgehen aller Betroffenen sowie deren Angehörigen und Freunde werden kann. Gerade die SPD betont in ihren Stellungnahmen immer wieder, daß sie gegen die Verhaftung der „unschuldigen KOMM-Besucher“ sei, was implizit nichts anderes bedeutet, als daß es unter den Inhaftierten „Schuldige“ gibt, bei denen die ergriffenen Maßnahmen (z.B. Haftbefehle) durchaus gerechtfertigt sein könnten. Nichts anderes bedeuten auch Stellungnahmen, in denen die Polizei kritisiert wird, weil sie nicht schon früher eingegriffen habe, z.B. während der Demonstration. Eine solche Linie in der Solidaritätsarbeit läuft darauf hinaus, einige Wenige aus der Masse zu liefern. Trotz des großen Engagements, daß die Nürnberger SPD zur Zeit an den Tag legt, sollte man nicht vergessen, daß genau das ihr Konzept ist: eine differenziertere Trennung zwischen „Gewalttätigen“ einerseits und den „friedlichen“, berechtigten Protesten der Jugend andererseits. Denn sie befürchtet bei einem „undifferenzierten“ und „unverhältnismäßigen“ Vorgehen, wie es die CSU praktiziert, das massenhafte Ansteigen einer irreparablen Staatsverdrossenheit. Daß die Sorge der SPD darum größer ist als um die verhafteten Jugendlichen, haben einige ihrer Vertreter am folgenden Dienstag deutlich unter Beweis gestellt.

## Dienstag, 10.3.

Beispiellose Protestwelle

Für Dienstagmittag hat die SPD zu einer Protestkundgebung unter dem bestechenden Motto: „Für Reformen - gegen Gewalt! Für Demokratie - gegen Polizeistaat!“ aufgerufen. Unter der Hand werden von verschiedenen linken Strömungen Vorbereitungen getroffen, um im Anschluß an die Kundgebung eine Demonstration zum Knast durchzuführen. Zum einen verspricht man sich von einer Demo eine größere Mobilisierung und Unterstützung für die Inhaftierten, zum anderen soll deutlich gemacht werden, daß die SPD die Proteste nicht für sich vereinnahmen und instrumentalisieren kann. Einige Schulen geben an diesem Tag früher frei, damit die Schüler Transparente für die Kundgebung anfertigen können. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll die SPD eine ellenlange Rednerliste auf, an deren Ende der SPD-Stadtrat Schönlein noch einmal alles dafür tun soll, um die Kundgebungs-Teilnehmer zu einem „friedlichen Marsch nach Hause“ zu bewegen.

Doch es kommt anders: Die 10.000 Teilnehmer übertreffen alle Erwartungen. Gleichzeitig wird bekannt, daß inzwischen 22 der Inhaftierten freigelassen worden sind. Es handelt sich dabei um die Minderjährigen und einen Türken. Auf der Kundgebung reden u.a. Bürgermeister Willy Proß, Kulturreferent Helmut Glaser, Pfarrer Johannes Rießbeck, Horst Klaus von der IG Metall, Rechtsanwalt Uwe Schreiner sowie zwei Frauen, die für die betroffenen Jugendlichen sprechen. Keineswegs widersprochen bleiben Äußerungen einiger Redner, in denen Demonstranten wegen ihrer „Gewalttätigkeit“ angegriffen werden und allzu aufdringlich die Staatsloyalität beschworen wird. Allerdings hat die Distanzierung von Gewalt, die immer wieder völlig unnötigerweise thematisiert wird, eine breite Basis. Besonders starken Beifall gibt es bei der Forderung Glasers nach Rücktritt der Verantwortlichen im Nürnberger Polizeipräsidium und im Münchner Innenministerium. Auch die Forderung nach „Freilassung aller Inhaftierten“ die im Redebeitrag der beiden Frauen noch einmal unmißverständlich und in Abgrenzung zu distanzierenden Stellungnahmen formuliert wird, erntet tosenden Beifall.

Nachdem die SPD wie geplant „ihre“ Kundgebung zuende bringt, gelingt es, sofort die Spitze für eine Demo zu organisieren. Ehe sich die riesige Menschenmenge auflösen beginnt, marschiert der Zug los. Die meisten gehen mit, sodaß es an diesem Abend zu einer der größten Demonstrationen in der Geschichte Nürnbergs kommt. 8 000 bis 10 000 Menschen ziehen vor den Nürnberger Knast und fordern lautstark die Freilassung der Inhaftierten.



... wieder raus aus dem Knast

## Zum aktuellen juristischen Stand

Gegen 141 Personen wurden am Freitag, 6.3., Haftbefehle ausgesprochen. Davon waren 21 unter 18 Jahren und 54 im Alter von 18 - 21. Alle wurden des „schweren Landfriedensbruchs“ verdächtigt, der entsprechende Paragraph 125a lautet:

„In besonders schweren Fällen des Paragraphen 125 ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. eine Schusswaffe bei sich führt,
2. eine andere Waffe bei sich führt, um diese bei der Tat zu verwenden,
3. durch eine Gewalttätigkeit einen anderen in die Gefahr des Todes oder einer schweren Körperverletzung bringt oder
4. plündert oder bedeutenden Schaden an fremden Sachen anrichtet.“

Mit der Höhe der zu erwartenden Strafe wurde die „Fluchtgefahr“ begründet: „Der Beschuldigte hat eine Strafe zu erwarten, angesichts derer die vorhandenen Bindungen nicht ausreichen.“ Außerdem wurde bei allen „Verdunkelungsgefahr“ diagnostiziert, „da die Missetäter sich in Freiheit miteinander absprechen können“ (aus den Haftbefehlen).

Die ersten Freilassungen wurden am 1/2 Tage nach der Verhaftung, am Dienstagmittag, angeordnet. Dabei wurden für die 21 Minderjährigen so-

wie für einen Türken die Haftbefehle aufgehoben.

Einen Tag später wurden weitere 23 U-Haftlinge freigelassen. KOMM-Mitarbeiter hatten sie auf vorgelegten Polizeifotos erkannt und unter Eid bezeugt, sie zur Zeit der Demonstration im KOMM gesehen zu haben.

Am Donnerstag ließ man weitere 15 Personen frei. Die Justizbehörde erklärte dazu, daß für sie die Haftgründe nicht mehr bestünden.

Am Freitag kamen wiederum zehn Leute frei. Es wird berichtet, daß immer wieder Verhöre vorgenommen worden sind, z.T. bis zu dreimal während der Nacht. Es wurde allen nahegelegt zuzugeben, daß sie auf der Demonstration gewesen waren; in diesem Fall sicherten die Beamten den Inhaftierten zu, sie freizulassen. Einige haben sich damit inzwischen ihre Freiheit erkaufen müssen, obwohl sie nicht an der Demonstration beteiligt gewesen waren.

Von anderen Fällen wurde berichtet, wonach es dem Staatsanwalt nicht ausgereicht habe, wenn nur die Beteiligung an der Demonstration zugegeben wurde. Er verlangte als Voraussetzung für die Freilassung, daß der Betreffende zugibt, daß er selbst Steine geworfen habe oder jemand anderes beschuldigt, das gemacht zu haben. Jedenfalls waren am Freitag, 13.3., noch 71 Leute in Haft.

## Massenverhaftung in Nürnberg — schon lange vorher gründlich vorbereitet?

Seit den Ereignissen vom 6.3. munkelt man in Nürnberg, daß es sich bei der Massenverhaftung um eine zwischen Polizei und Justiz abgesprochene politische Demonstration der Stärke gehandelt hat.

Einige Einzelheiten sind inzwischen an die Öffentlichkeit gedrungen, die diese Vermutung bestätigen:

Nach Informationen von Egon Lutz (SPD-MdB) ist es „in Gerichtskreisen hier ein offenes Geheimnis, daß genau vor einer Woche fünf ausgewählte Richter zu einer Sondergruppe zusammengestellt wurden, die am „Tag X“ bei einer Verhaftungsaktion gegen Demonstranten als Haftrichter zu fungieren haben“. Für ihn sei dabei ganz bewußt kein Jugendrichter als einer der fünf Haftrichter bestellt worden, „denn bei der zu erwartenden Jugendstrafe hätte sich nie und nimmer Fluchtgefahr als Haftgrund für einen Jugendrichter begründen lassen“ (nach: „Augsburger Allgemeine“, 11.3.). In diesem Zusammenhang interessant sind Informationen der „Abendzeitung“ (14.3.). Unter der Überschrift „Wurden die Richter ausgesiebt?“ wird berichtet, daß der fünfte Ermittlungsrichter nicht nach dem gesetzlich verbindlichen Dienstplan bestimmt wurde. Als „Ersatzmann“ wurde Richter Günter Meyer-

höfer benannt, der bei Nürnberger Rechtsanwälten als strenger Richter gilt, und der seinem Ruf anscheinend auch alle Ehre machte: Er allein stellte 50 der 141 Haftbefehle aus!

Einer der übergangenen Richter erklärte, er sei den ganzen Freitag über erreichbar gewesen. Damit habe es keinen Grund gegeben, ihn bei der Einsetzung zu übergehen.

Richter Meyerhöfer dagegen wurde gegen 16 Uhr in seinem Büro erreicht; er erklärte seinen Einsatz als „Dringlichkeitssache vom Amtsgerichtspräsidenten“. Eine der vielen schlicht illegalen Aktionen der Nürnberger Justiz: denn nach Art. 101 (GG) ist es ausgeschlossen, die zuständigen Richter erst nach einer Straftat zu benennen, um auszuschließen, daß der Richter passend zur Person des jeweils Beschuldigten ausgewählt wird.

Anscheinend „gut vorbereitet“ waren auch die Knäste in Nürnberg: Nach Informationen des Landtagsabgeordneten Langenberger waren vorsorglich 30 Zellen freigegeben worden!

Bemerkenswert ist schließlich noch, daß beim Polizeieinsatz wohl eine ganze Reihe „ortsunkundiger“ Beamte eingesetzt war — ob sie wirklich innerhalb so kurzer Zeit von weit her mobilisiert werden konnten?

## Wieder »Bremer Krawalle«?

Am 13.3. demonstrierten in Bremen rund 2.000 Menschen gegen den Weiterbau des AKW Brokdorf, gegen Stromsperren für „Strobos“ und die Tarifierhöhungen der Stadtwerke sowie gegen die Polizeistaatmethoden gegen Hausbesetzer in Freiburg und Nürnberg. Die Demonstration und die Abschlussskundgebung verliefen bis auf einige Farbeier gegen das „ehrenwerte“ Bürgerschaftsgebäude ruhig. Dies nahm die Polizei jedoch zum Vorwand für einen rücksichtslosen und massiven Tränengaseinsatz, mit dem innerhalb von Minuten der gesamte Marktplatz geräumt wurde.

Die versprengten Demonstranten/innen sammelten sich in verschiedenen Teilen der Innenstadt und zogen in kleineren Pulkern erneut ins Zentrum, um möglichst viele Menschen mit ihren Protesten zu erreichen. Da die Polizei mit Oldenburger und Hannoveraner Bullizisten verstärkt worden war, gelang es nicht, sich nochmals zu einem großen Demonstrationszug zusammenzuschließen. Ständig neu wurden die Pulk von Bullen-truppen angegriffen, Leute festgenommen oder verletzt. Demgegenüber verhielt sich der Schaden an eingeschlagenen Fensterscheiben bei Großkaufhäusern lächerlich gering.

Im Ostertorviertel gelang es ca. 400 Menschen, nochmal eine kurze und geschlossene Demonstration zu machen, die dann mit erheblicher Bullenbrutalität auseinandergeknüpelt wurde, wobei, ähnlich wie am 6. Mai, besonders hinfällige Demonstrant/innen bevorzugte Opfer für die sadistischen Ausfälle der Polizei wurden. Allerdings gelang es nicht, die Proteste an diesem Abend zu ersticken. Einige hundert Leute besetzten eine Kreuzung im Ostertor und als noch Musik aus einer anliegenden Wohnung erklang, hätte dar-

aus ein nettes Straßenfest werden können, wären nicht die „Ordnungshüter“ aus der Reihe getanz. Bei einem Versuch, die Kreuzung freizumachen, wurde eine Tränengasgranate direkt in die Wohnung geschossen, und wurden Demonstrant/innen bis in ein anliegendes Kino verfolgt. Aus Seitenstraßen flogen immer wieder Steine und Flaschen auf die Polizeiwagen, was die Bullizeiführung veranlaßte, die zweite Räumung der Kreuzung sehr genau vorzubereiten: Das gesamte Viertel wurde weiträumig umstellt, wozu nach vorläufigen Schätzungen 600 Bullizisten notwendig gewesen sind. Zwar konnte dann die Kreuzung kurzfristig geräumt werden (wir haben noch keine genaueren Informationen), aber nach Mitternacht waren wieder 100 Leute auf der Straße.

Entgegen allen Presseberichten kann insgesamt nicht von einem offensiven Vorgehen gegen die Polizei gesprochen werden. Randaliert haben in allererster Linie die „zuge-reisten“ Polizeistörer. Rund 50 Festnahmen und ca. 10 Verletzte sprechen eine deutliche Sprache!

Am Samstagmorgen trafen sich mindestens 200 Leute in der Innenstadt und verteilten ein Informationsflugblatt über die Ereignisse des Vortages. Neben vielen Passanten schien auch die Polizei roges Interesse an unserer Aktion zu haben, denn nach kaum 15 Minuten tauchten an allen Ecken der Innenstadt Manoschaftwagen der Polizei auf. Als den Bullizisten klar geworden war, daß wir an diesem Vormittag nur das Flugblatt verteilen wollten, mischten sie sich zu zweit oder dritt provokativ unter die Menge. Wir führten trotzdem unsere Aktion ruhig zu Ende.

KB/Gruppe Bremen



## Freiburg:

## „Es herrscht Krieg in den Städten“

Über Freiburg liegt der Ausnahmezustand. Rund 3.000 Bullen haben die Stadt besetzt. In der Innenstadt steht an jeder zweiten Straßenecke ein Trupp bewaffneter Bullen, manchmal bloß zwei bis vier Mann, manchmal gleich eine halbe Hundertschaft. Immer wieder fahren Kolonnen von Polizeitransportern oder einzelnen Streifenwagen durch die Straßen. Wer von außerhalb in die Stadt kommt und wie ein potentieller Demonstrant aussieht, wird herausgewunken und gefilzt. Demos werden von SEK-Bullen mit einnahmehalben Meter langen Schlagstöcken auseinandergebrochen. Jeweils mehrere Hundertschaften riegeln Straßen ab, schlagen auf alles ein, was sich bewegt. Leute werden bis in die Knie in die Erde verfolgt. Ein ganzes Quartier wurde von über 500 Bullen umstellt und zum Sperrgebiet erklärt. „Im Grün“ befindet sich ein Gutteil der linken Infrastruktur: Buchladen, Druckerei, der „Geier“, verschiedenste Alternativbetriebe. Aus dem „Geier“ wurden die Gäste einzeln von Kripo-Bullen herausgeführt, ihre Personalien aufgenommen, sie wurden fotografiert und einzelne von halb besoffenen Bullen geschlagen. Die Medienwerkstatt wurde von einem Bullentrupp überfallen, 39 Videobänder nahmen sie mit.

Ein völlig friedliches Straßenfest am Sonntagnachmittag wurde von drei Sektoren eingekesselt. Greiftrupps gingen durch die Menge, suchten sich einzelne Leute aus und nahmen sie fest. Es genügt, einen Helm dabei zu haben, oder bei irgendwelchen Aktionen schon mal „aufgefallen“ zu sein. Immer wieder Knüppelinsätze. In Toreinfahrten liegen Leute mit Kopfverletzungen, blutüberströmt. Einem ist mit dem Knüppel mitten ins Auge geschlagen worden, Sanis oder Notarzt dürfen ihn nicht in die Klinik bringen; er ist festgenommen und wird ebenso wie zwanzig, dreißig andere aufs Revier verschleppt. Den ganzen Abend Personenkontrollen und Festnehmen in der Innenstadt.

„Unauffällige“ Autos fahren langsam durch die Nebenstraßen, andere stehen in der Nähe des Buchladens, die Insassen lesen mit ungehörter Ausdauer Zeitung. Allerlei seltsame Typen tauchen überall dort auf, wo was los ist. In Alternativprojekten

Typen tauchen überall dort auf, wo was los ist. In Alternativprojekten und WG's häufen sich Telefonanrufe, bei denen sich um anderen Ende niemand meldet. Es herrscht eine Atmosphäre permanenter Bedrohung für jeden, der Widerstand leistet.

Dort wo sich Leute organisiert zu wehren versuchen, dafür zu sorgen versuchen, dass Demos trotz des Terrors möglich bleiben, wird besonders brutal zugeschlagen: Gezielt werden Leute mit Helmen abgegriffen und zusammengeschlagen, einem wird durch Stockhiebe der Helm gespalten, ein anderer so in den Rücken geschlagen, daß er mit einem Wirbelbruch und schweren inneren Verletzungen liegen bleibt. Sanis können nicht mehr gekennzeichnet auftreten, weil sie systematisch niedergeknüppelt oder festgenommen werden, während sie Verletzte versorgen.

Durch die blitzschnellen und über alle Maßen brutalen Schlägereinsätze des SEK (das von den Verantwortlichen gern als „schwäbische GSG 9“ gehandelt wird) soll der Eindruck verbreitet werden, daß es aussichtslos ist, auf Demos organisiert und geschlossen aufzutreten, daß nur die panische Flucht bleibt. Deshalb wird diese Bände bei nahezu jedem Einsatz vorneweg geschickt. Das alles vor dem Hintergrund, daß es in Frei-

burg traditionell nur ein paar Dutzend Leute gibt, die mit Helm auf Demos gehen, von Ausrüstung zur aktiven Abwehr der Bullenüberfälle ganz zu schweigen.

Die blutige Bilanz von vier Tagen: Über 150 Verletzte, vor allem Gehirnerschütterungen, Platzwunden an Kopf und Händen und Augenverletzungen durch CN. Mindestens drei Schwerverletzte, die mit Hirnblutungen bzw. einem Wirbelbruch und inneren Verletzungen im Krankenhaus liegen.

Gleichzeitig wurde mit einer massenhaften Kriminalisierung des Widerstandes begonnen: Nach Angaben der Bullen wurden bis Dienstagabend 137 Leute festgenommen und ED-behandelt (nach unseren Schätzungen erheblich mehr). Gegen sämtliche 71 Leute, die bei der Räumung im Schwarzwaldhof festgenommen wurden, läuft ein Ermittlungsverfahren wegen schwerem Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Juristisch ist das ein völliges Unding, da den Betroffenen nichts weiter nachgewiesen werden kann, als daß sie sich mehrere Stunden nach dem „Scherbengericht“ im Schwarzwaldhof aufgehalten haben, nicht aber, daß sie daran beteiligt waren. Viele wohnten gar nicht im Schwarzwaldhof und waren nur zu dem Fest gekommen, das für diesen Abend schon seit längerem angekündigt war. Bei den anderen Festgenommenen wurde ziemlich willkürlich wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch etc. Anzeigen gestellt.

Drei Leute sitzen im Knast, ein weiterer wird mit Haftbefehl gesucht. Zween von ihnen wird – neben anderem – die Kausalität in einer kriminellen Vereinigung (§ 129) vorgeworfen, wie das Generalbundesanwalt Rebmann schon vor einiger Zeit für „Politrock“ gefordert hatte. Irgendwelche Beweise oder Indizien für diesen Vorwurf haben die Bullen nicht geliefert und können sie auch gar nicht liefern. Die beiden haben nichts anderes getan als alle anderen auch. Die völlig absurde Konstruktion dieser Anklage läßt sich nur von daher erklären, daß hier das lange vorbereitete Exempel statuiert werden soll.

statuiert werden soll.

## Freiburg – Modell für die BRD?

Die Freiburger Polizeiaktion war propagandistisch und von der Einsatzplanung her schon lange vorbereitet (vgl. die nebenstehende Chronologie). Es geht hier darum, einen bundesweiten Testfall für die Zerschlagung einer Massenbewegung zu schaffen. Das wird von der baden-württembergischen Landesregierung auch gar nicht bestritten (vgl. Badische Zeitung, 11.3.81). „Grundsätzlich erklärte Staatssekretär Ruder für die Landesregierung, daß die Erfahrungen, die man mit dem Freiburger Schwarzwaldhof gemacht habe, Auswirkungen auch auf andere Hausbesetzungen im Lande haben könne ... Ähnliches Vorgehen in anderen Fällen sei nicht ausgeschlossen“ (Stuttgarter Zeitung, 6.3.81).

Ministerpräsident Späth meinte, der „Autoritätszerfall des bundesdeutschen Rechtsstaates“, wie er in dem „flexiblen“ Vorgehen der Polizei in Berlin oder Brokdorf zum Ausdruck komme, dürfe nicht länger hingenommen werden. „Der Staat steht vor einer Bewährungsprobe. In einer schwieriger gewordenen Außenwelt (!) muß seine Handlungsfähigkeit wieder hergestellt werden, um eine komplizierte Zukunft realistisch angehen zu können“ (Schwarzwälder Bote, 7.3.81). Um die „Handlungsfähigkeit“ des deutschen Imperialismus wiederherzustellen, soll die „Ruhe an der Heimatfront“ durchgesetzt werden.

Demonstration am 10.3.81

fähigkeit wieder hergestellt werden, um eine komplizierte Zukunft realistisch angehen zu können“ (Schwarzwälder Bote, 7.3.81). Um die „Handlungsfähigkeit“ des deutschen Imperialismus wiederherzustellen, soll die „Ruhe an der Heimatfront“ durchgesetzt werden.

Den Modell-Charakter des Freiburger Vorgehens unterstreicht auch die Tatsache, daß es auf höchster Ebene politisch koordiniert wurde. An einer Konferenz am 5.3. in Stuttgart nahmen neben Innenstaatssekretär Ruder und dem baden-württembergischen Polizeichef Stümper die zuständigen Landesminister, Ministerpräsident Späth und Bundesinnenminister Baum teil, der eigens deshalb nach Stuttgart gekommen war (StZ, 6.3.81). Es ist also schlichter Unsinn, wenn von einer „harten Söldnerschneise“ (Bayern, BaWi) die Rede ist, die gegen einen „weichen Nordverbund“ stehe. Mit dem Bullen- und Justiz-Terror in Freiburg und Nürnberg soll generell eine andere Gangart gegenüber Massenbewegungen in der ganzen BRD eingeschlagen werden. Zentraler Inhalt des Freiburger Modells ist die „militärische Lösung“, die Zerschlagung oder Kriminalisierung jedes organisierten oder militanten Widerstandes. Die Bemühungen um eine Spaltung und Integration eines Teils der Massenbewegung sind dem klar unter- und nachgeordnet. Eine weitere Radikalisierung und Verbreiterung der Bewegung wird dabei einkalkuliert; sie

soll allein durch die Demonstration des staatlichen Terrors eingedämmt und demoralisiert werden. Ebenso bewußt wird versucht, einen Teil der Szene in den Untergrund zu drängen, indem legale Arbeitsmöglichkeiten zunehmend bedroht und abgeschnitten werden.

## No Pasaran! (Sie kommen nicht durch!)

Bisher ist es den Bullen nicht gelungen, mit offenem Straßenterror die Leute davon abzuhalten, ihren Protest zu zeigen. Fast jeden Tag nach der Räumung des Schwarzwaldhofs liefen in Freiburg Massendemonstrationen mit Teilnehmerzahlen zwischen 3.000 und 10.000 Menschen. Es ist nicht gelungen, die Bewegung auf eine dogmatische Gewaltfreiheit festzulegen (wenngleich derzeit das gigantische Bullenaufgebot militante Aktionen aus den Demos heraus aussichtslos erscheinen läßt). In Freiburg geht's – unter sehr viel schwereren Bedingungen – wieder ähnlich rund wie nach der Räumung des Dreisamecks im Juni letzten Jahres. Weder die Aufforderungen der Bullen, sich von den Auseinandersetzungen fernzuhalten, noch die Hetzkampagne des Monopolblatts „Badische Zeitung“ (das zum Dreisameck noch relativ ausgewogen berichtet hatte), haben bisher eine massenhafte Solidarisierung aufhalten können.

Eher kläglich sieht es dagegen im liberalen und sozialdemokratischen

Lager aus. Die Stellungnahmen beschränken sich meist auf Warnungen vor einer „wechselseitigen Eskalation der Gewalt“ (SPD). Man sieht sich gern in der Rolle des Vermittlers zwischen unzufriedener Jugend und „Rechtsstaat“. Klare Stellungnahmen gegen den Bullenterror sind selten.

Positiv anzumerken ist die Stellungnahme der Freiburger Jusos, die nach dem obligatorischen Aufruf zu „friedlichen“ Aktionen immerhin feststellen: „Eine Gesellschaft, die mutwillige Zerstörung von Wohnraum als Kavaliersdelikt hinnimmt und gleichzeitig Instandbesetzungen als Kapitalverbrechen mit massivem Polizeieinsatz beantwortet, hat die Häuserkampf-Bewegung, die sie verdient.“ Die Erklärung der falschlischenweise als links gehandelten Freiburger SPD ist dagegen ausschließlich auf Krisenmanagement bedacht und schließt insbesondere eine Rückgabe des Schwarzwaldhofs an die Besetzer ausdrücklich aus.

Was jetzt für die Freiburger Linke vor allem anstrebt, ist eine breite Solidaritätsfront gegen den Bullenterror und die Massenkriminalisierungen aufzubauen.

Vorbild könnte die Erklärung gegen den Polizeiberfall auf die Medienwerkstatt sein, die von einem breiten Kreis von Kulturschaffenden, Mediengruppen und Initiativen aller Art, bekannten Einzelpersonen und politischen Gruppen unterzeichnet wurde.

Ein Genosse aus Freiburg

## Schwarzwaldhof-Chronik

13.6.80 Nach der Räumung des Dreisamecks sind Zehntausend auf der Straße. Der Schwarzwaldhof wird besetzt, wird zum politischen und kulturellen Zentrum, in dem viele Veranstaltungen stattfinden, die sonst kaum möglich gewesen wären: zur Türkei, zu El Salvador, zu den Hungerstreiks der politischen Gefangenen in Irland und in der BRD.

November 80 Nach dem „Zug der Unzufriedenen“ werden zwei Häuser des SWH von über 100 Kripo-Bullen durchsucht, die Bewohner wegen Hausfriedensbruch angezeigt. In der Presse stellt Polizeichef Maier die Behauptung auf, 20 - 30 SWH-Bewohner zählten zum „Sympathiekreis des Terrorismus“. Auf einer Tagung des „Bundes deutscher Kriminalbeamten“ wird gefordert, eine „Achtung Schwarzwaldhof - Why!“ müsse unbedingt verhindert werden (Badische Zeitung, 26.11.80).

Februar 81 Landespolizeichef Stümper verbreitet die Behauptung, die RAF suche unter den Hausbesetzern eine neue Basis. Bei den Dreisameckdemonstrationen und der Besetzung des SWH seien „Leute aus dem terroristischen Umfeld“ beteiligt gewesen. Die „reisenden Krawallmacher“ seien überregional organisiert, eines ihrer Zentren sei Freiburg (BZ, 13.2.81).

Dienstag, 3.3.81 Das Haus Moltkestr. 34, das vom Besitzer systematisch verwürstet worden war, wird besetzt; mit der Instandsetzung wird begonnen.

Mittwoch, 4.3.81 vormittags Das SEK (Sonder-Einsatz-Kommando), das angeblich direkt mit dem Hubschrauber von Brokdorf nach Freiburg gebracht wurde, und mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei räumen die Moltkestraße. Das Haus wird endgültig zerstört und zugemauert.

Mittags die erste Demo von etwa 500 Leuten. Irgendjemand hat ein paar Kilo Kartoffeln mitgebracht, die den Bullen auf ihren Schildern serviert werden.

Ministerpräsident Späth erklärt, Hausbesetzungen würden nun nicht mehr länger hingenommen: „Baden-Württemberg wird geräumt“ (Stuttgarter Nachrichten, 5.3.81).

4.3.81, abends Im Schwarzwaldhof findet ein Großplenum statt, an dem über 400 empörte Menschen teilnehmen. Später kommt es zu einer spontanen Protestdemonstration in der Innenstadt, bei der die Scheiben vom Landgericht, von Banken, Versicherungen und Kaufhäusern zu Bruch gehen. Der Sachschaden wird später mit 300.000 DM beziffert. Die Bullen greifen nicht ein.



Donnerstag, 5.3.81, morgens Noch in der Nacht werden Bulleneinheiten aus allen Teilen Baden-Württembergs zusammengezogen. Der SWH und dann das ganze Stadtviertel wird umstellt und abgeriegelt. Über die Telefonkette mobilisiert kommen mehrere hundert Leute an die Absperrungen.

Morgens um 10 Uhr beginnt die Räumung. Alle 71 Bewohner und zufällig anwesende Gäste werden einzeln abgeführt, ed-behandelt und auf die verschiedenen Knäse und Polizeireviere in der Umgebung verteilt.

Fortsetzung nächste Seite





Fortsetzung von der vorherigen Seite

Dasselbe geschieht den Mietern, die legal im SWH leben. Über 20 Leute werden an den Absperungen festgenommen. Noch um 12 Uhr behauptet der Bullenpressesprecher, es gehe lediglich um eine Razzia wegen des Scharbengerichts.

Innenstaatssekretär Ruder wird von der Landesregierung nach Freiburg geschickt, um die „politische Verantwortung vor Ort“ und die Leitung des Polizeieinsatzes zu übernehmen.

Die Ortopolizeibehörde erläßt eine Verfügung, wonach das Betreten des Schwarzwaldhofes wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ verboten ist.

5.3.81, nachmittags

Mehrere tausend Leute demonstrieren. Beim Polizeirevier Süd in der Goethestraße fahren Wasserwerfer in die bereits im Abzug befindliche Demo und spritzen die Leute naß. Durch einige eilends auf die Straße gewuchtete Autos werden sie vorläufig wieder gestoppt, die Demo kann sich wieder sammeln und zieht zum Bertholdplatz. Nach einer Kundgebung ist sie sich auf. Dennoch rollen SEK-Bullen unter Knüppelinsatz die halbe Kajo auf und nehmen drei Leute (mit Megas etc.) gezielt fest.

Abends formiert sich nach einer Versammlung im Uni-Innenhof ein Fackelzug, der von mehreren Hundertschaften Polizei begleitet wird, weitere Hundertschaften sind überall in der Stadt postiert.

Freitag, 6.3.81

Frühmorgens überfallen 25 Bullen die Medienwerkstatt. Sie zerschlagen die Scheibe der Haustüre, durchsuchen Wohnung und Laden, fotografieren Telefonlisten und das gesamte Inventar. Mehr als 30 Videoblinder und Tonbandmaterial werden beschlagnahmt und die Arbeit der Medienwerkstatt so praktisch unmöglich gemacht. Offizielle Begründung der Aktion: Die Medienwerkstatt habe auf dem Großplenum im SWH geflirt und das entsprechende Band (das allerdings schon längst aus technischen Gründen wieder gelöscht war) könne als Beweismaterial dienen.

Nachmittags Groß-Demo mit 8-10.000 Teilnehmern zum Schwarzwaldhof. Als nach der offiziellen Auflösung der Demo die Teilnehmer geschlossen in die Innenstadt ziehen, kommt es immer wieder zu brutalen Knüppelorgien der Bullen und regelrechten Hetzjagen durch die Straßen. Die ersten Schwerverletzten, und wieder massig Festnahmen.

Am späten Abend riegele mehr als 500 Bullen das „Grün“ ab und erklären es zum Sperrgebiet. Das „Lager“ wird umstellt, und es sieht eine Zeitlang nach Räumung aus. Razzia im „Geier“.

Über Rundfunk wird ein Aufruf an die Bevölkerung verbreitet, nicht mehr in die Innenstadt zu gehen und sich von den Auseinandersetzungen fernzuhalten (Flugblätter mit ähnlicher Stoßrichtung wird die Polizei in den nächsten Tagen überall in der Stadt verteilen).

Samstag, 7.3.81

Vormittags demonstrieren einige tausend Leute zum Knast in der Hermann-Herder-Straße, wo Georg und Martin gefangen gehalten werden.

Am Spätnachmittag Großplenum im Uni-Innenhof, dort wird bekannt gegeben, daß das Haus ESG „besetzt“ wurde und in Zukunft für alle Gruppen zur Verfügung steht. Stadträte der Grünen und Bunten protestieren gegen die faktische Entmündigung des Gemeinderats durch die Einsetzung Ruders als Staatskommissar. Bei der anschließenden Frauendemo, die schon länger geplant war, schließen sich wieder viele Leute an, es geht zuerst zur ESG und dann zurück in die Innenstadt. Die Bullen knüppeln an diesem Tag nicht, sondern schieben sich immer wieder zwischen die Reihen der Demonstranten, so daß die Demo in kleinen Gruppen in der Innenstadt ankommt. Dort ist alles voller Bullentrupps.

8.3.81

Nachmittags Straßenfest mit Musik- und Theatergruppen in der Innenstadt. Das ganze läuft völlig gewaltfrei ab, bis einige Hundertschaften Bullen losprügeln und anfangen Leute festzunehmen. Den ganzen Abend Personenkontrollen und Festnahmen in der Innenstadt.

Es werden Pläne bekannt, den Schwarzwaldhof und andere besetzte Häuser mit Schwefelwasserstoff (bereits in mittlerer Konzentration ein tödliches Atemgift!) zu versetzen, um erneute Besetzungen unmöglich zu machen (Sonntag aktuell, 8.3.81).

Montag, 9.3.81

Ruhetag.

Dienstag, 10.3.81

Die zweite Großdemo mit 6-8.000 Teilnehmern. Auf einer Zwischenkundgebung lesen Schauspieler des Staatstheaters Texte von Brecht, Heine etc. Nachdem der Zug am Schwarzwaldhof vorbeigezogen und wieder in der Innenstadt ist, gab es eine Abschlussschuldung mit einer Sendung von „Radio Grünes Felsenheim“, welche in die ganze Region ausgestrahlt wird.

Die Bullen halten sich diesmal zur Abwechslung ganz versteckt, aber jeder weiß, daß sie da sind. Inzwischen wird bekannt, daß der Polizeieinsatz jeden Tag 75.000 DM kostet (ohne die normalen Polizeigehälter). Der Landesvorsitzende der GdP, Siemann, fordert ein noch brutaleres Vorgehen gegen Demonstranten und die Stationierung von BGS-Einheiten in Baden-Württemberg, um die Polizei zu entlasten (82, 10.3.81).

Mittwoch, 11.3.81

Der Schwarzwaldhof ist nach wie vor von mehreren Hundertschaften Bullen besetzt.

Die legalen Mieter im Schwarzwaldhof dürfen ihre Wohnungen nur noch mit Passierschein und nach entwürdigenden Kontrollen betreten. Gäste können sie praktisch keine mehr empfangen, denn diese müßten ja erst ebenfalls einen Passierschein beantragen und genehmigt bekommen. Zugleich werden den Mietern vom Liegenschaftsamt Ersatzwohnungen und Abfindungen „angeboten“, um mit ihrem Auszug einen Teil der rechtlichen Voraussetzungen für den Abriss zu schaffen. Nach einem Bericht der „Stuttigarter Zeitung“ vom selben Tag „rechnet man innerhalb der Stadtverwaltung mit einem Abriss der Häuser in aller nächster Zeit.“



## 3.000 in der Polizeistadt Hamburg gegen Polizeistaat

Die Demonstration war mit einem massiven Aufgebot von fast 2000 Polizisten konfrontiert. Zum zweitenmal nach dem 6. September 1980 (Protestdemonstration aus Anlaß des Todes von Olaf Ritzmann) wandte Hamburgs Polizei die Taktik der direkten Einkesselung der Demonstration durch mehrere Hundertschaften an, die im Gänsemarsch an den Seiten „ eskortierte“. Dabei kam es wiederholt zu Provokationen gegen Demonstranten und es wurde mehrfach versucht, den Demonstrationzug zu teilen.

Höhepunkt war das Vorgehen der Staatsmacht auf dem Platz der Abschlussschuldung. Sämtliche Zufahrtsstraßen wurden abgesperrt, die Demonstranten wurden eingekesselt.



Nach Auflösung der Demonstration (als nur noch 500-1000 Menschen anwesend waren) veranstaltete die Polizei in diesem Kessel eine wilde Schlägerorgie, trieb Menschen in die Seitenstraßen, prügelte auf sie ein und verfolgte sie über mehrere hundert Meter. Etwa 20 Hundeführer ließen ihre Hunde auf die Demonstranten los und waren für schwere Verletzungen verantwortlich. Wird ansonsten für derartige Übergriffe Gewalt seitens der Demonstranten zur Rechtfertigung herangezogen, so gab es diesmal nicht den geringsten Anlaß, weder auf der Demonstration noch auf der Abschlussschuldung, für dieses Vorgehen.

Über 50 Verletzte, davon sieben mit schweren Hundebissen, von denen drei am 14.3. noch im Krankenhaus lagen, waren das Ergebnis der Polizeibrutalität.

Insgesamt 18 Demonstranten wurden verhaftet, davon etwa die Hälfte vorbeugend vor Demo-Beginn weit vom Ort der Aktion entfernt.

Pawelzyk — „bayerische Härte“ in Hamburg

Der Verlauf des Polizeieinsatzes belegt, daß die Polizeieinsatzleitung es gezielt darauf abgesehen hatte, die Demonstration in ihrer Artikulation nach außen zu behindern, Sympathisanten der Proteste gegen die Wohnungsnot und den Polizeistaat vom Demonstrieren abzuhalten und die Demonstration am Ende vollständig zu zerschlagen. Innensenator Pawelzyk persönlich hat diesen Einsatz geleitet und extra deswegen eine Auslandsreise abgesagt. Pawelzyk, Bon-

ner SPD-Import für „innere Sicherheit“ in Hamburg, wollte durch dieses — im Sinne der Polizeitaktik „erfolgreiche“ — Vorgehen gegen die Demonstration offenkundig den Beweis antreten, daß auch eine sozialdemokratisch geführte Regierung in der Lage ist, Proteste brutal zu unterdrücken, und zwar durch massiven Einsatz der bestehenden Mittel. „Bayerische Härte“ in Hamburg bei gleichzeitiger Wehrung des Scheins der Rechtsstaatlichkeit (im Unterschied zu CSU-Bayern), scheint das Rezept der Hamburger Sozialdemokratie zu sein. Denn: Die Demonstration war genehmigt; trotzdem hatte Pawelzyk über das „Hamburger Abendblatt“ (13.3.) die „friedlichen“ Demonstranten dazu aufgerufen,

Wo waren die Gruppe Z und Anhang?

Zweieinhalb Tage waren für die Mobilisierung zu dieser Demonstration Zeit gewesen; drei Tage, um ein Bündnis zustandezubringen.

Zunächst hatte das übliche Spektrum zu dieser Demonstration aufgerufen: KB, autonome Gruppen, MRI und einige Bürgerinitiativen. Die Gruppe Z hielt sich peinlich zurück. Erst am Mittwochabend, um ein Uhr nachts, war zu erfahren, daß nach offenkundig stundenlangem Diskurs der Gremien der Gruppe Z, der Parlamentsfraktion der Bunten Liste und der Redaktion der „Bunten Zeitung“ (ein Produkt der vorgenannten) diese sich dazu entschlossen hatten, den gemeinsamen Aufruf nicht zu unterstützen, sondern zur Demonstration, den gemeinsamen Aufruf nicht zu unterstützen, sondern zur Demonstration mit einem eigenen Aufruf zu mobilisieren. Dieser Aufruf, allein-unterschieden vom Bunten Teil der Z (dieser selber stand nicht mit drunter), wurde das erste Mal auf der Demonstration gesehen. Er unterscheidet sich vom gemeinsamen Aufruf zur Demonstration dadurch, daß er vorrangig und ausführlich Daten zur Lage auf dem Wohnungsmarkt enthält und im zweiten Teil auf den eigentlichen Anlaß der Demonstration in Hamburg einging. Nichts gegen eine solche artige Aufklärungsarbeit, nur scheint hier das Thema doch etwas verfehlt zu sein. Die Z scheint sich zunehmend aufs Kommentieren zu verlegen, statt den Versuch zu machen, an politischen Aktionen und Bündnissen und ihrem Zustandekommen teilzunehmen. Offensichtlich wollte man sich bei der Z bei möglichen „Ausschreitungen“ die Tür dafür offenhalten, den mittlerweile biederem Anstrich, den man sich gegeben hat, durch diese Distanz zur Aktion bewahren zu können.

Die Hamburger Grünen haben sich zu der Aktion überhaupt nicht verhalten. Anders dagegen die DKP und ihr Anhang. Versuchte sie anfänglich noch unter Einsatz ihrer Bündnispartner Jusos und DGB-Jugend an die Spitze der Aktion zu spürten, ließ sie sich, nachdem die Partner abgesprungen waren, auf Absprachen mit den Veranstaltern ein. MSB und SHB sowie die SDAJ mobilisierten, wenn auch spät, mit eigenen Flugblättern zu der Demonstration. Die Aktion wurde in Absprache mit dem DKP-Spektrum gemeinsam durchgeführt.



Unmittelbar vor dem Überfall auf die abziehenden Demonstranten: die Hundestaffel der Bereitschaftspolizei



Schorsch immer noch im Knast



## Solidaritätsaktionen

Am Wochenende fanden bundesweit Demonstrationen, Kundgebungen und auch erneut Hausbesetzungen statt, zu denen Freiburger Häuserkämpfer unter dem Motto "Freitag der 13. - Beschäftigt die Polizei" aufgerufen hatten. Überall wurde die sofortige Freilassung aller gefangenen Hausbesetzer gefordert, sowie gegen das immer brutaler werdende Vorgehen von Justiz und Polizei protestiert, das sich auch an diesem Wochenende wieder in Form von Verhaftungen und Knüppelungen zeigte.

Nach unseren Informationen kam es zu folgenden Aktionen:

**Westberlin.** An einer vom Besetzerat, von Frauengruppen, Knastruppen und Anti-AKW-Gruppen organisierten Demonstration am 14.3. beteiligten sich über 3 000 Menschen. Unterstützt wurde die Demo auch von der Alternativen Liste. Bei Übergriffen der über 1 000 eingesetzten Bullen wurde ein Demonstrant zunächst krankenhauserreif geprügelt und anschließend mit einem Gefangenentransportwagen weggeführt. Neben der Solidarität mit den eingespernten Hausbesetzern kam auch die Solidarität mit den Hungerstreikenden zum Ausdruck.

**Kiel.** Hier hatten der ASIA (Jusos und Spontis), die Hausbesetzer und die MRI zur Demonstration aufgerufen. 500 Leute demonstrierten; mindestens 100 wurden von Polizisten begleitet. Den Zug und "schützten" vor allem den Knastr, das Ziel der Demonstration.

**Göttingen.** 800 Leute folgten dem Aufruf des ASIA zur Demonstration, die von allen linken Organisationen unterstützt wurde. Auf der Abschlusssitzung, die vor dem Knastr stattfand, wurde auch über den Hungerstreik informiert. In der Nacht zum Samstag gingen erneut etliche Fenster ein (vor allem von Banken) zu Bruch, wobei leider drei Leute festgenommen wurden.

**Hannover.** Mehrere hundert Menschen beteiligten sich an einer Kundgebung, zu der Autonome und SDAJ aufgerufen hatten. Parallel dazu besetzten ca. 100 Leute ein Haus in der Jacobistraße. Doch gegen Mitternacht regelten einige Hundschafften Bullen das Haus ab, stürmten es und nahmen 40 Besetzer fest. Von weiteren 30 wurden die Personalien kontrolliert, ein Besetzer wurde krankenhauserreif geschlagen.

Nach Presseberichten kam es außerdem in Aurich, Oldenburg und Kassel zu Solidaritätskundgebungen mit den verhafteten Hausbesetzern.

Nach Presseberichten kam es außerdem in Aurich, Oldenburg und Kassel zu Solidaritätskundgebungen mit den verhafteten Hausbesetzern.

**Düsseldorf.** Nach einer spontanen Demo am 8.3. demonstrierten am 13.3. nochmals etwa 100 Leute.

**Münster.** Per Fahrrad demonstrierten ca. 50 Leute.

**Bielefeld.** Die 150 Demonstranten waren ständigen Bullenübergriffen ausgesetzt. Insgesamt wurden 26 Leute festgenommen.

**Köln.** Auch hier gab es zwei Demonstrationen. Bei der ersten am 8.3. gab es 21 Festnahmen. An der Demo am 12.3. beteiligten sich rund 150 Leute.

Mehr als 20 000 Menschen demonstrierten in Freiburg unter den Forderungen:

- Abzug der Landespolizeitruppen
- Aufhebung der Freiburger Polizeiverordnung vom 5.3.81 (die jeder, der das Betreten des Schwarzwaldhofes verbietet)
- Freigabe des Schwarzwaldhofes als Wohnraum und Kulturzentrum
- Sofortige Freilassung aller Verhafteten in Freiburg und Nürnberg
- Keine weiteren Verhaftungen, keine Strafverfolgung
- Annullierung sämtlicher Daten des Erkennungsdienstes

Aufgerufen hatte ein äußerst breites Spektrum von Organisationen: Neben den SWH-Bewohnern selbst die gesamte Radikale Linke, die Alternativbetriebe, DKP, Jusos, GEW-Studentengruppe und U-Arta, sämtliche Fachschaftsräte, Grüne und Bunte Liste, Badischer Mieterring u.a. Die Jusos waren kurzfristig wieder abgesprungen, da sie die Forderungen nach Straffreiheit und Widerbesetzung nicht mehr mittragen wollten. Angemeldet wurde die Demo von zehn Stadträten und bekannten Persönlichkeiten.

Angesichts der politischen Breite mußten die Bullen ihr ursprüngliches Terrorkonzept aufgeben. Ebenso wie schon am Dienstag hielten sie ihre sichtbare Präsenz kräftig zurück. Dennoch hatten sie ihre Kräfte nochmals deutlich verstärkt (offizielle Zahlen wer-

den nicht angegeben, jedoch wird von insgesamt 6.000 Mann - 7, die setz. - gemunkelt). Im Schwarzwaldhof selber waren zwei Panzerspähwagen mit aufmontierten Räumgittern (Modell Amsterdam) aufgeföhren.

In Heidelberg demonstrierten auf den Aufruf einer Gruppe von Hausbesetzern hin 500 Leute.

In Mannheim war schon am Donnerstag der Bär los. Vom Jugendzentrum aus und nach einer Veranstaltung mit den „Drei Tornado“ zogen über 500 Leute durch die City. Ziel war die Besetzung eines Hauses im Viertel K1, wo jedoch schon massiv Bullen mit einer Reiter- und Hundestaffel aufgeföhren waren. Deshalb gingen wieder zu einem ebenfalls leerstehenden Haus in K3. Hier versuchten es die Demonstranten gleich zweimal, wobei insbesondere beim letzten Ansturm die Bullen massiv prügelten. Im Gegenzug flogen Flaschen, und nach Mitternacht wurden auch noch der Glaserinnung Aufträge im Umfang von ca. 20 000 Mark verschafft. Vier Leute wurden von den Bullen festgenommen.

Am Freitagabend kam es zu weiteren kleineren Demonstrationen, wobei die Polizei einem Genossen den Oberschenkel brach (!) und einen weiteren inhaftierte.

In Karlsruhe wurden über 1000 Demonstranten links und rechts von total ausgerüsteten Polizeikräften geradezu eingekesselt. Insgesamt waren lt. „Badische Neueste Nachrichten“ 28 Bullenautos (meist Mannschaftswagen) im Einsatz. Ein 24-jähriger Straßburger wurde am Rande der Demo wegen „Verstoß gegen das Waffengesetz“ verhaftet.

In Tübingen gingen knapp 1000 Menschen auf die Straße. Aufgerufen hatte die gesamte linke Szene und der SPD Bezirksvorstand. Im Provinzialtheater Ravensburg versammelten sich beachtliche 250 - 300 Demonstranten. Ebenfalls waren es in Konstanz, wo eine anschließend begonnene Instandbesetzung leider angesichts eines massiven Polizeiaufgebotes wieder abgebrochen werden mußte. In Villingen wurde vorübergehend ein Haus in der Innenstadt besetzt.

**Augsburg:** In einem spontanen, nicht angemeldeten Demonstrationzug zogen am Freitag nachmittag 50 Menschen durch die Augsburger Innenstadt und forderten die Freilassung der in Nürnberg Verhafteten. Eine wilde Verfolgungsjagd durch die Fußgängerzone war der „Höhepunkt“ dieser Solidaritätsaktion: Die Demonstranten hatten gerade im Aufschritt den Rathausplatz erreicht, Fußgängerzone war der „Höhepunkt“ dieser Solidaritätsaktion: Die Demonstranten hatten gerade im Aufschritt den Rathausplatz erreicht, als es zu einem ersten Handgemenge kam: Die Polizisten wollten die Personalien eines der mutmaßlichen „Anführer“ der Gruppe feststellen. Trotz weiterer Zwischenspurts gelang es den Bullen schließlich, die Personalien von neun Demonstranten festzustellen; sie wurden festgenommen und zur Polizeidirektion gebracht.

**München:** Über 2500 Menschen beteiligten sich am späten Donnerstagabend an einer Demonstration in München und forderten die sofortige Freilassung der Nürnberger, gleichzeitig auch den Rücktritt von Ministerpräsident Strauß und Innenminister Tandler. Nach Presseberichten soll es dann noch zu „Rangeleien“ gekommen sein, als ein paar Eier und Knäuelkörper flogen. Von den Ordnungshütern verhindert wurde leider der Versuch, zum Münchner Rathaus zu gelangen. Wie inzwischen üblich, wurden von einer Reihe von Demonstranten die Personalien festgestellt.

**Würzburg:** Eine Demonstration von rund 1000 Leuten zog am Freitag zum Knastr. Dort sprach auf einer Kundgebung u.a. jemand aus Nürnberg, der über die Vorfälle dort berichtete. Abends fand ein Solidaritätsfest statt, auf dem eine Geldsammlung für die Inhaftierten durchgeführt wurde.

**Bamberg:** Auch in Bamberg gab's eine Demo zum Knastr, wie in Würzburg mit außergewöhnlich vielen Teilnehmern: rund 400 Leute beteiligten sich daran.

**Bayreuth:** Hier gibt es seit dem 11.3. eine ständige „Mahnwache“ vor dem Polizeipräsidium mit Transparenten usw. Ebenfalls am 11.3. hat dort eine Kundgebung mit ca. 150 Leuten stattgefunden.

**Regensburg:** Hier gab es am Freitag Straßenaktionen, in denen auf die herrschende Wohnungsnot sowie auf die Lage der Inhaftierten aus Nürnberg hingewiesen wurde. Insgesamt waren etwa 300 Personen beteiligt. In einer Demo zum Knastr wurde die Solidarität mit den Inhaftierten ausgedrückt.

## Westberlin: 114 Häuser besetzt - bei weiteren Besetzungen soll geräumt werden

Um das Haus Luckauerstraße 3, das seit langem besetzt gehalten wird, hat es vor allem im Februar einen publizistischen Wirbel gegeben, der offensichtlich zur Vorbereitung einer Räumung dienen sollte. Springers Frontzeitungen überschlugen sich förmlich in der Hetze gegen die „Terroristen, Kriminellen, dem härtesten Kern der Besetzer“ in diesem Haus. Seit längerem besteht ein Durchsuchungsbefehl der Staatsanwaltschaft, die jetzt auch noch „prüft“, ob nicht der § 129 („kriminelle Vereinigung“) auf die Hausbesetzer anzuwenden ist. Bisher wurde es aber nicht für opportun gehalten, die Durchsuchung, die einer Räumung gleichkäme, auch zu vollziehen. Innenminister Dahrendorf und Bullenpräsident Hübner nehmen nicht zu Unrecht an, „daß Räumungen ein Signal zu einer neuen Solidarisierung in der Besetzerzone geben würden und daß die Folgen wochenlang Krawalle in unserer Stadt wären“ (Berliner Morgenpost, 27.2.81).

Die Durchsuchungsdrohungen wurden mittlerweile mit der Auswechslung der Mannschaft der Besetzer beantwortet. Es bleibt aber fraglich, ob nicht doch bald geräumt wird.

Am Beispiel Luckauerstraße hat sich gezeigt, daß der gegenüber der Wohnungsnot auch so verständnisvolle Senat auf Spaltung der Bewegung in „Nur-Hausbesetzer“ und „Kriminelle/Terroristen“ aus ist. (Immerhin noch ein kleiner Unterschied zu Strauß, für den pauschal alle Hausbesetzer „Terroristen“ sind ...).

Diese Taktik des Senats zielt zunächst auf eine Schwächung der Bewegung ab. Das Ziel der Westberliner SPD/FDP-Koalition ist, das „Problem Hausbesetzungen“ bis zu den Wahlen im Einzelfall so zu lösen, daß „unterhalb der Schwelle großer Krawalle“ geblieben werden kann (lt. Dahrendorf in der Berliner Mopo, 27.2.). Von dieser durchtriebenen Politik werden sich auch noch Stimmen potentieller Wähler der „Alternativen Liste“ erhofft. In dieses Konzept paßt es natürlich auch, daß einzelne Häuser mit „großzügigen Angeboten“ geködert werden. Aber bisher haben sich alle Besetzergruppen geweigert zu verhandeln, mit der Begründung, daß über 250 (!) Verfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen laufen.

Es ist zu befürchten, daß spätestens nach der Wahl im Mai das „große Aufraumben“ gestartet wird. In diesem Sinne sehen wir die jetzt laufenden Einsätze und Übergriffe gegen Besetzer und Demonstranten als Vorbereitungsmaßnahmen mit Testcharakter an.

**Kassel:** Am 18. Februar der gegen Besetzer und Demonstranten als Vorbereitungsmaßnahmen mit Testcharakter an.

Als am 18. Februar das Haus Kottbuserstraße 8 in Kreuzberg besetzt werden sollte, marschierte reichlich Polizei auf. Diesmal waren es übrigens türkische Frauen und Kinder, die erstmalig (mit Unterstützung aus der Szene) ein Haus besetzten. Zwei Leute, gegen die später Haftbefehl ausgestellt wurde, wurden festgenommen. Die Besetzung konnte aber nicht verhindert werden.

Faktisch wird unter der Linie „Keine neuen Besetzungen“ inzwischen auch gegen schon seit längerem besetzte Häuser vorgegangen. So geschehen in der Nacht vom 25. auf den 26. Februar, als angeblich eine über Bullenfunk falsch übermittelte Hausnummer den Polizeiparapparat in Bewegung setzte. Besetzer eines schon einige Zeit besetzten Hauses transportierten gerade einige Möbel in „ihr“ Haus, als einige Streifenwagen-Bullen sie daran hindern wollten. Wegen der angeblich falsch übermittelten Hausnummer soll dann die Funkzentrale eine Neubesetzung registriert haben, woraufhin

**Kitzingen:** Auch hier wurden Straßenaktionen in der Innenstadt durchgeführt, anschließend zogen rund 100 Leute vor die Polizeiwache. Das örtliche Jugendhaus wurde währenddessen von Zivilpolizei observiert.

**Aichach:** Aus Solidarität mit den in Aichach (bei Augsburg) inhaftierten Frauen waren aus Nürnberg und einigen anderen Orten etwa 100 Leute am Samstagmorgen dorthin gefahren. Sie veranstalteten ein „Scherbengericht“ und zogen dann durch die Innenstadt vor das Frauengefängnis. Einige Jugendliche, die sich in Aichach für ein Jugendzentrum einsetzen, zogen bei der Demo mit.

**Nürnberg:** In Zusammenhang mit dem bundesweiten Aktionstag fand am Freitagabend eine Demo mit rund 1500 Leuten statt. Im Vorfeld hatten sozialdemokratische Gruppen und DKP versucht, eine weitere Demo als unsinnig darzustellen, weil „die SPD-Kundgebung der Höhepunkt“ war und jetzt in erster Linie



prompt 200 Bullen in Bewegung gesetzt wurden. Weil das in der Szene natürlich als Räumung verstanden werden mußte, haben gewöhnlich gut informierte Kreise über die Telefonkette 300 Leute mobilisiert, die sich mit den Sicherheitskräften ein beherztes Gefecht lieferten.

Im Ergebnis fand keine Räumung statt. 20 Polizisten wurden nach offiziellen Angaben ins Krankenhaus geschickt, und am nächsten Morgen freute sich die Glaserinnung über die zahlreichen Beiträge zur Arbeitsplatzsicherung in Schöneberg.

Knapp eine Woche nach dieser Provokation in Schöneberg wurden in Wedding zwei besetzte Häuser durchsucht. Am 3. März erschienen zwei Hundertschaften Bullen vor einem besetzten Haus, weil sie angeblich zwei mit Sprühdosen „bewaffnete Täter“ festnehmen wollten, die angeblich einen BVG-Bus verziert haben sollen. Nachdem die Besetzer sich weigerten, den Bullen die Tür zu öffnen, wurde das Haus gestürmt. Ein Funkgerät und die Hauszahltafel ließen sie im Inneren. Die Personalien wurden aufgenommen und vor dem Haus wurde ein Mann von den aufgeheizten Bullen zusammengeschlagen. Der Übeltäter, der gesprüht haben soll, wurde von „Zivil“ erst vor dem Haus zusammenge-

Mann von den aufgeheizten Bullen zusammengeschlagen. Der Übeltäter, der gesprüht haben soll, wurde von „Zivil“ erst vor dem Haus zusammenge-

Am Vortag waren besetzte Wohnungen eines teilbesetzten Hauses in Wedding durchsucht worden. Diesmal unter dem Vorwand, einem „normalen“ Mieter sei ein Tisch abhandeln gekommen. Und dieser Tisch kann ja nur bei den Besetzern sein ... Natürlich wurde das „Beweisstück“ bei der ganzen Aktion nicht gefunden.

Weiter wurde am 9.3. ein besetztes Haus in Spandau durchsucht. Anschließend ein besetztes Haus in Schmargendorf. Dieses Haus sollte ursprünglich am 10.3. abgerissen wer-

den, weil der Hausbesitzer ein Haus mit Wohnungen für „Führungskräfte“ bauen will. Und das, obwohl der Zustand des Hauses nur als optimal bezeichnet werden kann. Bäder, Teppichböden, Zentralheizung - alles vorhanden. Die „Alternative Liste“ hatte deshalb beschlossen, zunächst ihre Bezirkstermine in diesem Haus stattfinden zu lassen.

Diese Beispiele zeigen, daß sich die Lage schon jetzt in der Vorwahlzeit in Westberlin zuspitzt. Da ändern auch die großen Worte aus dem Senat nichts. Eine „politische Lösung“ ist nicht in Sicht.

Vielmehr stehen die Zeichen auf Sturm. Am 9.3. wurde ein Haus in Kreuzberg, das erst in der Nacht davor besetzt worden war, geräumt. Und wieder gab es Scherben in Kreuzberg. Nach offiziellen Angaben wurden bei der Aktion zwei Leute verhaftet. Zwar wurde das Haus am Nachmittag noch einmal besetzt, dann aber am nächsten Morgen wieder geräumt und gleich unbewohnbar gemacht.

Von Seiten des Senats wurde inzwischen (11.3.) verkündet, daß von jetzt an jedes neubesetzte Haus geräumt wird, wenn 1. Strafanzeige gestellt worden ist, 2. der Hausbesitzer anwesend ist und es sich 3. um ein abbruchreifes Haus handelt, das unmittelbar geräumt werden soll. Strafanzeige gestellt worden ist, 2. der Hausbesitzer anwesend ist und es sich 3. um ein abbruchreifes Haus handelt, das unmittelbar nach der Räumung dem Erdboden gleichgemacht wird. Als besonders schlimm gilt jetzt, wenn ein „abbruchreifes“ Haus (Kennzeichen: meist erhaltene Bausubstanz, aber nicht mehr so profitabel) instandbesetzt wird. Dann muß natürlich sofort geräumt werden, denn es wird ja gegen geltendes Recht verstoßen. Unklar ist zur Zeit noch, ob die SPD/FDP mit solchen Perversionen CDU-Wähler fangen oder aber politischen Harakiri begehen will ...

KB/Gruppe Westberlin

## Hausbesetzung

Private Freimachung Ihres Grundbesitzes bei rechtswidriger Besetzung. Diskrete Kameraaufnahme über CW 4852 Morgenpost, Berlin 11, Postfach 110 363

Die Hyänen bieten sich an ...

„das Gespräch mit dem Bürger“ gesucht werden müsse. Sie stießen damit aber auf wenig Gegenliebe und beteiligten sich dann doch zumindest mit einzelnen Personen an dem Demozug. Wenn auch die Teilnehmerzahl hinter den letzten Aktionen zurückblieb, war doch deutlich zu spüren, daß der erste Schock nach den Massenverhaftungen ansatzweise überwunden war. Am Polizeipräsidium und vor dem Knastr wurde ein „Scherbengericht“ veranstaltet, bei dem einige hundert Flaschen zu Bruch gingen. Die Demo wurde durch Theateraktionen immer wieder unterbrochen, vor dem Knastr trat dann sogar eine Musikgruppe auf, die auf einem gemieteten LKW spielte. Es wurde ein Riesenkraus veranstaltet und als besonderer Erfolg waren die deutlichen Zurufe aus dem Untersuchungsknastr zu vernehmen. Ein weiteres Indiz dafür, daß die Stimmung wieder hochgeht, war die Besetzung eines neuen Hauses in St. Johanns. Das

Haus wurde während der Demo besetzt, anschließend zogen alle dorthin.

Weiterhin fanden Aktionen statt in: Schweinfurt mit 300, in Wilhelmshaven mit 250, in Jever mit 100 und in Dortmund mit 100 Teilnehmern.

Die Aachener Hausbesetzer hatten zu einer Demonstration aufgerufen, an der sich schätzungsweise 600 Menschen beteiligten - ein schöner Mobilisierungserfolg. Ein Spaltungsversuch von Jusos und Jusos, die am Abmarschplatz dazu aufriefen, das Demonstrieren selb zu lassen und stattdessen ihre Diskussionsveranstaltung zu besuchen, scheiterte kläglich. Nur etwa 20 Leute wollten auf die Demo verzichten, der Rest zog wie geplant durch die Innenstadt zum Knastr und wieder zurück, wobei eine Reihe von Häuserwänden mit aktuellen Parolen bemalt wurde.



## Brokdorf und die Gewaltfreiheit der Tübinger Grünen

In Tübingen riefen die Grünen, der Bund für Umweltschutz und die Fachschafts-Vollversammlung (AStA-Erats) zur Demonstration in Brokdorf auf. In einer Vorbesprechung einigte man sich darauf, sich nicht auf „Provokationen“ und Schlägereien einzulassen und so nahe wie möglich am Bauzaun zu demonstrieren. Für Hasenclever, den Tübinger Landtagsabgeordneten der Grünen, hatte man sich damit - laut SWP vom 28.2. - ausdrücklich auf „Gewaltfreiheit“ geeinigt. „Für die Grünen, so Hasenclever, bedeute ein solches Bekenntnis auch, gegebenen-

schafts eine Stellungnahme, in der sie sich von derartigen Spaltungsversuchen distanzieren:

„... Diese Positionen wurden mit uns nicht abgesprochen und wir hätten sie auch nie akzeptiert.“

Zur prinzipiellen Gewaltlosigkeit: Wer sich vor Brokdorf auf Gewaltlosigkeit beruft, übersieht, daß mit den Baugenehmigungen einerseits und der Stimmungsmache von Presse und Justiz andererseits „gewalttätige“ Tatsachen geschaffen worden sind. Angesichts solcher Tatsachen sollten wir uns wohl besser über die s e



Die Polizei „diskutiert“ die Gewaltfrage



Die Polizei „diskutiert“ die Gewaltfrage

falls Handgreiflichkeiten zu verhindern, zwischen Demonstranten und der Polizei zu vermitteln und, notfalls Polizisten aktiv zu schützen“. Außerdem, so erfuhr man bei dieser Gelegenheit, wollen die Grünen bei einem Gottesdienst vom norddeutschen Pastorenbund teilnehmen. Und schließlich distanzierte sich Hasenclever scharf von „chaotischen Gruppen und Punkern, die mit der Anti-Atomkraftbewegung nichts zu tun hätten“ (SWP, 28.2.).

Dazu veröffentlichten die Fach-

Gewalt unterhalten, nicht über ein abstraktes Gewaltlosigkeitprinzip.

Wir wollten in Brokdorf

- gegen das AKW und den Atom-

staat demonstrieren

- uns das Recht erhalten, zu demon-

strieren, wenn und wo wir es für

richtig und für nötig halten

Was wir ganz sicher nicht wollten:

- Springer die Arbeit abnehmen,

indem wir AKW-Gegner mit ande-

ren Vorstellungen von Widerstand

ausgrenzen und dadurch ihre Krim-

inalisierung erleichtern.

- BETEN ... ???

Von der grünen Basis war bis auf

einen Leserbrief von H. Krell keine

Distanzierung von derartigen Äu-

ßerungen ihrer Prominenz zu verneh-

men.

Dafür äußerte sich Rühild Böhm,

„als eine, die bei der Brokdorf-Reise

nicht dabei gewesen ist“: „Man sollte

endlich einmal deutlich machen,

wohin ein (auch nur partielles) Zu-

sammengehen mit den Fachschafts-

führern führen muß: sie bekämpfen

Leute, die bereit sind, im Falle der

Gefahr den Kopf für sie hinzuhalten.

Sich wie Hasenclever an die Spitze

eines potentiellen Himmelfahrtskom-

mando zu setzen, unbewaffnet neben

manch einem, der offensichtlich er-

hebliche Schwierigkeiten hat, sich

mit dem grünen Prinzip der Gewalt-

freiheit anfreunden zu können, dazu

gehört wahrhaftig Mut. An der Frage

der Gewaltfreiheit werden sich die

Geister scheiden, auch innerhalb

der Grünen Partei“ (SWP, 7.3.)

Auch hierzu kam die einzige

öffentliche Distanzierung von H.

Krell: „Was sollen also die andauer-

nden Versuche, auch innerhalb der

Grünen Partei zu spalten in „Gewalt-

freie“ und „Chaoten“ ... Ich gehe

davon aus, daß die überwiegende

Mehrheit der grünen Basis keine

Spaltung der Anti-AKW-Bewegung

will, wie sie schon mal von rechten

Sektierern im Gewande von GAZ in

Hessen und GLU in Hamburg be-

trieben wurde“. Merkwürdig mutet

es allerdings an, wenn auch H. Krell

meint: Selbstverständlich würde ich

auch einen wehrlosen Polizisten im

Falle eines gewalttätigen Angriffs

schützen“. Aber wie denn, lieber

Herbert, doch nicht etwas mit Ge-

walt? Und womit denn lieber Her-

bert, hast du dich doch selbst für den

Beschluß des Vorbereitungstreffens

ausgesprochen, Schutzhelme auf

jeden Fall daheim zu lassen? Ange-

sichts solcher Überlegungen sollte

man solche Beschlüsse wohl noch ein-

mal überdenken ... ?

## Brokdorf Hinterher sind wir immer schlauer

Ich stelle mir die Frage, wie weiter nach Brokdorf. Dabei fällt mir ein, daß einige Leute wie in Brokdorf bei der Startbahn West gut gebraucht werden könnten.

Was viele nicht erwartet hatten, ist eingetreten. Die Masse der Demonstranten ist, wenn auch sehr, sehr spät, am Bauplatz angekommen. Erwartet hatten vielmehr Terror, noch mehr Sperrun und Schikanen. Es würde schon ein großer Sieg sein, die Demo breit zustande zu bringen.

Es war ein großer Sieg. Wir wissen einiges mehr.

Unterschätzt haben wir die Stärke der Bullen. Als Personen kennen sie Angst wie wir, mit viel weniger Solidarität untereinander (da hilft auf die Dauer „Oh du schöner Westerwald“ auch nicht). 10.000 - 15.000 Bullen zusammenzubringen, rumzukarren und einen Einsteckplan zu machen, ist bei mangelndem Enthusiasmus keine leichte, schon gar keine billige Sache.

Welche Auswirkungen hatte unsere eigene, relativ niedrige Erwartungshaltung, die sich z. T. auch darin ausdrückte, daß nur teilweise Schutz- und Abwehrkleidung getragen wurde? Die Inkonsistenz besteht darin, daß alle eine passive Militanz bewiesen, indem sie das Demoverbot ignorierten, aber nicht klar genug eine Situation voraussahen, daß wir Art und Bewegung der Aktion bestimmen könnten. Das nächste Mal wird der „psychische Absturz“ am Bauplatz tiefer sein.

M. E. ist ein wesentliches Element unserer Stärke unser offen gezeigtes Widerstands- bzw. Militanzpotential. Hoffentlich setzt sich bald die Einsicht durch, daß eine bessere Koor-

dination - unter phantasievoll und generalstabsmäßig geleiteter Demoleitung - von Aktionen, die den Gegner schwächen, der beste Schutz der Demo ist. Ein Angriff der Bullen hinter dem Zaun an 10 Stellen mit wechselnden Positionen, hätte zwar den Zaun nicht eingerissen, aber wir hätten eine wichtige neue Erfahrung unserer Stärke gemacht. (Eine Besetzung des Bauplatzes hätte nur Sinn, wenn die Bevölkerung die Besetzung stark mitträgt). Alle die, die ihre Schwierigkeiten mit gewalttätigen Aktionen haben, sollten starke Rückendeckung liefern. Es ist wirklich ein Gefühl der Stärke, wenn man/frau weiß, daß er/sie sich optimal gegen Kampfmittel der Bullen schützt. Wir sollten uns das Gefühl einer äußerlichen Neutralität nicht mehr leisten. Ich hielt die „Schlachterfahrungen“ für keine Fährlei.

Die Herrschenden werden den Bauplatz niemals freiwillig als Wiese zurückgeben. Die Stimmen, die von Rechtsbrechern - Demokratiebrechern - Systembrechern reden, mehrren sich. Ich bin nicht traurig darüber. Von Mitte bis Liberal versucht man uns einzuhaken, wie friedlich und vernünftig wir doch auch in der Masse sein können.

Die Frage des gezielten und organisierten Widerstandes ist deshalb so wichtig, weil nur über sie die ewig verdammt standpunktlosen Bürgerlichen zu spalten sind, und weil nur so die Herrschenden zu materiellen Zugeständnissen bereit sein werden, denn Gewalt ist ihre Logik.

Daß wir AKWs nicht mit Spaziergängen bekämpfen können, ist wohl bald dem/der letzten klar. Wir sollten

darauf gefaßt sein, daß die Herrschenden um ihres Profits willen auf uns mit scharfen Waffen schießen lassen. In der Türkei, in El Salvador gehört das zum Alltag.

Wir sollten unsere Kräfte weiter dazu nutzen, unsere Massenbände zu erweitern. Welchen Aktionsraum würden wir uns schaffen, wenn zwei, drei Demos in der Größenordnung an einem Tag laufen. Mir wird ganz warm ums Herz bei dieser Perspektive.

Hier noch ein paar Anregungen, was das nächste Mal besser sein könnte:

1. besser organisierte Anreise - mich haben z. B. die Göttinger beeindruckt. Eine gemeinsame Anreise ist die beste Vorbereitung;
2. mehr Lieder und Musik - es macht keinen Spaß, so dörig vor sich hinzulaufen;
3. bessere Schutzkleidung, d. h. wasserfest und mindestens Helm mit Anti-Tränengas-Brille;
4. bessere zeitliche Planung - wir hätten alle etwas früher am Bauplatz sein müssen;
5. besser organisierte, d. h. entschlossene Demoleitung, Entscheidungen müssen schneller getroffen werden;
6. besser organisierter Rückmarsch - der Rückmarsch verlangt von uns genau so viel Konzentration wie der Hinmarsch, keine Abstände zwischen Gruppen lassen, es ist ohnehin schöner, sich unterzu-

haken.  
Ein Frankfurter Genosse der Komites für Demokratie und Sozialismus

## Diskussionsbeitrag zum Artikel Diskussionsbeitrag zum Artikel »Atomkraft - Niemals«

Ich habe einige Widersprüche und Fragen zu eurem Artikel.

1. Zum Anliegen des Artikels. Ihr formuliert den Anspruch, „die Frage, ob Atomenergie prinzipiell nutzbar ist (z. B. im Sozialismus)“ zu klären resp. zur Klärung beizutragen. Der Sinn dieses Vorhabens leuchtet mir nicht ein, da sich darüber tatsächlich nur spekulieren läßt. Gerade als Vertreter der materialistischen Dialektik sind wir nicht in der Lage, in der Frage der Atomenergie-Nutzung eine auf alle Zeiten gültige Aussage zu machen (mit „ewigen Wahrheiten“ hatte gerade Engels wenig am Hut). Ich weiß aber auch nicht, wozu wir eine ewige gültige Antwort in dieser Frage brauchen sollten. Für den Kampf gegen die imperialistische und die „realsozialistische“ Atomindustrie und -bewaffnung reicht es völlig aus, zu beweisen, daß mit der heutigen Technologie und unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen heute keinerlei gesellschaftlicher Fortschritt verbunden ist, es sich daher um reine Destruktivkräfte handelt. Wozu brauchen wir eine Spekulation über die Möglichkeit der Nutzung von Atomenergie in etlichen hundert Jahren? Die Frage können wir, denke ich, getrost kommenden Generationen überlassen.

Mir ist weiterhin unklar, was in diesem Zusammenhang die Banalität soll, „der Mensch, als Teil der Natur, kann nicht gegen bestehende Naturgesetze verstoßen“. Natürlich nicht. Aber das ist doch nicht das Problem, denn die Bourgeoisie erzeugt nicht deshalb Destruktion, weil sie versuchen würde, die Naturgesetze zu durchbrechen, sondern weil die diese für sich und nach ihrer Logik versucht zu nutzen (deshalb betreibt sie ja Grundlagenforschung). Wir sollten nicht so tun, als wäre die Atom-Frage eine Sache der Vernunft (Einsicht in die Naturgesetze). Ein Naturgesetz ist keineswegs „für den Menschen“ eine statische Schranke. Ein Gesetz ist ein Naturphänomen (zum Gesetz wird es ja erst durch die Erkenntnis!) nur so lange, wie die menschliche Gesellschaft nicht in der Lage ist, es durch die Einsicht in die Naturgesetze zu beherrschen.

Ich halte daher auch die Begründung der Forderung nach „Schließung aller Atomforschungsstätten“ für falsch. Gegen die Forschung können wir uns nicht generell stellen und gegen die Institute nur insoweit sie entweder selbst Umweltschäden verursachen oder/und direkt mit der Konzeption von Atomanlagen oder -waffen beschäftigt sind. Es ist überhaupt kein Argument, daß die Institute die Grundlage des „atomaren Wahnsinns“ liefern würden.

Erstens stimmt das nur bedingt, da es nicht die Wissenschaft, sondern ihre Anwendung ist, von der die Gefahr ausgeht; zweitens müßte man dann konsequenterweise die Einstellung aller Forschung fördern, die (und sei es nur möglicherweise) derartige Grundlagen liefert.

2. Zur Argumentation über Atomkraft hier und heute. Für die Nutzung der Atomenergie durch die Bourgeoisie entwickelt ihr zwei Argumente, von denen ihr eines selbst ad absurdum führt. Die erhoffte Autarkie in der Energieversorgung, schreibt ihr, sei eine Illusion und rentabel seien AKWs auf keinen Fall. Wie aber

aktoren-Bau hat für einen Teil der Bourgeoisie doch direkt wirtschaftliche Gründe. Andernfalls wäre es kaum erklärlich, warum AKWs in solchen Massen installiert werden.

2. Geht es bei der Atomindustrie nicht zuletzt um die imperialistische Expansion der BRD. Wichtiger als die „prinzipielle“ Frage scheint mir die Frage zu sein, warum die BRD - im Gegensatz zur USA - Brasilien atomar bewaffnet. Dabei geht es m.E. nicht darum, Nicaragua etc. atomar zu bedrohen, sondern Brasilien im Hinterland der USA und in Konkurrenz zu ihnen als Brückenkopf aufzubauen, der ökonomisch und militä-



„Erich, was machen wir nur, wenn so ein AKW mal kaputt geht?“ „Strahlen, Leonid, strahlen!“

kann eine Illusion ein „noch stärkeres Argument“ für die Imperialisten sein? Doch wohl nur dann, wenn man unterstellt, diese seien, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage, diese „Hoffnung“ als Illusion zu erkennen.

So bleiben bei eurer Argumentation nur vom Staat vermittelte „politische Zielsetzungen“ übrig, was ihr nur in der Frage der atomaren Bewaffnung aufzuführt. Aus dieser Argumentation entstehen doch eine Reihe von Fragen.

1. Wozu braucht die Bourgeoisie, wenn es nur um die A-Waffen geht, reihenweise Schrottreaktoren. Zumal wo ihr selbst schreibt, das Gefahrenpotential der Atomanlagen entspreche dem der Atomwaffen. Bedeutet das nicht ein militärisches Eigentor, wenn das ganze Land mit Reaktoren überzogen wird, die bei einfachem Bombardement sich in feindliche Atombomben verwandeln? Der Re-

sch in die Abhängigkeit der BRD gebracht wird. Es geht also darum, mit Hilfe des Atomtechnologie-Exports das innerimperialistische Kräfteverhältnis zugunsten der BRD zu verschieben. Dabei schafft die BRD atomar bewaffnete Achsenmächte, in dem sie gezielt subimperialistische Zentren aufrüstet (Israel, Südafrika, Brasilien). Die atomare Aufrüstung dürfte weniger dem Kampf gegen Befreiungsbewegungen, als vielmehr der generellen Kriegsvorbereitung dienen.

Die Frage, ob nicht die zivile Nutzung der Atomenergie der Kriegsvorbereitung widerspricht bzw. ob zwischen der militärischen und der wirtschaftlichen Nutzung ein massiver Widerspruch besteht, sollte im AK mal diskutiert werden. Warum baut die BRD die WAA eigentlich direkt an der DDR-Grenze? Soll man das so verstehen, daß dieser Standort für Bombardierungen besonders ungeeignet ist?

J., RGW-Kommission

### Nationales Koordinations-treffen der Anti-Atom-Bis am 28./29. März in Bonn

Auf dem Nachbereitungstreffen zur Bremer Bundeskonferenz am 13.12.80 in Darmstadt waren sich alle Anwesenden darin einig, daß es sinnvoll und notwendig ist, auch auf nationaler Ebene einen ständigen Meinungsaustausch zu wichtigen Fragen der Bewegung zu gewährleisten. Deshalb soll versucht werden, in Zukunft eine Art Nationale Koordination aufzubauen, das heißt, in halbwegs regelmäßigen Abständen Treffen zu organisieren, an denen sich möglichst viele Bis aus möglichst vielen Regionen und von möglichst vielen Standorten beteiligen. Ein erstes Treffen wird also am 28./29.3. in Bonn stattfinden:

#### Ort

Das Treffen findet statt in der Evangelischen Studentengemeinde, Königstraße 88, Bonn-Poppelsdorf.

#### Zeit

Beginn ist am Samstag, 28.3., 11.00 Uhr. Sollten wir am Samstag nicht fertig werden, dann kann das Treffen am Sonntag, 29.3. fortgesetzt werden. Für Schlafplätze ist gesorgt.

#### Kontakt

Tagesordnungsvorschläge, Stellungnahmen, Anmeldungen, etc. bitte an folgende Adresse schicken:

Bürgeraktion Umweltschutz Bonn (BUB)  
c/o Ute Jensen  
Adolfstraße 60  
5300 Bonn 1  
Tel.: 0228-63 52 74 oder  
Tel.: 0228-33 42 44 (Summe)  
Und ... Meldet Euch bitte an, damit wir wissen, wie viele Schlafplätze benötigt werden!





1. Ein Fotoreporter, der noch kurz vorher der Polizei seinen „Sonderpassierschein“ gezeigt hat, wird von Bullen angegriffen.



2. Noch auf den am Boden liegenden schlagen die Bullen ein.



3. Die Bullen prügeln zu dritt. Erst als ein Kollege sich zwischen sie stellt, hören sie auf.



4. Dafür nimmt sich ein Bulle die Fototasche (links im Bild), „Straßenraub“ oder die „Ermöglichung einer objektiven Presseberichterstattung“?

## Festgenommene als Freiwild

„Am 28.2. wurden im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demonstration 65 Menschen festgenommen. Drei bei der Abfahrt in Hamburg, einige bei der Räumung am Bauplatz, die Mehrzahl wieder bei Polizeiberufen auf abziehende Demonstrationen. Dabei wurden die Festgenommenen z. T. schwer verletzt und mehrere auch nach ihrer Festnahme von der Polizei mißhandelt. Die Mehrzahl wurde auf den Bauplatz Brokdorf geschleppt, wo sie teilweise in ungeheizten Containern völlig durchnäß stundenlang warten mußten, ohne Anwaltskontakt. Sie wurden trotz Widerspruch erkenntnistunlich behandelt und auch noch in ihrer vollen Ausrüstung (Helm auf) von der Polizei fotografiert.“

(Aus dem vorläufigen Ermittlungsbericht des Ermittlungsausschusses der BUU Hamburg zum 28.2.).

Das Ausmaß der Mißhandlungen bei und nach den Festnahmen wird in den Augenzeugen- bzw. Betroffenen-Berichten deutlich. Hier einige Auszüge:

„Plötzlich ging alles ganz schnell. Ich wurde durch den Wasserstrahl, der offenbar gezielt war, dreimal zu Boden geschleudert und stürzte schließlich in den Graben neben der Straße. Jemandem fiel sehr hart auf mich; es war ein Polizist, der mich hochriss und in Richtung Bauplatz die Straße entlangzerrte.“

A. wurde gleichzeitig mit mir verhaftet, da wir während der ganzen Geschehens bis zu dem Zeitpunkt, wo wir stürzten, immer zusammengeblieben waren. Auf der Straße kamen uns ein paar Polizeikolonnen entgegen. Teilweise bildeten sie ein Spalier, durch das man durchgehen mußte; mehrere Polizisten rempelten mich an und schlugen nach mir; einer traf mich mit seinem Schlagstock direkt auf die Kehle. Wie ich später erfuhr, wurden auch andere Verhaftete auf diese Weise geprügelt.“

„Ich wurde von mehreren Polizisten aus dem Vorgarten gezogen und in den Graben geworfen. Man hat mich dann gewaltsam aus dem Graben gezogen, indem man mir den Helm vom Kopf riß, an den Haaren riß und mir Finger in die Augen drückte. Auf der Straße wurde ich dann von mehreren Polizisten in der oben geschilderten Lage brutal mit Gummiknüppeln und Tritten, u. a. ins Gesichtsteil, zusammengeschlagen. Ich wurde dann gewaltsam aufgerichtet und teilweise unter meiner erzwungenen Mithilfe bis auf die Unterwäsche ausgezogen. Der Polizist (auf dem Bauplatz, Anm. d. Antifakomm.) hob ein mehrpoliges Ka-

bel von der Straße auf, von dem er behauptete, daß diese meine Waffe gewesen wäre, was ich jedoch bestritt. Daraufhin wurde mir gedroht, daß man anhand von Fingerabdrücken sowieso feststellen könnte, ob dies meine Waffe gewesen wäre. Ich bemerkte, daß mehrere andere mit mir festgenommene Demonstranten dazu aufgefordert wurden, die sichergestellten „Waffen“ (Molotow-Cocktails, Krähensfüße, Schlagstöcke, Helme usw.) anzufassen und zu den Autos zu transportieren. Wir weigerten uns eher, die Gegenstände anzufassen und nahmen nur die sichergestellten Helme von der Straße. ... Dann wurde ich in einen Gefängniscontainer gebracht. In dem Container war weder Licht noch Heizung, und es waren ca. 6 bis 8 Menschen in dem Container. Man hatte uns noch keine trockene Kleidung gegeben und nach ca. dreieinhalb Stunden Aufenthalt in diesem Container bemerkte ich bei mir deutliche Anzeichen von Unterkühlung. Es gab keine Möglichkeit, dieses zu beenden, da sich niemand mehr um uns kümmerte.“

„... verloren wir z.T. den Anschluss an den Demonstrzug und wurden von der Polizei gegriffen und mehr oder minder zusammengeschlagen. Ich selbst erhielt eine Platzwunde am Hinterkopf (Schlagstock) und auf dem Weg zum Bauplatz von vorbeimarschierenden Bullen Stockschläge auf den Kopf, Rücken und in die Ellern, sowie wüste Beschimpfungen (Sag ein Wort, und ich schlag dich tot, Satz eines 2-Sterne-Typs einer Hundertschaft aus Eutin, der schon am Mittwoch bei der Blockade-Räumung durch brutales Auftreten aufgefallen war) ... Ich selbst habe die Aussage verweigert. Der vernehmende Zivilist war verbal sehr ruppig (Wenn ich jetzt eine Zwillie hätte, könntest Du was erleben“ u.ä.) ...“

„Ich war gerade dabei, mich wieder hoch zu reppeln, als ein Hubschrauber in einer ungefähren Höhe von zwei bis drei Metern über meinem Kopf stehen blieb. Also flog ich noch mal auf die Freize, ruppelte mich wieder hoch und setzte zum Sprung über den Graben an, was dummerweise inmitten vom Graben endete (der Luftwiderstand war zu doll). Fast gleichzeitig wurde ich von mehreren Bullen umringt, wovon einige mir freiwillig in den Graben folgten und anfangen, mit Knüppeln massiv auf mich einzuschlagen. Ich wurde von den Bullen angeschrien, daß ich aus dem Graben rauskommen sollte,

was allerdings schlecht ging, da immer noch einige auf mich einschlugen. Wieviel Bullen es waren, kann ich nicht mehr genau sagen, so an die 3 bis 4, die auf mich einschlugen und mehrere, die dumm rumstanden und so Sprüche losließen wie: Dich altes Schwein hätte man gleich erschießen sollen!“

„No ja, der Arzt entschied wohl, daß ich nicht nach Itzehoe gebracht werden sollte, sondern nach Wülter (ich hab's nicht mehr genau mitgeteilt). Nachdem der Bullenrost aus dem Krankenwagen gesprungen war, brachten sie noch einen verletzten Demonstranten ins Auto. Das war ein Typ aus B., den Namen habe ich leider vergessen, ich glaube D. hieß er mit Vornamen. Dem haben sie noch beim Verfracht auf die Rube geschlagen und auf Arme und Hände. Jedenfalls sah er ziemlich schlimm aus. Blutete aus mehreren Platzwunden am Kopf und im Gesicht und die Hände und Arme waren dick angeschwollen.“

Aus der Pressemappe des Ermittlungsausschusses

## Plogoff: Das französische Brokdorf

So wie bei uns Brokdorf, so ist in Frankreich Plogoff ein Symbol für den Kampf gegen Atomenergie. Die Bevölkerung dieses Ortes und der umliegenden Gemeinden der Bretagne hatte sich im Februar letzten Jahres in beispielhafter Entschlossenheit gegen die Auslegung der Pläne für das Atomkraftwerk gewehrt. Als die Behörden die Pläne im Rathaus auslegen lassen wollten (in Frankreich eine Voraussetzung für die Baugenehmigung) schloß der Bürgermeister kurzerhand die Amtsstuben. Der Bullen-LKW, in dem die Pläne dann ausgelegt wurden, war daraufhin jeden Morgen und Abend mitsamt der umstehenden Bullen einem wahren Steinregen ausgesetzt. Über einen Monat lang wurde unter der Parole: „Steine gegen Gewehre“ gekämpft.

Es hat in letzter Zeit erneut Aktionen der Bevölkerung gegen den in der zweiten Hälfte '81 zu erwartenden Baubeginn gegeben. Aber auch Provokationen der Betreiberseite sind zu verzeichnen.

Am 14. Januar kam es zu einer großen Demonstration im nahegelegenen Audierne. Leute aus allen Gegenden des Cap Sizun nahmen daran teil. Während der Demo wurde das Gebäude der EDF (zentrales französisches Elektrizitätsunternehmen) besetzt. Das dort gefundene Hochglanz-Verdummungsmaterial wurde öffentlichkeitswirksam am Pier verbrannt. Nach mehreren Stunden wurde kurz vor Mitternacht die symbolische Besetzung aufgehoben. Mitglieder des

Gegen die 65 Festgenommenen der Demonstration am 28.2. in Brokdorf bestehen schwere Vorwürfe der Polizei, u.a. „Landfriedensbruch“ und „Schwere Körperverletzung“.

Wir befürchten, daß die Festgenommenen in einer zu erwartenden Prozeßblase stellvertretend für uns alle haftbar gemacht werden sollen.

Bis jetzt liegen uns leider noch kaum konkrete Augenzeugenberichte/Betroffenenberichte vor.

Wir möchten Euch deshalb dringend bitten: Helft uns, die Ereignisse während der Brokdorf-Demonstration aufzuheilen mit Betroffenenberichten und Augenzeugenberichten über Polizeimaßnahmen und Festnahmen.

Was sollen Berichte von Euch enthalten?

- sie sollten sehr konkret sein!

a) Namen und Adressen (auch von weiteren Zeugen)

b) Orts- und Zeitangaben zu den Vorgängen

c) Wer wurde festgenommen, Vor-

gang der Festnahme und - so weit möglich - Angaben über die Behandlung in der Haft sowie ihre Dauer

d) Wann wurde ansonsten - wem und in welcher Situation - Personalien von der Polizei abgenommen

e) sonstige Übergriffe der Polizei, auch von Zivilen.

Ganz wichtig!!! Stellt uns bitte Bildmaterial zur Verfügung mit Name und Adresse des Fotografen.

Berichte an:  
BUU (Ermittlungsausschuß)  
2000 Hamburg 6  
Bartelstr. 26  
Tel. Werktag 17 bis 19 Uhr: 432171

Spendet für Ermittlungs- und Prozeßkosten. Stichwort „Brokdorf 28.2.“. Spendenkonto Ermittlungsausschuß Nr. 1118413  
BLZ 200 300 0 Vereins- und Sparkasse

Plogoff-Aktionskomitees erklärten jedoch, daß sie schon nächstesmal nicht mehr so friedlich vorbeischaun könnten, da die Geduld der Bevölkerung langsam am Ende sei.

Eine Aktion, die reichlich Diskussionen über die Urheber auslöste, geschah am 29. Januar. Morgens um viertel nach vier Uhr explodierte eine Bombe außerhalb der neuen Telefonzentrale, die als Geschenk im Gegenzug zum Bau des AKW's gesehen wird. Keine Organisation übernahm die Verantwortung für diese Aktion, jedoch waren die Buchstaben FLB an die Mauer gemalt worden, die Abkürzung für die Bretonische Befreiungsfront. Allgemein ist man sich unter den Atomkraftgegnern nicht sicher, ob diese Bombe wirklich von dieser recht einflussreichen Autonomistenorganisation kommt, einige vermuten dahinter eher eine Provokation der Betreiber, vor allem weil die Bombe fast keinen Schaden anrichtete.

Einen allgemeinen Aufschrei der Empörung löste allerdings der jüngst erfolgte Sinneswandel der KPF in der Bretagne aus. Nachdem die EDF erklärte, daß Douarnenez der Hafen für die Anlieferung der AKW-Teile würde, war der KPF-Bürgermeister Michel Mazeas auf einmal Feuer und Flamme für die Atomenergie. Die Bevölkerung der Region war durch diesen plötzlichen Sinneswandel der lokalen KPF sehr verärgert. Am Freitag, den 6. Februar, besuchten über 200 Bürger den lokalen Vertreter der KPF in Plogoff. Man verlangte Erklärun-

gen. Nach recht heftiger Debatte wurden Haus und Auto in leicht demoliertem Zustand zurückgelassen. Eine tags darauf angereiste 40-köpfige KPF-Schutztruppe wurde kurzerhand im nun beieigerten Haus gefangengehalten. Auf einer Demo dieser 40 KPF'ler am Montag vor der Präfektur von Quimper wurden die gleichen Rufe nach Ruhe und Ordnung laut wie sie vorher der rechte Abgeordnete aus Douarnenez, Guy Guernneur, vorgetragen hatte. Die Leute in Plogoff bezichtigten die KPF des Verrats und der Kollaboration mit der Zentralregierung. Zu ähnlichen Aktionen der Bevölkerung kam es auch gegen einen rechtsradikalen Abgeordneten, Henri Cogan, der in einem Brief an alle Bezirksparlamentarier erklärte, Plogoff werde so oder so gebaut, es komme jetzt nur noch darauf an, möglichst viel Geld bei der ganzen Angelegenheit zu verdienen.

Die Anti-Atomkoordination der Bretagne erklärte, alle Aktionen seien gerechtfertigte Selbstverteidigungsaktionen der Bevölkerung. Für alle, die vorhaben, ihren Urlaub in der Bretagne zu verbringen, hier eine Kontaktadresse, wo man sich schon vorher näher informieren kann, z.B. Übernachtungsmöglichkeiten, Termine etc.

Jean Louis Cassel  
Grande Rue Chère  
29122 Pont Croix, France  
Tel.: 0033-98-704773  
(Nachweise-Communiqué Mopo 24.2.81)





## Interne Einsatzgrundsätze der Polizei

Aus gegebenem Anlaß dokumentieren wir im Folgenden Auszüge aus der sog. Polizeidienstvorschrift 100 (im Polizeifachjargon: PDV 100). Nach eigenem Bekunden dient die „PDV 100“ den „Polizeistreitkräften“ (G. Tandler) der BRD dazu, „unbeschadet der Polizeihohheit der Länder ein einheitliches Führungs- und Einsatzverhalten aller Sicherheitskräfte anzustreben.“

Die „PDV 100“ wurde im Zuge der Verabschiedung des „Programms für die Innere Sicherheit“ (Teil II) 1974 von dem „Arbeitskreis II, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, der Arbeitsgemeinschaften der Innenministerien der Bundesländer (AKII)“ erarbeitet und bereits 1975 in die Praxis von Bund und Ländern eingeführt — auch ohne daß durch die Verabschiedung des neuen „einheitlichen Polizeigesetzes“ die rechtliche Legitimation dafür bereits geschaffen worden wäre. Die Verabschiedung des „einheitlichen Polizeigesetzes“, sowie die Verabschiedung der sog. Razzia-Gesetze bildete insofern nur noch die nachträgliche Legitimation ohnehin bereits üblicher und verordnungsmäßig festgelegter Polizeipraktiken.

Zur Vorlage der ersten Ausgabe der „PDV 100“ kommentierten die Verfasser: „Damit ist der erste Schritt im Sinne des Sicherheitsprogramms getan, die Dienstvorschriften für Führung, Einsatz, Ausbildung und technische Mittel anzugleichen und polizeigemäß auszugestalten. Die neue PDV 100 regelt erstmals einheitlich die Führungsgrundsätze und das Einsatzverfahren der Polizei des Bundes und der Länder. Gleichzeitig gewährleistet sie den einheitlichen Gebrauch polizeilicher und taktischer Grundbegriffe; ein für das reibungslose Zusammenwirken zwischen der Polizei des Bundes und der Länder unerlässliches Erfordernis. Schließlich ist die Vorschrift eine Grundlage, um die

Führungskräfte in allen Verwendungsbereichen der Polizei für die in der PDV 100 beschriebenen Aufgaben einheitlich auszubilden.“

Seitdem bildet die „PDV 100“ die praktische Grundlage polizeilichen Handelns. Für ganz Dumme, von denen es bei der Polizei nicht wenige geben soll, erläutern diverse Kommentare noch wieder bis ins Detail die Verordnung — bis hin zur Aufstellung von „Checklisten“ für die jeweiligen denkbaren „polizeilichen Lagen“. Einer der bekanntesten Kommentatoren dieser Art ist Hans-Joachim Juretzky, Leiter der Polizei-Einsatzes gegen das Anti-Atom-Dorf am Bohrloch 1004 (sein Titel: „Grundlagen der Befehlstechnik“).

„Seit ihrer Einführung 1975 wird die „PDV 100“ jedes Jahr aufgrund neuester Erfahrungen „en bloc“ oder „en detail“ ergänzt. Eine dieser Ergänzungen in der Ausgabe von 1979 ist das Kapitel „Schutz kerntechnischer Einrichtungen (Anlagen und nukleare Transporte)“ im Zusammenhang der allgemeinen „Objektschutzaufgaben“. Das Kapitel wird von uns dokumentiert. Des weiteren halten wir das Kapitel „unfriedliche demonstrative Aktionen“ für besonders aktuell; erstens weil es die praktischen Dimensionen gegenwärtiger Polizeieinsätze betrifft, zweitens weil es — in der unterkühlten Sprache beamteter Philister — die Mentalität einseitigen Polizeistaatsdenkens enthüllt.

Im übrigen empfehlen wir selbstverständlich, ganz im Sinne der Polizeistrategen, die gesamte „PDV 100“ dem gründlichen Studium.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

## 2.5.4. Schutz kerntechnischer Einrichtungen (Anlagen und nukleare Transporte)

2.5.4.1. Kerntechnische Einrichtungen besitzen ein hohes Gefährdungspotential. Durch kriminelle Handlungen kann unmittelbar oder mittelbar radioaktives Material freigesetzt werden. Abgesehen vom Freisetzen oder Einwickeln radioaktiver Materialien können bereits Androhungen von Anschlägen oder Anschlägen, die keine derartigen Auswirkungen haben, eine erhebliche Beunruhigung der Bevölkerung hervorrufen. Besonders Einsatzplanungen und Schutzmaßnahmen sind deshalb erforderlich.

2.5.4.2. Die polizeilichen Schutzmaßnahmen und die Sicherungsmaßnahmen der Verantwortlichen (Betreiber kerntechnischer Anlagen und Beförderer nuklearen Materials) sind so eng aufeinander abzustimmen und zu verknüpfen, daß ein in sich geschlossenes Sicherungs- und Schutzsystem gewährleistet ist.

Die präventive Grundabsicherung durch den Verantwortlichen verhindert bis zum Eingreifen der Polizei.

- bei Anlagen ein Eindringen in den inneren Sicherungsbereich  
- bei Transporten, daß Täter über das nukleare Transportgut verfügen können

Der präventive Grundschutz durch die Polizei beschränkt sich im wesentlichen auf allgemeine Überwachungsmaßnahmen außerhalb des Anlagengeländes. Zur Abwehr konkreter Gefahren hat die Polizei zu gewährleisten, daß sie in kürzester Zeit nach Alarmierung wirksam eingreifen kann. Sie trägt vom Zeitpunkt des Eingreifens an die Verantwortung für alle Maßnahmen der Störabwehr.

2.5.4.3. Für den präventiven Grundschutz ist je nach Lage eine Gefährdungsstufe aus 2.5.2.1. festzulegen. Schutzmaßnahmen aus 2.5.2.4. sind wie folgt durchzuführen:

- Gefährdungsstufe 1
- Schutzmaßnahmen 3
- Gefährdungsstufe 2
- Schutzmaßnahmen 4
- Gefährdungsstufe 3
- Schutzmaßnahmen 5

In übrigen sind die Grundsätze aus 2.5.3. zu beachten.

2.5.4.4. Zur Vorbereitung eines Einsatzes ist ständige Kommunikation und persönlicher Kontakt zwischen Polizei und Verantwortlichen erforderlich. Gegebenenfalls kann eine Abstimmung in der „örtlichen Sicherungs- und Schutzkommission“ zweckmäßig sein.

Die Anlage ist regelmäßig und aus konkretem Anlaß gemeinsam zu begleichen. Spezialisten und Fahrer anderer geschlossener Einheiten sind mit den Besonderheiten der Anlage vertraut zu machen. Es sind Übungen durchzuführen, an denen die Verantwortlichen zu beteiligen sind. Bei Planung und Durchführung von Vorübungen muß die Wirkung in der Öffentlichkeit berücksichtigt werden.

2.5.4.5. Für Dienststellen und Einsatzbereitschaft der örtlich zuständigen Polizeidienststelle gilt, daß spätestens 15 Minuten nach Alarmierung etwa 10 Beamte an der Anlage eingesetzt sein müssen. Weitere Kräfte sind so schnell wie möglich nachzuführen.

2.5.4.6. Für jede Anlage ist eine Einsatzkarte anzulegen, die Angaben enthält insbesondere über:

- Art der Anlage
- Leitungspersonal und dessen Erreichbarkeit
- Stärke und Ausstattung des Objektschutzes
- Kommunikation
- Alarmplan und Sicherungssystem für die Anlage
- Zahl und Zusammensetzung der Belegschaft
- Lage und Umgebung der Anlage, besonders gefährdete Bereiche, Zufahrtsweg, Einfallstellen (Grundrisskizzen, Lagepläne, Luftaufnahmen)
- Gefährdungsquellen bei Reaktorfällen unter Freisetzung von Radioaktivität (vorbereitete Auflage-Folien)

2.5.4.7. Haltschutzbereich sind insbesondere vorzubereiten:

- Alarmplan
- Führungsplan und Einrichtung einer Befehlsmittel
- Bereitstellung von Führungs- und Einsatzmitteln
- Objektschutzplan
- Absperplan
- Verkehrsleitungsplan
- Heranziehen von Verkehrshilfskräften (Fahrradstreifen, Mähdreie, Lotseninsatz usw.)
- Fernmeldeverbindungen
- Versorgungsmaßnahmen
- Einsatz von Strahlenschutztruppe zur Eigenabsicherung

Alarmierungs- und Anfahrtszeiten sind durch Übungen festzustellen und zu berücksichtigen.

2.5.4.8. Mit den Verantwortlichen sind Kontrollanrufe zu festgelegten Zeiten über die von ihnen vorzuhaltenden Fernmeldeverbindungen zu vereinbaren.

Es sind Draht- und übertragende Sprechfunkverbindungen erforderlich. Der allgemeine Notfall 110 ist nicht ausreichend. Für den Fall eines Angriffs auf die Anlage ist ein Stützpunkt zu vereinbaren.

2.5.4.9. Transporte von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Material sind durch die Polizei nur zu begleiten, wenn:

- die zuständige Behörde dies dem Beförderer bei der Genehmigung vorschreibt
- Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung des Transports vorliegen

2.5.4.10. Die Begleitung hat den Transport gegen Sabotage und andere kriminelle Einwirkungen zu schützen. Daneben hat sie eventuelle notwendig werdende Verkehrsmaßnahmen zu treffen.

Bei Gefahr der Freisetzung von Radioaktivität hat die Maßnahmen nach 2.5.2. auszuführen.

2.5.4.11. Vom Beförderer sind genaue Angaben über die Gefährlichkeit des zu transportierenden Materials einzuholen. Die begleitenden Beamten sind eingehend einzurufen.

2.5.4.12. Der vorgesehene Transportweg ist einzuhalten. Muß aus zwingenden Gründen davon abgewichen werden, sind sofort die jeweils zuständigen Behörden (Staatsschutz, Bundeswehr) zu informieren.

Werden Halte erforderlich, sind möglichst nur solche Plätze zu wählen, die ein sicheres Absteigen des Transports und ausreichende Schutzmaßnahmen ermöglichen.

Die polizeiliche Begleitung ist möglichst wenig zu wechseln. Bei einem Wechsel ist die ordnungsgemäße Übergabe des Transports an die für die weitere Begleitung vorgesehenen Kräfte rechtzeitig abzustimmen.

2.5.4.13. Neben der Laufüberwachung des Transports durch den Beförderer ist eine ständige Information der jeweils örtlich zuständigen Polizeidienststellen erforderlich. Die polizeiliche Begleitung hat mit ihren Sprechfunkverbindungen zu halten und sich an den Grenzen örtlicher Zuständigkeitsbereiche an- bzw. abzumelden sowie regelmäßig Standortmeldungen zu erstatten.

Transporte sind unter einem Kennwort durchzuführen.

2.5.4.14. Die Grundsätze der Absperung, des Objektschutzes, des Raumschutzes, der Abwehr, der Räumung, des Angriffs und des Einsatzes bei größeren Schadensereignissen sind zu beachten und sinngemäß anzuwenden.

2.5.5. Raumschutz

2.5.5.1. Raumschutz ist:

- die Bevölkerung sowie lebenswichtige oder besonders gefährdete

- Objekte zu schützen
- Störer innerhalb eines festzulegenden Bereichs aufzufinden und festzunehmen.

2.5.5.2. Raumschutz ist erforderlich, wenn in einem größeren Gebiet die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Führung von Demonstrationen, Abmarschen oder von Terror- und Sabotageanschlägen gefährdet ist.

Raumschutz kann erfordern:

- Unterstützung durch geschlossene Einheiten
- Umgliederung der Kräfte
- Neueinteilung der Kräfte von Aufgaben.

2.5.5.3. Dem Einsatz im Raumschutz ist intensive Aufklärung vorzuzugewinnen.

2.5.5.4. Der Polizeiführer muß Erkenntnisse gewinnen über:

- Störer
- örtliche Verhältnisse des Einsatzraums
- Steuerung und Befehl der Bevölkerung, deren politische und soziale Schichtung sowie ihre Einstellung zur Lage und ihre Beeinflussbarkeit
- zu schützende Objekte (Objektschutzplan) einschließlich Regierungs- und Verwaltungszentren
- Stärken und Ausstattung anderer Schutzkräfte
- Fachdienste und deren Einsatzmöglichkeiten
- Publikationsorgane im Einsatzraum.

2.5.5.5. Es ist zweckmäßig, die Einsatzkräfte bereits eintreffend in den Einsatzraum zu führen. Befehlsmittel sind nach Möglichkeit in Anlehnung an zu schützende Objekte einzurichten.

2.5.5.6. Der Einrichtung einer Nachrichtensammel- und informationsstelle kommt besondere Bedeutung zu. Sie muß so besetzt und ausgestattet sein, daß sie die eingehenden Nachrichten und Informationen schnell aufnehmen, bewerten und weitergeben kann.

2.5.5.7. Neben den zur Aufklärung und zum Objektschutz eingesetzten Kräften sind Stützkräfte oder besondere Einsatzkommandos zu bilden, denen Abschnitte zugewiesen werden, in denen sie taktische Bewegungsbrüche haben; der Einsatz kann sich oft über einen längeren Zeitraum erstrecken.

Sie haben insbesondere:

- den Einsatzraum zu überwachen, gegebenenfalls durch Beamte in bürgerlicher Kleidung
- Störer aufzufinden und festzunehmen
- Bilden neuer Stützgruppen zu unterstützen
- Bewegungen und Versorgung der Störer zu behindern und nach Möglichkeit zu verhindern.

Sie sind mit Fernmeldeanlagen so auszustatten, daß zu ihnen jederzeit Verbindung besteht. Dabei sind die Informationswege sowie die Maßnahmen zum Schutz, Tarnen und Verschleiern der Nachrichten häufig zu wechseln.

Insbesondere in Stadtgebieten können im voraus Räume, die erfahrungsgemäß Ziel demonstrativer Aktionen sind, planmäßig in feste Abschnitte gegliedert werden. Dadurch kann bei der Einweisung der Einsatzkräfte und bei der Aufklärung wichtige Zeit gewonnen werden.

2.5.5.8. Neben den zur Aufklärung, zum Objektschutz und zum Objektschutz eingesetzten Kräften sind starke bewegliche Reserven bereitzustellen. Es ist zweckmäßig, Ortlichkeiten, an denen Störer festgehalten sind, einschließend abzusperren, ehe weiter vorgegangen wird.

2.5.5.9. Bei Dunkelheit ist es zweckmäßig, in verstärktem Maß Verkehrsknoten, Objekte und Straßen zu überwachen. Kontrollstellen sind einzurichten.

2.5.5.10. Nachschub sind zur Aufklärung, Führung und zum Transport von Eingreifkräften einzusetzen. Sie halten mit Stütz- und Einsatzkommandos Verbindung und können sie in besonderen Fällen auch versorgen.

2.5.5.11. Durch Einschaltung der Publikationsorgane, Lautsprecheransatz, Plakatschläge und Flugblätter kann die Bevölkerung zur Unterstützung der polizeilichen Maßnahmen aufgefordert werden.







Wölfe im Schafspelz

Staat und Medien

„Wir haben alles in unserer Macht Stehende getan, um der Gewalt entgegenzuwirken. Unsere Polizisten haben sich besonnen und verantwortungsbewußt verhalten“ (Stoltenberg nach der letzten Brokdorf-Demo, „Welt“, 1.3.81).

„Wir bekräftigen, daß die FDP unverändert gegen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung eintritt“ (Klaus Brunnstein, Hamburger FDP-Vorsitzender, „Welt“, 1.3.81).

„Man verändert nichts durch Anwendung von Gewalt“ (Hans-Ulrich Klose, Hamburgs SPD-Bürgermeister, „Welt“, 21.2.81).

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und FDP haben sich geeinigt, am Dienstag im Kieler Landtag einen Allparteien-Aufruf gegen Gewalttätigkeit zu beschließen („Welt“, 21.2.81).

„Besonnenheit ist notwendig. Auf beiden Seiten. Denn nur gemeinsam kann es gelingen, jene zu isolieren, die Argumente durch Steinwürfe, legitimen Protest durch Straßenschläge ersetzen wollen“ („Hamburger Morgenpost“, SPD-nahe, 2.2.81).

Den mit Abstand wichtigsten Part in der Großen Koalition der „Gewaltlosen“ spielen Staat, etablierte Parteien, Presse und Rundfunk/Fernsehen. Das Außen der ihnen zur Verfügung stehenden Propaganda- und Machtmittel übersteigt die Möglichkeiten aller anderen „Gewaltlosen“ um ein Vielfaches.

Etablierte Parteien und Medien verkünden pausenlos, daß Gewalt kein Mittel politischer Auseinandersetzungen sein dürfe. Wer Gewalt anwende, mache sich nicht bloß strafbar, sondern mache auch seine eigenen Ziele unglaubwürdig. Daraus ergibt sich ein denkbar einfaches Schema zur Unterscheidung zwischen guten Demonstranten, halbwegs erträglichen Demonstranten und terroristisch-kriminellen Gewalttätigen:

- a) Der gute Demonstrant hält sich an die Gesetze; verbotenen Demonstrationen bleibt er ebenso fern wie terroristisch-kriminellen Gewalttätigen
- b) Der gute Demonstrant hält sich an die Gesetze; verbotenen Demonstrationen bleibt er ebenso fern wie solchen, bei denen mit Gewalttätigen „gerechnet werden muß“
- c) Der halbwegs erträgliche Demonstrant nimmt es zwar mit Gesetzen und Verboten manchmal nicht so genau; er verhält sich aber absolut „friedlich“, was auch immer passieren mag
- d) Der terroristisch-kriminelle Gewalttätiger ist auf nichts anderes als Putz und Randalen aus. Nicht ganz zu Unrecht gehen die Herrschenden davon aus, daß sich in der unterschiedlichen Einstellung zur Gewalt auch eine unterschiedliche Einstellung zum Staat ausdrückt: Der Personenkreis der Gruppen a) und b) gilt als tendenziell in das herrschende System wieder integrierbar. Wenn sich einerseits die „friedlichen“ Teile des Protestpotentials und andererseits die Polizeikräfte vernünftig und besonnen zeigen, müßte es – laut herrschender Propaganda – möglich sein, die Probleme in ähnliche Spielregeln zu kanalisieren wie die zwischen Arbeit, Geldern und Arbeit „nehmen“. Alle Konflikte sollen als innerhalb des herrschenden Systems lösbar erscheinen

Besonders wichtig ist den Herrschenden die Spaltung des Protestpotentials. Bloße „Friedlichkeit“ reicht den Herrschenden nicht aus. Sie wollen erreichen, daß die „Friedlichen“ sich zumindest in Wort und Schrift scharf von den „Gewalttätigen“ absetzen und zu deren „Isolierung“ beitragen. Noch lieber ist es den Herrschenden, Teile der „Friedlichen“ in freiwillige Hilfspolizisten zu verwandeln und sie für Handgreiflichkeiten gegen die „Gewalttätigen“ zu gewinnen. Distanzierung von den „Gewalttätigen“ soll der Preis sein, für den angeblich die Herrschenden zu Verhandlungen und Zugeständnissen bereit sein würden. „Stoltenberg unterstreicht seine Bereitschaft zu Gesprächen mit demokratischen Gruppen unter den Kernkraftgegnern. Allerdings sei die Forderung nach einem klaren Trennungspunkt zwischen friedlichen und militanten Demonstranten „ein ganz entscheidender Punkt“ („Hamb. Abendblatt“, 2.3.81).

Erreicht werden soll, wie es im SPD- und Polizei-Jargon heißt, die

„Trennung der Spreu vom Weizen“ (Westberliner Modell). Dieses Modell erfordert, daß nicht allzu rasch, brutal und undifferenziert (Nürnberger Modell) gegen die „Gewalttätigen“ vorgegangen wird. Das könnte nämlich zu ganz und gar unerwünschter „Solidarisierung“ innerhalb des Protestpotentials führen. Wichtig ist darum aus polizeitaktischer und sozialdemokratischer Sicht, daß zunächst einmal die Widersprüche innerhalb des Protestpotentials angeht werden. Die politisch-moralische Isolierung der „Gewalttätigen“ ist Voraussetzung für nachfolgende gezielte Polizei-Maßnahmen gegen den verbliebenden „harten Kern“.

Im Interesse dieser Zielsetzung geben die etablierten Medien den Repräsentanten der „Gewaltlosigkeit“ die größtmögliche Publizität. Einzelne, für die reale Bewegung eher bedeutungslose Figuren – wie z.B. derzeit Herr Leinen vom BBU oder der Juso-Vorsitzende – werden von den Medien zu Sprechern der Bewegung hochstilisiert oder systematisch aufgebaut.

Gesetze und ein im letzten Jahrzehnt enorm verstärkter Polizeiapparat bilden die praktische Seite der Propagierung der „Gewaltlosigkeit“. Eine Vielzahl von Gesetzen sichert das Gewalt-Monopol des Staates ab und erklärt jede Gewalt durch Teile des Volkes für strafbar. Die Polizei verkörpert die Bereitschaft des Staates, die dem Volk verordnete „Gewaltlosigkeit“ mit gewalttätigem Zwang praktisch durchzusetzen. Dieser Funktion entsprechend operiert die Polizei in Ausübung staatlicher Gewalt außerhalb des allgemeinen Rechts: Polizisten dürfen „im Einsatz“ Demonstrationen Arme oder Beine brechen, ihnen den Schädel einschlagen, Hunde auf sie hetzen usw. In der gesamten Geschichte der BRD gibt es KPI-NEN FALL, wo ein Polizist wegen „im Einsatz“ begangener Körperverletzungen bestraft wurde. Andererseits kennt die Geschichte der BRD keinen Fall, wo einem Bürger ein Notwehrrecht gegen Polizei-Gewalttätigkeit zugesprochen wurde. Wer einen Polizisten schlägt, muß sogar damit rechnen, nicht nur wegen Körperverletzung, sondern gleich wegen Mordversuch angeklagt und verurteilt zu werden.

Daß die Herrschenden die „Gewaltlosigkeit“ nicht etwa aus einer pazifistischen Grundeinstellung heraus predigen, liegt auf der Hand. Daß sie die Gewalt angeblich so sehr verabscheuen, hindert sie nicht daran, uniformierte Schlägerbanden sogar auf völlig „friedliche“ Demonstrationen anzusetzen. Es hindert sie auch nicht daran, die BRD zu einer der größten Abschussschneisen für atomare Massenmord-Waffen zu machen und mit nach der Neutronenbombe zu läubeln, deren schönster Vorzug bekanntlich darin besteht, NUR Menschen abzuschlachten, aber Gebäude usw. unversehrt zu lassen.

Daß die Herrschenden die „Gewaltlosigkeit“ nicht etwa aus einer pazifistischen Grundeinstellung heraus predigen, liegt auf der Hand. Daß sie die Gewalt angeblich so sehr verabscheuen, hindert sie nicht daran, uniformierte Schlägerbanden sogar auf völlig „friedliche“ Demonstrationen anzusetzen. Es hindert sie auch nicht daran, die BRD zu einer der größten Abschussschneisen für atomare Massenmord-Waffen zu machen und mit nach der Neutronenbombe zu läubeln, deren schönster Vorzug bekanntlich darin besteht, NUR Menschen abzuschlachten, aber Gebäude usw. unversehrt zu lassen.

Kirche

Die Kirche ist traditionell eine zentrale Propagandastütze der „Gewaltlosigkeit“ – sofern es sich um Gewalt gegen die Herrschenden handelt. Vorbild dafür ist Martin Luther, der während der Bauernkriege (Anfang des 16. Jh.) seinen Abscheu vor den Gewalttaten der aufständischen Bauern mit herrzhaften Aufforderungen an die Herrschenden verband, die Bauern abzustechen, zusammenzuheften usw.

Anläßlich der Brokdorf-Demonstration vom 28.2.81 publizierte die Kirchenleitung der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche einen Aufruf, der durch sämtliche etablierte Medien unter die Leute gebracht wurde. In diesem Text heißt es: „Gewalttätigkeit ist durch nichts zu rechtfertigen!“ Den „friedlichen“ AKW-Gegnern wird zugeführt: „... Trennen Sie sich entschieden von denen, die Gewalt planen und durchführen! ... Und überlegen Sie genau, ob Sie tatsächlich nach Brokdorf gehen müssen! Die Gefahr der Unterwanderung und Umfunktionierung ist zu groß! Keine Gewalt bei Demonstrationen!“ „In unserer Gesellschaft“ sollten „Konflikte und Meinungsstreit vernünftig und ohne Gefährdung von Leib und Leben ausgetragen werden können“.

Außerhalb dieses Aufrufs ließ die Kirchenleitung Nordelbien verlauten, angesichts „chaotischer Entwicklungen“ der letzten Zeit müsse wieder an den Wert und Sinn staatlicher Ord-

nung erinnert werden. Es sei der „legitime Auftrag staatlicher Organe, für Gerechtigkeit einzutreten und das Wohl aller Bürger zu schützen“ („Welt“, 17.2.81). Ganz konkret ging es dabei um das „Einstreten“ für den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf und um den „Schutz“ der Geschäftsinteressen der Atomindustrie.

Auch der Kirche geht es nicht um prinzipiellen Pazifismus. Zitate lassen sich in der Bibel für alles Mögliche finden: zur Rechtfertigung revolutionärer Gewalt ebenso wie zur Absegnung staatlichen Terrors. Wenn die Kirche wirklich gegen Gewalt „an sich“ wäre, müßte sie sich vor allem in einem pausenlosen Sturm-lauf gegen die Bundeswehr und gegen die Stationierung atomarer Massenmord-Waffen in der BRD befinden. Stattdessen befeuert die Kirche wie eh und je den geistlichen Segen für kommende Kriege und ideologische Legitimationen zu deren Rechtfertigung aus theologischer Sicht.

Das rein taktische Verhalten der Kirchen zur politischen Gewalt dokumentiert sich mit schamloser Offenheit in einer Stellungnahme der katholischen „Deutschen Bischofskonferenz“. Einerseits wird dort aufgerufen, „den Geist der Besonnenheit und Liebe gegen die Ausflucht in gefährliche Utopien und blinde Gewalttätigkeit“ zu setzen. Andererseits wird festgehalten, daß die Predigten der Bibel zur Gewaltlosigkeit auch nicht auf die Gewalt „unserer“ Staates bezöhen: „Von einer absoluten Unvereinbarkeit zwischen Christsein und dem Dienst als Soldat kann nicht die Rede sein“. Der „christliche“ Staat sei nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, sich militärisch zu „verteidigen“. Dabei brauche der Staat die „Unterstützung des Volkes“ und die „Bereitschaft des einzelnen zum Wehrdienst“ (zitiert nach „Welt“, 14.3.81). Steinwürfe gegen die Fenster einer Bank und unchristliche, millionenfache atomare Massenmord ist Gott wohlgefällig. Amen!

Jusos/SPD-Linke

Die Jusos und andere Sozialdemokraten (z.B. in der BBU-Spitze) sind das wichtigste und wirkungsvollste Instrument der Herrschenden zur Spaltung und „Befriedung“ des Protestpotentials. Symbolisch hierfür steht der Name Itzeho, d.h. die Spaltung der Brokdorf-Demonstration am 19.2.77 durch Jusos, BBU (und DKP).

Zweck der SPD-Linken ist nicht nur die Spaltung zwischen „Friedlichen“ und „Gewalttätigen“ („Trennung von Spreu und Weizen“), sondern auch die Präsentation der SPD als „legitime Vertreterin“ des Protestpotentials. Daß fast alles, was gegen sich heute Proteste richten, in hohem Maß von der SPD-Regierungspolitik mitverantwortet ist, spielt dabei keine Rolle.

Daß sich Jusos und SPD-Linken unter allen Umständen schärfsten von Gewalt gegen den Staat distanzieren, während sie andererseits Polizeigewalt schon mal als „maßvoll und flexibel“ würdigen, ist ohnehin klar. Das allein reicht aber zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben nicht aus: Außer massiver Diffamierung der „Gewalttätigen“ wird von ihnen auch direkter, unter Umständen auch handgreiflicher Einsatz gegen die „Gewalttätigen“ erwartet. Der ideologischen Vorbereitung solcher direkten Einsätze dient das von der DKP kopierte Schema, Gewalt diene nur dem Staat, werde deshalb von diesem provoziert, „also“ seien die „Gewalttätigen“ eigentlich Provokateure. Bis zum Ruf nach Maßnahmen gegen die „Provokateure“ (entsprechend dem Ruf nach Polizeimaßnahmen!) ist dann erfahrungsgemäß nur noch ein winziger Schritt.

Beispielhaft für diese Methode ist die von Herrn Leinen (BBU-Vorstand) erstmals erfundene und dann von den Jusos übernommene Legenden-Bildung nach der Brokdorf-Demonstration vom 28.2. dieses Jahres: „Leinen warf der Polizei ... vor, daß sie zwar einen friedlichen Demonstrationen zugewandert, gefilist und überprüft habe, einen anderen Konvoi jedoch ungeprüft habe durchfahren lassen. Erst dadurch hätten Gegenstände herangeschafft werden können, die nachher auch zu Auseinandersetzungen dienten“ (zit. nach „Hamb. Abendblatt“, 3.3.81). Indirekt enthält dieser Vorwurf Leinens schon die Aufforderung an die Polizei, künftig im „Vorfeld“

generell noch stärker zu kontrollieren und sich dabei besonders die mutmaßlichen „Gewalttätigen“ vorzunehmen.

Anderer bauten Leinens Idee weiter aus. Roland Vogt von den Grünen warf – angeblich im Namen seiner Partei – der Polizei „eine teuflische Einsatzstrategie“ vor: Sie habe nämlich „eine erkennbar zur Gewalt entschlossene und ausgerüstete Kleingruppe zum Bauplatz durchgelassen“. Das „Gewalttätigen“ warf Vogt vor, sie seien „auf diese Strategie ... reingefallen und damit zum Erfüllungshelfer einer Rufmordkampagne geworden, die der gesamten Bürgerinitiativenbewegung schaden könne“. (Erklärung von Roland Vogt für die Presse). Wäre es nach Herrn Vogt gegangen, hätte offenbar die Polizei den Marsch der „erkennbar“ (woher?) „zur Gewalt Entschlossenen“ zum Bauplatz verhindern müssen. Daß dies der Polizei gewaltlos (vielleicht blümchenschwenkend?) möglich gewesen wäre, wird auch Herr Vogt nicht ernsthaft behaupten wollen. Die Gremien der Grünen Partei wären gut beraten, wenn sie klarstellen würden, daß Herr Vogt seine (Polizei-)Gewaltphantasie nicht in ihrem Namen formuliert hat.

Noch schärfer als Leinen und Vogt beschwerten sich die Jusos: „Schwerbewaffnete Gewalttäter hätten „mittels LKW's ungehindert vordringen können“. „Die Polizei habe diese Trupps per Hubschrauber „sicher bis in die Nähe des Bauplatzes“ geleitet“. „Die Krawallerie-Darsteller mußten erst bis zur Bühne marschieren, damit dort dann die „Schlecht um Brokdorf“ in Szene gesetzt und auf Film gebannt werden konnte“ (zit. nach „Welt“, 7.3. und „UZ“, 10.3.81).

Zugleich mit solchen Äußerungen nimmt die Neigung dieser Pseudo-„Gewaltlosen“ zur Gewaltanwendung – gegen die „gewalttätigen“ Teile der Bewegung – zu. Herr Leinen kündigte schon vor der Brokdorf-Demonstration vom 28.2. an, „die große Zahl der friedlichen Demonstranten“ werde „potentielle Gewalttäter in Schranken halten“ (zit. nach „Welt“, 25.2.81). Herr Vogt sagte es noch deutlicher: „Falls nötig, wird die überwiegende Mehrheit der gewaltlosen Demonstranten die anderen in Schach halten und entwaffnen“ (zit. nach „Bild“, 24.2.81). „Der gewaltlosen Demonstranten die anderen in Schach halten und entwaffnen“ (zit. nach „Bild“, 24.2.81). Daß beide damit den Mund allzu voll genommen hatten, ändert nichts an der dahinter stehenden Geisteshaltung und Gewaltbereitschaft. Daß auch „Gewalttätige“ widerstandslos „in Schach halten und entwaffnen“ lassen würden, ist höchst unwahrscheinlich. Dies müßte vielmehr im Namen der Gewaltlosigkeit mit reichlich viel Gewaltanwendung erzwungen werden. Eine Massenschlägerei unter den Demonstranten wäre die Folge. Die Bereitschaft, das in Kauf zu nehmen, macht die bekundete Gewaltlosigkeit der Herren Vogt und Leinen absolut unglaubwürdig.

Und warum kommen sie nicht auf den doch viel näher liegenden Gedanken, erst einmal zur Entwaffnung der Polizei (durch die „gewaltlosen Demonstranten“) aufzurufen? Ist es nicht eine Tatsache, daß von der Polizei viel mehr menschenverletzende Gewalt ausgeht als von den „gewalttätigen“ Demonstranten? Wenn man Gewalttätigkeiten ernsthaft verhindern will, sollte man wirklich beim Widerstand gegen die Polizeigewalt beginnen. Das wird man freilich allein mit Blumen kaum schaffen. Am 28.2. sind bei Brokdorf zwei Polizisten durch „Gewaltlose“ handgreiflich aus der Hand anderer Demonstranten befreit und in Sicherheit gebracht worden. Wer das im Namen des Respekts vor Leben und Gesundheit für richtig hält, muß sich aber dazu fragen lassen, ob er ebenso dazu bereit wäre, Demonstranten aus der Hand der Polizei zu befreien. Dergleichen hat man seitens der „Friedlichen“ bisher nicht vernommen. Es würde ja auch offensichtlich die gesamte Ideologie der Gewaltlosigkeit ad absurdum führen.

DKP

„Diejenigen, die bisher allein in der gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei das absolute Heil sahen, beginnen sich von den plündernden und randschleichenden Schädlingen zu distanzieren, sie aus der Bewegung herauszudrängen“ (DKP-Tagezeitung „UZ“, 13.2.81).

Zu den Kräften, die permanent bemüht sind, sämtliche Protest-

aktionen in „friedlichen“ Formen zu halten, gehört mit besonderem Engagement auch die DKP. Gewalttätigkeiten, so behauptet die DKP jedesmal, „dienen im Endeffekt nur den reaktionären Kräften in unserem Lande, die nach willkommenen Anlässen für den weiteren Abbau demokratischer Rechte suchen“ („UZ“, 20.2.80). Von hier ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Behauptung, daß gewalttätige Aktionsformen den Herrschenden nicht bloß nutzen, sondern direkt von ihnen durch Agenten und Provokateure in Szene gesetzt werden. Dieses Argumentations-Schema der DKP wurde inzwischen auch von den Jusos übernommen (z.B. nach der Demonstration gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen 1980). So wird es möglich, alle politischen Gruppen, die sich nicht an die verordnete „Gewaltlosigkeit“ halten, als Provokateure zu diffamieren.

Daß die DKP so nicht aus Pazifismus handelt, bedarf keiner großen Beweisführung, sondern ist allgemein bekannt. Keine andere linke Gruppe praktiziert so massiv wie die DKP Gewalt gegen andere Linke, beispielsweise gegen Flugblattverteiler oder Zeitungsverkäufer „konkurrierender“ Gruppen am Rande von DKP-Veranstaltungen. Bekannt ist auch, daß die DKP gegen Gewalt überhaupt nichts einzuwenden hat, sondern sie sogar ausdrücklich begrüßt, wenn sie durch sowjetische Panzer und Soldaten ausgeübt wird.

Mit ihrer Diffamierung von „Provokateuren“, „plündernden und randschleichenden Schädlingen“ usw. hat die DKP bisher Bündnis-Politik in Richtung Jusos, SPD-Linke und Gewerkschaften gemacht. Seit die DKP seit kurzem auch lockende Bündnis- und Rekrutierungsmöglichkeiten bei „Alternativen“, Hausbesetzer-Szene usw. sieht, sind mitunter auch andere Töne zu hören: Teilweise verzichtet die DKP auf Abgrenzung von Gewalttätigkeiten oder haut sogar selbst einmal wortradikal „auf die Kacke“. Exakt denselben Taktizismus hat die KPD/DKP vor 11 - 13 Jahren gegenüber der AJO betrieben. Ein ernsthafter, dauerhafter Sinneswandel der „einzigen Partei der Arbeiterklasse“ ist daraus nicht abzulesen.

Einige Schlußfolgerungen

Einige Schlußfolgerungen

Staat, Parteien und Medien wollen in den aller nächsten Monaten die 1980 begonnene Welle einer neuen Jugendrevolte zerschlagen. Da die Herrschenden nichts an Reformen und Zugeständnissen zur Abschwächung der Widersprüche anzu-bieten haben und da die Welle von Kämpfen auch nicht durch bloßes Abwarten zu Ende gehen wird, muß die beabsichtigte Zerschlagung der neuen Revolte ein hohes Maß an Polizei-Gewalt und juristischem Terror (Verhaftungen, drastische Urteile) beinhalten. Daß breite Solidariserungen (wie nach den Nürnberger Massenverhaftungen) zumindest zeitweise durch die Staatsgewalt produziert werden, wird dabei als unvermeidliches Übel in Kauf genommen.

Ob den Herrschenden die Zerschlagung der Revolte in den nächsten Monaten gelingt, hängt in sehr hohem Maß, wahrscheinlich sogar entscheidend davon ab, ob die Spaltung der Bewegung in „Friedliche“ und „Gewalttätige“ gelingt. Ziel der Polizei-Taktik ist es, von Mal zu Mal einen immer kleiner werdenden „harten Kern“ herauszufiltern, und auf der anderen Seite das Spektrum der sich noch Solidariserenden immer schmaler werden zu lassen. Dabei kommen auf die pseudo-gewaltlosen Unterstützer des staatlichen Gewaltmonopols, vor allem die Jusos und die SPD-Linken, große Aufgaben zu. Die „Gewaltfrage“ wird in den Diskussionen der Linken (im weitesten Sinne) in den nächsten Monaten eine zentrale Rolle spielen. Da bei wird es darauf ankommen, bei allen gebotenen bündnispolitischen Rücksichtnahmen, die Motive zu hinterfragen und deutlich zu machen, aus denen sich ein erheblicher Teil der „Gewaltlosigkeit“-propaganda speist. Soweit Befürworter der „Gewaltlosigkeit“ nicht mit gleichem Engagement auch j e d e staatliche Gewaltanwendung bekämpfen oder soweit sie sogar Unterstützung für das staatliche Gewalt-monopol leisten, müssen sie als absolut unglaubwürdig gekennzeichnet werden. Wirkliche, überzeugte Befürworter des gewaltlosen Widerstands sollten sich von diesen fragwürdigen Bundesgenossen klar abgrenzen.



# Startbahn West: Die »Denkpause« ist vorbei

Wie erwartet hat die hessische Landesregierung am 25.2. erneut ihre Entschlossenheit zum Bau der Startbahn 18 West auf dem Frankfurter Flughafen bekräftigt. In einer Regierungserklärung zur abschließenden Bewertung der Ergebnisse des Landtagshearings erklärte Ministerpräsident Börner: „Der Bau der Startbahn West ist unvermeidbar. Ich sage dies auch für die Bundesregierung und den Magistrat der Stadt Frankfurt.“ Schon vor Börners Stellungnahme hatten alle drei im Landtag vertretenen Fraktionen dasselbe erklärt. Interessanterweise sprach sich die SPD-Fraktion ohne Gegenstimme und bei nur sechs Enthaltungen für die Flughafenerweiterung aus. Vor einem Vierteljahr hatten von 50 Abgeordneten der SPD ganze fünf gegen die Startbahn gestimmt. Dem Hearing hat an den Mehrheitsverhältnissen demnach so gut wie nichts verändert. Es

war ein alles in allem sehr schwach inszeniertes Spektakel, in dem die SPD dem Bürger vorspielen wollte, daß seine Proteste „ernstgenommen“ werden, um zu dem Schluß zu kommen, daß aber doch „überzeugende Argumente“ von den „Fachleuten“ für die Startbahn vorgebracht worden seien. Doch ein Theaterstück, bei dem man, wenn der Vorhang aufgeht, bereits das Ende kennt und das auch sonst keinerlei Überraschungen bietet, bringt den Schauspielern wenig Beifall ein.

Nach der „Denkpause“ der Politiker haben nun die betroffenen Menschen in der Umgebung des Flughafens am 22. März die Gelegenheit, ein viel originelleres Stück zu inszenieren. Eine Wahlpause für SPD, FDP und CDU.

Besonders peinlich ist es stets, wenn gerade diejenigen, die ihr „Öhr“ so demonstrativ zum Wähler hin gekehrt hatten, dann die Hohlheit ihrer angeblich so nachdenklichen Köpfe offenbaren und der Landesregierung Beistand schwören. „Die SPD Hessen-Süd, die Ministerpräsident Börner im vergangenen Herbst mit ihrem Parteitagbeschluss gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens in Bedrängnis gebracht hat, gibt jetzt – zwei Wochen nach der Flughafen-Anhörung – ihren erbitterten (ihnen – Anm. AK) Widerstand auf“ („Frankfurter Neue Presse“, 17.2.). So einfach ist das. Wobei man sicher sein kann, daß die Herren Sozialdemokraten von Hessen-Süd bei der nächsten massenhaften Auseinandersetzung im Stadtwald geschwind wieder herbeilaufen werden, da man „die Jugendlichen nicht allein lassen“ dürfte und natürlich auch, um dafür zu sorgen, daß alles hübsch „gewaltfrei“ und zahlos bleibt.

Um sich von der knallharten Börner/Karpy-Linie ein bißchen abzuheben, koppelte der Bezirksvorstand der SPD Hessen Süd seine Zustimmung zum Startbahnbau mit der Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung und nach einer Stellungnahme von Bundesverkehrsminister Hauff. Diese kam auch prompt. Ein eindeutiges Ja zur Startbahn. Die Umweltverträglichkeitsprüfung, die auch vom DGB, der Kommunalen

Arbeitsgemeinschaft gegen die Flughafenerweiterung und den Naturschutzverbänden gefordert worden war, war in Börners Regierungserklärung nicht vorgesehen. Doch die südhessischen Sozialdemokraten fanden sich damit ab, verzichteten lieber gleich auf einen Protest und erst recht auf Konsequenzen. Augenscheinlich ist der ökologische Flügel in der SPD doch sehr, sehr schwach.

Mit einem dicken Ding wartete der SPD-Landrat des Kreises Groß-Gerau und Sprecher der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft, Willi Blodt, auf. Am Tag, als Börner seine Regierungserklärung abgab, erklärte er, daß die Ausbaugesner die Entscheidung der Landesregierung und der drei Landtagsfraktionen respektieren werden“ („FR“, 26.2.). Seine Sorge gilt dem „Problem“, daß ein Versuch zur Räumung des Hüttendorfes im gefährdeten Wald auf Widerstand stoßen könnte. „Chaoten können wir nicht brauchen“, erklärte Blodt, ganz im Sinne Börners, der seine Regierungserklärung mit den zynischen Worten schloß: „Die Betroffenen bitte ich, es sich genauso schwer zu machen und beim friedlichen Protest zu bleiben. Mehr wollen wir nicht verlangen.“ Wäre es da nicht sinnvoll, einmal darüber nachzudenken, warum das hehre Prinzip der Gewaltlosigkeit, das von der Mehrheit der Startbahngegner immer noch als optimale und effektivste Kampfform verkörpert wird, dem Regierungschef gleichzeitig als beste Bedingung erscheint, den Startbahnbau endlich zu vollziehen? Irgendjemand muß da doch urten.

## Bund für Umwelt und Naturschutz für Volksbegehren und Volksentscheid

Während linke Gruppen wie DKP und KBW sich der Forderung nach einem Umweltverträglichkeitsgutachten anschlossen, in der trügerischen Hoffnung, auf diesem Weg mit dem DGB Hessen ins Geschäft zu kommen und ihre eigene Hilfslosigkeit mit allerlei Schnickschnacks zu überblenden suchen (KBW: „wertvolle Zeit gewinnen“), haben die bis-

her relativ wenigen Befürworter der Lenkung eines Volksbegehrens einen wichtigen Verbündeten erhalten. Der Landesvorstand des Bund für Umwelt und Naturschutz Hessen hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt, und auch bei anderen Naturschutzverbänden nimmt die Zustimmung für diesen Gedanken zu. Bedenken gibt es verständlicherweise bei den sozialdemokratischen Startbahngenern, die eine neue Zerreißprobe auf ihre Partei zukommen sehen. Aber auch bei antiparlamentarischen Linken überwiegt bisher Skepsis. Hier werde wieder ein „parlamentarischer Weg“ eingeschlagen. Das Volksbegehren sei ein „Kräfteverschleiß“, der zudem vom praktischen Widerstand (Hüttendorf) „ablenken“ würde. Man hätte sich gewünscht, daß diese antunistitutionelle Skepsis anläßlich der Landtagsanhörung, die ja wirklich ein rein parlamentarischer Theater ohne reale Ein-

wirkungsmöglichkeiten war, stärker vorgebracht worden wäre. Im übrigen kann die Anwendung dieses Mittels nicht allgemein und jenseits der konkreten Bedingungen diskutiert werden. Tatsächlich könnte auf diese Weise das parlamentarische Hanswurst-Spiel in Wiesbaden durch ein Element direkter Demokratie gestoppt werden. Die Startbahngegner hätten eine Möglichkeit, das Heft des Handels wieder in die Hand zu bekommen und zu demonstrieren, daß sie sich nicht einschüchtern lassen und über eine breite Basis in der Bevölkerung verfügen. Richtig ist hingegen, daß ein ausschließliches Vertrauen auf dieses Mittel, ohne sich gleichzeitig auf einen entschiedenen Widerstand im Wald vorzubereiten, nicht ausreicht, um den Bau der Startbahn zu verhindern.

KB/Gruppe Frankfurt

## »Zukunft den Kindern – Startbahn verhindern!« 1.000 Frauen demonstrieren gegen die Startbahn West

Weit über 1000 Frauen und viele, viele Kinder beteiligten sich aus Anlaß des internationalen Frauentags in Mörfeld-Waldorf an einer Demonstration gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Hinter dem großen Transparent „Zukunft den Kindern – Startbahn verhindern“ wurden eine Vielzahl von weiteren Plakaten und Transparenten gegen die geplante Umweltzerstörung getragen. Der Lautsprecherwagen rief die „Frauen, Arbeiter, Freunde, Genossen und Kumpel“ auf an der Kundgebung teilzunehmen.

Frauen erklärten dann abschließend auf der Kundgebung: „Wir lassen nicht zu, daß unsere Kinder dazu verdammt werden, in unserer Heimat, die wir von unseren Vorfahren übernommen haben, kaum noch atmen können. Wir Frauen ergreifen Partei. Das Recht ist auf unserer Seite. Auch wenn die Gerichte anders entschieden haben. Wir sind empor, wie die Sorge der ar-

beitenden Menschen um die Arbeitsplätze ausgenutzt werden, um Umweltverbrechen größten Ausmaßes zu rechtfertigen“.

Nachdem eine Ärztin aus Mörfeld den auf die gesundheitlichen Gefahren eines Baus der Startbahn eingegangen war, beendete die letzte Sprecherin, Wilma Treber, die Kundgebung. Sie erinnerte daran, daß Frauen bisher in diesem Kampf ganz vorne standen und den Widerstand vor Ort mitorganisierten: „Noch ist unser Kampf nicht zu Ende. Wir haben unser Ziel, der Vernichtung unseres Lebensraumes ein Ende zu setzen, noch nicht erreicht.“ Um der Kinder Willen dürfe aber nicht resigniert werden.

Zum Schluß sangen die Frauen und Kinder: „Sag mir, wo die Bäume sind, wo sind sie geblieben?“ (Alle Angaben nach „FR“, 10.3.81).

KB Frankfurt

## Also doch: FAG will neues Terminal

Von Anfang an hatten die Startbahngegner darauf hingewiesen, daß die Flughafenerweiterung sich nicht auf den Bau einer zusätzlichen Startbahn beschränken würde, daß die „18 West“ früher oder später auch als Landebahn genutzt werden sollte, daß eine weitere, vierte Piste und ein weiteres Terminal geplant seien. All das hatte die Flughafen AG (FAG) stets als Verleumdung, Angstmasche usw. bezeichnet. Doch kaum war das Hearing zu Ende und die Entscheidungen gefallen (wie die FAG in rührender Einfalt glaubt), ließen die Flughafenbetreiber andere Töne vernahmen. Der Frankfurter Flughafen soll „bis 1994 möglicherweise ein neues Flughafen-Terminal im Ostteil des Flughafengeländes erhalten“ (FR 9.3.). Auch in dieser Hinsicht wurde also nach Kräften gelogen und betrogen.

## Großflughafen München II: Da kann man nur schwarz sehen...

Nach einigen Kapriolen um eine Äußerung des Bundesverkehrsministers Hauff, der geplante Großflughafen München II solle nur „im wirklich erforderlichen und vertretbaren Umfang“ gebaut werden, geht in der bayrischen Metropole wieder alles seinen gewohnten Gang. Der Brief Hauff's an München's Oberbürgermeister Erich Kieß vom 11.2.80 war Anlaß für einen Sturm der Entrüstung von seiten der Befürworter, während er andererseits bei Flughafengegnern Hoffnung geweckt hatte, das Mammutprojekt ließe sich doch noch verhandeln.

## Bayern will keinen Flughafen-Torso

Verschiedene CSU-Politiker protestierten gegen die Stellungnahme Hauff's und äußerten die Vermutung, er wolle nur seinem Parteifreund

Holger Börner in Hessen in der Auseinandersetzung um die Startbahn West den Rücken stärken, indem er die Bedeutung Frankfurts als einzig notwendigen Interkontinentalflughafen hervorhebe.

Doch Bayern will keinen „Flughafen-Torso“. Das stellte der bayrische Finanzminister und Aufsichtsratsvorsitzende der Flughafen München Gesellschaft, Max Streibl, klar. Und auch die Deutsche Lufthansa AG, die an der Planung bundesdeutscher Flughäfen maßgeblich beteiligt ist, läßt durch ihren Vorstandsvorsitzenden Culmann erklären: „München II ist für die Lufthansa unverzichtbar.“

## Einsparungen am „schmucken den Beiwerk“

Das Mammut-Projekt im Erdinger Moos soll nach neuesten Schätzungen

3,2 Milliarden Mark verschlingen, das sind 30 % mehr, als ursprünglich veranschlagt. Angesichts dessen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn aus Bonn die Anfrage kommt, „ob einzelne Bauabschnitte des Flughafens zurückgestellt werden könnten“ („Münchner Merkur“, 14.1.). Selbstverständlich läßt das Bundesverkehrsministerium an der Planung des Großflughafens fest, der einmal doppelt so groß wie der Frankfurter werden soll. Doch sollen zunächst einmal 200 Millionen Mark gestrichen werden, indem einzelne Bauabschnitte, wie z. B. Zuwege zu den Frachgebäuden, ein Teil der Überdimensionalen Verwaltungs- und Abfertigungsbauwerke und die kleinste der geplanten Startbahnen, die eh nur für Privatflugzeuge vorgesehen war, wegfallen. Außerdem wurde in letzter Zeit vermieden, das Monsterwort „Großflughafen München II“ in der Öffentlichkeit zu benutzen. Es ist jetzt nur mehr von einem „vollen und vernünftigen Ersatz für Riem“ die Rede („Welt“, 27.12.). Damit soll den Flughafengegnern der Wind aus den Segeln

genommen werden, die, bestärkt durch die Äußerungen Hauff's, u. a. auch damit argumentieren, daß die Planung als Ersatz für München-Riem um einige Nummern zu groß sei.

## Die Prozeß-Farce wird fortgeführt

Der Prozeß vor der 17. Kammer des Münchner Verwaltungsgerichts, das am Oktober vergangenen Jahres den sofortigen Baubeginn genehmigt hatte, geht unterdessen in die 3. Verhandlungsrunde. Dazwischen wird geprüft, ob die Mitwirkung des bayrischen Wirtschaftsministers und FMG-Aufsichtsrats Jaumann an der Flughafenplanung ein Grund zur Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses sein kann. Außerdem wurde wieder mal über die zu erwartenden Lärmbelastungen diskutiert, obwohl diese Frage erklärtermaßen keinerlei Konsequenzen für die derzeitigen Baumaßnahmen haben wird, egal was dabei rauskommt.

## Protest wird ignoriert

Ende letzten Jahres hatten sich 70.000 Jugendliche der evangelischen Jugend in Bayern dem Protest gegen den Flughafen angeschlossen, auch auf der Landessynode der evangelischen Kirche sprach man sich gegen die Zerstörung der Umwelt durch den Großflughafen aus. Doch außer den oben erwähnten rein taktischen Wortspielen und den vorläufigen Streichungen, die wohl eher ein Zugeständnis an die Finanzplaner als an die Flughafengegnern bedeuten, konnte der breite Protest die Verantwortlichen bisher nicht sonderlich erschüttern.

Das ist Politik „made in Bavaria“. Da kann man nur a c h z e h n sehen!



Liebe Genossinnen und Genossen! (...) Leider ist Euch (...) im AK 195 eine Gemeinheit unterlaufen, die einem den AK-Verkauf schon verlei den könnte ... Im Artikel: „Atomkraft – niemals! Heute nicht und auch nicht im Sozialismus!“ (Seite 11ff) steht (fettgedruckter Einleitungsabschnitt), daß Jens Scheer „Bewunderer“ von Kernkraftwerken in der VR China sei.

Da Jens und ich befreundet sind, weiß ich aus seinem Munde, daß das Gegenteil der Fall ist. Jens ist prinzipiell gegen KKW's hier und anderswo, auch in der VR China, und er hat weder öffentlich noch privat je etwas anderes behauptet. Der „Teil der AKW-Nein-Kommission“, der diesen Artikel verzapft hat, hätte ja wenigstens mal bei Jens anfragen können, bevor er ihn mit der D.K.P. und ihrer sozialistischen Kernspaltung in einen Topf wirft. Daß ihr Differenzen zu vielen Positionen, die Jens vertritt,

habt, akzeptiere ich. Gerade im Bereich VR China stehe ich Euch Positionen näher, als denen, die heute noch von einigen Teilen der 99er vertreten werden, aber ich finde es gemein und hinterhältig einen AKW-Gegner wie Jens, an dessen Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit niemand zweifeln kann, der weiß, wieviel die Anti-AKW-Bewegung ihm verdankt, so zu verleumden, wie vielleicht gerade ihr politische Konzept paßt (...)

Ein Freund aus Münster

## Antwort des „Teils“ der Anti-AKW-Kommission:

Lieber Freund aus Münster, wir hatten keineswegs im Sinn, Jens Scheer seine AKW-Gegnerschaft ab-

zusprechen, auch er spricht sich prinzipiell gegen die Nutzung der Atomkraft heute und in absehbarer Zukunft unter welchem politischen und gesellschaftlichen System auch immer aus. Unsere Bemerkung im Vorwort („Da sowohl AKW's im realen Sozialismus als auch in der VR China und in Ländern der dritten Welt ihre Bewunderer auch in den Reihen der Linken haben (DKP, Jens Scheer) ...“) bezog sich in puncto Jens Scheer mehr auf seine Haltung zum Export von AKW's in Länder der dritten Welt (wie es weiter hinten im Artikel ausgeführt wird), die wir als im Gegensatz zu seinen sonstigen Aussagen zu AKW's stehend sehen. Seine prinzipielle Gegnerschaft zu AKW's müßte unseres Erachtens zu anderen Schlußfolgerungen in diesem Punkt führen. Das Wort „Bewunderer“ mag vor diesem Hintergrund wohl noch als polemische Überspitzung durchgehen.



# Kommunalwahlen in Hessen grün? nein! — alternativ? ja!

Am 22. März sind in Hessen Kommunalwahlen. Was den „Trend“ angeht, sind sie entschieden, bevor die Bürger zur Urne gegangen sind. Vor vier Jahren mußte die „Fitz“-SPD erdrückende Verluste hinnehmen, die CDU errang in vielen Gemeinden schlagartig die absolute Mehrheit — freilich nicht aufgrund eines immensen Stimmenzuwachs, sondern weil SPD-Wähler massenhaft zu Hause geblieben waren. Diesen Vorsprung wird die CDU kaum halten können, die SPD müßte eigentlich in der Lage sein, Boden wettzumachen, ohne allerdings ihre alte Vormachungsposition wieder erringen zu können. An den politischen Verhältnissen ändert dies nichts. Die FDP nämlich wird der CDU dort zur erforderlichen Regierungsfähigkeit verhelfen, wo sie's alleine nicht mehr bringt. Diesen Lauf der Dinge nachhaltig zu stören und durcheinander zu bringen, wäre eigentlich eine Chance grün-bunt-alternativer Wahllisten gewesen, deren Stärke ja gerade die kommunale Ebene ist. Es ist das traurige Verdienst der Partei Die Grünen, daß dies in wesentlichen Städten nicht möglich sein wird.

In Frankfurt, Kassel, Marburg und anderswo schafften es Die Grünen, sich „endlich“ von den Linken, der BI, Frauen- und alternativen Szene abzukoppeln und von dem ganzen „basidemokratischen Gähne“ wirk-

lich unabhängig zu werden. Diese Entwicklung ist kein Zufall. Sie ist logische Konsequenz des tiefverwurzelten Kleinbürgerwunsches, mit dem „rechts-links-Schema“ Schluss zu machen, die sog. „Wertkonservativen“ mehr zu schätzen als die realen Probleme der Bevölkerung wie auch die stattfindenden Massenbewegungen und zu einer seriösen, bürgerlich anerkannten Institution zu werden.

Was die Auseinandersetzungen um grüne oder alternative Kandidaturen bereits zeigten, das halt der grüne Wahlkampf nun „konsequent“ durch. In Brokdorf findet eine der größten, wenn nicht die größte Umweltschutzdemonstration der BRD statt — wo sind die Grünen? Sie stellen eine der Presse bekannte Person (R. Vogt) „ab“, wie man so schön sagt, die „Erklärungen“ von sich gibt. Ansonsten Fehlanzeige. Wie überall in der BRD finden auch in Hessen Hausbesetzungen, Ausdruck der Jugendrevolte, statt. Die Grünen haben dazu — außer Programmatik — nichts zu sagen, geschweige denn, daß man sie „vor Ort“ einmal zu sehen bekommt. Die Reaktion schreit nach einer Einschränkung des Demonstrationsrechts, nach neuen Waffen für die Polizei, Schußwaffengebrauch und Verhaftungen. Die Grünen scheinen das noch gar nicht bemerkt zu haben. Im Demonstrationschauplatz Frankfurt wird eine Demonstration

nach der anderen verboten — seien es die Frauen am 8. März oder jetzt die Gegner der türkischen Militärjunta. Aktion der Grünen? Aber nicht doch! „Verschlafen“ wäre ein falscher Begriff. Es interessiert sie nicht. Es sind nicht ihre Probleme. Sie bemühen sich um „andere Wählerschichten“.

Ein Hounar v. Dufurth referiert auf einer grünen Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt vor wohlwollendem Publikum über „Naturwissenschaft und Religion“. Ein Rudolf Bahro predigt uns, daß nicht das Kapital, sondern „wir alle“ Verantwortung für die Kriegsgefahr tragen. Und schon gar nicht können die Arbeiter als (relevante) Opposition in Betracht. So seltsam es ist: die Linke prügelt die SPD für ihre Feigheit, ihren Opportunismus und ihre Weigerung, etwas für die Unterdrückten und Diskriminierten zu tun. Daß die Grünen auch noch da sind und nichts anderes tun, davon nimmt man nicht einmal Notiz.

Gesetzt den Fall, die Grünen stünden an der Schwelle zu 5 % (was mit Ausnahme von Marburg nicht der Fall ist). Wäre es dann nicht vernünftig, sie zu wählen, um die Mehrheitsbildungen in den Kommunalparlamenten zu erschweren und den Apparat „zum Tanzen zu bringen“? Ich glaube nicht, daß der beschauliche Foxtrott oder auch Wie-

ner Walzer, den grüne Parlamentarier vom Schlage der BUS (Fraktion Basidemokratischer Undogmatischer Sozialisten) oder Schlimmerer dort aufführen würden, den Linken und/oder der Basisbewegung irgendeinen Nutzen bringen würde. Noch weniger ist einzusehen, weshalb ein deutlich unter 5 % liegendes Ergebnis der Grünen von den Linken aufpoßt und mit stärkerem Gewicht versehen werden sollte. Deshalb gibt es von keiner einzigen KB-Gruppe in Hessen eine Wahlempfehlung für eine Parteikandidatur der Grünen.

Unsere Hoffnungen liegen dagegen bei den basidemokratischen Wahlbündnissen in Wiesbaden, Hanau, Bensheim, Kelsterbach u.a. Sie haben das Glück, daß der apolitische Arm der grünen Chefs nicht bis in ihre Orte hineinreicht bzw. daß die ansehnlichen Grünen im Gegensatz zur Linie ihres Landesverbandes kooperationsbereit sind.

Eine besondere Situation ergibt sich im Landkreis Groß-Gerau, d.h. in denjenigen Kommunen, die sich gegen den Bau der Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen wehren. Hier hat die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung etwas zaghaft dazu aufgerufen, für den Kreistag den etablierten Parteien SPD, FDP und CDU die Stimme zu verweigern.

Wir meinen, daß diese Aussage auf die einzelnen örtlichen Gemeindevorstellungen ausgedehnt werden müßte.

Schließlich gibt es in Hessen personell sehr aufwendige DKP-Kandidaturen (insgesamt bewerben sich über 1000 DKPler um Mandate!) sowie in einer Reihe von Orten vom KBW initiierte „Demokratische Bündnisse“, die freilich meistens kaum mehr umfassen als den KBW und seine Sympathisanten. Beide Gruppen haben im Großen und Ganzen (womöglich aus anderen Ursachen) ebenso wenig Anteil an den Basisbewegungen wie Die Grünen (s.o.) Eine Ausnahme bildet lediglich die DKP in Mörfelden-Walldorf (Kampf gegen die Startbahn West), wo sie allerdings mit ihrer (gelegentlich rabiaten) „Gewaltfreien“-Linie sich kaum von sozialdemokratischen Startbahngegnern unterscheidet. Beide Gruppen haben ihre Erwartungen, was das Abschneiden betrifft, bereits erheblich heruntergeschraubt, oder aber sie werden bitterlich enttäuscht sein. Eine andere Funktion als die Nutzung des Wahlkampfes für die Propagierung der eigenen Organisation haben diese Kandidaturen nicht.

KB Gruppe Frankfurt

## Alternative Listen und Wahlbündnisse

Angeichts der enttäuschenden grünen Alleinkandidaturen v. a. in Frankfurt, Marburg, Kassel, Offenbach, Neu-Isenburg, aber auch angesichts der nicht viel besseren Abgrenzungspolitik der Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD) gegen BI und Linke sollte nicht übersehen werden, daß es vielerorts in Hessen hoffnungsvolle Listen gibt, die von der Vitalität und Anziehungskraft des grün-bunt-alternativen Gedankens zeugen. Entstanden aus örtlichen Initiativgruppen und z. T. aus langjährigen Kämpfen gegen Umwelterstörung, Schließung von Jugendzentren, Frauen-Unterdrückung, Bürokratie und Selbstherrlichkeit der etablierten Parteien haben sie z. T. gute Aussichten, in die Kommunalparlamente einzuziehen. In AK 194 stellen wir davon vor:

- die „Wiesbadener Liste“ (WILi), ein Personenbündnis aus Grünen, GLHern, SBIern und Initiativlern
- die „Grüne Alternative Liste“ (GAL) Hanau (Grüne, GLHler, KBWler)
- die GLH (Grüne Liste Hessen) Bensheim
- die „Andere Liste“ in Rödermark (Jugendzentrumsleute und Ex-SPDler)
- das Friedberger „Bündnis für Demokratie und Umweltschutz“ die „Grüne Bürgerliste für Umweltschutz und Demokratie“ in Mörfelden-Walldorf (ehemalige Mitglieder von SPD, FDP und CDU, Mitglieder der Grünen und der BI gegen die Flughafenerweiterung)
- die „Wählerinitiative Kelsterbach“ (WIK) aus Umwelt-BI, Frauengruppe und Gewerkschaften.

Diesen Überblick wollen wir hier ergänzen. Neben der WILi, der wir die Daumen drücken, konstituierte sich in Wiesbaden eine „Weiberliste“ mit neun „Spitzenkandidatinnen“. Sie will den Wahlkampf als Forum nutzen, „um aufzuzeigen, wie die Inte-

ressen von Frauen in der Wiesbadener Kommunalpolitik systematisch übergangen und unterdrückt werden“. Um mehr als Wahlkampf geht es allerdings auch nicht: „... im Fall, daß wir nicht die absolute Mehrheit erringen, ... ziehen wir gar nicht erst in diesen Männerclub im Rathaus ein!“ Weshalb sich die Weiberliste (im Unterschied zu den Schwulen) nicht in die WILi eingebracht hat, ist uns unbekannt und auch unverständlich. Um den Reigen voll zu machen, kandidiert auch noch der KBW unter dem Namen „Demokratisches Aktionsbündnis“ ein ganz und gar unangenehmes Unternehmen, das die Widerspruchlichkeit der Kursänderung im KBW („Offenheit“, „Bündnisbereitschaft“) belegt.

In Rüsselsheim kandidiert zum zweiten Mal die „Freie Wählergemeinschaft“ (FWG), die bei den letzten Kommunalwahlen 5,6 % der abgegebenen Stimmen erhielt und mittlerweile auf eine vierjährige Parlamentserfahrung zurückblickt. Im Unterschied zu den Konservativen oder offen reaktionären FWG-Gruppen andersorts (Marburg!) hat die

FWG in Rüsselsheim gewissermaßen den bei der SPD nicht vorhandenen linken Flügel „ersetzt“.

Sie wird von den Grünen in Rüsselsheim und im Kreis Groß-Gerau unterstützt — sie nehmen auch eine Reihe von Plätzen auf der Kandidatenliste ein.

Eine Reihe ausgetretener SPD-Mitglieder arbeiten in der FWG mit. So z. B. der Opel-Betriebsrat und Ex-Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Opelarbeiter, Adi Mülden.

Die Chance, die bereits bestehende drei Mann Fraktion auszubauen, steht ziemlich gut. Die FWG hofft, bei dieser Wahl in eine Position des „Züngleins an der Waage“ zu kommen — bisher regert die SPD mit einer knappen absoluten Mehrheit.

Im Kreis Bergstraße kandidieren die Grünen mit einer Liste von 12 Leuten — darunter einige Mitglieder der GLH — zum Kreistag.

Zum Stadtparlament in Bensheim kandidiert die „Grüne Liste Hessen“ (GLH) mit einer Liste von 19 Leuten. Die GLH arbeitet dort seit rund 2 1/2 Jahren.

Sie stützt sich im wesentlichen auf aktive Mitglieder aus der Anti-AKW-Bewegung, Bürger- und Basisinitiativen und auf Aktive aus dem Bereich der Demokratie-, Menschenrechts- und Gewerkschaftsbewegung.

Ihr Ziel ist eine grundlegende Änderung der Kommunalpolitik. So sollen die Ortsbeiräte gestärkt werden, Bürgerversammlungen eingeführt und eine direkte Beteiligung der Betroffenen an den politischen Entscheidungen erreicht werden, die außerparlamentarischen Initiativen sollen gestärkt werden.

So finden konkrete Anliegen der Bensheimer Bau- und Initiativbewegung im Bereich Ökologie, Verkehr, Demokratie, Stadterstörung, Kultur, Arbeitswelt, Frauen und Kinder Ausdruck im Wahlprogramm.

Zum Parlament heißt es: „... wir machen uns keine Illusionen über die Bedeutung von Parlamentswahlen, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Eine wirkungsvolle Einbringung unserer Interessen und Ziele wird auf der parlamentarischen Ebene — wenn überhaupt — nur an-

satzweise möglich sein. Nach unserem Politikverständnis wird auch weiterhin der Schwerpunkt unserer politischen Aktivitäten in dezentralen Basisaktivitäten und außerparlamentarischen Aktionen liegen.“

Unvereinbarkeitsbeschlüsse („... ausgehorenen Taschentuch“) lehnt die GLH ab. Voraussetzung für die Mitarbeit in der GLH ist der konsequente Einsatz für Demokratie und Umweltschutz.

In Auerbach — einem Ortsteil von Bensheim — kandidiert ebenfalls die GLH mit vier Leuten.

Zum Stadtparlament in Zwingenburg kandidiert die „Gemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie“ (GLD) mit einer Liste von 9 Leuten. In der GLD arbeiten einige GLH-Mitglieder mit.

Am 8.1.81 hat sich in Kelsterbach die „Wählerinitiative Kelsterbach“ (WIK) gegründet. Zum Rückgang der WIK gehört eine 73/74 aufgelöste Juso-Gruppe, ein sich alternativ verhaltender Freizeitsportklub mit etwa 300 Mitgliedern, die Bürgerinitiative gegen Kernkraftwerke und Umwelterstörung (BKU), eine Frauengruppe, eine Wohngemeinschaft und Leute aus der örtlichen Jugendbewegung.

Die Frauen stellen 6 der zehn Listenplätze. Angeführt wird die Liste von einer Frau — der 54jährigen Vorsitzenden der Bürgerinitiative in Kelsterbach, Hanneli Zöller. Programmpunkte sind die Verhinderung der Startbahn West, Forderungen im Öko-Bereich, Basidemokratie und Bürgerbeteiligung. Die WIK ist außerdem mit geplanten Großprojekten der etablierten Parteien konfrontiert. Die WIK ist zuversichtlich, Leute ins Parlament zu bringen.

In Bruchköbel und Wächtersbach kandidieren Grüne Wählerinitiativen. In Michelstadt und Hofheim treten Wahlbündnisse zur Kommunalwahl an.

## Kommunalwahlen Niedersachsen: Einige Fortschritte in Göttingen

Bereits am 27.1. hatte auf einer Veranstaltung zu den Kommunalwahlen die überwiegende Mehrheit der ca. 200 Anwesenden ihren Wunsch nach einem gleichberechtigten Wahlbündnis aller Göttinger Oppositionellen zum Ausdruck gebracht (s. AK 194).

Am 7.3. trafen sich daraufhin gut 100 Mitglieder verschiedenster Initiativen und Organisationen, um in diversen Arbeitsgruppen (u.a. Frauen, Verkehr, Frieden, Ökologie/Energie, Ausländer etc.) Erfahrungen und erste Vorstellungen hinsichtlich kommunalpolitischer Arbeit und eventuellem Programm auszutauschen. Die auf dem abschließenden Plenum vorgestellten Ergebnisse glichen so einer Bestandsaufnahme der bestehenden kommunalpolitischen Probleme, ohne daß es bereits zu Festlegungen gekommen ist.

Die Bau-Initiative betonte auf der Plenumsdiskussion einmal mehr ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Bildung eines Wahlbündnisses und legte eine Entschließung vor, in der es u.a.

heißt: „Wir schlagen allen Interessierten vor, über die Gründungserklärung einer zu bildenden Wahlliste, deren Namen und Struktur zu diskutieren und zu beschließen... Eine endgültige Entscheidung über eine Kandidatur, über das Programm der Liste wird auf einem späteren Kongreß zu treffen sein.“

Erfreulicher- und z.T. auch überraschenderweise wurde die Entscheidung einstimmig mit nur 5 Enthaltungen vom Plenum angenommen.

Eine Entscheidung der „Grünen“ mit einem eindeutigen Bekenntnis zum Bündnis steht jedoch immer noch aus. Sie wird in den nächsten zwei Wochen getroffen werden. Allerdings haben auch die anwesenden Mitglieder der „Grünen“ darüber auch die des rechten Flügels, in ihrer großen Mehrheit der Resolution zugestimmt. Ob es sich dabei um Einsicht oder um Taktik handelt, wird sich spätestens auf der nächsten

„Grünen“-MV erweisen, wo die Bündnisfrage zur Entscheidung ansteht.

KB/Gruppe Göttingen



### Eklat bei den Grünen

Zu einem Eklat kam es auf der Jahreshauptversammlung der Grünen am 13.3. („Schwarzer Freitag“).

Drei von vier Vorstandsmitgliedern verließen mit wenigen Getreuen die Versammlung, als sie in einer Abstimmung über die Tagesordnung unterlagen. Der Anlaß war geringfügig. Die Mehrheit hatte sich dafür ausgesprochen, über die Kommunalwahlen vor

dem Rechenschaftsbericht und der Wahl des Vorstands zu diskutieren und (eventuell) zu beschließen. Hintergrund für diesen Eklat sind natürlich Differenzen über das Vorgehen bei den Kommunalwahlen. Nach dem Auszug (Notbremse) war an eine sachliche Diskussion entlang der beschlossenen Tagesordnung nicht mehr zu denken. Ob diese Vorstandsmitglieder, die immer wieder eine Öffnung der Grünen nach links blockiert haben, bewußt oder eher intuitiv ausgezogen sind, sei dahingestellt. Die eingetretene Tollhausatmosphäre, ein Klima von Gereiztheit, persönlichen Anfeindungen bis hin zum Psychoterror dient natürlich ihren Zielen. (Pikanterweise hat ein Teil der Ausgezogenen am 7.3. für die Entschließung einer gemeinsamen Kandidatur mit Buntten u.a. gestimmt, eine Diskussion darüber jetzt aber unmöglich gemacht.) Diesen Manövern auch nur im geringsten nachzugeben, war völlig fehl am Platz. Aber einen Großteil der Grünen fehlt der elementare Selbstbehauptungswille. Ein An-

trag, das undemokratische Verhalten dieser Vorstandsmitglieder zu mißbilligen, fand mit 13:13 Stimmen keine Mehrheit (auch die Zier waren anfangs dagegen, schwankten dann aber um). „Um des lieben Friedens Willen“ sind einige Grüne bereit, sich weiterhin derartigen Erpressungsmanövern auszusetzen.

Daß die Grünen dabei völlig auf den Hund kommen (können), wird nicht gesehen. Ob die Grünen am nächsten Freitag zu einem Beschluß über ihre Beteiligung an einer Bündnisliste zu den Kommunalwahlen kommen werden, scheint fraglich. Deren für Ende April vorgesehene Gründung sollte sich von dem inszenierten Hick-Hack bei den Grünen nicht beeinflussen lassen. Falls die Grünen bis dahin keinen positiven Beschluß fassen, werden speziell auch die linken Grünen Farbe bekennen müssen, ob sie gefällte Beschlüsse auch in die Praxis umsetzen oder sich letztlich Erpressungen beugen wollen.



WESTBERLIN

# Programm-Marathon der Alternativen Liste

Vom 4. bis 8. März führte die Westberliner Alternative Liste (AL) insgesamt fünf Mitgliederversammlungen (MV's) hintereinander durch, um über ein neues Programm, eine Wahlplattform und eine Präambel zu beschließen. Außerdem kam es auf einer MV zu einer Diskussion über eine Parlamentsarbeit der AL im Abgeordnetenhaus sowie zu Voten über die Kandidat/innen fürs Abgeordnetenhaus, die in den Bezirken endgültig gewählt werden müssen.

Dieser Programm-Marathon hat die AL-Mitglieder/innen zweifellos überfordert. Vorausgegangen waren intensive Programmdiskussionen in den verschiedenen Bereichsgruppen der AL, die ihre Programmentwürfe zum Teil sehr umfangreich abfeilten, so daß den AL-Mitgliedern zwei Tage vor den MV's ein Buch von knapp 100 Seiten vorlag, über die sie zu entscheiden hatten. Dieser Ablauf ist problematisch, da sich zwar die jeweiligen Spezies in den Bereichsgruppen der AL fit machten, aber für die große Masse der AL-Mitglieder diese Fülle kaum in vollem Umfang bewältigt werden konnte. Die Basisdemokratie ist sehr darunter, daß die AL unter dem Zwang stand, unter ungeheurem Zeitdruck angesichts des bevorstehenden Wahltermins (10.3.) sein Programm zu verabschieden. Hinzu kam, daß während der MV's täglich ganze Stapel neuer Programmvorschläge und Änderungsanträge eintrudelten, die selbst den hartgesottesten AL'ern einen vollständigen Überblick erschwerten.

Unterm Strich verabschiedete die AL auf den ersten drei MV's die beiden umstrittenen Programmtitel zur „Berlin-Politik“ und Friedenspolitik sowie Aussagen zu Frauen. Auf der vierten MV, die von 16 Uhr bis 1 Uhr nachts dauerte, wurden Fragen der Parlamentsarbeit diskutiert und die jeweiligen Spitzenkandidat/innen in den 12 Bezirken zur Wahl in den Bezirken empfohlen. Auf der letzten MV, an der wegen starker Konditionschwächen nur noch rund 100 AL'ler teilnahmen, wurde nur kurz über strittige Programmpunkte diskutiert und diese zur Überarbeitung an die Mitglieder zurückverwiesen. Präambel und Wahlplattform sollen neu verfaßt bzw. erst noch geschrieben und zusammen mit dem Wahlprogramm auf einer sechsten MV am 19.3. endgültig verabschiedet werden.

**Das Berlin-Programm der AL: Blockfreiheit und nationale Frage**

**Das Berlin-Programm der AL: Blockfreiheit und nationale Frage**

Die erste Kontroverse gab es um die Programmentwürfe zur „Berlin-Frage“. Der MV lagen zunächst zwei alternative Programmentwürfe vor. Der eine beschränkte sich auf wenige Veränderungen des alten, 1979 verabschiedeten Programms, ein anderer ging weit darüber hinaus. Kräfte aus der aufgelösten „KPD“, WUP-Mitglied Walter Grunwald sowie die beiden Herausgeber des Buches „Die Linke und die nationale Frage“, Peter Brandt und Herbert Ammon, bildeten eine Strömung, für die die leidige Berlin-Frage letztendlich nur über europäische Blockfreiheit und „deutsche Wiedervereinigung“ möglich erscheint. Der vor allem von Walter Grunwald stark geprägte Programmentwurf ging u.a. davon aus, daß die Ursache der „Spannung, des Mißtrauens“ im Kern in der „deutschen Spaltung“ liege. „Solange die Trennungslinie zwischen Ost und West durch Deutschland verläuft“, sei „unsere Zukunft von einer immerwährenden Angst bestimmt, Kriegsschauplatz zu werden“ (1). Durch „deutsche Faktfreiheit als Vorbedingung für Frieden in Europa“, als „Voraussetzung für Frieden in Europa“ sieht der Programmentwurf einen Ausweg aus diesem Dilemma. Wenn es dann gar heißt, daß „Faktfreiheit... die Möglichkeit der Bestimmung auf Gemeinsamkeiten in Geschichte und Gegenwart“ (1) bedeutet, so steckt darin schon der Kern der Kontroverse: die „Lebensfähigkeit“ Westberlins soll durch die „Wiedervereinigung“ gesichert werden. Manche Mitglieder der aufgelösten „KPD“ gingen hier nicht ganz konform. Sie sind zwar letztendlich auch für die „Einheit Deutschlands“, sehen eine Lösung jedoch nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Entwicklung, wenn Ost- und Westeuropa eine neue, faktunabhängige Friedensordnung errichtet haben. Hinweise auf bedenkliche Nähe dieser Thesen zur herrschenden Argumentation wurden abgewehrt.

Wenn es im alten Programmentwurf explizit hieß, daß BRD und DDR

„... souveräne, völkerrechtlich anerkannte Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ (2) seien, so wird damit nicht nur eine Kritik an den Herrschenden in der BRD und ihren Gebietsansprüchen gegenüber der DDR vermieden, sondern darüberhinaus auch die politischen Ursachen von Spannungen in Europa überflüssig. Wenn als „Ursache“ der Spannungen die deutsche Spaltung angegeben wird, so ist das schlichtweg falsch. Die deutsche Spaltung ist höchstens Ausdruck der Blockkonfrontation in Europa, deren Verursacher der deutsche Faschismus und danach vor allem die USA waren. Wenn im

einleuchtet. So jedenfalls lautet die Kritik in einem Papier unter dem Titel „Nationale Wiedervereinigung als alternative Friedenspolitik“ (3), das von KB, „Z“, von Mitgliedern der „Sozialistischen Initiative“ (SI), Dirk Schneider und anderen Einzelpersonen als Entgegnung zum Programmentwurf verfaßt wurde.

**Das verabschiedete Berlin-Programm**

Kurz vor der MV wurde ein dritter Programmvorschlag in die Diskussion gebracht und diente als Leitartikel.

heit Berlins“ garantieren sollen. Militärparaden sollen in „beiden Teilen“ Berlins unterbleiben.

Ein zweiter großer Forderungskatalog geht an die Adresse der DDR. Darin wird — kaum „alternativ“, sondern eher der SPD-Friedenspolitik entsprechend u.a. für „ungehinderter Gedankenaustausch“, die Unterstützung der „demokratischen und sozialistischen Opposition“ in der DDR, Austausch von Informationen und Publikationen, freien Reiseverkehr und die Rücknahme der Erhöhung des Zwangsarbeitsbeschlusses eingetret. Ein Westberlin-Teil ist noch

sachen des Konflikts in Europa nicht beseitigen“, sondern sich der „neuen Politik der Reagan-Administration“ anpassen. Vom „Aufbruch des Wandels durch Annäherung“ ist nur das „Gleichgewicht des Schreckens“ geblieben.

In dem Text heißt es aber auch: „Wir behaupten nicht, daß wir ein Patentrezept zur schnellen und eindeutigen Lösung der europäischen und deutschen Probleme haben. Innerhalb der AL gibt es auch zu diesen Fragen unterschiedliche Ansätze.“ Wird also zunächst ausgesagt, daß es kein „Patentrezept“ gibt, so folgt wenige Zeilen später ein daffertiger Satz im „Leitartikel“, der pikantesweise von einem Mitglied der SI formuliert wurde: „In letzter Konsequenz läßt sich die unnatürliche Situation Westberlins nur über die Einheit der beiden deutschen Staaten beseitigen. Dieses Ziel wollen wir nicht aus den Augen verlieren.“ (5) Dieser Satz könnte gut und gerne im Programm jeder bürgerlichen Partei stehen. Nach heftigen Kontroversen um diesen Passus wurde er durch eine „entschärfte“ Formulierung ersetzt. Es heißt nun im verabschiedeten Programm: „Um die unnatürliche geographisch-politische Situation Westberlins zu überwinden, müssen wir in letzter Konsequenz die Frage der deutschen Einheit aufwerfen und zu ihrer Lösung beitragen“. Welche „staatlichen und institutionellen Formen diese Einheit annehmen könnte, ist für uns offen“. Eine „deutsche Einheit“ müsse auf „historisch gewachsener, menschlicher, kultureller, wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Ebene“ beruhen (6). Abgeändert wurden so skurrile Formulierungen wie die der „deutschen Teilstaaten“ (7). Stattdessen ist jetzt korrekterweise von beiden deutschen Staaten die

Die Kompromißfindung erwies sich als sehr schwierig, weil die zahlreichen Teufelschen im Detail für viele anwesende AL-Mitglieder kaum zu durchschauen waren, und unter enormem Zeitdruck eine ausführlichere Debatte kaum möglich war. Zudem wäre es falsch, die Auseinandersetzungen um die „nationale Frage“ nur auf den Konflikt mit den Ex-„KPD“-Mitgliedern in der AL beschränken zu wollen. Hier stand sich vielmehr eine Strömung — in sich wieder widersprüchlich — zwischen Walter Grunwald, eher linken Sozialdemokraten, wie Peter Brandt, und Ex-„KPD“-Kräften auf der einen Seite und KB, SI, „Z“ sowie verschiedene Einzelpersonen andererseits gegenüber.

Diese für viele rein „theoretisch“ erscheinende Debatte ist deshalb mit so viel Vehemenz geführt worden, weil die Aussagen im Berlin-Teil des AL-Programms praktisch-politische Konsequenzen in sich bergen. Man stelle sich z.B. eine Sitzung des Westberliner Abgeordnetenhauses vor, wo ein AL-Parlamentarier unter Beifall der CDU erklärt, daß das Ziel der deutschen Einheit nicht aus den Augen verloren werden darf!

Der erfolgreiche Kompromiß beweist sich aber auf der Linie für jeden etwas. Er greift zwar keine Strömung aus, enthält aber so viele Widersprüchlichkeiten, daß der Berlin-Teil des Programms bis auf wenige Ausnahmen kaum für politische Handlungsfähigkeit tauglich ist. „Hängengeblieben“ ist vor allem das langfristige Ziel der Blockfreiheit, das die AL anstrebt.


Insgesamt hinterläßt der gesamte Berlin-Teil den Eindruck, daß ein Schwergewicht auf Konzepten gelegt wurde, auf Zukunftskonstruktionen, über die Marx einmal in einem Brief an Ruge sagte: „Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die rückwärtige Kritik alles Bestehenden...“ (MEW Bd. I, S. 344). Dies gilt gerade auch für eine radikal-demokratische Liste wie die AL.

**Das Friedensprogramm der AL: Stück für Stück kommt man sich näher...**

Anderthalb MV's nahmen die Diskussion um den Friedensteil des AL-Programms in Anspruch. Wie zu erwarten, prallten die gegensätzlichen Positionen zwischen den Kräften um die Ex-„KPD“ einerseits und KB, „Z“, SI und SI andererseits hart aufeinander.

In letzter Minute kam gegenüber dem Leitartikel, den Unorganisierte,

Fortsetzung nächste Seite



## Die Grünen

# Aufruf

### Zur Mitarbeit — Mitdiskussion — Wahl der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz Berlin durch Freunde, Sympathisanten und Mitglieder der Grünen

Wir begrüßen die Kandidatur der Alternativen Liste für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordneten-Versammlungen bei den Neuwahlen in Berlin am 10. Mai 1981.

Die AL hat schon vor der Bundespartei „DIE GRÜNEN“ in Berlin als ökologische und demokratische Kraft gewirkt. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die GRÜNEN in Berlin die gewachsenen politischen Strukturen unterstützen und die von der AL angebotene offene Diskussion mit allen politischen Kräften, die für Umwelt, Schutz und Gerechtigkeit eintreten, mitgehen werden. Die GRÜNEN werden sich darum bemühen, daß das Wahlprogramm ebenso wie die Kandidatur von Menschen aus Bürger- und Demokratischen die politische Arbeit der GRÜNEN widerspiegelt.

Wir begrüßen die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz als Schwesterorganisation unserer grünen Partei in Berlin. Das ist es wichtig, daß in Berlin eine geschlossene politische Kraft den außerparlamentarischen Bewegungen in den Parlamenten Gehör verschafft. Im Kampf gegen den überflüssigen Kraftwerk Reiter-West, gegen Wohnraumverdrängung und gegen Autobahnbauland erleben die Betroffenen ihre Kraft und Fähigkeit zur Veränderung der verkrusteten Strukturen in Berlin.

Wir müssen uns angesichts der Außenpolitik in West und Ost gemeinsam wehren, auf daß wir nicht untergehen durch eine sogenannte Friedenspolitik des „Gleichgewichts des Schreckens“ der etablierten Parteien. Die Berliner Wahlen werden die Aussichten von alternativen grünen Wahlkandidaten überall vergrößern.

Wir begrüßen die großzügige finanzielle Unterstützung des AL-Wahlkampfes durch den Landesverband Niedersachsen der GRÜNEN. Laßt uns alle die Alternative Liste unterstützen und wählen!

Wir distanzieren uns von dem Versuch einer sog. „Grünen Liste“, durch ihre Kandidatur die grün/alternative Bewegung zu schwächen.

Diesen Aufruf haben folgende Mitglieder der GRÜNEN unterzeichnet:

Wir distanzieren uns von dem Versuch einer sog. „Grünen Liste“ durch ihre Kandidatur die grün/alternative Bewegung zu schwächen.

Diesen Aufruf haben folgende Mitglieder der GRÜNEN unterzeichnet:

Helmut Petze, Bundesvorstand; Dieter Burgmann, Bundesvorstand; Norbert Mann, Bundesvorstand; Helmut Petze, Bundesvorstand; Bettina Heide, Bundesvorstand; Erich Knapp, Bundesvorstand; Lukas Beckmann, Bundesgeschäftsführer; Luk List, Bundeshaupptausschuß; Landesverband Niedersachsen; Ursula Schaar, Bundeshaupptausschuß; Landesverband Berlin; Klaus Timpe, Bundeshaupptausschuß; Landesverband NRW; Dorothea Celabrese, Bundeshaupptausschuß; Landesverband NRW; Udo Böhlers, Bundeshaupptausschuß; Landesverband NRW; Albert Schneider, Bundeshaupptausschuß; LV Ba-Wu; Dirk Hohl, Bundeshaupptausschuß; LV Ba-Wu; Hans Crecelius, Bundeshaupptausschuß; LV Hessen; Manfred Ziehn, Bundeshaupptausschuß; LV Hessen; Elke Memmels, Bundeshaupptausschuß; LV Ba-Wu; Jan Bartkowiak, Bundeshaupptausschuß; LV Schleswig-Holstein; Barbara Lufke-Cosmann, Bundeshaupptausschuß; LV Rheinland Pfalz; Roland Vogt, Bundeshaupptausschuß; LV Rheinland Pfalz; Aurore Goebler, Bundeshaupptausschuß; LV Hamburg; Günther Hopmann, Bundeshaupptausschuß; LV Hamburg; Bernd Vetter, Bundeshaupptausschuß; LV Hamburg; Christiane Zieger, Bundeshaupptausschuß; LV Berlin; Peter Sellin, Geschäftsführendes Gremium Berlin; Thyrä Quensel, Geschäftsführendes Gremium Berlin; Heut Holst, Geschäftsführendes Gremium Berlin; Klaus Wierich, Kreisverband Münster; Ulrich Tot, Kreisverband Karlsruhe; Harimel Regenlein, Kreisverband Dortmund; August Haub, Kreisverband München; Milan Horacek, Kreisverband Frankfurt; Maria Schale, Kreisverband Düsseldorf; Kreisverband Bielefeld; Eberhard Bueh, Landesverband Bayern; Hermann Schulz, Landesverband NRW; Joseph Beys, Kreisverband Düsseldorf; Greta Thomas, Kreisverband Buxtehude; Uwe Jost, Kreisverband Kassel; Thomas Langer, Kreisverband HH-Eimsbüttel; Dieter Plagemann, Kreisverband Quickborn; Anke Burmeister, Kreisverband Quickborn; Wilfried Janson, Kreisverband Bad Oldesloe; Ursula Schwarzenberger, Kreisverband Göttingen (Bundeshaupptausschuß); Barbara Zoh, Landesverband Niedersachsen; Henry Selzer, Landesverband Saarland; Winfried Kreischmann, Mitglied des Landtags Ba-Wu; Mariä Jährde, Landesverband Berlin; Günter Axt, Landesverband Berlin; Otto Schily, Landesverband Berlin; Oskar P. Flechtheim, Landesverband Berlin; Ferner: Elmar Altvater, Berlin; Urs Jaeggi, Berlin.

Verantwortlich: Helmut Horst, Berlin 15, Duisburger Straße 17, Telefon 0 30 78 51

ursprünglichen Programmentwurf von der „Bestimmung auf Gemeinsamkeiten in Geschichte und Gegenwart“ in Bezug auf die „deutsche Faktfreiheit“ die Rede ist (1), so ist dies eine recht frivole Argumentation. Welche Fortschrittlischen Gemeinsamkeiten gibt es eigentlich historisch seit 1871? Bismarck, Kaiser Wilhelm, Erster Weltkrieg, deutscher Faschismus, Zweiter Weltkrieg...?

Und welche „Gemeinsamkeiten“ gibt es heute zwischen einem wieder hochgerüsteten und aggressiven BRD-Imperialismus und einer „realsozialistischen“ DDR? Aber diese Fakten müssen zugunsten der „deutschen Wiedervereinigung“ verschwinden, um „die nationale Frage“ offenhalten“ zu können.

Kern des Streits ist auch wie vor, daß die Befürworter bei ihrer „Lösung der deutschen Frage“ die „nationale Frage“ vor die Lösung der sozialen Frage stellen und damit — ob sie wollen oder nicht — „zu einer nationalistischen Politik kommen, die sich verdeckt oder offen auf die Spielarten der herrschenden Politik

Am ersten Abend der MV wurden die politischen Differenzen und deren Tragweite um die o.a. Fragen für die Masse der anwesenden AL-Mitglieder kaum transparent, erst am zweiten Abend entzündete sich die Kontroverse um die „nationale Frage“, die Frage der Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR ebenso wie andere einseitige Vorleistungen, für die die AL eintreten sollte, um die Spannungen und die Blockkonfrontation abzubauen.

Heraus kam ein Kompromiß. Gefordert wird man die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und „daß die Bundesrepublik alle Rechte der Alleinvertretungsansprüche aufgibt und die staatliche Souveränität ohne wenn und aber respektiert“ (4). Ebenso kam ein Änderungsantrag durch, der herausstellte, in Westberlin mit „einseitigen Vorleistungen“ zu beginnen.

Konkret wurde weiter gefordert, „daß die Alberten ihre Streitkräfte reduzieren bis zum Abzug aller ausländischen Truppen aus beiden deutschen Staaten, wobei die vier Alberten die „territoriale Umverteilung“

nicht verabschiedet worden, da er in einigen Punkten noch umstritten ist. Dort wird u.a. gefordert, das Volksbegehren und den Volksentscheid, den die bürgerlichen Parteien 1974 abschaffen, wieder einzuführen, die Bürger sollen stärker an Entscheidungsprozessen beteiligt werden und die Bezirke größere Entscheidungsbefugnisse bekommen. Die Wahlen zu den Bezirksparlamenten sollen zudem nicht mehr mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus zusammenfallen, um „mehr Bürgernähe“, dezentrale Strukturen usw. zu stärken. Außerdem wird das kommunale Wahlrecht für ausländische Mitglieder gefordert. Die „Lösung der Berlin-Frage“ wird langfristig darin gesehen, „Ideen für eine gesamteuropäische Friedenspolitik zu entwickeln, die aus der Blockkonfrontation hinausführt“. Dann heißt es in einer Kompromißformel weiter: „In diesem Zusammenhang kann durch die Lösung der deutschen Frage und der europäischen Blockkonfrontation Berlin eine Zukunftsperspektive gewinnen“. Es folgt eine Kritik an den bürgerlichen Parteien, die die „Ur-



Fortsetzung von der vorherigen Seite

KB, „Z“, SI u. a. gemeinsam formuliert und auch mit allen anderen Beteiligten abgesprochen hatten, ein alternativer Vorschlag seitens der ex-„KPD“ kurz vor der MV auf den Tisch. Dieses Vorgehen trug mit zur politischen Verwirrung bei, da der nachgefertigte Programmentwurf viele Passagen aus dem ursprünglichen Leit- antrag enthielt und viele — entschei- dende — Formulierungen dazwischen- geschmuggelt wurden.

Die Kontroversen entbrannten an vier zentralen Punkten: dem Nato- „Nachrüstungs“-beschluss, einer For- mulierung über die Schuld am Weiter- rüsten (aus dem Aufruf der Russell- Peace-Foundation), einem Konzept der „alternativen Verteidigung“ und einem ebenfalls später eingebrachten Antrag von W. Kaiser (ex-„KPD“), der die Bahros-Thesen zur Friedenspo- litik (vergl. AK 196, S. 43) teilweise ins AL-Programm übernehmen wollte.

Auf der zweiten MV kam es zu einer Diskussion über die Nato- „Nachrüstung“. Die ex-„KPD“ hatte bereits zugestanden, daß die Bundes- regierung sowie die US-Regierung auf- gefordert wird, „den Nachrüstungs- beschluß“ ohne Vorbedingungen und einseitig rückgängig zu machen“ (8).

Nicht einzig war man sich, ob die „Nachrüstung“ der Nato eine neue Qualität der atomaren Hochrüstung darstellt oder ob sich die Nato-Beschlüsse im „üblichen“ Rahmen des „Gleichgewichts des Schreckens“ bewe- gen, also auf gleicher Ebene mit der Stationierung der sowjetischen SS-20 zu stellen sind. Die Kontroverse lief in den üblichen „Feindbildern“ ab: wenn vornehmlich ex-„KPD“ler alle in die Ecke der SEW stellten, die sich nicht a u c h gegen die SS-20 richten — so war dies Demagogie. Denn schon im Programmentwurf, an dem u. a. „Z“, SI und KB mitgewirkt hatten, wurde klar gegen die SS-20 Stellung genom- men. Den ex-„KPD“-Kräften ging es aber darum, die SS-20 stärker ins Pro- gramm aufzunehmen und damit objek- tiv zur Entwarnung des Kampfs gegen die „Nachrüstung“ im eigenen Land beitragen. Zwei Formulierungen sollten diesen Zweck erfüllen.

Einmal heißt es — inmitten einer recht guten und ausführlichen Kritik des „Nachrüstungsbeschlusses“, dem Entlarven der Lügen der etablierten Parteien usw. — „Eine vergleichbare Entwicklung sehen wir in der Sta- tionierung der SS-20 Raketen, die auch einen Atomkrieg führbarer machen sollen“ (9).

Nun hat wohl niemand in der AL etwas dagegen, den Abbau der SS-20 zu fordern. Aber in dieser Art und Weise „entkräftet“ es die Argumenta- tion gegen die Nato-„Nachrüstung“. Zum anderen wird der Sowjetunion unbewiesenermaßen eine Strategie un- terstellt, sie wolle den Atomkrieg in Europa a u c h „führbarer“ machen.

Zweitens folgen — ebenfalls inmit- ten des „Nachrüstungs“-teils des AL- Programmentwurfs — Ausführungen prinzipieller Art, daß die bisherigen Abrüstungsverhandlungen nichts ge- bracht haben, und es heißt dann, ent- sprechend dem Aufruf der Russell- Peace-Foundation für eine atomwaf- fenfreie Zone in Europa: „Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militä- rischen Führern des Westens und Ostens. Schuld trifft beide Kontrahen- ten“ (10).

Als diese Passage — wohlgerück- tungen der Kritik am „Nachrüstungs- beschluß“ der Nato — an dieser Stelle als verfehlt kritisiert wurde, be- kam man den Vorwurf zu hören, man würde die Russell-Peace-Foundation nicht ernsthaft unterstützen.

Das war auch wieder so ein Trick, denn im Aufruf der Russell- Peace-Foundation heißt es an anderer Stelle unmissverständlich:

„Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Bewältigung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa...hinzuarbei- ten und über die ihrem Land ange- messenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entschei- den. Diese werden von Land zu Land verschieden sein, wir sind nicht der Ansicht, daß eine einheitliche Strategie durchgesetzt werden muß“.

Was heißt das anderes für die west- deutsche und Westberliner Friedens- bewegung, als aus ureigenem Inter- esse in diesem Land gegen die hier stationierten Nato-Mittelstreckenra- keten mobil zu machen?

Wo vom Kampf gegen die atomare Nato-„Nachrüstung“ die Rede ist, der immer mehr im Zentrum der Ak- tivitäten der Friedensbewegung in der BRD und Westberlin steht und wohl noch zu heftigen Auseinandersetzun- gen in den kommenden Jahren führen wird — ausgerechnet an diesem Punkt, an dem die Nato-Kriegstreiber, die Verschärfung der Spannungen im Pro- grammentwurf aufgezeigt werden, dort wird faktisch eine Aussage der

Gleichsetzung betrieben und die Aussage der Russell-Peace-Foundation mißbraucht.

Denn noch in einer insgesamt ver- worrenen Situation und mit geschick- tem Taktieren gelang es den Kräften um die ex-„KPD“, diese Programmpa- sage mit Mehrheit auf der MV zu verabschieden.

Auf der 3. MV schließlich lief eine reine Abstimmungsmaschinerie ab. Der gesamte Friedensfluß der AL wurde mit Mehrheit durchgezogen, o h n e daß es zu einer ausführlichen Diskus- sion über die noch kontroversen Punk- te kommen konnte. Ausgetutet wurde außerdem die Situation, daß die Frauen der AL ihr Programm disku- tieren und verabschieden wollten. Hin- zu kamen Ermüdungserscheinungen und Frust, nachdem auf der 1. MV erst zwei der rund 20 Programmpunkte ver- abschiedet waren.

So wurde ohne große Diskussion das klassische Konzept der Vaterlands- verteidigung verabschiedet, das — um diese alte kamelle schmuckhaft zu machen — mit einer „alternativen Verteidigungspolitik“ gekoppelt war. In den umstrittenen Passagen hieß es: „Unter den bestehenden Verhältnissen geht es für uns jetzt darum, die Mög- lichkeit einer eigenständigen Entwick- lung dieses Landes und Europas zu si- chern“ (11).

„Auch unter den herrschenden ge- sellschaftlichen Verhältnissen müssen wir für eine alternative Verteidigungs- politik kämpfen, die keinerlei Aggres- sionspolitik ermöglicht. Alternative Verteidigungspolitik bedeutet, eine Verteidigungsbereitschaft gegen jegli- che äußere Einmischung zu entwick- len. In diesem Sinn müssen wir das Sicherheitsinteresse der Bevölkerung ernst nehmen“ (11).

Die Forderung nach einer „alternativen Verteidigungspolitik“ unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhält- nissen ist ein demagogischer Bückling.

Genauso konnte die AL auch für eine „alternative Polizei“ eintreten un- ter den herrschenden Verhältnissen. Das ändert auch nichts, wenn Ver- teidigungskonzepte aus den „Vorbildern“ Jugoslawien, Schweiz, der französi- schen Resistance usw. herangezogen werden. Allein der Bezug auf Jugos- lawien — ein blockfreies Land mit Partisanenrevolution — zur hochgeru- herten BRD mit Wehrmachtstradition ist schon als makaber zu bezeichnen.

Auch in diesem Zusammenhang auftauchende Forderung nach „Um- stellung der Bundeswehr“ auf Defensiv- waffen ist wenig brauchbar: Wer ent- scheidet unter den gegebenen Ver- hältnissen, was „offensiv“ und was „de- fensiv“ ist? Und wieviel Sinn gibt diese Unterscheidung überhaupt?

Die zweite katastrophale Entschei- dung betraf einen Antrag von W. Kai- ser (12), der zwar schriftlich vorlag, aber ebenso wenig diskutiert werden konnte. Nicht eine einzige Kontra-Rede wurde zugelassen. In diesem Antrag sollten Bahros Thesen im AL-Pro- gramm verankert werden. So heißt es dort: „Wenn die Friedensbewegung mehr will, als nur die Kräfte, die zum soñtlich „blockfreien“ Land mit Partisanenrevolution — zur hochgeru- herten BRD mit Wehrmachtstradition ist schon als makaber zu bezeichnen.“

Und am Ende heißt es gar: „Die zunehmende Bewegung in Westeuro- pa gegen die „Nachrüstung“ der Nato muß den offiziellen Mächten des Ost- blocks offen einen realen Preis abver- langen: die Öffnung Osteuropas für echten Gedankenaustausch über die Blockgrenzen hinweg.“ (12)

Im ersten Teil der Aussage ist Bah- ros These voll übernommen, daß die Friedensbewegung in gleicher Weise beiden Machtblöcken entgegen- treten müsse. Die Ausgrenzung der DKP und SEW aus der Friedensbewe- gung ist das Ziel. Das wird auch daraus ersichtlich, daß J. Mayr (ex-„KPD“) in einem Diskussionspapier (verpö- telt auf der Sitzung der Friedens-AG der AL vom 9.3.) einen „klaren Tren- nungsstrich“ zu denjenigen forderte, die u. a. den Einmarsch der Sowjet- union in Afghanistan als freundschaft- liche Maßnahme erklärten. Sie ver- steigert sich sogar zu der These: „Jegli- che Erklärung, unter der sich die SEW setzen kann, ist für mich nicht tragbar und wäre eine einkalkulierte Nieder- lage für die Friedensbewegung hier“.

Wie mag sich J. Mayr bloß das Rätsel erklären, daß z. B. die „Grü- nen“ im letzten Jahr in vielen Orten und zu verschiedensten Friedenspoli- tischen Anlässen Bündnisse mit eben dieser DKP schloß? Soll die AL als Teil der bunt/alternativen/grünen Wahlbewegung die berühmte Ausnah- me von der Regel machen?

Die zweite entscheidende Aussage des Kaiser-Antrags stellt das AL-Frie- densprogramm auf den Kopf: Wer

einen Preis vom Osten fordert, um ge- gen die Nato-„Nachrüstung“ zu kämpfen, der stellt ähnlich erpresser- sche Vorbedingungen wie die Repre- rung Schmidt.

Vielen AL-tern und anderen Kräf- ten, die die AL unterstützen, gingen diese Anträge entschieden zu weit. Es war klar, daß diese beiden durchge- peitschten Anträge von vielen nicht mehr mitgetragen werden konnten und das Konsens-Prinzip der AL überstap- puzierten. Ein Bündnis aus Mitgliedern der SI, Vertretern von „Gewerkshaf- ter gegen Rechts“, KB, Jusos, den SoSt der „Z“, der Uni-Gruppe „So- zialistische Linke“ sowie verschiedene andere AL-Mitglieder/innen verfaßten eine Erklärung mit dem Titel „Der Feind steht im eigenen Land“. Sie er- klärten dann, daß sie die zitierten ab- gestimmten Teile des AL-Friedenspro- gramms „nicht mittragen“ könnten, sie akzeptierten zwar die „Mehrheits- entscheidungen der AL“, was jedoch nicht heißt, daß „wir unsere Auffas- sungen aufgeben“. In der Erklärung heißt es weiter, daß die AL trotzdem die „einzige wählbare Alternative bei den kommenden Wahlen“ biete und die genannten Unterzeichneten auch wei- terhin in der AL mitarbeiten werden (13).

In der Erklärung wird sich ent- schieden gegen jegliche Art der Vater- landsverteidigung ausgesprochen, das „herrschende Sicherheitsinteresse muß klar als Sicherheitsinteresse der Herr- schenden gekennzeichnet werden. Wir können uns nicht auf ein allgemein formuliertes Sicherheits- und Vertei- digungsbedürfnis beziehen, sondern nur auf die Bedürfnisse derer, die bisher den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse und für deren Überwin- dung geführt haben.“ (13)

Zum Kaiser-Antrag heißt es, man halte ihn für eine „vollständige Des- orientierung und für absolut nicht konsensfähig innerhalb der AL“ (13).

Diese Erklärung, die auf der dritten MV verteilt wurde, führte zu einem Rückzieher der Kräfte um die ex- „KPD“. Die Verhandlungsleitung er- klärte von sich aus, daß eine „Abstüm- mungsmaschinerie“ gelaufen sei und keinesfalls die Ausgrenzung von Kräf- ten wie SI, „Z“, KB oder SoSt beab- sichtigt sei.

Zwei Tage nach dieser MV kam es im Rahmen der Friedens-AG zu einer erneuten Diskussion über den gesam- ten, bereits verabschiedeten Friedens- teil des AL-Programms. Dabei wurde das Abstimmungsergebnis der MV praktisch zurückgenommen und ein neuer, nun für alle Beteiligten er- trüglicher Kompromiß erzielt.

— Die Aussage der Russell-Peace- Foundation verhielt man an der Stelle, wo die Nato-„Nachrüstung“ kritisiert wird, und wird an geeigneter Stelle des Programms platziert.

— Die SS-20-Passage wird ans Ende des Programms gestellt, nachdem aus- führlich die „Nachrüstung“ der Nato kritisiert und die einseitige Rücknahme des Nato-Beschlusses gefordert wird.

— Die gesamten umstrittenen Passa- gen zur Vaterlandsverteidigung wur- den gestrichen.

Der aus den „Thesen“ Bahros übernommene Antrag von W. Kaiser wird umformuliert.

Diese Einigung in der Friedens-AG muß selbstverständlich auf einer wei- teren MV erneut verabschiedet wer- den, da ein AL-Bereich nicht so ohne weiteres einfach beschlossene Pro- gramme verändern kann.

## Das AL-Friedensprogramm. eine brauchbare Handlungs- grundlage

Das nun vorliegende AL-Programm — unter Berücksichtigung der Verände- rungen, die nachträglich vorgenom- men wurden — bietet eine insgesamt brauchbare Handlungsmöglichkeit für die AL, nun endlich auch freundschaft- lich aktiv zu werden.

Einleitend wird auf die aktuelle Kriegsgefahr hingewiesen und vor al- lem die Politik der USA scharf kriti- siert. Es wird die Gefahr aufgezeigt, daß Europa in ein atomares Schicht- feld verandelt zu werden droht — besonders angesichts der Tatsache, daß die BRD die größte Atomwaffen- Dichte der Welt aufweist.

Es folgt eine recht ausführliche und gute Kritik am Nato-„Nachrüstungs“- beschluß und die Forderung nach der einseitigen Rücknahme ohne Vor- bedingungen.

Darüber hinaus fordert die AL ein blockfreies Europa und einen wirkli- chen Abbau der Rüstungspotentiale. Die bisherige „Entspannung“ habe genau das Gegenteil von Abrüstung gebracht. Die AL „tritt dafür ein, mit der Abrüstung im eigenen Land zu be- ginnen, so wie es die Aufgabe aller Friedenskräfte in der Welt ist, in ihren Ländern für Abrüstungsmaßnahmen



zu kämpfen“ (14). Die AL setzt sich für einseitige Abrüstungsmaßnahmen der BRD ein, wie die Kürzung der Rüs- tungsausgaben, den Stopp der Pro- duktion des „Tornado“ und den Ver- zicht auf die 50-Milliarden-DM-Rund- erneuerung der Bundeswehr; damit soll zugleich die weltweite Abrüstung gefördert werden. Die AL fordert die Lösung aus der Blockkonfrontation, den Austritt der BRD aus der Nato, die Loslösung von der Vorherrschaft der USA. Die AL wendet sich gegen eine „Krisenlösung“ durch verstärkte Rüs- tung und Rüstungsexporte der BRD und spricht sich gegen die weltweite Ausdehnung der Nato aus.

Neben Forderungen nach einseitiger Abrüstung hat die „soziale Vertei- digung“ — Lieblingskonzept bei den „Grünen“ — nun auch Eingang ins AL-Programm gefunden, zusammen mit der Forderung nach „Umrüstung der Bundeswehr auf Defensivwaffen“ (14). Als Kompromiß kam heraus, daß Konzepte einer „alternativen Vertei- digung“ auch unter herrschenden Ver- hältnissen in der AL diskutiert werden sollen.

Am Schluß des Programms werden konkrete Forderungen und Schritte in bezug auf die Westberliner Situation gestellt.

## Die Diskussionen über die Parla- mentararbeit der AL

Vor dem Hintergrund, daß sich die AL gute Chancen für den Einzug ins Ab- geordnetenhaus ausrechnen kann, gab es heftige Diskussionen über die Frage, wie die AL-Parlamentarier/innen zu kontrollieren seien. In den vier Bezir- ken stellte sich das Problem nicht so scharf dar, weil die Bezirksparlamente politisch nicht so relevant sind und zu- dem die Bezirksparlamentarier in die Bezirksgruppen der AL „eingebettet“ sind.

Die Diskussionen um die Parla- mentarier fürs Abgeordnetenhaus (AHS) waren im Vorfeld überwiegend von starkem Mißtrauen geprägt. Dieses Mißtrauen wird vornehmlich von einer breiten, spontanen kritischen Strömung in der AL getragen, die das sehr tief stehende und berechtigte politische Mißtrauen in den bürgerlichen Parla- mentarismus auch gegen die AL-Parla- mentarier wendet. Neue Nahrung bekam dieses Mißtrauen durch die „Professionalisierungs“-Parolen der „Z“-Gruppe und die Einstellung eines „Sekretärs“ in der Bezirksgruppe Kreuzberg.

So grenzte sich die AL auf ihrer MV am 8.3. vom „Berufspolitikerturn“ ab und beschloß recht einmütig ein Rota- tionsprinzip. Es besagt, daß alle AL-Parlamentarier nicht länger als zusam- men 4 Jahre amtiert dürfen. Es be- sagt ferner, daß die „Fraktion der AL im Abgeordnetenhaus innerhalb einer Legislaturperiode (normale Dau- er) nach einem Rotationsprinzip gänz- lich ausgetauscht“ (15) werden soll. Außerdem dürfen Abgeordnete der AL keine anderen politischen Funk- tionen in der AL innehaben. Die Bezü- ge der AL-Parlamentarier sollen nicht höher als ein durchschnittlicher Fach- arbeiterlohn (1.800 DM) liegen, der Rest wird an die AL abgeführt.

Die AL wird sich für eine Kürzung der Abgeordneten-Daten einsetzen. Weiterhin wurde beschlossen, daß (im Gegensatz zur Praxis der „Z“-Gruppe in Hamburg) überschüssige Gelder aus der Parlamentararbeit auch Bürger- und Basisinitiativen zugute kommen sollen.

Die AL-Parlamentarier sind poli- tisch an das AL-Programm gebunden, ebenso an das imperiative Mandat. Die Abgeordneten sind obendrein an alle Beschlüsse gebunden, die von den Entscheidungsgremien der AL gefällt werden. Die „Kontrolle der inhaltli- chen Arbeit... erfolgt über die Berei- che (in bestimmten Fällen Bezirke) der AL“ (15). Die Parlamentsfraktion ist jährlich vor der MV rechenschafts- pflichtig. Dies scheint in der Tat die sinnvollste Lösung zu sein. Die Bin- dung der AL-Abgeordneten an die entsprechenden Fachbereiche erfordert keine großen bürokratischen Struktu- ren und ist sehr basisnah. Die Frak- tionsitzungen der AL sind zudem öf- fentlich, eine regelmäßige weitere Kon- trolle erfolgt über den Delegiertenrat der AL.

## Die Kandidat/innen

Ein langwieriges Unterfangen war die Wahl der AHS-Kandidat/innen auf der MV. Es kam gerade noch zur Wahl aller Erstplatzierten auf den 12 Be- zirklisten. Es sind dies lediglich „Wei-

sungen“ oder Empfehlungen an die Bezirksgruppen der AL, denn das Westberliner Wahlverfahren sieht kei- ne Landes-, sondern nur Bezirkslisten vor. Es wurde insgesamt ein recht buntes und breites politisches Spek- trum auf den ersten Plätzen gewählt. Die Hälfte der 12 Erstplatzierten wird von alten AL-Mitgliedern gestellt, darunter Michael Wendt, K.J. Schmidt, Peter Sellin, Dagmar Artelt und zwei BVV-Abgeordnete aus den Bezirken Tiergarten und Wilmerdorf. Eine Ältere Kandidatin ist aktiv in der GEW, eine weitere Mitglied einer Bür- gerinitiative und Instandbesitzerin. In Kreuzberg kandidiert ein Sozialarbei- ter, in Sieglitz wurde Prof. Martin Jänicke von der MV nominiert; er stieg aus der SPD nach dem Nachrüstungs- parteitag aus und ist aktives Mitglied im Westberliner Landesverband der Grünen. Im Bezirk Zehlendorf kandi- diert viel Prominenz: RA Otto Schily auf Platz 1, Prof. Flechtner auf Platz 4.

Die AL löste einen weiteren Be- schluß des Delegiertenrates ein: fünf inhabierte Instandbesitzer kandidie- ren auf (nicht-ausschreibenden) Plät- zen fürs Abgeordnetenhaus.

In Kreuzberg wurde eine 40-jährige Türkin aufgestellt, und auch Peter Paul Zahl kandidiert (auf einem nicht ausschreibenden hundertsten Platz). Im Bezirk Tiergarten gibt es ein Novum auf der Bezirksliste: vier Frauen kan- didieren auf den ersten Plätzen; auf einem hinteren Listenplatz ist Gerald Klopfer („Z. Juni“-Prozeß) platziert.

Mit Fug und Recht kann von einer sehr bunten, alternativen Mischung gesprochen werden — wenn auch die MV einen negativen Beigeschmack hinterließ: zwei Kreuzberger Kandida- ten, die sich unter 4 AL-Mitgliedern für Platz 1 „bewarben“, wurden einem penhlichen politischen Verhör unterzo- gen. Es handelte sich dabei um Dirk Schneider und eine Genossin der „Z“- Gruppe. Sie fielen auf der MV bei einer „Befragung“ durch, die an psy- chologische Kriegsführung erinnerte. Bestimmte Kräfte hatten offensichtlich ein Interesse daran, politisch unliebsa- me Kandidat/innen nach hinten ab- zudrängen. Wen wundert's, daß diese „Befragungen“ vornehmlich von Mit- gliedern der aufgelösten „KPD“ vor- genommen wurden.

Inzwischen hat Dirk Schneider sein Abgeordneten-Mandat für den Bezirk Kreuzberg niedergelegt, nachdem er von ex-„KPD“-Leuten als „etablier- ter Politiker“ u.ä. angemacht worden war.

## Gruhlis „Grüne“ melden Spalter- Kandidatur an

## Gruhlis „Grüne“ melden Spalter- Kandidatur an

Laut „Tagesspiegel“ und „Spandauer Volksblatt“ vom 26.2.81 wird sich die rechtslastige „Grüne Liste Berlin“ an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligen. Sie hat nichts zu tun mit dem Westberliner Landesverband der „Grünen“, die im Gegenteil diese Spalterkandidatur verurteilt hat und die AL unterstützen wird.

Unterstützung erhalten die reaktio- nären „Grünen“ — in ihrem kleinen Klub von rund 50 Mitgliedern fühlten sich auch die rechtsradikalen „Solidari- sten“ zu Hause — massiv von Gruhlis „Grüner Föderation“, der sich offen- sichtlich doch noch nach Absprache mit CDU-Fraktion und Kanzleramt für die Kandidatur eines rechten Able- gers entschied, um vor allem Stimmen aus dem eher mittelständischen Lager, die AL wählen könnten, abzuziehen.

## D., Westberlin

## Anmerkungen:

- (1) AL-Programmentwurf „Berlinpolitik“, S. 83
- (2) ebenda, S. 82
- (3) Dieses Papier wurde nach der ersten MV verfaßt und trug dem mäßigen Umstand Rechnung, daß die zum Teil scharfen Widersprüche zu einem konsensfähigen Papier zusammengeschrie- ben wurden. So blieben die Kontroversen teilweise für viele AL-ler undruck- sichtig. Aufgrund des Zeitdrucks ver- blieb wenig Zeit für eine ausführlichere und breitere Debatte.
- (4) Leittrag zur „Berlinpolitik“, S. 814
- (5) ebenda S. 810
- (6) Ergänzungsantrag W. Kaiser
- (7) siehe Anm. (4) S. 88
- (8) „Leittrag“ zur Friedenspolitik, S. C10
- (9) ebenda
- (10) ebenda S. C9
- (11) ebenda S. C13/14
- (12) Antrag zu C12 von W. Kaiser
- (13) Das Kritikpapier wurde auf der 3. MV der AL am 8.3. verteilt. Anson- stan gilt Anm. (3).
- (14) „Leittrag“ zur Friedenspolitik, S. C8-C17
- (15) Anträge P1-P10 sowie P20-25



# BuLi Bielefeld: Stärkerer Gegenwind? Große Sparkoalition beim Haushalt '81

Nachdem es der Bunte Liste Bielefeld in der Vergangenheit teilweise gelungen war, parlamentarische Erfolge durch Kompromisse mit der SPD zu erreichen, scheint diese Möglichkeit in Zukunft – zumindest auf absehbare Zeit verbaut. Die in vielen Fragen schon vorher existierende Große Koalition hat sich mit dem Haushalt für 1981 annehmend durchgesetzt.

Bei der Verabschiedung des 80er Haushalts konnte die BuLi der SPD die Zustimmung zu einigen buntten Forderungen abringen, da CDU und FDP wegen der Gewerbesteuererhöhung den Haushalt grundsätzlich ablehnten (vgl. AK 174 und 190). Damit stand die SPD im vergangenen Jahr vor der Alternative, den Haushalt mit der Bunte Liste zu verabschieden und dieser einige Zugeständnisse zu machen, oder aber auf die beabsichtigte Gewerbesteuererhöhung zu verzichten und schon 1980 massive Kürzungen vor allem im Sozialbereich vorzunehmen. Dies wäre ein zu offensichtlich Wahlbetrug gewesen, hatte die SPD doch vor allem im Bereich der Jugendpolitik große Versprechen gemacht. 1981 möchte die SPD sich nun nicht mehr auf die BuLi stützen. Sie befürchtet wohl, daß eine erneute Verabschiedung des Haushalts mit der BuLi eine Vorentscheidung für die nächsten Jahre gewesen wäre.

Bei einem neuerlichen SPD-Bunte Liste-Bündnis auch in anderen Fragen auf eine „rosa-bunte Ratskoalition“ angewiesen zu sein, war der Mehrheit der SPD-Ratsfraktion offensichtlich nicht geheuer.

Ob es sich um „überwiegend irrationale Beweggründe“ gehandelt hat, die die SPD „ohne Rücksicht auf politische Zielsetzungen in die Arme von CDU und FDP“ getrieben haben, wie BuLi-Fraktionsgeschäftsführer M. Winter in einem In-

terview mit dem „Stadtblatt“ (1/81) vermutet, erscheint zweifelhaft. Signalisiert die große Sparkoalition doch in erster Linie eine stärkere Übereinstimmung von SPD- und CDU/FDP-Politik als zwischen sozialdemokratischen und buntten Positionen.

## Große Koalition: Verschlechterung des politischen Klimas?

An die Adresse der SPD gerichtet heißt es bereits im Neujahrsgedächtnis der BuLi vom Dezember 80: „Welchen Weg die SPD zukünftig gehen wird, ist eine offene Frage. Vielleicht gibt die Verabschiedung des Haushalts im Januar erste Anhaltspunkte dafür“ („NW“, 31.12.80).

M. Winter beklagte die „Kurzzeitigkeit“ der SPD und fragte, wie die SPD „vor dem Hintergrund immer größerer Wohnungsnot und sich verschärfender Arbeitslosigkeit – mit der frischen Erinnerung an die Geschehnisse in Zürich und Westberlin – diese neuen großen Herausforderungen zusammen mit Parteien bewältigen will, denen seit Jahrzehnten nichts Neues eingefallen ist, ja, deren Rezepte sogar in traditionellem Widerspruch zu sozialdemokratischer Politik stehen.“ („Stadt-Blatt“, 1/81).

Und er vermutet weiter, daß ein Schwenk der SPD nach rechts – also Große Koalition statt SPD/BuLi Bündnis zu einer „erheblichen Verschlechterung des politischen Klimas in Bielefeld“ führen kann.

Eine solche Entwicklung sei seiner Meinung nach auf die „Denkfaulheit“ (Stadtblatt 1/81) der SPD zurückzuführen.

Auf die SPD äuserten diese noch vor der entscheidenden Haushaltsdebatte im Rat abgegebenen Erklärungen und Ermahnungen ohne Wirkung.

Die Bunte Liste sieht sich nun in der Situation, als einzige oppositionelle Partei im Bielefelder Rat aktiv zu werden. Für die BuLi Bielefeld bedeutet das eine wesentliche Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen, der sie in Zukunft Rechnung tragen muß. Es sei denn, die SPD läßt sich auch zukünftig auf den einen oder anderen Handel ein.

Auch wenn SPD-Fraktionschef Bender vor der Haushaltsdebatte noch signalisiert hatte, über die Forderungen der BuLi könne geredet werden, und letztlich alle BuLi-Anträge mit den Stimmen der SPD abgelehnt worden und z.T. schon bei der Beratung in den Ausschüssen auf der Strecke geblieben. Von SPD und Bunter Liste im Personalausschuß bewilligte Mehrstellen im Sozialbereich sind sogar im selben Ausschuß bei der Schlußabstimmung von SPD/CDU/FDP wieder gekippt worden.

Getippt worden ist beim Haushaltsansatz 81 vor allem im Sozialbereich – und hier besonders im Jugendetat, der im vorangegangenen Jahr durch einen Handel zwischen BuLi und SPD noch weitgehend verschont worden konnte. Jetzt müssen neun statt acht Jugendzentren mit insgesamt 10% weniger Geld auskommen, sodaß sich – die Preiserhöhungen berücksichtigt – Kürzungen bis zu 20 % ergeben können. Gleichzeitig stehen den Kürzungen massive Gebührenerhöhungen für Freibäder, Volkshochschule, Theater, Müllabfuhr und Entsorgung usw. von ca. 20 bis über 50 % gegenüber. An den größten Wahnsinnigen Prestigeobjekten wie Stadt-Autobahn mit zum Teil verheerenden Folgen für die Bevölkerung wird nach dem Willen der SPD/CDU/FDP-Fraktion nicht gerüttelt.

So war schon vor der eigentlich entscheidenden Ratssitzung klar, außer dem klaren Nein der BuLi-Fraktion gab es im Bielefelder Stadtrat nur Zustimmung zum „Skandal-Haushalt“ (BuLi-Mitgliederrundbrief 81).

außer dem klaren Nein der BuLi-Fraktion gab es im Bielefelder Stadtrat nur Zustimmung zum „Skandal-Haushalt“ (BuLi-Mitgliederrundbrief 81)

Die BuLi-Fraktion verzichtete darauf, ihre Vorstellungen „...noch einmal in Form von Anträgen auf den Tisch zu legen.“

„Sicherlich, es hätte uns einiges Vergnügen bereitet, den einen oder anderen aus der SPD-Fraktion, der sich in der Vergangenheit vielleicht für eine etwas andere Politik stark gemacht hat, in Schwierigkeiten zu bringen. Aber dieses Vergnügen ist ja auch nur von kurzer Dauer. Und außerdem ist Kollege Rixe ja schon da durch genug gestraft, daß er auch nach diesem Haushalt weiterhin als Feigenblatt herhalten muß.“ (Haushaltsrede von Reinhard K., Fraktionsvorsitzender der BuLi, zitiert nach Mitglieder-rundbrief 1/81). Der erwähnte „Kollege Rixe“ ist Vorsitzender des Jugendwohlfahrtsausschusses, Mitglied der SPD-Ratsfraktion, und soll wegen der Kürzungen im Jugendbereich mit der Verweigerung seiner Stimme zum Haushalt und Rücktritt als JWA-Vorsitzender gedroht haben, worauf ihm SPD-Fraktionskollegen mit Hinweis auf die Stimmen der CDU und FDP bedeutet haben sollen, daß seine Stimme nicht erforderlich sei.

## Auch die Presse ist weniger „BuLi-freundlich.“

Aus der recht umfangreichen Haushaltsrede R.K.'s, deren wirtschaftstheoretischer Teil übrigens jedem Wirtschaftswissenschaftler zur Ehre gereicht hätte, zitiert die Bielefelder Tagespresse nur kleine Passagen und unterstreicht die BuLi-Position fast völlig. So war von einer „buntten Mischung von Fakten und Polemiken, heftigen Beispielen und provozierenden Unterstellungen“ die Rede („NW“ v. 30.1.81).

Zitiert, wenn auch nicht vollständig, wurde lediglich die Passage, in der der „Beitrag“ der Stadt Bielefeld zum „Jahr der Behinderten“ herausgestellt wurde. Die bereits beschlossenen 90.000 DM für eine Rampe und

der der „Beitrag“ der Stadt Bielefeld zum „Jahr der Behinderten“ herausgestellt wurde. Die bereits beschlossenen 90.000 DM für eine Rampe und

für behindertengerechte Toiletten in der Bezirksverwaltungsstelle Jollenbeck wurden ebenso von der „großen Streichkoalition“ (Haushaltsrede) gestrichen, was der Antrag der Bunte Liste auf 360.000 DM für Taxi-Gutscheine für Behinderte. Demgegenüber sind aber „20.000 DM für zusätzliche Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des ‚Jahrs der Behinderten‘“ ungeschoren erhalten geblieben.“ (NW, 30.1.81).

Der relativ schlechten bzw. unzureichenden Berichterstattung der bürgerlichen Presse wurde durch eine 40.000er Hauswurfsendung der BuLi begegnet, mit der sie ihre Positionen in der Haushaltsdebatte einem großen Teil der Bielefelder Bevölkerung zugänglich machte. Bisher hatte sich die BuLi mehr auf die Berichterstattung der Presse verlassen, und eine eigenständige Berichterstattung vernachlässigt.

## Stellt sich die BuLi auf die veränderten Bedingungen ein?

Abzuwarten bleibt, ob sich durch die veränderten Rahmenbedingungen auch entsprechende Änderungen in der BuLi-Parlamentaristik ergeben. Bislang waren ja Erfolge der Parlamentarität über punktionelle Bündnisse mit der regionalen SPD möglich gewesen, was zumindest vorerst ausgeschlossen zu sein scheint.

Unter diesem Gesichtspunkt ist eventuell auch die Debatte um „alternative Macht oder konkrete Ergebnisse“, wie sie von Michael Winter entfacht worden war (Vgl. AK 190), neu zu führen. Ebenfalls neu zu diskutieren ist möglicherweise auch die Gegenüberstellung der Politik der Bunte Liste Bielefeld mit der Politik anderer Listen, wie etwa mit der GAL Münster. Dies wäre zugleich eine Auseinandersetzung mit der von der „Gruppe Z“ propagierten Form alternativer Kommunalpolitik, die die bisherige parlamentarische Praxis der BuLi Bielefeld stark beeinflusst hat.

„Alternative“ gegenüber der bisherigen parlamentarischen Praxis der BuLi Bielefeld stark beeinflusst hat.

## Dinné wollte schon 1975 eine Bürgerwehr zur Entlastung der Polizei

### Vorlage zum Gedanken einer „Bürgerwehr“

Eine Bürgerwehr im Ostertor, deren Organisationsstrukturen im Nachfolgenden skizziert werden, hätte folgende Nach- und Vorteile:

- a) NACHTEILE
  1. Der Bürgerwehr ist ein faschistischer Ruf voraus aufgrund der Vergangenheit und der gegenwärtigen Beispiele in anderen Städten z.B. Chicago;
  2. Die immer noch unverständliche OVA-Politik wird dadurch für Leute außerhalb unseres Bereiches noch unklarer – insbesondere wird dies zu weiteren absichtlichen Mißverständnissen bei Unbeteiligten führen;
  3. die damit insgesamt verbundene Arbeitsmehrbelastung ist für uns erheblich, zumal wir genügend dringende Aufgaben anderweitig zu lösen haben

### b) VORTEILE

Das wachsende Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung (wenn die These stimmt, daß zunehmende Kapitalverwertung auch zunehmend Betroffene erzeugt, so schafft sie eben auch zunehmend Randgruppen, die dann das Sicherheitsrisiko darstellen) wird

1. von der CDU zu einem massiven Druck zur Budget-Erhöhung führen (was das bedeutet ist klar!) ohne ein unmittelbares Mehr an Sicherheit für die Bevölkerung zu bringen, stattdessen aber zu spürbaren Steuererhöhungen;
2. über kurz oder lang sowieso zu faschistischen Bürgerwehren führen, auf die wir dann keinen Einfluß mehr haben werden, während wir jetzt noch die Chance zu einer linken Organisation dem Inhalt und der Form nach haben;
3. Für uns stellt das den Zugang und die Kommunikation (Kommunikation nicht im Sinne von Schimpfen auf Langhaarige bei Organisationsbesprechungen, sondern zum Beispiel bei der Frage, wie eine Frau sich bei einem Vergewaltigungsversuch verhalten sollte. Bei dem Diskutieren der Ursache solcher Vorfälle kann auch die Ursache von Verhaltensstörungen ganz allgemein besprochen werden: Kommunikationsmangel. Vielleicht gelingt damit ein Durchbrechen des Teufelskreises. Wie er schon im OVA-Sanktionskonzept dargestellt wurde.) zu noch breiteren und uns traditionell kaum zugänglichen Schichten dar;
4. Eine Unterstützung und Ausrüstung durch staatliche Institutionen ist zu erwarten.

### Die Organisationsstruktur und der Aufbau

#### a) ORGANISATION

1. Spatzenstreifen im Zivil zu zweit je nach Kapazität mit Sprechfunkkontakt zu
2. einer improvisierten Zentrale, die Telefonkontakt hat zu Verstärkungen und zur Polizei;
3. Einmal wöchentlich Diskussion aller Teilnehmer

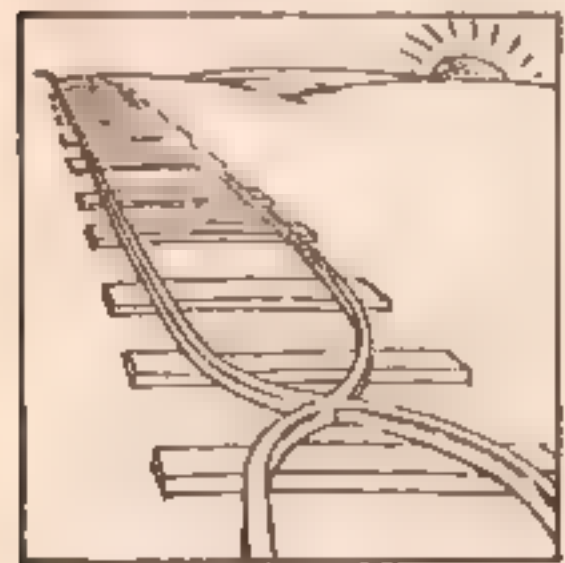
#### b) AUFBAU

1. Richtungsbeschlüsse im OVA demnächst;
2. Fragen aller Segmentäre an die Kontaktpersonen über – den Gedanken der Bürgerwehr und – ev. Mitwirkung;
3. Grundsatzbeschlüsse im OVA hiernach mit Aufbaukommission.

KB/Gruppe Bremen

## Neues von den bayerischen Grünen

Vor einigen Wochen hatte der bayerische Landesvorstand der Grünen in einer einstimmig verabschiedeten Entscheidung den Bundesvorstand der Partei aufgefordert, „die nötigen Maßnahmen einzuleiten, (um) die 'Z-Fraktion' so schnell wie möglich aus der Partei 'Die Grünen' auszuschließen“. Auf der Bundeshauptversammlung am 21. 22. 2 in Kassel (vgl. AK 196, S. 9) war dieses Antrag mit deutlicher Mehrheit (31,6) abgelehnt worden, die Mehrheit der BHA-Vertreter hatte sich für eine Vertagung des Problems 'Z' ausgesprochen und einen Schlichtungsausschuß eingesetzt, der vor allem prüfen soll, ob die „Gruppe Z“ den vom BHA beschlossenen Ausläufer (Öffnung aller Organisationsstermine für Mitglieder der Grünen) nachkommt.



Mit einem neuen Antrag an den Bundesvorstand hat sich nun der bayerische Landesvorstand auf die veränderte Lage eingestellt. Zwar seien die Bayern „nach wie vor der Ansicht, daß wir mit unserem Antrag zur Lösung der Z-Problematik einen konstruktiven, fundierten und erhaltenden Bei-

trag geleistet haben“, mit dem neuen Antrag hofft man aber, das alte Ziel den kollektiven Ausschluß der „Gruppe Z“ – genauso erreichen zu können: die in Kassel eingesetzte Schlichtungskommission soll ultimativ aufgefordert werden, „innerhalb von vier Wochen, spätestens jedoch bis zum 26.3.81 dem Bundesvorstand einen Bericht vorzulegen. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, danach unverzüglich die nötigen Schritte zu einer Lösung der 'Z-Problematik' einzuleiten“.

## Unruhe in einigen bayerischen Kreisverbänden

Der harte Kurs des Landesvorstands ist in einigen bayerischen Kreisverbänden mittlerweile auf Kritik gestoßen. Die Grünen aus Würzburg, Ebersberg und München-Mitte haben, zum Teil einstimmig, Protestresolutionen verabschiedet, in denen dem Landesvorstand das Recht abgesprochen wird, eigenmächtig im Namen des Landesverbandes Ausschlußanträge zu stellen. Die Würzburger schreiben z.B. dazu: „Der KV Würzburg der Grünen ist der Meinung, daß ein Parteiausschluß grundsätzlich die letzte Möglichkeit sein soll. Um über die Ausschlußforderung des bayerischen Landesvorstands gegen die Zentrumsfraktion entscheiden zu können, fehlt uns zumindest hier in Würzburg jegliche Informationsgrundlage.“ An den Landesvorstand hat der Würzburger Kreisverband außerdem den Antrag gestellt, das Vorgehen des Landesvorstandes zu mißbilligen und festzustellen, „daß die o.g. Resolution (gemeint ist der Ausschlußantrag) nicht satzungsgemäß zu Stande gekommen“ sei und deshalb außer Kraft gesetzt werden müsse.

len... „Unser Stil sollte alternativ sein. Ich habe aber zu viel Intoleranz, Aggressivität und Fanatismus erlebt und keine Hoffnung mehr, daß sich das noch ändert...“

Die Wortführer eines schnellen Ausschlusses der „Gruppe Z“ haben damit für die nächsten Wochen einen neuen Knüller: wieder ist eine prominente Grüne „in die Resignation getrieben“ worden...

## Rücktritt aus dem Bundesvorstand der Grünen

Ursula Alverdes hat ihren Rücktritt aus dem Bundesvorstand der Grünen erklärt. Der vom Bundeshauptausschuß zu „Z-Frage gefaßte Beschluß ist für sie ein „fauler Kompromiß, der die Einheit der Partei gefährdet. Ich halte ihn für sinnlos, weil ich nach langem Lernprozeß zu dem bitteren Ergebnis gekommen bin, daß wir die Z-Leute nicht integrieren können, weil sie nicht integriert werden wol-



# Tarifrunde 1981: „Neue Beweglichkeit“, Warnstreiks und was dann?

Ein kostümierter Demonstrationzug war in das Verhandlungszimmer eingedrungen und hatte in einer Leichenrede das Begräbnis von Demokratie, Rechtsstaat und Tarifpartnerschaft verkündet. Daraufhin verließ die Kapitalistendelegation den Verhandlungsraum und forderte vom Bezirksleiter der IG Metall, Steinkühler, sich von diesen Äußerungen zu distanzieren. Nachdem er dies abgelehnt hatte, erklärten die Kapitalisten die Verhandlungen an diesem Tag für beendet, da sie sich beleidigt fühlten.

Nicht nur hier, am 11.3. in Stuttgart, sondern auch in allen anderen Tarifbezirken sind die Tarifverhandlungen für die 4,5 Mio. Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie festgefahren. Die Angebote von Gesamtmetall bewegen sich zwischen 3 % (Nordverbund, Westfalen, Nordwürttemberg-Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden, Nordrhein-Westfalen, VW-Werke) und 3,5 % (Hessen). Verschiedentlich wurden Verhandlungstermine von den IGM-Vertretern frühzeitig verlassen oder gar nicht erst aufgesucht, da zum wiederholten Male kein neues Angebot von den Metallindustriellen vorgelegt wurde. Die Verhandlungen wurden begleitet von Wellen von Warnstreiks und Demonstrationen, an denen sich in den letzten Tagen mehr als 500.000 Metallarbeiter/innen beteiligten (bei einer IGM-Angabe der Streikbeteiligung von 80 %).

Trotz dieser eindeutigen, massenhaften Streikbereitschaft auf der einen, und des provokatorischen Beharrns der Kapitalisten, signalisierte die Verhandlungsführung der IGM in schon peinlicher Weise ihre Bereitschaft, den Konflikt am Verhandlungstisch beizulegen. Welchen „Kompromiß“

sie dabei im Auge hat, zeigt sich an der Stellungnahme der IGM zu einem Abschluß im bayerischen Schlosserhandwerk von 5,5 %, der von ihr als „gelungener Ausgleich für die zu erwartende Preissteigerungsrate“ gewertet wird (die zu diesem Zeitpunkt — Ende Februar — mit 6 % angegeben wurde).

## „Balkanisierung des Arbeitskampfes“

Die Kapitalisten haben sich auf Konfrontation eingerichtet. In der Tarifrunde '81 wollen sie eine „tarifpolitische Wende“ mit Gültigkeit für die 80er Jahre erzwingen. Die Unternehmerverbände haben ihre „Kriegskasse“ für die kommenden Tarifauseinandersetzungen auf ca. 600 Mio. DM aufgestockt. Mit dieser Summe wird zugleich das eigene Lager einer eisernen Disziplin unterworfen. Die Mitgliedsfirmen sollen bei Arbeitskämpfen nur dann aus diesem Kampffonds unterstützt werden, wenn sie nicht aus der Verbandsdisziplin ausschließen.

Konkrete Aktionen gegen die laufenden Warnstreiks sind einem Rundschreiben der Metallverbände zu entnehmen. Hier heißt es u.a.: „Die betrieblichen Führungskräfte sind anzuweisen, die Dauer der Aktionen und die Teilnehmer daran namentlich festzuhalten.“ In einem Mustertext für unternehmerische Drohflugsblätter heißt es dazu: „Wer sich beteiligt, handelt gegen Recht und Gesetz, hat keinen Lohnanspruch, kann fristlos entlassen werden, kann wegen des dem Unternehmen entstehenden Schadens haftbar gemacht werden“ (zitiert nach „Roter Morgen“, 27.2.).

## Rechtsstreit um Warnstreiks

Gesamtmetall plant zudem offensichtlich einen Vorstoß zur Illegalisierung von Warnstreiks. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchhoff, sieht in den Warnstreiks „englische Verhältnisse“ oder gar eine „Balkanisierung des Arbeitskampfes“ heraufziehen; er bezeichnet diese als „rechtswidrige Aktionen“. Die Argumentation von Gesamtmetall: Wenn Warnstreiks überall in der BRD im „rotierenden System“ eingesetzt werden, komme das im Ergebnis einem „Erzwingungsstreik“ gleich. Solche Warnstreiks seien also illegal, weil der Erzwingungsstreik erst „letztes Mittel“ sein darf. Das Bundesarbeitsgericht hatte 1976 Warnstreiks als Mittel der Einflußnahme noch während laufender Verhandlungen für Rechts erklart, dabei aber die Formulierung „kurz und zeitlich begrenzt“ offengelassen.

Gesamtmetall strebt offensichtlich an, gerichtlich Warnstreiks verbieten zu lassen, die länger als eine halbe Stunde dauern, auch soll ein Betrieb nicht mehrfach bestreikt werden. Für diese Fälle werden schon jetzt „spontane Abwehrmaßnahmen“ in die Diskussion gebracht.

## „Neue Beweglichkeit“ kontra Vollstreik als wirkungsvolles Kampfmittel?

Die IGM-Führung wehrt sich dagegen, von den Kapitalisten vor die „Alternative Kapitulation oder großer Kampf“ gestellt zu werden. Sie sieht in der Rechtsauslegung von Gesamtmetall ein

Fortsetzung auf Seite 20



Leichenrede der Metaller für das „Begräbnis von Demokratie, Rechtsstaat und Tarifpartnerschaft“

## AUFFORDERUNG

an alle Mitglieder der Industriegewerkschaft METALL  
in den Betrieben der Metallindustrie in Dortmund,  
Lünen und Castrop-Rauxel

## die Arbeit niederzulegen

## HEUTE

Protestdemonstration um 12.00 Uhr im Betrieb  
in Form einer befristeten Arbeitsniederlegung  
gegen das beabsichtigte Lohndiktat der  
Arbeitgeberverbände.

Löhne und Gehälter sind nicht nur Kosten,  
Löhne und Gehälter sind auch Kaufkraft!

## Darum:

Kein Abbau der Realeinkommen der Arbeitnehmer  
Schluß mit dem Verhandlungszirkus  
Ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch

Die Geduld ist zu Ende! Der soziale Frieden ist bedroht!

Industriegewerkschaft METALL  
i. d. Bundesrepublik Deutschland  
Verwaltungssitz Dortmund

1. Beauftragter

Dortmund, den 6. März 1981

*[Handwritten signature]*

IGM-Aufruf zum Warnstreik

Industriegewerkschaft METALL  
i. d. Bundesrepublik Deutschland  
Verwaltungssitz Dortmund

Die Geduld ist zu Ende! Der soziale Frieden ist bedroht!

Industriegewerkschaft METALL  
i. d. Bundesrepublik Deutschland  
Verwaltungssitz Dortmund

1. Beauftragter

Dortmund, den 6. März 1981

*[Handwritten signature]*

IGM-Aufruf zum Warnstreik

## Tarifnachrichten ...

### Handel, Banken und Versicherungen

Für die am 26.3. beginnenden Tarifverhandlungen für die 200.000 Angestellten privater Versicherungsunternehmen und von der Gewerkschaft HBV „Forderungsempfehlungen“ von ca. 9 Prozent genannt worden. Diese sollen sich aufteilen in:

- eine pauschale Gehaltserhöhung von 7,5 Prozent,
- Korrekturen im Tarifgruppensystem (u.a. Wegfall der untersten Gehaltsstufe),
- Zuschläge wie Anhebung eines tariflich gesicherten Weihnachts- und Urlaubsgeldes, bei gleichzeitiger Aufstockung von bereits darüberliegenden Vergütungen,
- Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 80 Mark linear,
- eine pauschale Sechs-Wochen-Urlaubsregelung, Arbeitszeitverkürzungen, Freischichtverbesserungen sowie eine tariflich gesicherte vorzeitige Pensionierungsmöglichkeit.

Das Schlichtungsverfahren mit Friedenspflicht war von der HBV gekündigt worden und gilt somit zum ersten Mal in diesem Jahr nicht mehr. Aktion sei der „Weg frei für spontane Aktionen“ meint Lorenz Schwegler, Sprecher der Tarifkommission der HBV. In diesem Bereich gab es eine lange Zeit des „sozialen Friedens“: 25 Jahre ohne Streik.

### Öffentlicher Dienst

Am 2.3. gaben die Einzelgewerkschaften des Öffentlichen Dienstes ihre Forderungen für die 2,6 Mio. Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes bekannt. Nichts Neues — sie übernahmen Klunckers Empfehlung. Wie die Vorsitzenden der Gewerkschaften ÖTV, der DPG (Deutsche Postgewerkschaft), der GdFD (Gewerkschaft der

Eisenbahner Deutschlands), der GEW, der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und der Gewerkschaft der Polizei ihre Aussage, keine „Sonderopfer“ bringen zu wollen, mit ihrer 7-Prozentforderung in Einklang zu bringen gedenken, scheint indes rätselhaft.

### Gewerkschaft Textil und Bekleidung

Die GTB-Führung fordert für die 540.000 Beschäftigten ebenfalls sieben Prozent. Die Tarifverträge der meisten Bezirke laufen am 30.3. aus. Einige Tarifbezirke haben höhere Zuwächse bis zu 10 Prozent zur Diskussion gestellt, die jedoch abgeburstet wurden (Vorsitzender Keller: „Wir können uns keine Sondertouren leisten“!). Als „soziale Komponente“ sollen die Beiträge der Gruppen I bis III linear (berechnet auf Grundlage von Gruppe IV) angehoben werden. So blutet diese Branche langsam aus — nicht einmal Widerstand in der Lohnpolitik ist angesagt. Mann/frau sollte mal die Forderung vor dem Hintergrund der Netto-Durchschnittslöhne sehen, wie sie jetzt gezahlt werden; 1.200 netto in der Bekleidungsbranche und 1.400 Mark im Textilbereich!

### Beamte, Beamtinnen

Der DGB-Beamtenausschuß, der ca. 350.000 Beamte/innen vertritt, fordert auch in diesem Bereich 7 Prozent. Der Demagoge vom „satten Beamtentum“, der endlich „Opfer“ erbringen soll, ist entgegenzuhalten, daß von den 1,7 Mio. Beamt/innen bei Bund, Ländern und Gemeinden 70 Prozent, bei der Bahn und der Post 90 Prozent zu den unteren Einkommensgruppen gehören.

Kommission Betrieb u. Gewerkschaft

## Warnstreiks und Demonstrationen im Überblick

26.2.: 17.000 Metaller/innen streikten in 20 Hessischen Betrieben bis zu einer Stunde. In Kassel gab es Warnstreiks bei Daimler-Benz (4.000) und AMG (2.500). In Rüsselsheim bei Opel waren es 1.000. Zweitausend beteiligten sich an einer Demonstration in Wiesbaden (aus Darmstadt, Marburg, Gießen und Offenbach). Rund 4 - 5.000 Beschäftigte traten in Weizlar, Kassel, Herborn und Darmstadt für kurze Zeit in den Ausstand.

Neue Aktionen folgen noch in an-

marsch zu einer gewerkschaftlichen Kundgebung vor das Sindelfinger Werkshaus gezogen.

In drei kleineren Betrieben Hamburgs und Schleswig-Holsteins fanden weitere Warnstreiks statt (Zahlen sind uns nicht bekannt), ebenso über 2.000 der Werft Weser AG in Bremen. Damit und am Freitag Vormittag alien in den beiden großen Automobilkonzernen mehr Arbeiter und Angestellte in kurzfristigen Proteststreiks betreten als am Donnerstag.

Beteiligten wird von der IGM an diesem Tag auf 66.000 beziffert. Der Schwerpunkt lag in Baden-Württemberg. Im Nordverbund streikten ca. 12.000, davon 7.000 in Hamburg (2.500 bei MBB) und Bremen. In Braunschweig waren es 4.000 bei Siemens.

Offensichtlich setzt Gesamtmetall auf Zeitgewinn bei Verhandlungen in der Hoffnung, daß sich die „neue Beweglichkeit“ abnützt und auf die Dauer demoralisierend wird. Über die

## Warnstreiks und Demonstrationen im Überblick

26.2.: 17.000 Metaller/innen streikten in 20 Hessischen Betrieben bis zu einer Stunde. In Kassel gab es Warnstreiks bei Daimler-Benz (4.000) und AMG (2.500). In Rüsselsheim bei Opel waren es 1.000. Zweitausend beteiligten sich an einer Demonstration in Wiesbaden (aus Darmstadt, Marburg, Gießen und Offenbach). Rund 4 - 5.000 Beschäftigte traten in Weizlar, Kassel, Herborn und Darmstadt für kurze Zeit in den Ausstand.

Diese Aktionen fielen noch in einen Zeitraum vor dem Ende der „Friedenspflicht“ (28.2.) Für die darauffolgende Woche sollte es dann bundesweit in breiterem Rahmen weitergehen.

An den „Tollen Tagen“ spielte sich kaum etwas ab. **Montag („Rosenmontag“), 2.3.** Im STL-Werk bei Stuttgart (Eßlingen) kamen 300 Metaller/innen zwei Stunden später zur Frühschicht. **Dienstag („Fastnacht“), 3.3.** Bei Bosch (Werk in Remmelsbach und Reutlingen) waren 500 im Warnstreik.

**Mittwoch („Aschermittwoch“), 4.3.** In den baden-württembergischen Städten Ludwigsburg, Bietigheim und Weingarten beteiligten sich 1.250 Metaller/innen aus drei Betrieben an Warnstreiks (Demonstration in Bietigheim).

**Donnerstag, 5.3.:** Warnstreiks zwischen 30 bis 60 Minuten (insgesamt 110.000).

Hamburg: 1.000 bei Stül-Fahrzeugwerke Eckernförde, 450 bei Sauer und Sohn. Bremen: 3 - 3.500 bei Daimler-Benz mit Demonstration vor Rathaus des Stadtteils Hemelingen. Westfalen: 1.900 bei Borgis und der KfW (Siemens), Demo in Tegel. Bielefeld: 10.000 in 35 Betrieben, Wuppertal: 8.500 in 17 Betrieben, Gummersbach: 8.000 in 28 Betrieben. Saarbrücken (Ford): 4.000. Bietigheim: 1.000. Mülheim (KfW): 4.000. Gelsenberg: 4.000. Hagen: 4.000. Dortmund: „Houstein & Kappert“ 1.500.

**Freitag, 6.3.,** Allen in den sechs großen VW-Werken beteiligten sich 120.000 Metaller/innen. Bei Daimler-Benz und IBM (beide Sindelfingen) waren es 12.000. Bei Daimler wurde in der Frühschicht die Produktion gestoppt und in einem geschlossenen Demonstrations-

marsch zu einer gewerkschaftlichen Kundgebung vor das Sindelfinger Werkshaus gezogen.

In drei kleineren Betrieben Hamburgs und Schleswig-Holsteins fanden weitere Warnstreiks statt (Zahlen sind uns nicht bekannt), ebenso über 2.000 der Werft Weser AG in Bremen. Damit und am Freitag Vormittag alien in den beiden großen Automobilkonzernen mehr Arbeiter und Angestellte in kurzfristigen Proteststreiks betreten als am Donnerstag bei allen Aktionen zusammen.

**Montag, 9.3.** Die Zahl für diesen Tag an Streiks Beteiligten wird auf 130.000 beziffert.

Nordverbund, insgesamt 25.000, davon 6.000 der Hamburger Werft Blohm & Voß und von der Bremer Vulkan Werft 3.500. In Rendsburg und Lübeck legten 9.000 kurzfristig die Arbeit nieder, in Firmen in Papenburg (Niedersachsen) waren es 2.300.

Nordrhein-Westfalen: Ford Köln 10.000, Köckner-Humboldt-Deutz 7.000. Duisburg: 6.000 mit anschließender Großkundgebung. Oberhausen: 5.000. Hessen: insgesamt 27.000, davon allein 10.000 bei Opel in Rüsselsheim.

Rheinland-Pfalz: Daimler-Benz (LKW-Werk in Würth): 4.000. Trier, Wiesbaden, Frankenthal: 6.000. Westfalen: 1.000 beteiligten sich an einer Demonstration in Berlin/Tempelhof.

Baden-Württemberg: Warnstreiks von 4.000.

**Dienstag, 10.3.** 5.000 folgten einer Kundgebung in Essen. 42.000 waren in Hessen an Warnstreiks beteiligt. (Zahlen unvollständig).

**Mittwoch, 11.3.** Hamburg: 6.500; außerdem stand Daimler-Benz zwei Stunden lang still. Kassel: 4.000 streikten bei HDW und Siemens.

Bremen: Auf der Lürssen-Werft und in der Luft- und Raumfahrtindustrie beteiligten sich 2.000 an einem einständigen Warnstreik. Wilhelmshaven: 800 marschierten zum Arbeitgeberverband.

Bremerhaven: Rund 3.000 Metaller traten am 9.3. in einen 2-stündigen Warnstreik und veranstalteten eine Protestkundgebung, um der IGM-Forderung von 7,7% Nachdruck zu verleihen. Aber auch die in solchen Situationen üblichen markigen Worte der IGM-Hauptamtlichen konnten nicht überdecken, daß die Begeisterung für die von der IGM eingeschlagene Art der Kampfführung nicht gerade groß zu nennen ist. Für viele Kollegen und Vertrauensleute versteckt sich hinter dem aktuellen Schlagwort von der „neuen Beweglichkeit“ nichts anderes als die alte, wohlbekannte Nadelstichtaktik, mit der schon so oft Niederlagen in Tarifkämpfen organisiert worden sind. Denn mit derartigen Einzelaktionen wird nicht Kampfkraft organisiert, sondern nur vorgetäuscht; die Wut der Kollegen über provokatorische 3%-Angebote der Unternehmer verpufft so weitgehend wirkungslos. Witzigerweise wird diese „neue“ alte Taktik von den Offiziellen damit gerechtfertigt, daß ein richtiger Streik die Kassen so weit leeren würde, daß „1984 dann nicht mehr der Kampf um die 35-Std.-Woche“ durchgeführt werden könne — und das wollten die Unternehmer gerade. Was zählen da schon die Sorgen der Kollegen, die einen Lohnklaus verhandeln wollen, angesichts derart weitsichtiger taktischer Raffinesse.

### Kommission Betrieb und Gewerkschaft

### Warnstreik auf Seabeck-Werft

Bremerhaven. Rund 3.000 Metaller traten am 9.3. in einen 2-stündigen Warnstreik und veranstalteten eine Protestkundgebung, um der IGM-Forderung von 7,7% Nachdruck zu verleihen. Aber auch die in solchen Situationen üblichen markigen Worte der IGM-Hauptamtlichen konnten nicht überdecken, daß die Begeisterung für die von der IGM eingeschlagene Art der Kampfführung nicht gerade groß zu nennen ist. Für viele Kollegen und Vertrauensleute versteckt sich hinter dem aktuellen Schlagwort von der „neuen Beweglichkeit“ nichts anderes als die alte, wohlbekannte Nadelstichtaktik, mit der schon so oft Niederlagen in Tarifkämpfen organisiert worden sind. Denn mit derartigen Einzelaktionen wird nicht Kampfkraft organisiert, sondern nur vorgetäuscht; die Wut der Kollegen über provokatorische 3%-Angebote der Unternehmer verpufft so weitgehend wirkungslos. Witzigerweise wird diese „neue“ alte Taktik von den Offiziellen damit gerechtfertigt, daß ein richtiger Streik die Kassen so weit leeren würde, daß „1984 dann nicht mehr der Kampf um die 35-Std.-Woche“ durchgeführt werden könne — und das wollten die Unternehmer gerade. Was zählen da schon die Sorgen der Kollegen, die einen Lohnklaus verhandeln wollen, angesichts derart weitsichtiger taktischer Raffinesse.

KB Gr Bremerhaven



# Neue Tricks zur Beschönigung der Arbeitslosenzahl

Anhaltend 1,3 Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik, bzw. eine Arbeitslosenquote von 5,6 % signalisieren eine alarmierende Entwicklung. Nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind für die Mitte der 80er Jahre sogar 3 Millionen Arbeitslose zu erwarten.

Für die verantwortlichen Politiker ist dies nur Anlaß, Überlegungen anzustellen, wie weitere soziale Verschlechterungen bei den Arbeitslosen und Beschönigungen der Arbeitslosenstatistik vorgenommen werden können. Verbunden wird dies mit einer Pressekampagne gegen „unechte Arbeitslose“, „Drückeberger“ etc., die die Arbeitslosenkassen und die Statistik belasten würden.

In Wirklichkeit verhält es sich genau umgekehrt. Die amtlichen Statistiken erfassen einen großen Teil der Arbeitslosen nicht: Verheiratete Frauen,

die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, aber eine Arbeit suchen, Berufsanfänger und Schulabgänger gehören dazu. Die Bundesanstalt für Arbeit hat geschätzt, daß dieser Personenkreis 1979 bereits 529 000 Personen umfaßt. Ebenfalls nicht von der Statistik erfaßt werden Personen, die zur Überbrückung ihrer Arbeitslosigkeit Berufsvorbereitungsmaßnahmen, Sprachkurse oder andere Lehrgänge besuchen. Auch die Ausländer, die aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit die Bundesrepublik wieder verlassen müssen, tauchen in den Statistiken nicht auf.

## Manipulation an der Arbeitslosenzahl...

Im Dezember vergangenen Jahres wurde in Bonn eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge gegen den „Miß-

brauch“ in der Arbeitslosenversicherung erarbeiten soll. Dieser Kommission gehören auch Gewerkschaftsvertreter an („FAZ“, 16.1.81). Die Kommission soll Gesetzesänderungen vorbereiten, nach denen die Zahl der Arbeitslosen statistisch um 150 000 bis 200 000 gesenkt werden könnte. Folgende Vorschläge sind in der Diskussion:

- Die Möglichkeit für ältere Arbeiter und Angestellte, die mit 59 Jahren arbeitslos werden und mindestens ein Jahr arbeitslos sind, vorzeitig in Rente zu gehen, soll wieder abgeschafft werden. Angeblich sei diese Regelung mißbräuchlich genutzt worden.

- Schulabgänger, die sich arbeitslos melden, damit ihren Eltern weiter Kindergeld gezahlt wird, sollen nicht länger als arbeitslos gelten. Dabei ist unbestritten, daß zumindest ein großer Teil dieser Jugendlichen zur Überbrückung durchaus an Arbeit interessiert ist.

- Vorgegangen werden soll auch gegen Personen, die sich arbeitslos melden, obwohl sie keinen Anspruch auf Leistungen haben, um zumindest die Zeit der Arbeitslosigkeit für die Rentenversicherung angerechnet zu bekommen, und gegen Personen, die Sozialhilfe beziehen, und sich deshalb als arbeitslos registrieren lassen müssen. Es ist unglaublich, daß diesen Personengruppen pauschal unterstellt wird, sie wollten gar nicht arbeiten und nur (übrigens ihnen gesetzlich zustehende) Ansprüche geltend machen.

## ... und an der Arbeitslosenquote

Die Bundesanstalt für Arbeit hat sich inzwischen einen Trick ausgedacht, wie sich zusätzlich noch die Arbeitslosenquote verringern läßt. Setzt man die Zahl der insgesamt in der BRD Beschäftigten erheblich höher an, so würde sich der Prozentsatz der Arbeitslosen verringern, ohne daß es auch nur einen einzigen Arbeitslosen weniger gäbe. Bereits ab Sommer will die Bundesanstalt bei ihren monatlichen statistischen Selbständige (Freiberufler) und

ganz besonders auch der Wirtschaftsjuristen, die sich zusätzlich noch die Arbeitslosenquote verringern läßt. Setzt man die Zahl der insgesamt in der BRD Beschäftigten erheblich höher an, so würde sich der Prozentsatz der Arbeitslosen verringern, ohne daß es auch nur einen einzigen Arbeitslosen weniger gäbe. Bereits ab Sommer will die Bundesanstalt bei ihren monatlichen statistischen Selbständige (Freiberufler) und

## Arbeitslos sein?

Mit knapp 80 000 registrierten arbeitslosen Schwerbehinderten war die Zahl der arbeitslosen Behinderten noch nie so hoch, wie im ersten Monat des „Jahr des Behinderten“. Aber auch hier ist schon — statistische — Abhilfe in Sicht: „Die Arbeitgeber streiten gegen die gesetzlichen Auflagen bei der Beschäftigung der Schwerbehinderten. Ihre Behauptung lautet: Die im Januar registrierten knapp 80 000 arbeitslosen Schwerbehinderten verschwänden aus der Statistik, wenn die Bundesregierung nur die gesetzlichen Auflagen bei der Beschäftigung von Behinderten (Beschäftigungsquote oder Geldabgabe) abschaffe“ („FR“, 5.2.81).

Sind dies noch Wunschträume der Kapitalisten, so ist doch auch jetzt schon eine behindertenfeindliche Praxis bei den Arbeitsämtern festzustellen. So wurde uns ein Fall aus Düsseldorf bekannt, wo einem hörgeschädigten und behinderten Arbeitslosen die Arbeitslosenhilfe gestrichen wurde. Lapidare Begründung: „Nach dem arbeitsamtsärztlichen Gutachten können Sie wegen Ihrer geminderten Leistungsfähigkeit nur noch eine kurzzeitige (wöchentliche Arbeitszeit weniger als 20 Stunden) Beschäftigung nachgehen. Hinzu kommt, daß der Rentenversicherungsträger in Ihrem Falle Berufsunfähigkeit festgestellt hat. Bei dem Zusammentreffen dieser Umstände stehen Sie der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung und haben keinen Anspruch auf Leistungen“.

In seinem Widerspruch gab der Kollege dem Arbeitsamt die passende Antwort: „Es drängt sich bei meiner Person leider erneut der subjektive Eindruck auf, daß durch Ihre Versuche, mich in Rente zu schicken zu wollen, ein Arbeitsloser aus Ihren amtlichen Statistiken gestrichen werden soll. Ich bin leider gezwungen, Ihnen sagen zu müssen, daß ich zwar in Ihren Statistiken erfaßt — aber kein Statistik dieses Zeitgeschehens bin.“

Kommunion Betrieb u. Gewerkschaft



Auf dem Arbeitsamt in Dortmund: „Drückeberger“, die die Statistik „belasten“?

## Deutsche Jugendpresse: Informationsdienst „Jugend ohne Arbeit“ erschienen

Mit den Jugendpressematerialien zum Thema „Jugend ohne Arbeit“ hat eine Gruppe von Jugendzeitschriftenredakteuren vor kurzem eine 80 Seiten starke Broschüre herausgegeben. Die Broschüre enthält zahlreiche Artikel über fast alle Probleme, mit denen arbeitslose Jugendliche oder Jugendliche mit Lehrstelle zu tun haben. Das fängt an bei einer leicht verständlichen Analyse der gefälschten Lehrstellenstatistik der Bundesregierung. Weiterhin werden „Sondermaßnahmen“ des Arbeitsamtes, „Probeförderung“, BGJ und BVJ, die Stufenausbildung und die Lage der ausländischen Jugendlichen kritisch beleuchtet.

Ausführlich wird sich auch mit der Politik der SPD und der Gewerkschaftsführung auseinandergesetzt. Anhand einzelner Beispiele (Tarifverträge für „berufsunreife Jugendliche“, „Eckdaten“ zur Neuordnung der Ausbildungsgänge im Metallbereich) wird nachgewiesen, wie die Berufsausbildung mit Unterstützung der Sozialdemokraten Stück für Stück den Profiteuren der Kapitalisten angepaßt wird. Weiterhin wird die Perspektivlosigkeit gewerkschaftlicher Jugendpolitik analysiert. Etwas kurz kommen die Berichte über praktische Erfahrungen und Aktionen.

Diese Broschüre soll Redaktionen von Jugendzeitschriften und der sonstigen Alternativpresse „konkret verwertbare Artikel anbieten.“ Im vierteljährlichen Abstand sollen weitere brisante Themen wie Rechtsextremismus, Bildungspolitik, Sexualität, Frieden usw. behandelt werden. „Zu diesen Themen haben sich bereits kleine Redaktionsgruppen gebildet und mit der Aufarbeitung der jeweiligen Pro-

blematik begonnen.“ Die Herausgeber schreiben, daß sie sich „über jede/n weitere/n Mitarbeiter/in freuen.“ und versuchen wollen „bei der Themenwahl eingehende Vorschläge und Wünsche weitestgehend zu berücksichtigen.“ Wer also Interesse hat, schreibt an den Klaus Farin & Hans Jürgen Zwingmann Verlag, Postfach 183, 4660 Gelsenkirchen-Buer, Herausgeber des Info-Dienstes ist der Bundesvorstand der Deutschen Jugendpresse. Bestellungen des Info-Dienstes über Prolet Buchvertrieb, Postfach 66, 6304 Lollar (4 DM pro Ex.)

Kommunion Betrieb u. Gewerkschaft



## Repressionen gegen Ausbildungspersonalrat

Bremen. Am 10.2.81 erhielt ein Auszubildender an der Kinderkrankeupfeschule am Zentralkrankenhaus St. Jürgen-Strasse in Bremen den Bescheid, daß er nicht zum Examen, das ca. eine Woche später begann, zugelassen werden soll. Begründet wurde diese Maßnahme mit zu vielen veräumten Ausbildungsstunden, die auch, neben einigen Krankheitstagen, aus 168 fehlenden Stunden aufgrund von Dienstbefreiung (Bildungsurlaub) und 91,5 Stunden durch die Tätigkeit des Betroffenen als Ausbildungspersonalrat und stellvertretender Jugendvertreter im Personalrat zusammensetzen. Der Prüfungsvorsitzende berief sich hierbei auf Betreiben der Schulleitung, auf einen Passus im Krankenpflegegesetz, nach dem eine bestimmte Anzahl von Fehlstunden nicht überschritten werden dürfe. Der betroffene Kollege konnte zwar mit Hilfe einer Anordnung des Verwaltungsrates am Examen teilnehmen, doch war für ihn die psychische Belastung ungleich höher.

Der eigentliche Zweck, diesen aktiven Kollegen vom Examen auszuschließen, lag wohl weniger in der Hoffnung, daß das tatsächlich gelingen würde, als vielmehr in der Absicht einer Einschüchterung der gesamten Schülerschaft. Wer traut sich denn schon noch, Bildungsurlaub zu nehmen oder sich gar in den Ausbildungspersonalrat (APR) wählen zu lassen, wenn dieser neben den üblichen Repressionen wie z.B. schlechte Zensuren auch noch damit rechnen kann, daß sie/er sich die Teilnahme

am Examen vor Gericht erstreiten muß.

Getreu dem Motto „Jugend ohne Arbeit“ wird schon hingenommen“ hat hier die Schulleitung einen Frontalangriff auf die sowieso schon recht eingeschränkten Mitbestimmungsrechte der Auszubildenden gemacht.

Von der Logik der Schulleitung her besteht hierfür auch durchaus die Notwendigkeit, denn es findet nicht nur eine konsequente APR-Tätigkeit unter weitestgehender Annutzung des Personalvertretungsgesetzes statt, sondern es ist gelungen, breite Kreise der Auszubildenden für den Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungssituation zu gewinnen. Unter anderem gibt es wieder eine starke ÖTV-Jugendgruppe, finden ausgezeichnet besuchte Teilpersonalversammlungen der Azubis statt, haben Schülerinnen und Schüler in Radio Bremen eine Sendung über ihre Ausbildung gemacht und sich in einer Aktion in der Innenstadt für die Erhaltung ihres Wohnheims eingesetzt.

Der eigentliche Grund für die Einschüchterungs- und Repressionsmaßnahme liegt, wie aus dem Beschriebenen wohl auch klar wird, nicht in der scheinheiligen Sorge der Schulleitung um den Ausbildungsstand des Kollegen, sondern in den gesteigerten Aktivitäten der Schülerschaft, an denen der betroffene Ausbildungspersonalrat seinen Anteil hatte.

Gesundheitsarbeiter/in, KB Gruppe Bremen

Einladung zum Salecina-Seminar der Studienbibliothek

31. Mai bis 6. Juni '81

## Grabe wo du stehst

Die Geschichte der Arbeiterbewegung befaßt sich v.a. mit Organisationsgeschichte und Persönlichkeiten. Aus Klassengründen ist sie ihrem Inhalt nach von der bürgerlichen und offiziellen Wissenschaft bis heute vernachlässigt worden.

Wirtschafts- und Sozialgeschichte ist für die offizielle Wissenschaft hauptsächlich eine Verteidigung der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft und ihren Machtstrukturen.

Industriegeschichte ist Firmengeschichte. Erst in jüngster Zeit wird sie — z.B. im Rahmen der Industrie-Archäologie — mit sozialen Verhältnissen verbunden.

Für die Betroffenen, d.h. für Arbeiter und Angestellte, ist Wirtschafts- und Industriegeschichte aber die Geschichte ihrer Ausbeutung an Ort und Stelle. Für sie wäre eine echte Wissenschaft das, was unmittelbares Wissen schafft, Einsichten in die Machtstrukturen gibt und die Veränderbarkeit der heutigen Lage zeigt.

Ihnen gilt es nicht nur das Wissen, sondern auch die Wissenschaft zurückzugeben. Als Lohnabhängige wurden sie bis heute zu körperlichen Erkenntnistheoretischen Objekten gestempelt. In Zukunft aber sollen sie selbst von den „Früchten der Erkenntnis“ essen (lernen). Das Stichwort dazu heißt Barfuß-Forschung.

Inhalt dieses Salecina-Seminars in der ersten Juni-Woche wird die Barfuß-Forschung sein. Sven Lindqvist, ebenfalls Seminarteilnehmer, stellt sie dar in seinem Buch „GRABE WO DU STEHST“ (erst in schwedischer Sprache erschienen).

Neben Lindqvist werden auch Forschergruppen aus Hannover (Hannoversche Industrie), aus Turin (FIAT) und Konstanz (Regionale Sozialgeschichte / Mündliche Geschichte) anwesend sein.

Die Teilnehmer werden eigene Erfahrungen und Forschungen vorlegen. Zur Orientierung findet sich in der Beilage die Übersetzung des letzten Kapitels aus Lindqvists Buch. Der Autor versetzt sich dabei in die Mitte des nächsten Jahrhunderts und schildert von dieser Warte aus den Weg zum Durchbruch der Barfuß-Bewegung.

Einladung zum Salecina-Seminar — Seminar „Grabe wo du stehst“

31. Mai — 6. Juni 1981  
Teilnehmer: • Gewerkschaftsaktivisten; Geschichtsstudenten; Historiker der Arbeiterbewegung aus der Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, West-Berlin, Österreich und Italien.  
Teilnehmerzahl begrenzt!

Ort: Stiftung Salecina, 7516 Maloja, Schweiz  
Tel. (0041) 082 43239

Kosten: Für Übernachtung, Verpflegung (kollektive Selbstbetreuung) und Kursgebühr müssen wir insgesamt SFr. 150,- pro Person verlangen. (Wer nicht in der Lage ist, so viel Geld aufzubringen, sollte uns dies mitteilen. Es besteht die Möglichkeit für Zuschüsse.)

Anmeldung: Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, werden die Anmeldungen in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Bitte die untenstehende Anmeldung abtrennen und bis zum 3. April einreichen an:

Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Wildbachstr. 48, CH-8008 Zürich, Stiftung Salecina, Orden Dent, CH-7516 Maloja



## Betriebsrätewahlen 1981

### HDW Hamburg: Zwei oppositionelle Listen

Die Spaltung der IGM-Liste bei HDW ist endgültig (siehe AK 195 und 196). Nachdem die unidemokratische Kandidatenaufstellung im Vertrauenskörper der IGM zum Rücktritt von 3 der 7 VK-Leitungsmitglieder geführt hat, hat die Opposition in der IGM eine eigene Liste „Aktive Metall“ aufgestellt, auf der 43 Vertrauensleute der IG Metall kandidieren. Die IGM-Ortsverwaltung hat zusammen mit dem VK-Leiter ein Flugblatt im Betrieb verteilt, das eindeutig Stellung für die rechte Betriebsratsclique nimmt und nur eine „Liste der IG Metall“ anerkennt (siehe Faksimile). Den „Aktiven Metallern“ ist eine Anerkennung als gewerkschaftliche Liste versagt worden. Diese Parteilinie für die Rechte wird auch noch als „gewerkschaftlicher Grundsatz“ der IGM ausgegeben. Gespannt darf man sein, ob die IGM zu Ausschlußmaßnahmen greift. Entgegen unserer Ankündigung im letzten AK hat ein bekanntes Vorstandsmitglied der DKP auf der Liste der „Aktiven“ seine Kandidatur trotzdem nicht zurückgezogen.

Neben dieser oppositionellen Liste wird die „RGO“ mit fünf Kandidaten erneut antreten.

Die Unterschriftensammlung für die Anerkennung der Listen verspricht einige Spannung für die Wahl.

- Die „Liste der IG Metall“ sammelt 1000 Unterschriften,
- die aktiven Metall über 1000
- die „RGO“ über 150
- der CMV über 100

Der rechte CMV zog seine Kandidatur zurück (vermutlich wegen zu wenig Unterzeichnern durch Doppelunterschriften) und erklärte dieses Zurückziehen als „taktische Maßnahme“, wobei die Sympathie des CMV für die rechten Betriebsratsführer der offiziellen IGM-Liste ein offenes Geheimnis ist.

Auch bei den Angestellten hofft die IGM ihre Position durch Stimmen von rechts halten zu können. Sie kandidiert gemeinsam mit der DAG, was in der Vergangenheit in der IGM als „gewerkschaftsfeindlich“ galt. Diese gemeinsame Liste sammelte 380 Unterschriften. Die „Aktiven Metall“ 204.

## Die IG Metall nimmt Stellung

Vertrauenskörper beschloß die IG Metall Kandidatenliste zur BR-Wahl '81

Am 25.2.1981 hat der IG-Metall-Vertrauenskörper in einer geteilten Abstimmung die Kandidatenliste der IG Metall, zur bevorstehenden Betriebsratswahl aufgestellt.

Insbesondere, nachdem einige Vertrauensleute ihre Kandidatur zurückgezogen, um sich mit dem Aufstellungsverfahren nicht einverstanden zu erklären, das mit großer Mehrheit beschlossene worden ist.

Wir bitten unbedingt auf folgendes zu achten:

- Es gibt nur eine Liste der IG-Metall und zwar die vom Vertrauenskörper am 25.2.1981 beschlossene. Sie trägt die Bezeichnung

„Liste der IG - Metall“

- Wenn andere Vorschlagslisten durch Ihre Bezeichnung oder sonstige Merkmale den Eindruck erwecken, sie handeln sich um eine „weitere“ IG-Metall-Liste, ist damit eindeutig falsch.

Die Ortsverwaltung der Hamburger IG-Metall wird nur eine IG-Metall-Vorschlagsliste zu einem der gewerkschaftlichen Grundsätze, der nicht umgangen werden kann.

- Wir erwarten von allen Metallern bei der BR-Wahl

Unterschriftet nur die

„Liste der IG - Metall“

IG-Metall - Ortsverwaltung Hamburg IG-Metall Vertrauenskörperleitung HDW Hamburg

J. Möllner P. Möllner G. Möllner

Hamburg, den 2.3.1981



### Opel Rüsselsheim: IGM-Führung läßt Vorwahlen zu

Daß die IGM-Führung aus Angst vor dem Entstehen oppositioneller Listen in dieser Betriebsratswahl wesentlich flexibler vorgeht, hatten wir im letzten AK genauer ausgeführt. Ein neues Beispiel für diese flexible Taktik sind die Vorwahlen bei Opel Rüsselsheim, über die die Zeitung „metall“ am 25.2. berichtet hat. Im Januar wurde von einer Vertrauensleutevollversammlung ein neues Verfahren beschlossen. Dieses Verfahren sieht vor, daß die Vertrauensleute in ihren Betriebsbereichen in der Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen geeignete Bewerber herausfinden sollen. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens 50 Mitgliedern der IG Metall unterschrieben sein. Bis zum 13.2. sind auf diese Weise 112 Kandidaten, davon 28 Ausländer, vorgeschlagen worden. Zum weiteren Verfahren heißt es dann in der „metall“: „Die Vertrauensleute in den Bereichen wählen dann die Reihenfolge ihrer IGM-Kandidaten für die Gesamtversammlung zur BR-Wahl.“ Gerhard Wink, VK-Vorsitzender bei Opel, führt weiter aus: „Aus den eingegangenen Kandidatenvorschlägen stellt die VKL bis zum 37.2. einen Nominie-

rungsvorschlag zusammen. Der wird dann wieder in die Betriebsbereiche zur Diskussion gegeben. Die Bereichsversammlungen der Vertrauensleute können danach ihren Blockvertrauensleuten einen Auftrag für deren Versammlung am 19.3. mitgeben.“ Die „metall“ schreibt weiter: „Die Blockvertrauensleute beraten dann diesen Vorschlag und legen der Vertrauensleutevollversammlung am 2. April eine Kandidatenliste vor. Diese Versammlung entscheidet dann endgültig, wer Kandidat der IGM zur BR-Wahl ist und – falls Persönlichkeitswahl nicht zustande kommt – in dieser Reihenfolge auf der IGM-Liste steht.“

Bei HDW Hamburg, wo aktive Vertrauensleute und Betriebsräte im Prinzip das gleiche Verfahren vorschlugen wie bei Opel, wurden die Kollegen von ihrer Ortsverwaltung total abgeblockt. Jetzt droht ihnen sogar Ausschluss oder Funktionsverbot, weil sie nichtgedungen eine zweite Liste eingereicht haben, die von der IGM-Ortsverwaltung nicht als IGM-Liste anerkannt worden ist.



### Beiersdorf Hamburg

Insgesamt kandidieren bei Beiersdorf jetzt vier Listen, die offizielle IG Chemie-Liste, die Liste „Alternative Gewerkschafter“ (bisher mit drei Sitzen im Betriebsrat vertreten), die Liste „Gewerbliche Arbeitnehmer Chemie“ bzw. „Angestellte Chemie“ und die DAG, die jedoch nur bei den Angestellten kandidiert.

Die Liste „Gewerbliche Arbeitnehmer Chemie“ bzw. „Angestellte Chemie“ ist eine Mischung aus rechten IG Chemikern um deren ehemaligen BR-Vorsitzenden Max Ganschow, die von der offiziellen Liste zurückgetreten sind, sowie „Unabhängige“ und Leuten, die dem VAA (Verband Akademischer Angestellter) zuzurechnen sind. Die Zahl der Vorgesetzten/Abteilungsleiter ist recht groß auf dieser Liste.

Von der offiziellen IG Chemie-Liste sind insgesamt fünf Kandidaten zurückgetreten, um auf dieser rechten Liste zu kandidieren, allen voran Max Ganschow. Sie waren bei der Kandidatenaufstellung im Vertrauenskörper allesamt auf nicht aussichtsreiche Plätze gekommen.

Diese Leute haben jetzt ein erstes Flugblatt herausgebracht, worin sie begründen, warum sie nicht auf der offiziellen IG Chemie-Liste kandidieren. Natürlich, wie sollte es anders sein, weil diese Liste von Kommunisten unterwandert ist. Sie beklammern, daß „sehr weit links stehende Gruppierungen im Vertrauenskörper“ verhindert haben, daß sie auf aussichtsreiche Plätze gekommen sind. Und da sie dieses Treiben stoppen wollen, müssen sie auf einer eigenen Liste kandidieren. Im weiteren zitieren wir aus dem Flugblatt selber, weil man so einen antikomunistischen Druck

schon im Originalton hören muß: „Wir fühlen uns verpflichtet, die Belegschaft wachzurütteln! Auch bei Beiersdorf ist es diesbezüglich bereits 5 Minuten vor 12. Stellen Sie sich bei den Wahlen für den Vertrauenskörper Ihrer Gewerkschaft zur Verfügung, um den Einfluß jener politischen Kräfte zurückzudrängen, die bei regulären Wahlen keine Chance haben, aber innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation wie Krebsgeschwür wuchern können, weil die schlafende Mehrheit sie nicht daran hindert. Geben Sie aus diesem Grunde uns Ihre Stimme bei der anstehenden Betriebsratswahl. Verhindern Sie so das weitere Vordringen der DKP/Säcke, Christens und Co. wie auch der Liste 'Alternative Gewerkschafter'.“

Die beiden genannten DKPler sind jetzt im Betriebsrat vertreten und kandidieren auf der offiziellen IG Chemie-Liste auf sicheren Plätzen.

Bereits 1975 hatten die „Unabhängigen“ (überwiegend IG Chemie-Mitglieder) ihre Kandidatur auf einer eigenen Liste damit begründet, daß es ihnen nicht zuzumuten sei, mit DKPern auf einer Liste zu kandidieren. Sie wurden nach der Wahl, genauso wie die „Alternative“-Betriebsräte, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Bei dem Prozeß, den die „Unabhängigen“ gegen ihren Ausschluss führten, war dieses Argument u.a. ein Grund dafür, daß sie wieder aufgenommen werden mußten.

Die offizielle IG Chemie-Liste will offensichtlich zu dem Flugblatt der Rechten nichts machen. So wird es wahrscheinlich der „Alternative“ überlassen bleiben, diesen antikomunistischen Hetzern entsprechend zu kontern.

### Hamburger Aluminium Werk: Endgültig Persönlichkeitswahl

Dieses Mal wird beim Hamburger Aluminium-Werk (HAW) der Betriebsrat in Persönlichkeitswahl gewählt.

Zur Erinnerung: Das Unternehmen wechselte 1975 den Unternehmensverband und ging von Gesamtmetall in den Chemie-Verband über. Damit wurde automatisch auch die IG Chemie anstelle der IG Metall für den Betrieb zuständig. Es gelang der IG Chemie zunächst nur schwer, sich im Betrieb zu verankern. So mußte sie bisher immer auf Listenwahl setzen, um überhaupt jemanden in den BR zu bekommen. Tatkräftig unterstützt wurde sie dabei von einer linkssektiererischen Organisation, früher Enkelförderin mit der IG Chemie, seit einiger Zeit auf Anbiederungskurs. Mit deren Hilfe gelang es der IG Chemie auch, sich einigermaßen im Betrieb zu verankern.

Offenbar glaubt sie nun, keine Listenwahl mehr nötig zu haben und gab freie Bahn für die Persönlichkeitswahl, indem sie ihre Liste öffnete. Trotzdem sollte auf einer offenen VK-Sitzung eine Notfall-Liste erstellt werden. Von einigen Kollegen wurde vorgeschlagen, stattdessen die Zeit sinnvoll zu nutzen und zu diskutieren, wie man die Persönlichkeitswahl absichern kann. Dieser Vorschlag fand keine Beachtung, also mußte unbedingt eine Liste aufgestellt werden. Nach einigem Hackhack stand dann auch die Liste. Und da ging alles drunter und drüber, so daß sich einige dann doch zu sehr auf den Schlips getreten fühlten.

Der bisher führende Angestelltenvertreter der IG Chemie landete auf Platz 5 der Angestelltenliste. Ein aussichtsloser Platz, weil nur zwei Ange-

stellte gewählt werden. Ein türkischer Kollege, der seine Freistellung als BR bisher mißte, um seine Geschäfte abzuwickeln, rutschte auf Platz 4 bei den Arbeitern ab. Ein sicherer Platz, aber arbeiten mußte er wieder, wenn sich der neue BR nach der VK-Empfehlung orientiert; und die besagt, daß die beiden Ersten auf der Chemie-Liste auch die beiden Freigestellten sein sollten. So wurde für einige die ganze Listen-erstellung zum Eigentor, und damit für die Kollegen zunächst eine kleine Absicherung für die Persönlichkeitswahl, denn nun konnten sich die Herrschaften nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, sondern mußten selbst aktiv werden, um die Persönlichkeitswahl abzusichern. Es war ihnen plötzlich nicht mehr egal, auf welche Art und Weise gewählt wird.

Es gab dann noch ein Gespräch auf „höchster Ebene“ im Gewerkschaftsraum, wo beraten wurde, wie man aus dieser Misere herauskommt, falls doch noch durch eine Liste die Persönlichkeitswahl verhindert würde. Da wurde beschlossen, daß der VK-Beschluß, den die Notfall-Liste einzubringen, über Bord gekippt wird. Es würde dann zunächst nur die Späterliste gehen, und der Wahlvorstand sollte gleichzeitig die Einreichungsfrist verlängern, um es noch mehr Kandidaten möglich zu machen zu kandidieren. Der eigentliche Sinn dieses Plans: mit einem neuen Anlauf hätten einige Herren versuchen können, bei der Listenplatz-Vergabe besser abzuschneiden. Drei Kollegen kündigten auch schon an, im Fall Listenwahl von der IG Chemie-Notfall-Liste zurückzutreten. Die IG Chemie-Liste würde zerfallen, und man müßte was Neues ausmischen.

Was kann man dazu noch sagen? Verarschung, aber das ist bei HAW ja nichts neues. Diesen Eieranz machte ein Kollege nicht mit und trat sofort von der Notfall-Liste zurück.

Seit Freitag, den 6.3., steht dann endlich fest: Persönlichkeitswahl bei HAW. Für elf Betriebsrats-Sitze gibt es 49 Kandidaten.

Kommision Betrieb u. Gewerkschaft

Betriebszelle HAW

Fortsetzung von Seite 18

„großes machtpolitisches Manöver“, die IGM „in Zeiten wie jetzt in einen großen Arbeitskampf um wenige Lohnprozente zu treiben, bei dem sie ausbluten könnte“ (zitiert nach „Frankfurter Rundschau“, 28.2.).

Damit hat die IGM-Führung eigentlich schon klar zu verstehen gegeben, daß sie in dieser Tanfrunde einen Streik vermeiden will. Ihre Taktik der „neuen Beweglichkeit“ ist nicht zu verstehen als eine Mobilisierungsvorstufe zu einem großen, durchsetzungsfähigen Dauerstreik, sondern als Alternative zu diesem. IGM-Vorstandsmitglied Janßen erklärt die neue Beweglichkeit als „Zeichen der Bereitschaft, einen regelrechten großen Streik mit vorausgehender Urabstimmung zu vermeiden“ (zitiert nach „Welt“, 11.3.).

Wie man so das Lohndiktat von Gesamtmetall „brechen“ will, wie es überall marktschreierisch verkündet wird, sollte die IGM-Führung mit ihren Mitgliedern erklären. Anpassung an, statt Kampf gegen die Aussparungspraxis, Manövrierung der Mas-

sen, statt eigenständige Mobilisierung der „Basis“ — das ist die „neue Beweglichkeit“ als Beitrag der staatstragenden IGM zur Aufrechterhaltung des von den Kapitalisten längst einseitig aufgekündigten „sozialen Friedens“.

Zwar versucht die IGM-Führung mit ihrer Taktik der „neuen Beweglichkeit“ die Unzufriedenheit an der „Basis“ aufzufangen, in der Hoffnung, bald einen einigermaßen verkaufbaren „Kompromiß“ vorlegen zu können. Doch durch die hartnäckige Haltung von Gesamtmetall besteht nun die Möglichkeit, daß die IGM-Führung die „Geister“, die sie berufsschwor, nicht mehr beschwören kann. Zumal Teile der neuen Taktik, wie die verstärkt angewandten Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und große Demonstrationen vor Betrieben und in den Städten zusätzlich mobilisierend wirken. Es mehrten sich die Stimmen, die Urabstimmung über Vollstreik fordern.



## Betriebsrätewahlen 1981

Telefunken  
Westberlin:  
»RGO«-Liste  
»Lichtblick«

Nach hartem Kampf gibt es bei Telefunken (Schwedestraße) wieder die oppositionelle Liste „Lichtblick“, die bei der Wahl 1978 auf Anhieb 13 % der Stimmen erhielt, womit beide Kandidaturen gewählt waren.

Ende Januar machte die „RGO“-Betriebsgruppe der IG Metall den Vorschlag, auf einer offenen Liste Persönlichkeitswahl durchzuführen. Die Antwort sah so aus, daß unmittelbar danach der Wahlvorstand bestellt wurde, wenige Tage später das Wahlausschreiben erschien und sofort damit begonnen wurde, für eine IG Metall-Liste im Betrieb Unterschriften zu sammeln. Zeitgleich verkündete die Werksleitung am Schwarzen Brett, daß das Sammeln und Geben von Unterschriften nur in den Pausen erlaubt sei.

Ganz eindeutig sollten in einer konzentrierten Aktion Fakten geschaffen werden, um die Kandidatur einer oppositionellen Liste zu verumöglichen.

Anfang Februar gelang es der Liste „Lichtblick“, eine einstweilige Verfügung gegen die unzulässige Beschränkung des Unterschriftensammelns zu erwirken. Am Abgabetermin konnte die Liste immerhin 130 Unterschriften abliefern, davon allerdings 41 Doppelunterschriften. Doch die Hoffnung der IG Metall, die Liste noch ausschalten zu können, war nur kurz. Ausreichend viele Kollegen blieben standhaft, wodurch die nötigen Unterschriften für die Liste „Lichtblick“, auf der drei Kolleginnen der „RGO“-Betriebsgruppe kandidieren, zusammenkamen.

Bremer Vulkan:  
Persönlichkeitswahl  
steht jetzt fest

Seit dem 20.2., Suchtag der Listenabgabe, ist die Persönlichkeitswahl sichergestellt, da keine weitere Liste ein gereicht wurde.

Die „Echolo“-Gruppe ist der Meinung, daß ihre Absicherungsliste wesentlich dazu beigetragen hat, die Tradition der Persönlichkeitswahl zu erhalten.

Die „Echolo“-Kollegen hatten die Sicherheitsliste vorbereitet, weil sie Listenwahl befürchteten. Tatsächlich war bis zuletzt im Gespräch, daß noch weitere Listen existierten.

## Siemens Witten:

Siemens Witten:  
»Belegschaftsliste«  
aufgestellt

Die „Belegschaftsliste“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Vorherrschaft der altgedienten Betriebsratsvorsitzenden rein zu brechen. Dieser ist durch seine offenkundige Handlungspolitik auch in der IG Metall umstritten. Vor drei Jahren kam Rein erst über den Umweg einer eigenen Liste wieder in den Betriebsrat, nachdem er auf der IGM-Liste keine Berücksichtigung fand. Allerdings wurde er dann mit Hilfe einiger IGM-Betriebsräte erneut zum Vorsitzenden gewählt. Rein hat jetzt sogar wieder Platz 1 der IGM-Liste erhalten, was einen Vertrauensmann veranlaßte, auf die „Belegschaftsliste“ zu wechseln.

Bereits im Dezember letzten Jahres hatten etwa 400 Beschäftigte sich per Unterschrift für Persönlichkeitswahl

ausgesprochen. Und die „RGO“-Betriebsrätin Annette Schnoor hatte in einem offenen Brief an den IGM-Vertrauenskörper ihre Bereitschaft zur Persönlichkeitswahl erklärt.

Doch ohne die Entscheidung der Vertrauensleute abzuwarten, hatten bereits Listenführer eigenmächtig damit begonnen, Unterschriften für ihre Liste zu sammeln. So gibt es jetzt bei den Arbeitern insgesamt fünf Listen.

Auf alle Fälle stehen die Chancen gut, daß die „Belegschaftsliste“ die meisten Stimmen erhält und damit sogar die IG Metall-Liste übertrumpft. Bei der letzten Wahl hatte eine „RGO“-Liste kandidiert und 30,9 % der Stimmen erhalten. Bereits einen Tag nach Aufstellung hatten die Kolleginnen 176 Unterschriften gesammelt. Die „Belegschaftsliste“ ist zudem die einzige Liste, auf der mit sechs Akkordarbeitern — darunter eine türkische Kollegin — die Frauen angemessen vertreten sind. Bei Siemens in Witten sind hauptsächlich Frauen beschäftigt.

Contrans Hamburg:  
Drei Frauen,  
einsame Spitze

Contrans in Hamburg — mit der Vermietung und Reparatur von Containern beschäftigt — haben nach einer

## Daimler Benz Bremen:

Die oppositionelle Gruppe „JGM-Kollegen von Daimler informieren“ hat es geschafft: es wird eine Persönlichkeitswahl geben, die erstmals das bisherige Austauschverfahren mit IGM-Vertrauenskörper durchbricht (siehe auch AK 195 und 196).

Metall in Peine hatte dieses Ergebnis entscheidend beeinflußt, indem er die „Volksfront“ als „gewerkschaftsfeindlich“ bezeichnete und eine gemeinsame Kandidatur damit ausschloß.

Innerhalb von nur dreieinhalb Tagen sammelte Jürgen Eggers danach 107 Unterschriften für eine oppositionelle Liste. Trotz einiger ungünstiger Unterschriften mußte seine Liste anerkannt werden.

Hartmann & Braun  
Praunheim:  
Persönlichkeitswahl  
verhindert

Bei H & B Werksbereich Praunheim gibt es voraussichtlich drei Listen. In dem Werk gibt es seit Jahren eine Opposition gegen eine Betriebsratsmehrheit, die sich ausschließlich als Anhängel der Werksleitung hervorruft. Mit eindeutiger Mehrheit beschlossen die Vertrauensleute, auf der Grundlage einer auch für Unorganisierte offenen IGM Vorschlagsliste, Persönlichkeitswahl zu ermöglichen.

Über 150 Kandidaten wurden vorgeschlagen, wovon dann 40 ihre Bereitschaft erklärten. Aus diesen Vorschlägen erstellte die Vertrauenskörperleitung eine Liste, die auf einer Mit-

st ein Erfolg der oppositionellen Liste, die erstmals 1978 antrat und sofort 40 % der Sitze erhielt. Bis dahin herrschte eine rechte IGM-Clique. Ausschlaggebender Punkt für eine alternative Liste bei der letzten Wahl war die offene Diskriminierung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen, die etwa 60 % der Belegschaft stellen, aber keinen einzigen Betriebsrat hatten. Auf der „Internationalen Liste“ kandidierten deshalb erstmals mehrheitlich Ausländer. Dieser Wahlerfolg und die Arbeit der gewählten Kollegen hat nun bewirkt, daß die IGM-Ortsverwaltung Persönlichkeitswahl bittet, um nicht noch mehr Ansehen zu verlieren.

Klöckner Hütte  
Bremen:  
Persönlichkeitswahl  
durchgesetzt

Erstmals wird es im Stahlwerk mit über 6000 Beschäftigten wieder Persönlichkeitswahl geben. Zwar waren mehrere Listen vorbereitet, doch setzte sich auch die Betriebsratsmehrheit und der IGM-Vertrauenskörper für eine solche Wahl ein. Beim Listenabgabeschluß spielte sich folgendes ab: „Zwar standen am Montag 9.2.81, selbsternannte Listenführer vor dem Wahlbüro mit der Liste in der Hand, aber die im Betrieb herrschende Stimmung für Persönlichkeitswahl und die Anwesenheit von über 100 Kollegen, die hätten besorgen können, was die Listenwahl provoziert hätte, haben verhindert, daß eine Liste geworfen wurde“ (aus „Der Betriebsrat informiert“, 16.2.81). So stehen auf der Liste alphabetisch geordnet die Kandidaten ohne Rücksicht auf ihre Gewerkschaftszugehörigkeit.

Bei Klöckner in Bremen kandidieren „RGO“-ler auf der Persönlichkeitswahl. Neben eigenen Listen bei HDW Hamburg, Telefunken Westberlin und Stahlwerke Peine (siehe Extra-Berichte) kandidiert die „RGO“ beim Hafenbetrieb HILA in Hamburg und mit den beiden Hoesch-Betriebsräten Bömer und Simon im Dortmunder Werk Union. Weitere Informationen zur „RGO“ liegen uns derzeit nicht vor.

Triumph-Adler  
Frankfurt:  
Ausschlußanträge  
gestellt

Bei Adler arbeiten ca. 3.100 Kolleginnen und Kollegen. Mehr als 50 % bei Adler arbeiten ca. 3.100 Kolleginnen und Kollegen. Mehr als 50 % von sind Ausländer, davon viele Frauen.

Seit Januar klagt eine Gruppe von Frauen vor dem Arbeitsgericht wegen Ungleichbehandlung bei der Bezahlung. Die Betriebsratsmehrheit mit dem Vorsitzenden Stein (Mitglied der Frankfurter IG Metall-Ortsverwaltung) steht in diesem Verfahren auf der Seite der Geschäftsleitung.

Bereits 1978 trat hiergegen eine „Internationale Liste“ an, mit dem Ziel, eine bessere Vertretung der ausländischen Arbeiter zu erwirken. Durch Intervention des IGM-Vorstandes wurde dem Listenführer der „Internationalen Liste“ diesmal ein ausgereicher Platz auf der IGM-Liste angeboten. Doch insbesondere die geschilderten jüngsten Ereignisse veranlaßten die Kollegen, erneut eine eigene Liste aufzustellen. Der Vorsitzende Stein reagierte hierauf mit Ausschlußanträgen gegen die Kandidatinnen und Kandidaten der oppositionellen Liste.

## VDO Frankfurt

Für die BR Wahl '81 haben die Vertrauensleute Persönlichkeitswahl mit einer Liste in alphabetischer Reihenfolge beschlossen. Diese Entscheidung

Proteststimmen zu Nutzen zu machen. Über einige praktische Erfahrungen berichtet „Kienkes“ (3/81), eine Aachener Stadtzeitung.

„Am Beispiel Volvo sieht das so aus: Bei Volvo läuft Kurzarbeit, und dem Betriebsrat ist eine Verweigerung von Überstunden gerichtlich bestätigt worden. Aber es gibt natürlich immer Kollegen, die an Überstunden interessiert sind. Da kommt dann ein CDAler, Meister bei Volvo, greift sich genau diesem Bereich raus und stellt sich mit Forderung nach Überstunden zur BR-Wahl auf.“

Im Glückaufwerk Philips konnten sich zwei CDAler auf der Gewerkschaftsliste relativ gute Plätze ergattern, obwohl klar war, daß sie an Vertrauensleutenitzungen und Gewerkschaftsschulungen kaum teilgenom-



Kandidieren als Block auf der IGM-Liste: Sieben Kolleg/innen der Zeitung „JGM-Kollegen von Daimler informieren“

durch das Ausscheiden einiger Kollegen aus der Betriebsratsarbeit bedingten Platte Frauen das Heft in die Hand genommen. In vorgezogener Neuwahl wurden drei Kolleginnen mit überwältigender Mehrheit an die Spitze des Betriebsrats gewählt. Mit jeweils mehr als 80 von 110 abgegebenen Stimmen zogen die drei Frauen in den Betriebsrat ein.

Stahlwerk Peine:  
Keine  
gemeinsame Liste

Aufgrund einer knappen Abstimmungsniederlage im Vertrauensleutenkörper scheiterte die Kandidatur des Betriebschlossers und „Volksfront“-Mitglieds Jürgen Eggers und der IG Metall-Liste.

Der erste Bevollmächtigte der IG

zeigten offensichtlich Erfolg. So berichtete die „FAZ“ vom 3. März '81, daß der „Appell“ der Sozialausschüsse gefruchtet habe. Vor drei Jahren hätten die Sozialausschüsse hier und da noch eigene Listen aufstellen müssen. Bei den jetzt laufenden Wahlen scheint dies aufgrund des Großaus der SPD-Kollegen bisher nicht notwendig gewesen zu sein. „Bisher liegen der CDA-Zentrale jedenfalls keine Meldungen über eigene Sozialausschüsse vor“ (ebenda). Während die Taktik der Sozialausschüsse bisher mehr so angelegt war, in den DGB-Gewerkschaften Positionen zu erringen, verfolgt der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) die Taktik, offensiv gegen den CGB aufzutreten. Dabei versucht er, sich rückschrittliche Zentrale in den Belegschaften sowie

## Sozialausschüsse und CGB laufen beim DGB offene Türen ein

Wie wir schon berichteten, hat der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blum, vor den BR-Wahlen mit eigenen CDU-Listen gedroht, falls „christlich-soziale DGB-Mitglieder“ nicht ausreichend berücksichtigt würden. Auch der Bundesvorsitzende des KAB (Katholischer Arbeitnehmer-Bund), Alfons Müller, der mit Blum zusammen in der CDU-Bundestagsfraktion sitzt, hat es eine „Skandal“ genannt, daß bei den Wahlvorbereitungen „Kommunisten gegenüber christlich-sozial eingestellten Kandidaten der Vorzug gegeben wird“ („FAZ“ 27.2.81). Diese Drohungen, die in die gleiche Richtung zielen wie die Äußerungen von CSU-Stoiber, nämlich die rechten Kräfte in den Betrieben und im DGB zu stärken und notfalls die Gewerkschaften zu spalten

**Rothbuch**  
Christliche Sozialwissenschaft

680 Seiten Brosch. DM 22  
ISBN 3-98306-011-3

Betriebsrätewahlen — mit diesem Ereignis verbindet sich traditionell eine Hoch-Zeit für Gewerkschaftsausschüsse. Seitdem die DGB-Gewerkschaften 1973 die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt haben, nach denen niemand gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied und Mitglied einer kommunistischen Organisation sein darf, sind mehrere Tausend Gewerkschafter ausgeschlossen worden. Darunter viele, die als Kandidaten bei Bundestags- und Landtagswahlen ihre demokratischen Rechte wahrgenommen haben. Noch rechtzeitig vor den Betriebsrätewahlen haben die DGB-Führer die „Volksfront“ in den Katalog der inkriminierten Organisationen aufgenommen.

Auch die DKP, bislang von den DGB-Führern verschont, gerät mehr und mehr ins Schußfeld. Seit mehr als zwei Jahren läuft im DGB eine intensive Kampagne, in der Stimmung gemacht wird gegen eine sog. „kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften“. Erste greifbare Ergebnisse dieser Debatte sind Funktionsverbote für DKP-Mitglieder in den Gewerkschaften Nahrung-Genuß-Gastronomie und Deutsche Post-Gewerkschaft. In der Debatte um das neue DGB-Grundsatzprogramm haben die DGB-Führer — trotz vorhandener taktischer Differenzen — den nächsten Schritt vollzogen, indem sie rundweg die Existenz einer eigenen kommunistischen Gewerkschaftstradition bestritten haben.

Einheitsgewerkschaft heißt nun „Einheitsgewerkschaft heißt nun offiziell nur noch: demokratisch-sozialistische Tradition plus christlich-soziale Tradition.“

Diese Entwicklung korrespondiert deutlich mit einer neuen Politik der westdeutschen Bourgeoisie: Nach der „Neuen Ostpolitik“ seit 1968, die außenpolitisch die Ost-Verträge und einen „Entspannungsboom“, innenpolitisch die Duldung der DKP brachte, ist heute eine härtere Gangart angesagt. Statt Entspannung ist Aufrüstung angesagt, und das innenpolitische Klima wird zunehmend eisiger.

Dieser Entwicklung haben die DGB-Führer mit dem neuen Grundsatzprogramm Rechnung getragen. Sie folgen damit ihrer eigenen Tradition, die sie nach dem Zusammenbruch des Faschismus 1945 zielstrebig und systematisch verfolgt haben, dem Antikommunismus.

Um die heutige Entwicklung der DGB-Gewerkschaften zu verstehen, ist die Kenntnis der entscheidenden Weichenstellungen beim Aufbau der Gewerkschaften nach 1945 unumgänglich. Wir haben deshalb der ausführlichen Schilderung von über hundert ausgewählten „Fällen“ von Gewerkschaftsausschüssen eine Darstellung der „Gründerjahre“ der westdeutschen Gewerkschaften vorangestellt, die ihr heutiges spezifisches Gepräge als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) erst verstehbar macht.

verlag  
**buntbuch**



# Gesundheitstag 1981 in Hamburg

Nun ist es amtlich: Der Gesundheitstag 1981 wird vom 30.9. bis 4.10.81 in Hamburg stattfinden, vorbereitet von Leuten aus dem Gesundheitsladen Westberlin und dem Gesundheitsladen Hamburg. Der offizielle Aufruf knüpft an die großartigen Erfahrungen des Gesundheitstages 1980 in Westberlin an: Die Breite der dort erschienenen Bewegung (10.000 Leute, vom oppositionellen Gewerkschaftler über den alternativen Ernährungsfreak bis zur Frauengesundheitsberaterin), die ungeheure Vielfalt der angebotenen Veranstaltungen, das Gefühl der Stärke und der wachsenden Unzufriedenheit unter den fortschrittlichen/alternativen Gesundheitsarbeitern mit der herrschenden Medizin. Dies alles hat dazu beigetragen, vom Gesundheitstag als dem Treffpunkt der fortschrittlichen Gesundheitsarbeiter, als dem Symbol zunehmend sich organisierenden und artikulierenden Widerstands gegen die praktizierte Gesundheitsversorgung zu sprechen. Hoffnungsvoll blickt die Linke auf die entstandene "Gesundheitstagbewegung", um so endlich ein Gegengewicht gegen die unser Gesundheitswesen bestimmenden Kräfte aufbauen zu können: gegen die reaktionäre Ärzteschaft, die Pharma- und Geräteindustrie, die Krankenkassen, die Gesundheitspolitik der bürgerlichen Parteien. Im Gefolge des Gesundheitstages 1980, der vom Gesundheitsladen Westberlin mit ausgerichtet wurde, entstanden in 30 Städten der BRD Initiativen zur Gründung von Gesundheitsläden!

## Gesundheitsarbeiter und Patienten: Gemeinsam sind wir stärker!

Der Aufruf zum Gesundheitstag 1981 zeigt auf, „wie sehr gegenseitige Unsicherheit, Mißtrauen und Sprachlosigkeit das Verhältnis zwischen Patienten und professionellen Helfern belastet“. Das Gespräch zwischen Patienten und Gesundheitsarbeitern auch außerhalb des Gesundheitstages in Gang zu setzen mit dem Ziel, die „gestörte Beziehung“ zu verändern bzw. zu überwinden, um so zu gemeinsamen Handeln zu kommen, das ist eines der Ziele, die sich der Gesundheitstag gesetzt hat. Dabei werden gemeinsame

Interessen z.B. gegenüber „einer verantwortungslosen Pharma-Industrie, gegenüber gesundheitsgefährdenden Umweltverhältnissen, gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen im Krankenhaus“ u.a. gesehen, von denen beide, Patienten und Gesundheitsarbeiter, gleichermaßen betroffen und bedroht sind.

Deshalb werden nicht nur Organisationen/Interessengruppen/Initiativen von Gesundheitsarbeitern eingeladen (Gewerkschaften, Gruppen gegen Bettenstreichungen/Personalabbau in Krankenhäusern, alternative Projekte der Gesundheitsversorgung wie Gemeinschaftspraxen, Gesundheitsläden usw.), sondern auch diejenigen der Patienten selbst (Selbsthilfegruppen, Frauengesundheitszentren, Patientenschutz, Interessenverbände, Bis gegen Umweltverschmutzung u.a.)

## Forum der Diskussion

Es ist beabsichtigt, neben einem Erfahrungsaustausch der erschienenen und sich z.T. darstellenden Gruppen/Einzelpersonen eine Reihe von Fragen schwerpunktmäßig zu diskutieren, so u.a.

- Wie politisch ist das Persönliche?
- Gewerkschaften und Selbsthilfegruppen - wo sind Gegensätze, wo gegenseitige Ergänzung?
- Wie können Patienten und Gesundheitsarbeiter ihre Interessen besser vertreten? Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Netzwerke - welche Möglichkeiten?
- Welche konkreten Schritte und welche politischen Ziele stellen sich der Gesundheitstagbewegung?
- Standortbestimmung, Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfegruppen im bestehenden Gesundheitssystem.

## Kommt massenhaft und gestaltet mit!

Der Gesundheitstag ist kein Kongreß im herkömmlichen Sinne, er ist vielmehr angewiesen auf die aktive Mitgestaltung der Besucher (vgl. unten).

Wir werden in einer der nächsten AK-Ausgaben ausführlicher Stellung zum Aufruf zum Gesundheitstag beziehen.

Gesundheitszelle  
KB Hamburg



## HEREIN ZUM GESUNDHEITSTAG 1981

Der Aufruf zum GESUNDHEITSTAG 1981 unterstützen:

GESUNDHEITSLÄDEN und INITIATIVEN aus Aachen, Bielefeld, Bonn, Berlin, Braunschweig, Bremen, Duisburg, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Hannover, Heidelberg, Hamburg, Karlsruhe, Köln, Lüneburg, Mainz, Mannheim, Marburg, München, Münster, Nürnberg, Osnabrück, Saarbrücken, Stuttgart, Tübingen, Ulm, Verden, Würzburg.

## DEUTSCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTHILFGRUPPEN und Mitglieder der regionalen Arbeitsgemeinschaften aus

Bielefeld, Berlin, Bochum, Düsseldorf, Gießen, Hamburg, Heidelberg, Frankfurt, Fulda, Mannheim, München, Wuppertal.

## OASE - Bochum

(Zentrum für Selbsthilfegruppen und Krisenhilfe)

GESUNDHEITZENTRUM Frankfurt Boergerstr. 7

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIALE PSYCHIATRIE (DGSP)

Hamburger Gesellschaft für soziale Psychiatrie (HGSP)

Berliner Gesellschaft für soziale Psychiatrie (BGSP)

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR VERHALTENSTHERAPIE (DGVT)

BLND DEMOKRATISCHER WISSENSCHAFTLER (BDW)

BUNDESVERBAND BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ (BBU)

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALPOLITISCHER ARBEITSKRÄFTE (AG-SPAK)

Argument, Demokratisches Gesundheitswesen, Dr. med. Ma-

buse, Erlanger, Forum für Medizin und Gesundheitspolitik

und viele andere...

## KONTAKT UND ANMELDUNG

Der Gesundheitsladen Hamburg bietet alle aktiven Teilnehmer(innen) um möglichst frühzeitige Angebote für einzelne Veranstaltungen, Referate und Diskussionsgruppen. Der späteste Termin für die Aufnahme ins Veranstaltungsprogramm ist der 1. Juli 1981. Benötigt wird dazu eine kurze inhaltliche Beschreibung der Einzel- oder Gruppenveranstaltung. Angaben zur zeitlichen Planung, zur Teilnehmerzahl und zur Person der Referent(in)en oder Arbeitsgruppenmoderator(in)en sind zusätzlich wichtig. Das Büro des Gesundheitstages 1981 schickt Interessenten auf Wunsch ein Anmeldeformular zu.

Die sofortige Anmeldung zur Teilnahme am Gesundheitstag 1981 (Postkarte) erleichtert die Organisation wesentlich. Der Gesundheitsladen Hamburg ersucht Wohn- und Schlafmöglichkeiten für alle zu vermitteln, die selbst nichts finden können.

Schreibt, jaft an, wenn Ihr weitere Informationen braucht oder wenn Ihr den Vertrieb von Flugblättern, Programmbüchern, Plakaten und Teilnehmerbuttons zum GESUNDHEITSTAG 1981 übernehmen könnt.

## KOORDINATION und KONTAKTADRESSE

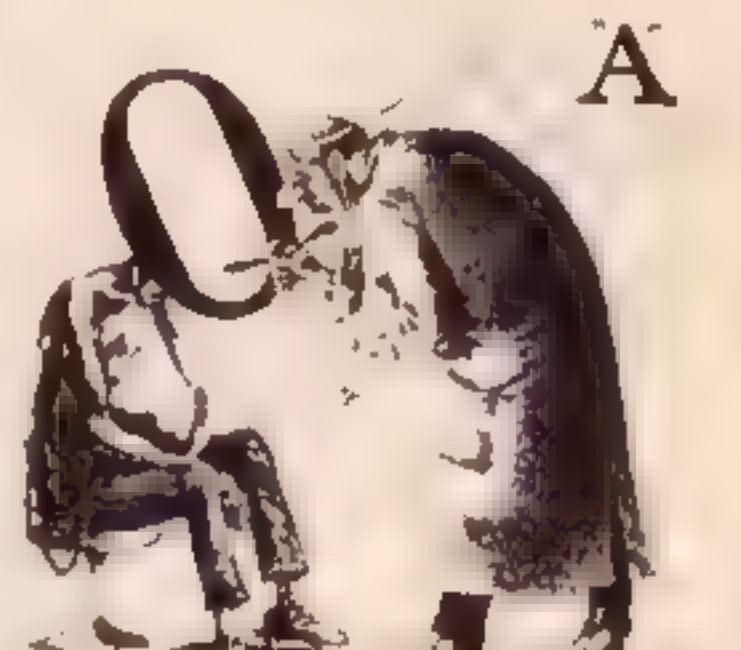
Büro GESUNDHEITSTAG 1981

Neubertstr. 24

2000 Hamburg 76

Mo. bis Fr. 10.00 - 14.00 Uhr

040 / 250 07 95



## Leserbrief zum Gesundheitstag

### Für eine bundesweite Zusammenarbeit

Eine 'Gesundheitsbewegung' gibt es eigentlich schon lange, mit wechselnden Höhen und Tiefen: ob nun in Form von aktiver Gewerkschafts- bzw. Kollegengruppenarbeit an Krankenhäusern, in Form linker bzw. demokratischer Ärztegruppen (AUA, Alternativisten zu Ärztekammerwahlen, BGAs in der ÖTV u.a.), oder Initiativen zu stadtteilbezogener Gesundheitsarbeit, fortschrittliche Gesundheitszeitschriften, fortschrittliche Gesundheitskongresse/Treffen, Alternativprojekte der Gesundheitsversorgung usw. - um nur mal einige aus der Vergangenheit zu nennen. Ansätze zu einer überregionalen Koordinierung und Zusammenarbeit hat es kaum gegeben; hier liegt eine entscheidende Schwäche der Gesundheitsbewegung im Vergleich z.B. zur Anti-AKW-Bewegung. Über die Gründe dafür nachzudenken, ist sicherlich lohnenswert, würde aber den Rahmen dieses Artikels überspannen. Festzustellen ist aber wohl, daß die Gewerkschaften durch ihre innerorganisatorische Repression und ihre bedingungslose Unterstützung für die immer mehr gegen die Bevölkerung gerichtete Gesundheitspolitik im Vergleich zu noch vor einigen Jahren an Attraktivität als vereinendes Instrument einer fortschrittlichen Gesundheitspolitik entscheidend eingebüßt haben. Das vielmehr seit dem letzten Gesundheitstag ein Trend hin zu Gesundheitsläden regional als organisatorischer und inhaltlich/agitatorischer Rahmen fortschrittlicher Gesundheitsaktivitäten besteht, der

sich auch überregional zu strukturieren beginnt.

Der Gesundheitstag 1981 steht eine „kontroverse Diskussion um eine gesundheitspolitische Neuorientierung“ vor und will auch konkrete, praktische Ergebnisse erreichen. Durch die angestrebte Konfrontation von Patienten und Gesundheitsarbeitern wird er zur Verbreiterung der Gesundheitsbewegung beitragen. Ich würde mir wünschen, daß bei der Vorbereitung darauf geachtet wird, daß die Veranstaltungen möglichst auch auf die Erarbeitung und Vereinheitlichung gemeinsamer Standpunkte/Zielsetzungen ausgerichtet sein sollten, aus denen dann später auch bundesweite - Aktionen folgen können.

Auf einer der letzten Veranstaltungen des Gesundheitstages 1980 zu „Perspektiven des Gesundheitstags“ (Wie soll's weitergehen ...) wurde mehrfach der Wunsch nach einer Koordinierung der Gesundheitsbewegung laut (etwa in Form eines „Koordinationsbüros Gesundheitstag“, einer Dachorganisation, regelmäßig stattfindender überregionaler Treffen oder auch in Form einer Gesundheitszeitung).

Um diese Idee mit Leben zu füllen, sollten z.B. eine Arbeitsgruppe/Veranstaltung mit entsprechenden Vorschlägen/Papieren schon zu diesem Gesundheitstag vorbereitet und organisiert werden.

Ich meine, daß die Zeit dafür reif ist, ein Gegengewicht zur herrschenden Medizin auch praktisch zu schaffen.

Ein Genosse der Gesundheitszelle  
KB Hamburg

# Krüppel-Tribunal in Vorbereitung

Am 28.2. und 1.3.81 fand in Frankfurt das erste Vorbereitungstreffen für das geplante Krüppel-Tribunal statt. Das Ende des Jahres stattfinden soll. Gekommen waren ca. 60 behinderte und nichtbehinderte Mitglieder von Behindertengruppen in ca. 20 Städten der BRD, um erste Grundzüge für Vorbereitung und Durchführung des Tribunals zu besprechen.

Zu Beginn der Versammlung in der Katholischen Studentengemeinde (KSG) schlugen einige Frankfurter die Behandlung folgender Themen vor:

1. Zielsetzung des Tribunals
  2. Frage einer Jury und gegebenenfalls ihrer Besetzung
  3. Festlegung der auf dem Tribunal zu behandelnden inhaltlichen Schwerpunkte
  4. Form der Arbeitsweise bei Vorbereitung und Durchführung des Tribunals
  5. Die Stellung der Nichtbehinderten beim Tribunal
- Auf Antrag einiger Bremer Krüppel wurde der letzte Punkt - die Beteiligung von Nichtbehinderten an Vorbereitung und Durchführung des Tribunals - als erster behandelt und blieb dann eigentlich auch bis zum Schluß der einzige Tagesordnungspunkt.

## Nichtbehinderte beim Tribunal

Die Rolle der Nichtbehinderten ist in der Behindertenbewegung seit langem eine heftig umstrittene Frage und hatte bereits bei der Vorbereitung der Bühnenbesetzung zur Dortmund-Eröffnungsveranstaltung des „Internationalen Jahres der Behinderten“ im Januar zu sehr kontroversen Diskussionen geführt.

So kamen auch jetzt in Frankfurt wieder die drei „Grundpositionen“ in dieser Frage zum Ausdruck. Am geschlossensten ist dabei die „reine-

Krüppel-Linie“, die repräsentiert wird von der Bremer Krüppel-Gruppe und Anhänger in Hamburg, Westberlin und anderen Städten hat „Organ“ dieses Teils der Behindertenbewegung ist die in unregelmäßigen Abständen erscheinende „Krüppelzeitung“. Nach Ansicht dieser Strömung haben Nichtbehinderte in der Behindertenbewegung prinzipiell nichts zu suchen und auch das Krüppeltribunal sollte ausschließlich von Krüppeln vorbereitet und getragen werden.

Die weitaus meisten der ca. 150 Behinderten-Selbsthilfegruppen in der BRD haben Behinderte und Nichtbehinderte in ihren Reihen. So war es klar, daß auch nach Frankfurt eine ganze Reihe Nichtbehinderter gekommen waren, die am Tribunal mitarbeiten wollten und dies auch von sehr vielen Behinderten gefordert wurde. Dabei gab es im Wesentlichen zwei Positionen: die eine forderte die gleichberechtigte Beteiligung von Nichtbehinderten. Teils wurde dies mit der - angeblich - gemeinsam erfahrbaren Unterdrückung von Behinderten und Nichtbehinderten begründet (vor allem von Seiten der Nichtbehinderten) teils mit den bisher gemachten Erfahrungen der Zusammenarbeit in Krüppelgruppen (vor allem von Behinderten vertreten). Die zweite Position hielt eine Beteiligung von Nichtbehinderten für möglich, unter Beachtung des Anspruchs der Behinderten, ihren Kampf gegen die Krüppelunterdrückung möglichst weitgehend in die eigene Hand zu nehmen. So sollte z.B. in den Vorbereitungsgruppen darauf geachtet werden, daß mindestens die Hälfte der Mitglieder Behinderte sind.

## Weitere Differenzen

Im Laufe der Diskussion, an der sich

bis auf wenige Ausnahmen fast ausschließlich die Behinderten beteiligten, wurde deutlich, daß die Frage der Beteiligung von Nichtbehinderten Anknüpfungspunkt weitergehender Differenzen war. Die „reine-Krüppel-Linie“ geht davon aus, daß der Widerspruch zwischen Behinderten und Nichtbehinderten im Vordergrund steht. Die Nichtbehinderten seien von der Krüppelunterdrückung nicht betroffen und es sei ein Unding, wenn Nichtbetroffene sich anmaßen, für die Betroffenen zu reden. Als Ziel des Tribunals wurde v.a. eine Stärkung der Krüppelbewegung gesehen, eine Motivierung für andere Krüppel, sich gegen ihre täglich erlebte Unterdrückung aufzulehnen.

Gegenüber wurde von anderen als Zweck des Tribunals auch eine starke Öffentlichkeitsarbeit als Mittel des Kampfes gegen das System der Behinderung genannt. Der „reinen-Krüppel-Linie“ wurde vorgeworfen, mit ihrem Ansatz an der persönlichen Betroffenheit als Grundlage der Gegenwehr ein unpolitisch-individualistisches Konzept zu verfolgen. So steckte beispielsweise hinter den Menschenrechtsverletzungen in Heimen etc. nicht (nur) ein besonderer Sadismus der dort beschäftigten Nichtbehinderten, sondern ein politisches Konzept, gegen das zu kämpfen durchaus auch Nichtbehinderten möglich sei. Wenn z.B. durch die Arbeit der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) die psychiatrische Anstalt Bruweiler geschlossen werden mußte, dann sei dies nicht etwa abzulehnen, nur weil daran viele Nichtbehinderte beteiligt waren.

Außerdem bedeute das konsequente Zuende-Denken des Ansatzes der „reinen-Krüppel-Linie“, daß Behinderte, die nicht in Heimen leben,

Fortsetzung nächste Seite



für Heiminsassen nicht reden und also auch nicht z. B. als Ankläger in diesem Punkt vor dem Tribunal auftreten könnten. Damit müßten gerade die der massivsten Unterdrückung ausgesetzten Behinderten - v. a. auch geistig und psychisch Behinderte oder in Heimen gefangen gehaltene auf dem Tribunal am wenigsten vertreten sein.

### Die Sache mit der Abstimmung

Im Laufe der Diskussion kam dann irgendwann der Vorschlag auf, mit einer Abstimmung diese Frage zu entscheiden. Obwohl, auch klar sein mußte, daß sich auf unterschiedlichen Erfahrungen basierende Überzeugungen nicht durch Mehrheitsentscheidungen „vereinheitlichen“ lassen, und somit die Spaltung drohte, wurde sowohl von der „reinen-Krüppel-Linie“ als auch von der „Gleichberechtigung-Linie“ eine „klare Entscheidung“ verlangt. Der Vorschlag, die gegenseitigen Vorstellungen zu akzeptieren, jeweils bei konkreten Fragen über die Beteiligung von Nichtbehinderten zu entscheiden und bei den Vorbereitungsarbeiten zu gewährleisten, daß jeder möglichst entsprechend seinen Vorstellungen die Arbeit gestalten kann, fand (zu diesem Zeitpunkt) wenig Beachtung.

Bei der Abstimmung über die oben dargelegten drei „Grundpositionen“ setzte sich die „reine-Krüppel-Linie“ mit großer Mehrheit durch: Vorbereitung und Durchführung des Tribunals sollte nur von Krüppeln getragen werden. Was zu befürchten war, trat ein: nicht nur die Nichtbehinderten, die damit qua Beschluß ausgeschlossen waren, son-

Dann kam aus der KSG die Nachricht, daß die Vertreter der „reinen-Krüppel-Linie“ selbst realistisch genug waren, ein Tribunal auf dieser Grundlage für undurchführbar zu halten. Jetzt lag die Initiative wieder bei den übrigen Leuten. Schnell wurde die für den gleichen Tag angesetzte Pressekonferenz vorbereitet, auf der dann ein erstes grobes Konzept für das Tribunal vorgestellt werden konnte (siehe Kasten). Die „reine-Krüppel-Linie“ gab hingegen ihren Ausstieg aus der Tribunal-Vorbereitung bekannt.

### Ergebnis dieses Treffens

So wichtig es war, die unterschiedlichen Standpunkte bei der Frage der Mitarbeit von Nichtbehinderten deutlich zu machen, so dogmatisch und sektiererisch war nach unserer Auffassung das Vorgehen vor allem der Bremer Krüppel. Es war von vornherein klar, daß ein Durchdrücken der „reinen-Krüppel-Linie“ als Grundlage des Tribunals die Mehrheit der potentiellen Unterstützer von einer Beteiligung ausschließen würde. Ebenso war klar, daß die Bremer und ihre Anhänger in anderen Städten das Tribunal nicht allein durchführen konnten, so daß ihre Vorgehensweise das ganze Projekt aufs höchste gefährden mußte. Auch hatten wir so für unnötig, Nichtbehinderte zum gegenwärtigen Zeitpunkt prinzipiell aus der Behindertenbewegung auszuschließen.

Natürlich gibt es Situationen, in denen nur Behinderte zu entscheiden haben, wie z. B. bei der Abstimmung am Samstag. Ebenso ist es nicht zu verkennen, daß die Arbeit der Behindertenbewegung gegenwärtig ohne Nichtbehinderte nicht leistbar wäre und daß es einem realen Bedürfnis vieler Insassen von Behindertenhäusern entspricht, daß sie wenigstens in ihrer Behindertengruppe auch mit Nichtbehinderten zusammen kommen können, was ihnen im Heim oft genug verwehrt wird.

Ohne die notwendige Auseinandersetzung zwischen Behinderten und Nichtbehinderten zu vergessen, würden wir wichtige Aspekte unseres Kampfes „freiwillig“ aufgeben, wenn wir die Solidarität zwischen Behinderten und Nichtbehinderten nicht als eine wichtige Grundlage eben dieses Kampfes gegen das System der Aussonderung mit einbeziehen.

Ebenso unangenehm ist nach unserer Auffassung aber auch die Theorie von einer gemeinsamen Betroffenheit von Behinderten und Nichtbehinderten. Der speziellen Krüppelunterdrückung sind nur wir Behinderten ausgesetzt und so ist es auch völlig klar, daß wir über die Gestaltung unserer Lebenssituation selbst bestimmen wollen und keiner den Kampf für unser Recht auf ein menschenwürdiges Leben für uns führen kann - auch nicht noch so fortschrittliche Nichtbehinderte.

Bemerkenswert ist aber, daß bei allen, zum Teil hart geführten Auseinandersetzungen - die auch nicht frei waren von persönlichen Annäherungen - die Diskussion insgesamt doch sehr solidarisch geführt wurde und die Sache selbst eigentlich bei allen immer im Vordergrund stand. In dieser Beziehung könnte sich die gesamte Linke in der BRD eine dicke Scheibe von der Behindertenbewegung abschneiden.

Nach der Abstimmungsniederlage am Samstag hielten es alle „Aussteiger“ für notwendig, daß das Tribunal auf alle Fälle stattfindet und daß sie die Vorbereitungsgruppe zumindest mit ihnen zur Verfügung stehenden Informationen unterstützen würden. Zu keiner Zeit wurde ein Boykott oder gar eine Sabotage des Tribunals erwogen.

Als dann später der Ausstieg der „reinen-Krüppel-Linie“ vollzogen war, beteuerten auch diese, daß sie das Tribunal weiterhin für notwendig hielten. Zu jeder Zeit wurde die Notwendigkeit weiterer Diskussionen und gemeinsamer Aktivitäten betont. Die Bremer und die anderen wurden auch nach ihrem Ausstieg des öfteren aufgefordert, sich doch am Tribunal zu beteiligen, weil dies ohne ihre Mitarbeit zweifellos verfallen würde.

In der abschließenden Pressekonferenz wurde noch einmal deutlich, daß sowohl in der Einschätzung der gegenwärtigen Situation als auch in der Zielvorstellung weitgehende Übereinstimmung besteht. Es bleibt zu hoffen, daß sich die „reine-Krüppel-Linie“ in Überwindung ihres Sektierertums doch noch zu einer Mitarbeit am Tribunal entschließen kann, zumal das Konzept der regionalen Unterstützernetze eine reale Möglichkeit hierfür bieten sollte.

Behinderten-Kommission

## Antwort zur Stellungnahme:

# Sollen Behinderte und Nichtbehinderte zusammenarbeiten?

Ich will hiermit zu den Überlegungen Stellung nehmen, die Gierke im AK 196 zur Behinderten-Arbeit geäußert hat. Er versucht dabei zu untermauern, warum die Zusammenarbeit von Behinderten und Nichtbehinderten nicht nur wünschenswert, sondern zwingend notwendig und für den gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft unbedingt erforderlich sei. Im Kampf gegen dies, auch uns unterdrückende System, und wir uns einig, doch über das „Wie“ speziell für Krüppel, bin ich grundsätzlich anderer Meinung. Eine öhrliche Emanzipation der Krüppel kann nur von diesen selbst ausgehen. Ich will das an den einzelnen Punkten meiner Kritik an G.'s Stellungnahme weiter erläutern. Er geht „davon aus, daß diese kapitalistische Gesellschaft alle behindert“. Das ist mir zu einfach und zu verweisend. Denn auch wenn jeder den Leistungsdruck und den Konkurrenzkampf verspürt, die ihn an seiner menschlichen Entfaltung hindern, darf und kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß Menschen mit körperlichen/geistigen Abweichungen einfach existieren. Und diese Leute werden in einer ihnen eigenen Situation, sie machen ganz bestimmte Erfahrungen und werden mit Erlebnissen konfrontiert, die sich wesentlich von denen des Schichtarbeiters oder arbeitslosen Jugendlichen unterscheiden. Welchem Schichtarbeiter wird Liebesvoll-abwertend über Haar oder Verfallenen-Strichwulst unterzogen. Welchem Schichtarbeiter wird Liebesvoll-abwertend über Haar gestreichelt? Welcher Jugendliche muß Erschrecken oder Abscheu bei seinem Erscheinen seitens Nichtbehinderter erfahren? Wer wird denn von vornherein in die dunkle Ecke gestellt? Doch nur der Krüppel.

Die These „Jeder ist behindert“ gerät weiterhin arg ins Schwanken, wenn das allgemein gebräuchliche, nichtssagende „behindert“ durch das Wort Krüppel ersetzt wird. Behindert wird auch der Fußballer beim Torschuß, der Verkehr vom Nebel usw. Verkrüppelt drückt dagegen nur eines aus: der Körper weicht in irgendeiner Form vom „Normalen“ ab. Die Bezeichnung Krüppel weckt die Grenzen zwischen Nichtbehinderten und Behinderten“ auch klar ab. Denn als behindert kann sich doch jeder bezeichnen, wer sich allerdings zum „häßlichen“ Krüppel bekennt, muß schon Schidigungen mit den unabweislichen, schwerwiegenden Erfahrungen beuten. Ich denke, Krüppel-Sein heißt, ständig und überall durch die Reaktionen der Umwelt auf das eigene „Manko“ hingewiesen zu werden. Das unterscheidet den Spätkler, Krückenläufer, Blinden von denen, die sich ständig einbilden, ihre abstoßenden Ohren würden jedem ins Auge fallen. Wer also anderswo auf sein Anderssein gestoßen wird, muß sich, um vor sich selbst ehrlich zu sein, zum Krüppel bekennen. Damit ist für mich auch umrissen, welcher Personenkreis das Anliegen der „Behinderten“ vortragen muß: die Krüppel, die sich als solche akzeptieren. Die Nichtbehinderten können dabei allenfalls eine unterstützende Rolle spielen. Wie dies aussehen könnte, dazu äußere ich mich später.

Eine effektive Zusammenarbeit unter Krüppeln hält G. für zweifelhaft, da „Behinderte“ unterschiedliche Erfahrungen machen, z. B. der Heimkrüppel oder der zu Hause bei seinen Eltern Lebende. Das ist zwar richtig, doch beginnt genau hier eine der wichtigen Aufgaben von Krüppel-Gruppen nämlich die Gemeinsamkeiten untereinander erkennen und sich mit den Erfahrungen der Krüppel aus einer anderen Lebenssituation auseinanderzusetzen. Dies ist u. a. deshalb notwendig, um die bestehende Hierarchie unter Krüppeln abzubauen, um einer von außen nach Maßstäben der Leistung aufgesetzten Trennung in zu integrierende (d. h. anpassbare und/oder verwertbare) sowie auszusondernde (d. h. unanpassbare und/oder unverwertbare) Krüppel zu begegnen.

So benutzen viele Krüppel Wörter wie „idiotisch“ oder auch „blind“, um etwas als absurd zu kennzeichnen. Dies zeigt bereits, in wie weit Krüppel Wertungen und Normen aus der Nichtbehinderten-Welt übernommen haben. Gerade Krüppel aber müssen das Normalitätsdenken soweit wie möglich abschalten, um sich selbst hinzunehmen als „normal“.

Gleichwohl wird jeder Krüppel, ob im Elternhaus oder im Heim,

vom Dreck beherrscht, sich der vorgegebenen Normalität möglichst anpassen zu wollen. Und diese Normalität wird, gewollt oder ungewollt, vom Nichtbehinderten repräsentiert. Es läßt sich leicht ausrechnen, was geschieht, wenn Nichtbehinderte in Krüppelgruppen oder Behinderteninitiativen auftauchen. Sie übernehmen größtenteils die Rolle, der Krüppel hat weder nur Augen und Ohren für die Nichtbehinderten, er stellt sich zurück und seine Bedürfnisse schimmern weiter im Verborgenen. Dies ist nicht nur Annahme des Nichtbehinderten, aber er muß Krüppeln Zeit und Gelegenheit geben, aus der anvertrauten passiven in die aktive Rolle zu treten. Dieser Lernprozeß kann nur in kleinen Schritten geschehen, die von Nichtbehinderten oft als zu gering abgewertet werden. Abschließend sei nochmals gefragt, was ein Nichtbehinderte will, wenn Krüppel ihre Erfahrungen austauschen, ihre Schüsse und Konsequenzen diskutieren. Er muß sich wie ein überflüssiger Voyeur vorkommen, da er nicht mitreden kann.

Kurz zur Rolle der Nichtbehinderten. Sie können durchaus unterstützen. Zu beachten ist, daß Krüppeln keine Initiative aus der Hand genommen wird. Ein Mann, der seine Frau unterstützt in ihrem Emanzipationsbestreben, nennt nicht zur Frauendemo, sondern erledigt den Haushalt, damit die Frau ihre Stärke „Lionsbestreben“, rennt nicht zur Frauendemo, sondern erledigt den Haushalt, damit die Frau ihre Stärke demonstrieren kann. Genauso kann es ein Nichtbehinderte dem Krüppel ermöglichen seine Stärke kennenzulernen, indem er ihm die nötigen Hilfestellungen leistet. Gerade Krüppel kämpfen dann mit dem schlichten Gewissen, dem selten Helfer nichts zurückgeben zu können. Ihn stattdessen gar auszuscheiden. Es ist sicherlich kein Zufall, daß das Pochen auf die Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten mit der wachsenden Abhängigkeit des Krüppels von fremder Hilfe stand. Zunimmt hier sollten sich auch die Helfer fragen, inwieweit sie dieses Rollenverhalten mitwischen. Ich verlange von meinem Helfer, daß er mir Freiheit läßt, in denen er nicht dabei ist, was ja nicht mit dem Abbruch der Freundschaft gleichzusetzen ist. Ich weiß von mir aus, welche Probleme ich mit nichtbehinderten Freund/Inn/en hatte, ihnen gegenüber ihren Ausschluß zu vertreten. Dahinter steckt(a) die Angst, von den Nichtbehinderten verlassen zu werden, plötzlich wieder allein zu sein, in die mühsam überwundene Isolation zurückzufallen. Es trotzdem gewagt zu haben und zu bemerken, nicht überall auf Nichtbehinderte angewiesen zu sein, gab ein Gefühl der eigenen Stärke. Wer den Anspruch hat Krüppel beim eigenen Selbstbewusstsein-Entwickeln unterstützen zu wollen, wird den Ausschluß akzeptieren. Nichtbehinderte können weiter unterstützen, wenn sie aus ihrer Sicht berichten, was sie denken oder empfinden, wenn sie mit Krüppeln täglich arbeiten oder mit uns sonst zusammenstreffen. Sie können aber nicht für Krüppel sprechen. Das heißt beispielsweise: Soll das Verhältnis Krüppel - Nichtbehinderte dargestellt werden, müssen beide Seiten daran mitarbeiten, soll aufgezeigt werden, was Krüppel ihr Sein erleben, können das nur Betroffene selbst tun.

G. lehnt eine autonome Krüppelbewegung ab mit folgender Argumentation ab: „Die Frauen erleiden ... eine zweite, besondere Unterdrückung als Geschlecht, die viel älter ist als die kapitalistische Unterdrückung. Daher besteht die Notwendigkeit einer zeitweiligen autonomen Organisation der Frauen ... Wir Behinderte erleben ... auch keine spezifische Unterdrückung durch den Kapitalismus“.

Dazu folgendes:  
1. Ich empfinde es auch als eine besondere Unterdrückung, als geschlechtlos eingestuft zu werden.  
2. Die Krüppel Feindlichkeit besteht ebenso seit Jahrtausenden, unabhängig vom heutigen Profitdenken der alten Griechen stürzten Krüppel vom Felsen, Römer mordeten sie, Luther empfahl, mitgestaltete Kinder im Teich zu ertränken, von den Ausrottungsaktionen der Nazi-Zeit bis zu den Anstalten um uns herum, in denen Krüppel langsam dahinsinken. Wenn Frauen sich gegen ihre jahrtausendealte Unterdrückung organisieren, ist es für Krüppel erst recht notwendig. Denn sie werden nicht nur abqualifiziert, sondern zudem noch aussondert und vernichtet.

3. Andererseits hat gerade das kapitalistische Profitdenken den Umgang mit Krüppeln auf die Spitze getrieben. Sie werden als zusätzlicher Kostenfaktor gehandelt, entweder, um den sozialen Staat herauszukehren oder im Extremfall mit Kosten-Nutzen-Rechnungen, die Abschreibung der Krüppel als günstig für die Allgemeinheit auskult zu belegen. Es sei zu bedenken: „welches ungeheure Kapital in Form von Nahrungsmitteln, Kleidung und Heizung dem Nationalvermögen für einen unproduktiven Zweck entzogen wird und in einer wirtschaftlichen Notfallsituation ist „kein Platz für halbe, Viertel- und Achtelkräfte“. Diese Gedanken sind zwar 1920 aufgeschrieben (Binding/Hochs, S. 34 f.), doch auch noch heute in mehr oder weniger abgewandelter Form vorhanden.

Das zeigt wiederum sehr drastisch, was uns von den Arbeitern und Angestellten, von Frauen oder Ausländern trennt. Der Staat braucht sie, braucht ihre Arbeitskraft zur weiteren eigenen Existenz - Krüppel dagegen werden nicht benötigt, da ihre Arbeitskraft als nicht gewinnträchtig erscheint. Gerade das verbindet mich mit dem Krüppelkind des Unternehmers und unterscheidet mich vom Arbeiter. Welcher Krüppel dagegen in der BRD besser zurechtkommt, der mit „bedürftigen“ Eltern oder der aus armen Verhältnissen stammende, liegt auf der Hand und läßt sich an den Statistiken über die Herkunft von Behinderten leicht belegen. Das ist aber nicht die Frage. Wichtig finde ich es mit aktiven Krüppeln zu arbeiten, die sich gegen ihre Bevormundungen und Diskriminierungen zur Wehr setzen. Daß dies aus der „linken“ Ecke kommen, liegt in der Natur der Sache und ist praktisch ein Selbstgänger. Deshalb muß ich mich nicht vom Krüppelkind des Unternehmers abgrenzen, deshalb brauche ich nicht zwangsweise die gemeinsamen Interessen mit Arbeitern und Angestellten konstruieren, wie G. es tut. Die menschenfeindliche Gesellschaft lehnen wir gemeinsam ab, die Betroffenheit ist eine andere.

Der erste Schritt zur eigenen Emanzipation ist für G. „die bewußtseinsverändernde bei immer mehr Menschen“. Dabei freue ich mich über jeden „Nichtbehinderten“, der sich über meine Probleme informiert“. D. h. für mich, den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Dann wie will ich über meine Probleme informieren (?), wenn ich selbst noch im Unklaren darüber bin, wo meine Schwierigkeiten liegen. Ich meine damit jetzt nicht Fragen wie „Wie krüppel ich einen Rollstuhl?“ oder „Wie helfe ich beim Anziehen?“. Das weiß jede(r) am besten selbst. Für mich geht es um das Verhältnis Nichtbehinderte - Krüppel. Hier laufen die Anpassungsmechanismen so unterbewußt, daß sie erst nach intensiver Beobachtung und Erfahrungsaustausch unter Krüppeln entdeckt werden. Für mich verbirgt sich bereits hinter der Behauptung, „daß viele Rollstuhlfahrer weniger behindert sind als ein durch die Arbeit kaputtgemachter Schichtarbeiter“, der „vom Fernseher rumhängt“, die Gefahr, das eigene Krüppel-Sein zu relativieren und herunterzuspielen. Doch zu behaupten, „Eigentlich bin ich ja gar nicht behindert“, wäre eine Lüge, um sich auf diese Weise dem Nichtbehinderten zu nähern.

Um zu verhindern, ständig dem Ziel der nie zu erreichenden Normalität nachzulaufen, muß ein Weg gefunden werden, der ständig neu kritisch geprüft werden muß (siehe ich beispielsweise die Anerkennung der Nichtbehinderten bereits aus meiner Rolle als aktiver Krüppel, der den Mut hat, sie anzumachen?). Bevor derartiges nicht geklärt ist, bevor ich nicht weiß, wie der einzuschlagende Weg für mich aussieht, kann ich keine Aufklärungskampagne in Sachen Krüppel-Schwierigkeiten starten.

Schließlich zum Vorwurf, wir würden mit Krüppelgruppen die „Aufspaltung der Unterdrückten durch unsere politische Praxis noch vertiefen“. Es gibt in der Gesellschaft spezielle Bereiche, in denen Krüppel unterdrückt werden. Hier müssen wir für uns reden. Daneben gibt es aber Gebiete, von denen Schwule, Zigeuner, Ausländer genauso betroffen sind. Wenn ein AKW hochgeht, müssen alle dran glauben. Deshalb gibt es keine Krüppelgruppe gegen AKW, hier kämpfen wir gemeinsam und zusammen.

U, Hamburg

Bisher hat sich in der Diskussion um das Tribunal etwa folgendes als vorläufiges Ergebnis herauskristallisiert:

- a.) Ziele des Tribunals sind:
  1. Mißstände aufzudecken
  2. In der Öffentlichkeit das Bewußtsein Behinderten gegenüber zu verändern
  3. Behinderte zu motivieren, ihre Unterdrückung offen zu legen und sich in Gruppen zusammenzuschließen
  4. Druck auf Instanzen auszuüben
  5. Behindertenprofile, wie Ärzten und Therapeuten eine Alternative aufzuzeigen

b.) vorläufige Anklagepunkte des Tribunals:

1. Mißstände in der Frühförderung
2. Mißhandlungen in Heimen
3. Behördenwille (Bürokratie, Rechtsituation, Prozesse)
4. Berufssituation (Arbeitslosigkeit, Reha-Zentren, Sonderschulen, Werkstätten für Behinderte)
5. Darstellung Behindertener in Medien
6. Baufälle/technische Barrieren
7. Situation behinderter Frauen
8. Geistigbehinderte
9. Psychiatrie

dem auch sehr viele Behinderte sahen sich nicht mehr in der Lage, das Tribunal mitzutragen - sei es aus prinzipiellen Widersprüchen, sei es, weil sie auf dieser Grundlage in den jeweiligen Orten keine Unterstützung finden können. Etwa ein Drittel der Anwesenden reiste noch am gleichen Abend ab. Damit ging der erste Tag zu Ende.

### Die weitere Entwicklung

Am Morgen des 1.3. sollte das Vorbereitungstreffen weitergehen. Parallel zum Treffen in der KSG trafen sich in den Räumen des Frankfurter CeBeF etwa 20 bis 30 Leute, die den Beschluß vom Vortag nicht mitgetragen hatten. Es war klar, daß auf dieser Grundlage die personelle Unterstützung und auch die inhaltliche Gestaltung des Tribunals auf schwachen Beinen stehen würde. Ebenso war klar, daß der Mehrheitsbeschluß nur dadurch zustande kommen konnte, daß fast alle der „reinen-Krüppel-Linie“ anhängenden Behinderten anwesend waren (aus Bremen allein 15 Leute), während die „Minderheit“ vom Vortag aber die übergroße Mehrheit der Behindertenbewegung repräsentierte.

So kam die Idee auf, zur Bildung von örtlichen oder regionalen Unterstützernetzen aufzurufen, die jeweils autonom über die Beteiligung von Nichtbehinderten entscheiden sollten. Zur Vermeidung zufälliger Mehrheitsentscheidungen sollten bundesweite Treffen gegebenenfalls nach dem Delegiertenprinzip durchgeführt werden.



# Ein Sympathisant aus dem 19. Jahrhundert läßt grüßen! Zum 125. Todestag Heinrich Heines

Hätte er sich doch nur an das Vorrecht des Dichters gehalten, stellvertretend für andere eine höhere Wirklichkeit in schönen Versen zu erschauen - man könnte sorglos seine Geburts- und Todestage feiern, Schulen und Universitäten nach ihm benennen und Denkmale für ihn errichten - so mag wohl schon mancher Senator und Ratsherr gedacht haben. Da der jüdisch-deutsche Dichter Heinrich Heine sich nun aber mit seiner Kunst in das Handgemenge der Politik begeben hat, taugt er nicht zum Objekt offizieller Kulturpflege. Andererseits kann man Heinrich Heine auch nicht ignorieren, gilt er doch z.B. in Frankreich als größter deutscher Dichter. Heine hat eine Todessünde begangen, die kein deutscher Dichter begehen darf: er hat mit den Kommunisten sympathisiert.

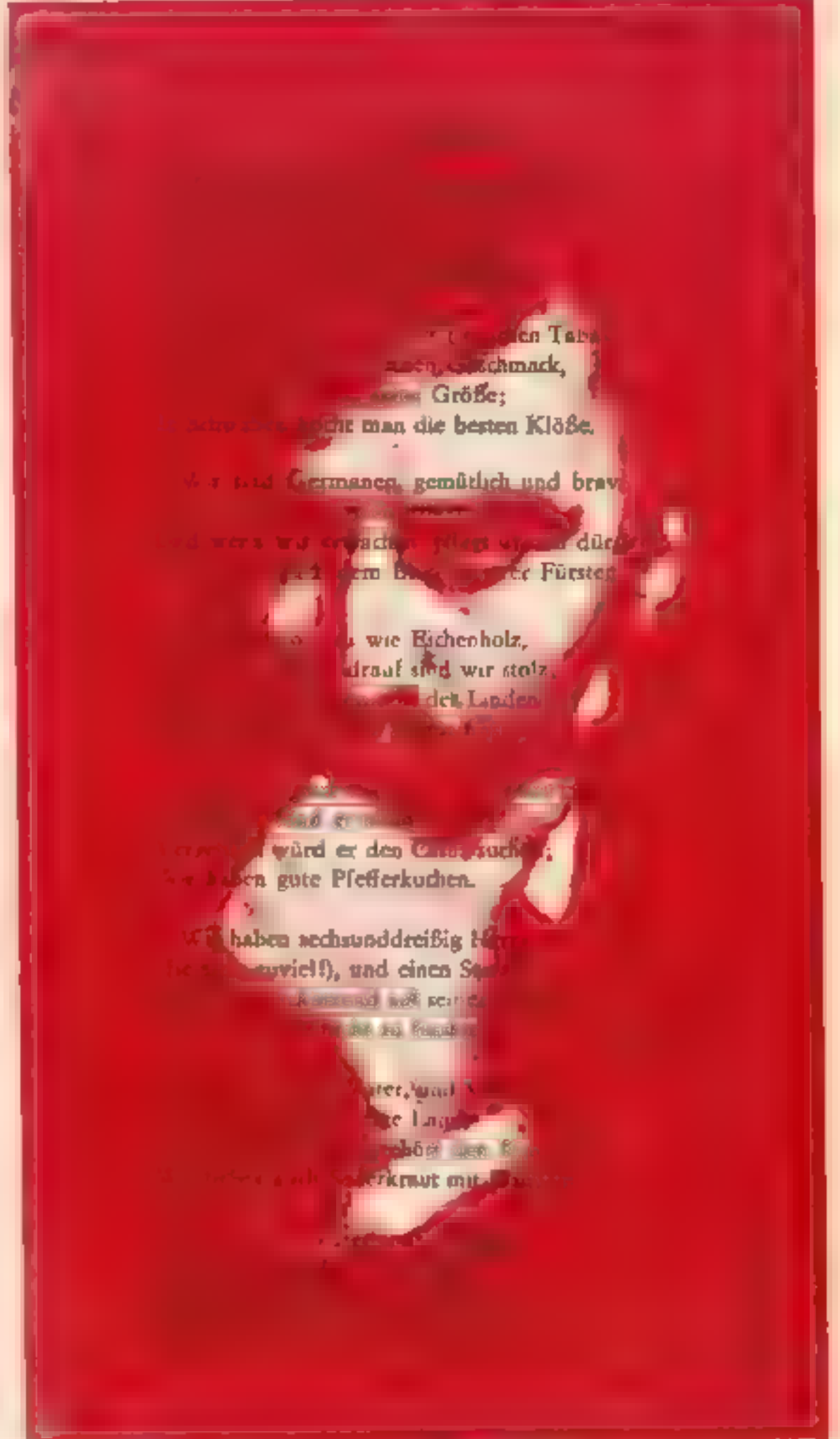
Börnstein, Karl Marx, Heinrich Heine, Charles Louis Bernays" heißt es über Heine: „Schriftsteller, 50 Jahre alt. Mittelmäßige Größe. Spitze Nase und spitzes Kinn. Ausgesprochen jüdischer Typ. Es ist ein Wüstling, dessen verfallender Körper die Bräuterei verrät“ (A. Cornu, Karl Marx und Friedrich Engels, Leben und Werk, 2. Berlin 1961, S.357). Auf weiteres Drängen der preußischen Innenminister dann im Januar 1845 die Ausweisung von Heine, Börnstein, Marx, Bakunin, Bürgers und Ruge als Redakteure und Mitarbeiter der Zeitung an. Sie wurden aufgefordert, Frankreich sofort zu verlassen. Dies gab Anlaß zu einem Sturm von Protesten seitens der oppositionellen Presse, die Regierung schämte sich nicht, sich zum Werk-

malts. Doch das Kunstwerk blieb nur wenige Stunden, die Universitätsverwaltung ließ es schnell wieder überprüfeln. Diese Ehrung war nicht erwünscht“ („Die Neue“, 17.2.81).

Hinter dem offiziellen Widerstand gegen die Benennung der Universität nach Heine steckt die Angst, der Name Heinrich Heine könnte als „Programm speziell für den universitären Sektor verstanden werden, wo es eine emanzipatorische Lehre und Forschung zu erreichen“ gelte („FR“, 10.1.73). So äußerten sich die Studenten des Kölner Studentenheims Hans-Sachs-Straße, die ihr Haus in „Studentenheim Heinrich Heine“ umbenennen wollten. Zudem wollten sie hierdurch auch die Auseinandersetzung mit Leben und Werk des Dichters unter den Studenten der Kölner Universität fördern.

Auch der CDU-Gemeinderat von Ostfildern bei Stuttgart fürchtet wohl, daß die Auseinandersetzung mit Heinrich Heine negative Auswirkungen auf die Schüler und Schülerinnen der Stadt haben könnte. Den Wunsch der Gesamtlehrer- und Schulkonferenz eines Gymnasiums, ihre Schule nach Heinrich Heine zu benennen, wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Die Begründung Heine sei als „Vorläufer für unsere Jugend nicht geeignet“. Im Randschreiben des Gemeinderats heißt es: „Heinrich Heine hat als Dichter Rang und Namen, doch zeigt auch die neueste Heine-Forschung erhebliche Schwächen und Mängel in seinem Persönlichkeitsbild auf. Der als Anlage beigefügte Artikel ... nennt Heines „böse Freude am Boxen ohne Handschuhe, am Zuschlagen unterhalb der Gürtellinie, am Hochnehmen argloser Widersacher ...“. In seinen Briefen und Schriftstücken machte Heine verletzende Äußerungen über religiöse Grundwerte in Judentum und Christentum. Er proklamiert einen „sinnenfreudigen Heilenismus“ im Gegensatz zum „Nazarenertum“ (...). Nach unserer Meinung ist ein Mann mit dieser zynisch-sarkastischen Grundhaltung zu Lebens- und Glaubensfragen und mit so erheblichen Charaktermängeln als Vorbild für unsere Jugend nicht geeignet“.

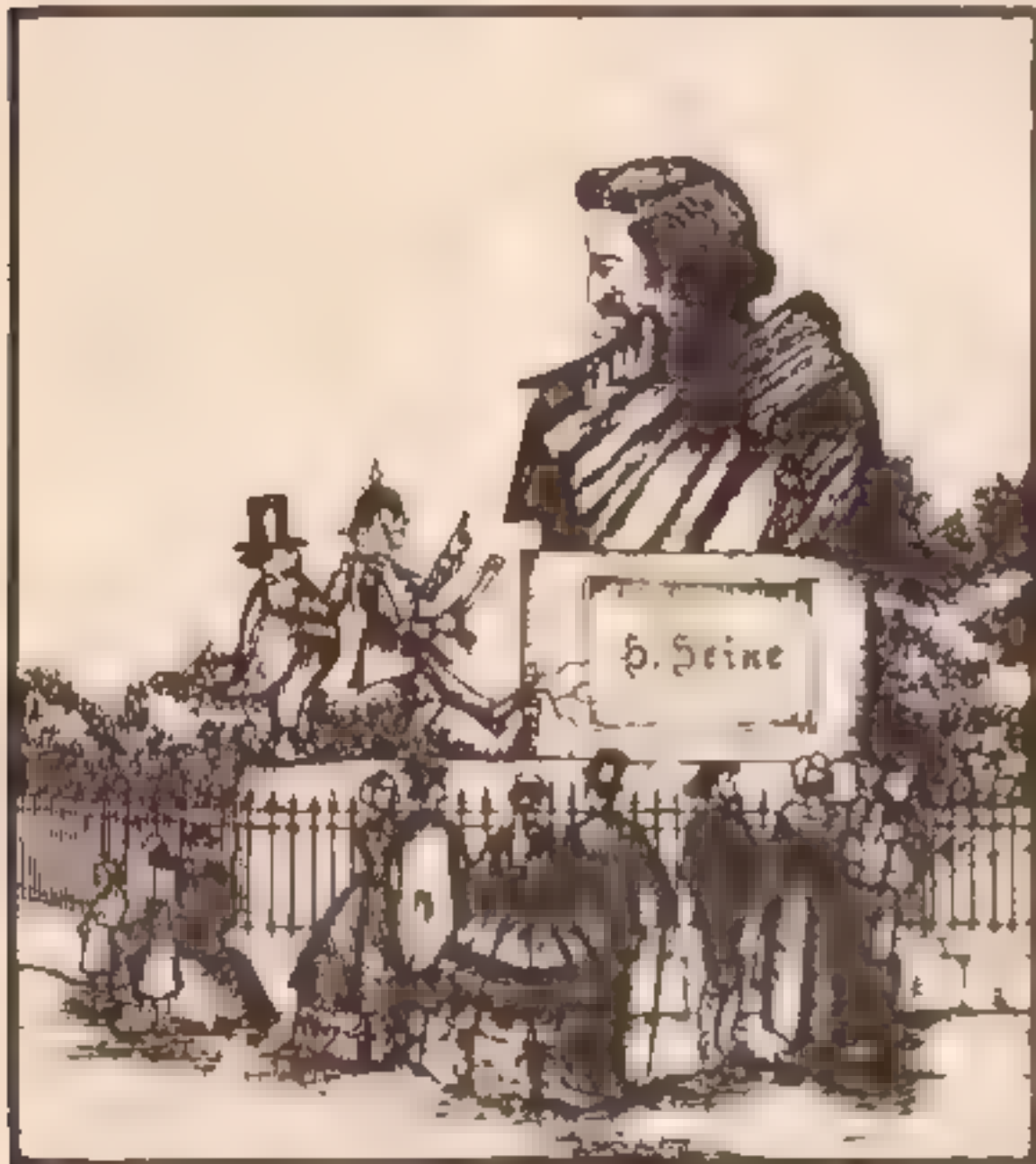
Was helllichtig vom Gemeinderat Ostfildern, sich diesen Sympathisanten aus dem 19. Jahrhundert vom Hals zu halten. Denn „statthalterhaft“ sind Heines Gedichte und Schriften wahrlich nicht! Schließlich könnten die Schülerinnen und Schüler ja auch Geschmack an der Art finden, wie Heine „religiöse Grundwerte“ unterwandert und mit Autoritäten umspringt, beispielsweise in den Lobgesängen auf König Ludwig des „angestammten König der Bayern“ und den Spottversen



auf den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Die Beschäftigung mit „Deutschland, ein Wintermärchen“ provoziert geradezu die Auseinandersetzung mit den heutigen Verhältnissen in der BRD. Und schließlich könnten die Schülerinnen und Schüler fragen, warum ein Dichter wie Heine diese Verse im Exil schreiben mußte.

Aber auch Heine wußte schon zu Lebzeiten, warum er so gehaßt wurde, und er wußte auch um sein „Amt“: „Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen, das große Völkchen

die Heilige Allianz der Nationen kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Mißtrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Pflug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Friede und Wohltat und Freiheit! Dieser Wirklichkeit bleibt mein Lob gewidmet; es ist mein Amt, der Haß meiner Feinde darf als Bürgschaft gelten, daß ich dieses Amt bisher recht treu und ehrlich verwaltet. Ich werde mich jenes Hasses immer würdig zeigen. Meine Feinde werden mich nie verkennen ...“ (Vorrede zu „Französische Zustände“, 1832).



„Entwurf für ein Heine-Denkmal“ von Martin Opitz

## Schon zu Lebzeiten ein „Fall“

„Vorzüglich! Vorzüglich!“ soll Fürst Metternich ausgerufen haben, als man ihm aus Heines Gedichten vorlas. „Vorzüglich! - Muß sofort verboten werden!“ (Heinrich Heine, Ein Land im Winter, Berlin 1978, S. 7).

Land im Winter, Berlin 1978, S. 7) Metternich, der Chef der österreichischen Reaktion erkannte „hinter dem Wohlklang der Verse deren politische Gefährlichkeit“ (a.a.O., S. 7) und bedrängte die preussische Regierung ständig, den Namen Heine auf die Verbotsliste der Zensur zu setzen (1841 wurden dann Heines Schriften in Preußen verboten. Diese Maßnahme radikalisierte jedoch Heines Haltung. In den folgenden Jahren war er neben Marx, Ruge und Heß Mitarbeiter der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ und des „Vorwärts“).

In den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ und im „Vorwärts“ erschienen neben den Analysen von Marx, Ruge, Heine und Bernays Heines Spottgedichte auf die preussische und bayerische Reaktion, das Gedicht „Die armen Weber“ und „Deutschland, ein Wintermärchen“. Die preussische Reaktion machte Jagd auf Heines Webergedicht, das an Häuserwänden angeschlagen, in Schenken verlesen wurde und als Flugblatt kursierte. „Wer es verteilte oder es in Besitz hatte, war des Aufruhrs überführt. In einem Bericht an den König stellte der preussische Innenminister Arnim fest, das Gedicht sei „eine im aufrührerischen Ton gehaltene und mit verbrecherischen Äußerungen angefüllte Ansprache an die Armen im Volk“ (a.a.O., S. 158).

Im Februar 1844 forderte der preussische Gesandte in Paris die Ausweisung der Redakteure des „Vorwärts“. Durch die Solidarität der gesamten oppositionellen Presse in Frankreich wird dies verhindert. Lediglich Bernays wird zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Im April 1844 gab die preussische Regierung die Anweisung, Marx, Heine und Ruge an der Grenze zu verhaften. Heines Steckbrief lag an allen Grenzstationen, und in den „Acta des Polizeipräsidenten zu Berlin betreffend Heinrich

zeug der preussischen Regierung herabwürdigen zu lassen und Männer auszuweisen, deren einziges Verbrechen sei, Frankreich geliebt und verteidigt zu haben. Der Protest hatte wenigstens einen Teilerfolg, denn der Ausweisungsbefehl wurde nur gegen einen Teil der Redakteure und Mitarbeiter des „Vorwärts“ vollstreckt.

arbeiter des „Vorwärts“ vollstreckt. Heine blieb dank seines Weltberufs unbehelligt“ (a.a.O., S. 355). Ausgewiesen wurden schließlich „nur“ Marx, Bakunin, Bürgers und der frühere Chefredakteur des „Vorwärts“, Bornstedt. „Von allem was ich hier an Menschen zurücklasse“ schrieb Marx kurz vor seiner Abreise aus Paris an Heine, „ist mir die Hetzesche Hinterlassenschaft am unangenehmsten. Ich möchte Sie gern mit einpacken“.

## „Nicht tragbar“

Auch nach 1945 bleibt Heine in der BRD ein Ärgernis, das immer wieder aufbricht. Ob es um Heine-Denkmal geht oder die Benennung von Studentenheimen, Schulen oder der Düsseldorf-Universität nach, seinem Namen. Seit 1965 gibt es zum Beispiel in Düsseldorf, der Geburtsstadt Heines, „einen beständigen Kampf um die Benennung der Universität nach Heine. Damit diese Forderung auch bleibt und Unterstützung findet, gründete der ehemalige Theaterintendant Otto Schönfeldt im Dezember 1968 die „Bürgerinitiative Heinrich Heine-Universität Düsseldorf“. Zusammen mit dem AStA der Universität veranstaltete die Bürgerinitiative 1972 ein Heine-Hearing, bei dem der damalige PEN-Präsident Hermann Keppen eine flammende Rede zum Thema „Heine lebt“ hielt. In den vergangenen Jahren unternahm die Bürgerinitiative immer wieder neue Vorstöße, um die Universität nach Heinrich Heine zu benennen. Die letzte Aktion fand am 22. Januar statt. Von Künstlern der Düsseldorf-Wendelmalergruppe wurde im Rahmen einer Heine-Fete nachts ein etwa fünf Meter hohes Bild Heines mit der Unterschrift „Heinrich-Heine-Universität lebt“ auf die Fassade des großen Hörsaals ge-

det. Heine und sein Werk

# »Nicht den Hunger verlieren«

Marianne Herzog, Nicht den Hunger verlieren. Rotbuch-Verlag Westberlin 1980, 12 Mark.

„Du willst nicht wissen, wie es im Gefängnis ist ... Ich will es dir aber erzählen ... Solange du im Gefängnis bist, kann dir alles, aber auch alles wieder abgenommen werden ... deine Bücher, dein Radio, deine Filzschreiber, deine Aufzeichnungen. Deine Bilder können von der Wand gerissen, dein Einkauf gesperrt, die Zeitung verboten, Besuche abgelehnt werden ... Es gibt kein einziges Recht für den Häftling, das nicht mit der Einschränkung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt wieder aufgehoben werden kann“ (S. 108 ff.).

Dieses ist mein zweiter Versuch einer Besprechung des Buches „Nicht den Hunger verlieren“ von Marianne Herzog.

Marianne Herzog war zwei Jahre im Gefängnis, davon 14 Monate isoliert. Sie beschreibt diese Zeit rückblickend und streut dabei Tagebuchaufzeichnungen aus ihrer Haft ein. Diese zeitlichen Sprünge, die Tagebuch-Fragmente und Gedankenketten zeigen ihre Zerrissenheit noch in diesem Verarbeitungsprozeß 6 Jahre nach der Entlassung. Was bedeuten Worte wie Rechtslosigkeit der Gefangenen, menschenunwürdige Haftbedingungen, Persönlichkeitszerstörung, Isolation? Was bedeutet der Kampf gegen diese Dinge für den Menschen, der ihn kämpft? Kann man diese Fragen überhaupt so beantworten, daß es jemand versteht, der selber diese Knast Erfahrung nicht gemacht hat?

Obwohl mich dieses Buch eine Antwort auf diese Fragen ahnen läßt, fehlen mir die Worte dafür, diese Antwort zu formulieren. Deshalb ist mein erster Versuch im Papierkorb gelandet. Daß ich einen zweiten Versuch überhaupt mache, liegt daran, daß dieses Buch mich nicht losgelassen hat. Man kann es nicht lesen und zur Seite legen.

Marianne Herzog schreibt mit politischer Schärfe, ohne ihre eigene Person, ihre eigenen Gefühle dabei auszuklamern. Diese Einheit in der Beschreibung von persönlicher Subjektivität und objektiven Haftbedingungen macht ihr Buch zu einem besonderen Knastbuch. Für mich war es die erste Literatur zu diesem Thema, die mich als Leser nicht mit dem Gefühl bloßer Ohnmacht zurückgelassen hat.

Sie beschreibt nicht nur, was das „Leben“ im Frauenknast für sie als politische Gefangene bedeutet hat, sondern fügt ausführliche Lebensläufe ihrer Mitgefangenen hinzu; beschreibt, aufgrund welcher „Taten“ sie ins Gefängnis kamen. Da ist zum Beispiel Gertrud Breitenbach, die in ihrem Lebenslauf erst die Geburten ihrer 6 Kinder in 6 aufeinanderfolgenden Jahren aufzählt und dann mit dem Satz endet: „Während meiner Ehe bin ich keiner Arbeit nachgegangen“ - Von der Geburt des dritten Kindes an bekommt sie alle Kinder zuhause, in ihrer Zwei-Zimmer-Wohnung, weil sie memanden hat, der während eines Krankenhausaufenthaltes ihre anderen Kinder versorgen könnte. Von morgens um 5.00 bis Mitternacht ist sie für ihre sechs Kin-

der und ihren Mann auf den Beinen. Um das Kleinste kümmert sie sich immer weniger. Eines Morgens ist das Baby tot. Gertrud Breitenbach kommt ins Gefängnis, ihre fünf Kinder ins Heim. Da sind sie nun seit sechs Jahren.

Marianne Herzog best während ihrer Haft vor allem Bücher, die in Gefängnis, in Gefängnissen oder in Lagern geschrieben wurden, sie braucht diese Identifikationsliteratur, „lebt“ während des Lesens in diesen Büchern. Aber selbst die Beschaffung von Literatur bedeutet Kampf für sie.

„Eine Schließerin reißt mir die Büchertüte weg, sie packen mich zu zweit, schieben mich in die Zelle, schließen zu ... Ich rufe laut und verlange mein Buch. Sie kümmern sich nicht darum“ (S.87).

Und überhaupt scheint man in Frauenknästen Lesen noch überflüssiger zu finden als im Männerknast. „Die Bibliotheken der Männergefängnisse sind besser. Wenn die alltägliche Diskriminierung doch einmal durch eine Überraschung unterbrochen würde“ (S. 72).

Sie beantragt, Analphabetinnen unter ihren Mitgefangenen Lesen und Schreiben beibringen zu dürfen. Ihr Antrag wird abgelehnt mit der Begründung, es gebe keine Analphabeten unter den Häftlingen ... obwohl sie weiß, daß das nicht stimmt. „Resozialisierung ist, was die Anstalt darunter versteht, und die Anstalt versteht darunter immer noch - und besonders in Frauengefängnissen - Imit und Ate“ (S. 109).

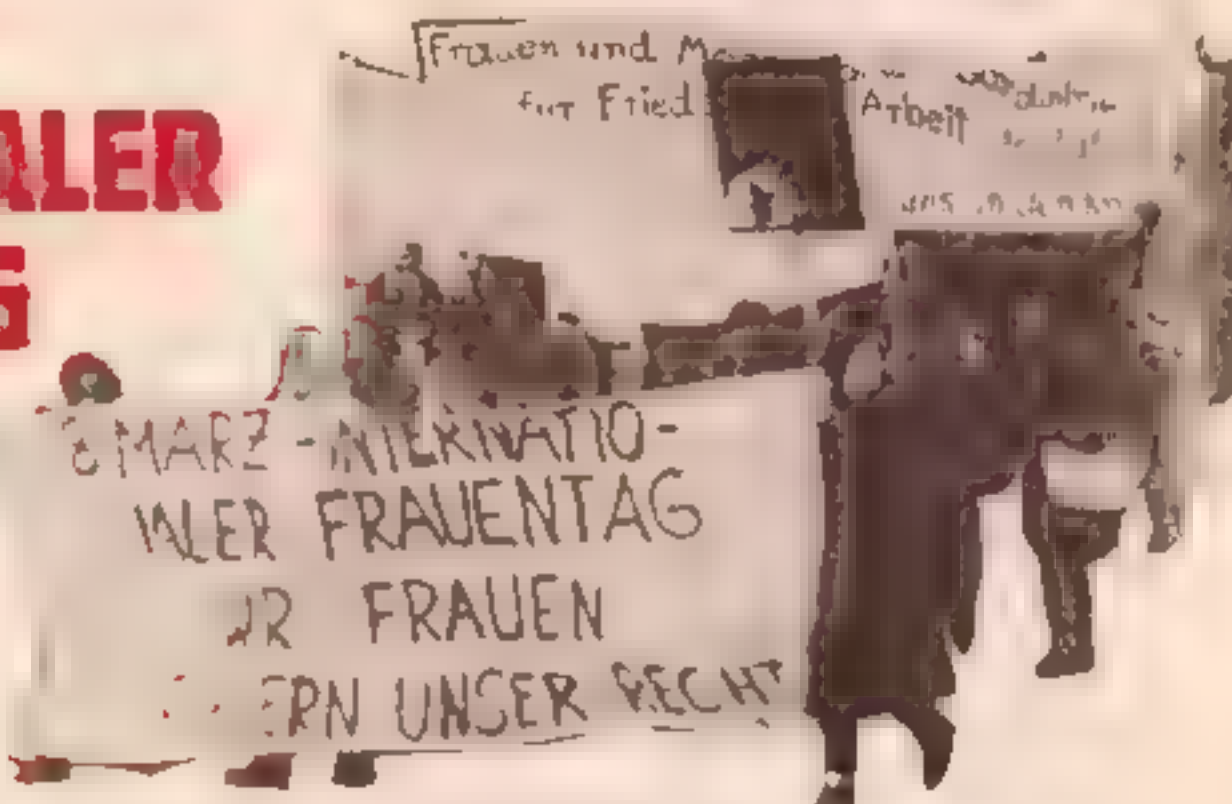
Svende Merian

Buchbesprechung





# 8. MÄRZ INTERNATIONALER FRAUENTAG



## Trotz Verbot: 1.000 Frauen demonstrierten in Frankfurt

In Frankfurt hatte sich einiges getan unter den Frauen, was einen kämpferischen 8. März versprach. Im Dezember hatte sich — ausgehend vom letzten „Frankfurter Frauentag“, den das Evangelische Pfarramt für Frauenarbeit seit einigen Jahren einmal jährlich unter Einbeziehung aller möglichen Frauengruppen und -initiativen veranstaltet — das „Frankfurter Frauenforum“ gegründet, mit dem Ziel: ... uns — das waren die verschiedensten Frauengruppen, die Frauenarbeit oder Arbeit mit Frauen machen oder sonst politisch engagiert sind, uns näher kennenzulernen, um herauszufinden, was wir gemeinsam haben und wo wir unsere politische Arbeit mit gegenseitiger Solidarität jeweils unterstützen können“ (aus der Einladung zum ersten Treffen).

Das erste Treffen war gleich ein voller Erfolg: ca. 25 Gruppen aus den unterschiedlichsten Bereichen waren erschienen. Obwohl viele wußten, daß es eine ganze Reihe von Fraueninitiativen in Frankfurt gibt, überraschte die große Anzahl und das breite Spektrum.

Die erste gemeinsame Erfahrung mit der praktischen Zusammenarbeit machten wir mit der Vorbereitung des diesjährigen 8. März. Das Thema „Frauen gegen Krieg“ führte schon bei den Vorbereitungen zu Diskussionen. Ausgehend von der westlichen Verdrängung der Arbeiterbewegung der Umstand, daß in den letzten Monaten in vielen Frauengruppen über die Kriegsgelahrte diskutiert wurde, bestrug.

Die erste Diskussion um die Gestaltung des 8. März fand auf Initiative der ASF statt. Fortgesetzt wurde sie dann wöchentlich im Rahmen des Frauenforums; 60 weitere, bis dahin noch nicht am Frankfurter Frauenforum beteiligte Gruppen wie z.B. die Pro Familia, die „Frauen für den Frieden“ und die ASF, schlossen sich an. Auf dem ersten Treffen stellte eine Vertreterin des DGB die geplanten Aktivitäten des DGB-Hessen vor. Eine Veranstaltung am Sonntag, den 8.3. im DGB-Haus, mit einer Politrevue unter dem Motto „Und keiner schiebt uns ab“ — wie bundesweit natürlich auch hier unter explizitem Ausschluss von Frauengruppen aus der Frauenbewegung und aus der Linken.

Dieses Vorgehen des DGB wurde von uns eindeutig verurteilt. Wir wollten aber keine „Konkurrenzveranstaltung“ am selben Tag, deshalb war von vornherein klar, daß „unser“ internationaler Frauentag am Samstag, den 7.3. stattfindet.

Die Begründung der Gewerkschaftsvertreterin für die Nichtbeteiligung des DGB an unseren Aktivitäten war etwas peinlich. Da der 7.3. ein verkaufsoffener Samstag sei, seien von den Veranstaltungen von vornherein die im Einzelhandel beschäftigten Frauen ausgeschlossen. Vom diesjährigen DGB-Beschluß zum 8. März keine Rede.

Während der nächsten Wochen wurde in einem immer größer werdenden Kreis, der jetzt über 40 Frauengruppen umfaßt, das Programm für den 7.3. erarbeitet.

Beginnen werden sollte der Tag mit einer Demonstration und Aktionen auf der Straße unter dem Motto: „Frauen gegen Gewalt und Krieg“. Nachmittags und abends sollten Frauen zu verschiedenen Diskussionen, Theaterstücken, ausländischer Folklore und Kennenlernen der Frauengruppen eingeladen werden.

Auf dem Flugblatt, mit dem vor und während der Demo mobilisiert wurde, sind nach langer Diskussion aller beteiligten Frauengruppen namentlich aufgeführt, um diesen ersten größeren Ansatz von gemeinsamen Aktivitäten aller Frankfurter Frauengruppen auch in der Öffentlichkeit zu

demonstrieren. Darunter sind das Neulsenburger und die beiden Frankfurter Frauenzentren, das „Frankfurter Frauenblatt“, der Verein „Frauen helfen Frauen“, Lesbengruppen, Behinderte Frauen, einige Frauengruppen der evangelischen Kirche, Schülerinnen-Gruppen, Gruppen ausländischer Frauen aus Eritrea, Chile, Argentinien, Griechenland, Portugal, Spanien, Korea und der Türkei, die Uni-Frauengruppe, KB-Frauengruppe, Pro Familia, DFI, Frauen-zum-Bund-Nach-Danke-Gruppe und viele andere.

Die ASF, die sich an der Vorbereitung des Frauentages mit — rückblickend gesehen — mehr als dubiosen Motiven beteiligt hatte, „verzichtete“ auf ihre namentliche Erwähnung auf Flugblatt und Plakat: mit „K-Gruppen“ können sie sich nicht zusammen in der Öffentlichkeit zeigen! Sie hatte allerdings schon eine Woche vorher ohne Absprache mit uns eigene Plakate hängen lassen, die mit „ASF und Frankfurter Frauenforum“ unterzeichnet waren.

Die erste Versammlung der beteiligten Initiativen am Freitag tag in Frankfurt sehr kämpferisch, phantasievoll und vielseitig zu werden. Abgesehen von verschiedenen Mißumständen mit der ASF und daraus folgend einem wachsenden Mißtrauen ihr gegenüber war schon bei der Vorbereitung der Aktivitäten ein Teil der Teilnehmerinnen sehr unzufrieden. Bis ein für alle einmal ein zufriedenstellender Kompromiß gefunden war. Das kostete uns zwar viel Zeit, worunter auch die rein organisatorische Vorbereitung etwas gelitten hat, bedeutet aber eine gute Grundlage für die weitere Arbeit des Frauenforums.



So weit, so gut. Doch dann überstürzten sich die Ereignisse:

**Demonstrationsverbot zum Internationalen Frauentag!**

15 Stunden vor Beginn wurde unsere Frauen-Demonstration verboten.

Einen Tag vorher war schon eine andere Demo, die am selben Tag stattfinden sollte, verboten worden: Das „Komitee für bessere Haftbedingungen“ hatte für Samstagsnachmittag um 14 Uhr eine Demo angemeldet zur Unterstützung der Hungerstreiks von politischen und sozialen Gefangenen.

Angewiesen lagen der Polizei nun Erkenntnisse vor, daß das „Komitee für bessere Haftbedingungen“ nun unsere Demo für „eigene Ziele, u.a. auch Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ mißbrauchen würde. Diese „Erkenntnisse“ deuten CDU-Oberbürgermeister Wallmann dazu, für den Samstag ein generelles Demonstrationsverbot auszusprechen!

**ASF und Polizei — gemeinsam gegen das Demonstrationsrecht**

Noch bevor das Verbot unserer Demonstration ausgesprochen wurde, hatte die Vorsitzende der ASF, Antje Arold, die für das Frauenforum die Demo angemeldet hatte, die Anmeldung und ihre Beteiligung an der Demo öffentlich zurückgezogen. Auch sie war der Meinung, daß „Anarchogruppen aus dem ganzen Bundesgebiet und Verwandte und Freunde der politischen Gefangenen“ ... den friedlichen Zug zum internationalen Frauentag „mit Gewalt begleiten werden“ („FAZ“, 7.3.).

Eine kurzfristige Ersatz-Anmeldung durch andere Frauen des Frauenforums wies das Ordnungsamt willkürlich ab. Abends wurde dann ständig durchs Radio gegeben, daß die Frauentagdemo verboten sei.

**Belagerungszustand in Frankfurt**

Am nächsten Morgen und den ganzen Tag über blieb Frankfurt in einer sehr angespannten Situation. Wasserwerfer in der ganzen Stadt, Hundeschäfer in Kampfschritten mit Schlagstöcken an jeder größeren Straßenecke, Straßensperren, an denen Autos wie Kugeln ausgeworfen, die Busse abgefaßt, die Autos durchs Gitterwerk der Polizeisperrungen auf der Straße und die LKW-Fahrer von Ebnhausen bis nach Pöhlitz.

Trotz dieser Bedrohung und den massiven Einschüchterungsversuchen, trotz den von der Polizei angekündigten „Auflösungen von Truppen“ und „Einsatz von Wasserwerfern gegen Kinder“, falls sich an dem Demonstrationsverbot nicht gehalten würde, demonstrierten über 1000 deutsche und ausländische Frauen und Kinder unter dem Motto „Frauen gegen Gewalt und Krieg“ zum Römer, wo die Abschlusskundgebung stattfand.

„Das Bild war gespenstisch: portugiesische Kinder trugen auf dem Rücken Transparente mit der Aufschrift „Frieden statt Krieg“ — über ihren Köpfen kreisten Polizeihubschrauber, vor ihnen standen dichte Polizeiketten, hinter ihnen Wasserwerfer“, beschreibt die „Frankfurter Rundschau“ die Demonstration („FR“, 9.3.).

Den ganzen Tag über hielt dieser Belagerungszustand an. Überall in der Stadt wurden kleine und kleine Personengruppen willkürlich auseinandergejagt und über 70 Menschen festgenommen!

Diese Gewaltdemonstration von Seiten der Polizei und der eigenmächtigen Rückzieher der ASF waren dann auch Gegenstand scharfer Kritik, als sich am Nachmittag viele Frauen im Bürgerhaus Westend trafen, um dort mit Diskussionen über die Frauenfriedensbewegung, über die Situation von Frauen im Betrieb und über die besondere Diskriminierung ausländischer Frauen in Frankfurt, mit Theaterstücken, Musik und Essen den internationalen Frauentag zu begehen.

**„Wir brauchen weder den Schutz der Polizei noch den der SPD!“**

Das mußte sich Antje Arold sagen lassen, als sie über den Polizeilautsprecher zu Anfang der Demonstration ihren Rückzieher zu erklären versuchte.

In einer Presseerklärung, die noch am Samstag vom Frankfurter Frauenforum herausgegeben wurde, wird der ASF vorgeworfen, mit ihrem Schritt „für diesen Tag das Demonstrationsrecht preisgegeben“ zu haben. „Dies sehen wir vor dem Hintergrund des Kommunalwahlkampfes, in dem die Parteinteressen der SPD wichtiger

Fortsetzung nächste Seite

## DEMOS

Kiel 7.3. Trotz strömenden Regens kamen 350 Frauen und einige wenige Männer. Lieder und Parolen gegen Krieg, § 218 und Leihlohngruppen standen im Vordergrund. Nach der Abschlusskundgebung wurden per Luftballon Botschaften an Frauen verschickt.

Tübingen 6.3. 200 Demonstrantinnen zogen im Gleichschritt mit Trommeln durch die Innenstadt. „Wenn wir Frauen nicht da sind, wenn wir Frauen nicht da sind, wenn wir Frauen nicht da sind“ lautete das Motto. Bei der Kundgebung wurde eine Forderung für Frauen abgelesen: wo 110 Anträge auf Arbeitsplätze, wo 110 Anträge auf Arbeitsplätze, wo 110 Anträge auf Arbeitsplätze.

Nürnberg 6.3. Auftakt zum 8. März: Demonstration von 200 Frauen und einigen Männern.

Hannover 7.3. Unter dem Motto: „Wir lassen uns nicht einplanen!“ demonstrierten ca. 500 Frauen die Bombenverkäufe hatten Vor dem Amerikahaus wurde den USA der Preis im Wettbewerb verliehen.

Bremen 7.3. 65 Frauen beteiligten sich an einem Umzug in der Bremer Innenstadt.

## GÜNDENSE



Der 8. März stand dieses Jahr in vielen Städten im Zeichen großer und sehr breiter Bündnisse. In Hannover beteiligten sich zum Beispiel neben vielen Gruppen aus der autonomen Frauenbewegung und dem KB die ASL (Antifaschistische Liga), die ÖTV (Ökologische Frauenbewegung), die DFI (Deutsche Fraueninitiative) und andere Frauen. Dieses Bündnis blieb auch bis zum Schluß bestehen, obwohl die DFI es wohl nurmehr mit ihrem Namen unterstützte, nachdem sie sich auf der DFB-Veranstaltung (natürlich im Alleingang durchgezogen) im Gitterwerk der Polizei unter dem Volk nischte. Im Großen und Ganzen ist zu sagen, daß in dem DFB dieses Jahr noch nicht die richtigen ist, seine Abgrenzungspolitik durchzusetzen (siehe dazu Artikel in diesem AK über Hamburg). Die DFI war häufig bemüht, den Anteil der Männer am 8. März heraufzuheben. Insgesamt war aber schon ein starkes Bewusstsein vorhanden, daß die DFI in der Frauenbewegung nicht mehr Teilhabe nehmen und am Abschluß eines Festes mit Männern eben nicht ihrer Tradition zum 8.3. entspricht. Gleichzeitig haben sie aber angeboten, daß sie trotz aller Differenzen die Zusammenarbeit mit allen Frauengruppen fortsetzen möchten.

Die erste gemeinsame Erfahrung mit der praktischen Zusammenarbeit machten wir mit der Vorbereitung des diesjährigen 8. März. Das Thema „Frauen gegen Krieg“ führte schon bei den Vorbereitungen zu Diskussionen. Ausgehend von der westlichen Verdrängung der Arbeiterbewegung der Umstand, daß in den letzten Monaten in vielen Frauengruppen über die Kriegsgelahrte diskutiert wurde, bestrug.

Die erste Diskussion um die Gestaltung des 8. März fand auf Initiative der ASF statt. Fortgesetzt wurde sie dann wöchentlich im Rahmen des Frauenforums; 60 weitere, bis dahin noch nicht am Frankfurter Frauenforum beteiligte Gruppen wie z.B. die Pro Familia, die „Frauen für den Frieden“ und die ASF, schlossen sich an. Auf dem ersten Treffen stellte eine Vertreterin des DGB die geplanten Aktivitäten des DGB-Hessen vor. Eine Veranstaltung am Sonntag, den 8.3. im DGB-Haus, mit einer Politrevue unter dem Motto „Und keiner schiebt uns ab“ — wie bundesweit natürlich auch hier unter explizitem Ausschluss von Frauengruppen aus der Frauenbewegung und aus der Linken.

Dieses Vorgehen des DGB wurde von uns eindeutig verurteilt. Wir wollten aber keine „Konkurrenzveranstaltung“ am selben Tag, deshalb war von vornherein klar, daß „unser“ internationaler Frauentag am Samstag, den 7.3. stattfindet.

Die Begründung der Gewerkschaftsvertreterin für die Nichtbeteiligung des DGB an unseren Aktivitäten war etwas peinlich. Da der 7.3. ein verkaufsoffener Samstag sei, seien von den Veranstaltungen von vornherein die im Einzelhandel beschäftigten Frauen ausgeschlossen. Vom diesjährigen DGB-Beschluß zum 8. März keine Rede.

Während der nächsten Wochen wurde in einem immer größer werdenden Kreis, der jetzt über 40 Frauengruppen umfaßt, das Programm für den 7.3. erarbeitet. Beginn werden sollte der Tag mit einer Demonstration und Aktionen auf der Straße unter dem Motto: „Frauen gegen Gewalt und Krieg“. Nachmittags und abends sollten Frauen zu verschiedenen Diskussionen, Theaterstücken, ausländischer Folklore und Kennenlernen der Frauengruppen eingeladen werden.

Auf dem Flugblatt, mit dem vor und während der Demo mobilisiert wurde, sind nach langer Diskussion aller beteiligten Frauengruppen namentlich aufgeführt, um diesen ersten größeren Ansatz von gemeinsamen Aktivitäten aller Frankfurter Frauengruppen auch in der Öffentlichkeit zu







## FESTE

**Hamburg Bergedorf 3.3.** Gut 70 Frauen machten sich bei gutem Essen und schöner Musik einen vergnügten Abend. Ausrichterinnen waren die Frauen des Kneipenkollektivs und die Frauen von der Stammtischgruppe.

**Lüneburg 7.3.:** 300 Frauen beteiligten sich an dem Fest. Besonders Conny mit ihren selbstgemachten Liedern (u.a. zu Jiang Qing) soll ein absoluter Höhepunkt gewesen sein. Im Gegensatz zu den letzten Jahren gab es dieses Jahr zum 8. März eine Zusammenarbeit verschiedener Frauengruppen (DFI, Friedensaktivistinnen, autonome Frauengruppen, Selbstuntersuchungsgruppe, „Frauen helfen Frauen“ und „Hexenhäuser“).

**Braunschweig 7.3.:** Am Nachmittag wurden Infotische und Gesprächskreise angeboten (Frauen gegen Militarismus, Frauen in die Bundeswehr) – Nein Danke!, Recht auf Arbeit auch für Frauen und zum § 218). Am Nachmittag beteiligte sich auch noch die DFI. Abends kamen dann 200 - 250 Frauen auf das Fest. Es wurde Geld für „Waffen für El Salvador“ gesammelt. Über den Braunschweiger Prostaglandin-Prozess berichtet und vieles mehr. Die DFI machte am Abend ein eigenes Fest mit Männern.

Geld für „Waffen für El Salvador“ gesammelt, über den Braunschweiger Prostaglandin-Prozess berichtet und vieles mehr. Die DFI machte am Abend ein eigenes Fest mit Männern.

**Hannover 8.3.:** Das Fest war von der Frauen-Aktionseinheit 800 bis 1.000 Frauen hörten sich Beiträge von chinesischen und türkischen Frauen an, klönten im Frauencafé, sahen sich eine Bauchlantzvorführung an und das Theaterstück der „Mittelfrauen“. Und es wurde natürlich nach Kräften geschwoft!

**Göttingen 7.3.:** „Das war erst der Anfang. Wir müssen noch viel lauter werden!“ Diese Stimmung herrschte bei den 200 Frauen, die ein Fest zum Abschluß der Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus, Frauen gegen Atomkraft und Umweltzerstörung!“ besuchten.

**Hamburg 7.3.:** Tausend Frauen amüsierten sich auf der Festveranstaltung des Aktionsbündnisses.

**Münster:** 400 Frauen besuchten ein Fest mit viel Tanz und heißer Musik am 7.3.

**Oberhausen 8.3.:** Gemeinsame Kulturveranstaltung vom Kulturreferat der Stadt und Frauengruppen. Anwesend waren zwischen 400 und 600 Menschen. Das äußere Bild wurde sehr stark von der DFI geprägt. Viele Frauen haben das Fest frustriert verlassen, u.a. auch weil viele Typen versuchten, zudringlich zu werden.

**Aachen 7.3.:** An einem Fest der DKP (Schwerpunkt „Frauen zum Bund – Nein Danke!“) beteiligten sich 150 Frauen und Männer. Außerhalb des traditionellen DKP-Spektrums ist an Mobilisierung so gut wie nichts gelaufen.

**Köln 8.3.:** Gemischte Frauenveranstaltung von einer türkischen Frauengruppe im Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum. Es kamen 150 Menschen, überwiegend Frauen, hörten Reden und sangen gemeinsam internationale Lieder.

**Tebingen 8.3.:** 150 - 200 Frauen informierten sich über „Gewalt gegen Frauen“ mit Filmen, Theater usw.

**Nürnberg 6.3.:** Wie alljährlich führte der DGB sein Aktionsfest zum Internationalen Frauentag durch. Das Motto war „Frieden und Arbeit für alle“. Sehr gut angekommen ist die Frauengruppe der IGM Nürnberg mit einem eigenen Theaterstück. 500 - 600 Kollegen und Kolleginnen nebst ihren Kindern besuchten das Fest. Wie immer gab es keine Zusammenarbeit mit den autonomen Frauengruppen.

**Mosbit (Westberlin):** Stadtteufrauentag zur Unterstützung der Frauencafé-Gruppe. Die Gruppe hat ein Haus mietet, um endlich Räume zu bekommen. Ca. 150 Frauen waren da. Und weil es so ein kleines Fest war, auch nicht nur Frauen aus „der Szene“.

**Bremerhaven:** Auf Drängen der DFI fand ein Fest mit Männern statt, das von 500 Menschen besucht wurde. Leider waren die Männer wieder mal in der Überzahl.

**Bremen:** Fest mit 400 Frauen. Eingeladen hatte das Bündnis der Aktionswoche gegen „Krieg und Militarismus“.

**Kiel 7.3.:** 300 Frauen sehen Theater, beteiligten sich an einem Quiz (EWG = Emanzen Werden Gewinnen), hörten Lieder und tanzten.

**Kiel 7.3.:** 300 Frauen sehen Theater, beteiligten sich an einem Quiz (EWG = Emanzen Werden Gewinnen), hörten Lieder und tanzten.



# 8. März in Hamburg – eine Bilanz

Ca. 2.000 Menschen nahmen an der vom DGB veranstalteten Demonstration teil, zu der auch die ASF, DFI und DKP aufgerufen hatten, außerdem das Aktionsbündnis „Frauen gegen Krieg und Militarismus“ (das vom 1. - 8. März in Hamburg eine Aktionswoche durchgeführt hatte) und eine Aktionseinheit von ca. 20 autonomen Frauengruppen und Organisationen wie dem KB, Bunte, Grüne u.a., die zusammen ein Frauenfest in der Hochschule für bildende Künste veranstaltet haben.

Gleich beim Abmarsch auf dem Legienplatz wurde per Lautsprecherdurchsage von einer DGB Funktionärin signalisiert, daß der DGB Block an der Spitze gehen würde und die Autonomen sich mit einem gewissen Abstand anschließen dürften. Mit dem Abstand klappte das nicht so ganz. Dennoch war es unübersehbar, wo der Block des DGB, in den sich auch DKP und andere gewerkschaftlich orientierte Kräfte eingereiht hatten, aufhörte. Hier nämlich begann an beiden Seiten des Zuges eine Bullecke, darunter eine Hundestaffel, die Körer ohne Maulkorb die Bullen in voller Mäutur.

Obwohl mehrfach vom Lautsprecherwagen der Aktionseinheit Frauen und den Demonstrantinnen selbst zum Verschwinden aufgefordert, „begleiteten“ die Bullen den Zug penetrant bis zur Abschlußkundgebung. Vom Lautsprecherwagen des DGB kam keinerlei Protest.

Trotz dieser Begleitumstände und des schlechten Wetters war der Block der Aktionseinheit Frauen wesentlich lebendiger und kämpferischer als der des DGB. Am Dammtor gab es noch einen Zwischenfall. Zuvöllern versuchten, einen Demonstranten aus dem Zug heraus zu verhaften. Schnell herbeieilenden Mitdemonstranten gelang es, ihn zu befreien.

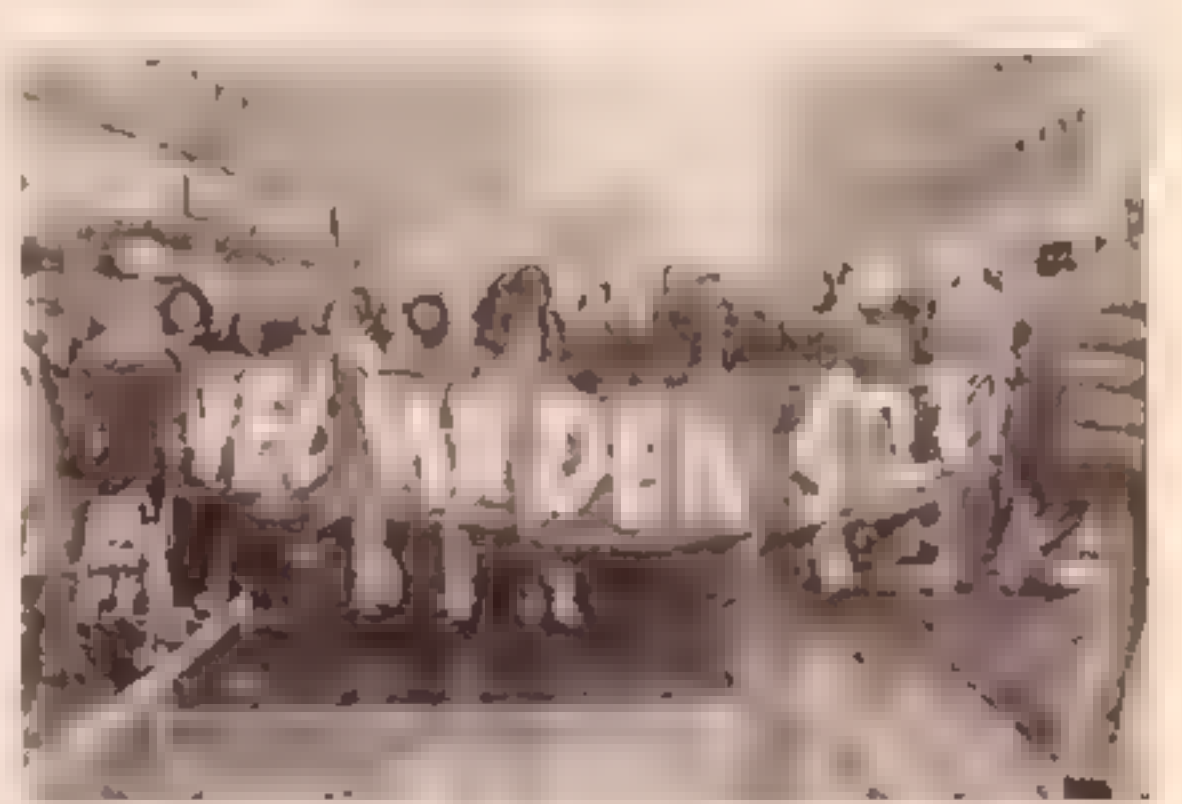
Auf der Moorwende sollte eine Abschlußkundgebung der DGB-Frauen stattfinden, die aber nicht nur buchstäblich ins Wasser fiel, weil es pausenlos regnete, sondern zusätzlich aufgrund der mangelnden Qualität der Lautsprecheranlage nur von wenigen Frauen gehört wurde.

Ins Curiohaus waren im Anschluß an die Demonstration noch etwa 150 Männer und Frauen gekommen. Mit Wandzeitungen und Infoständen stellten sich hier einzelne Frauen arbeitskreis und -ausschüsse des DGB vor. Die Dinob-Kolleginnen aus Bargteheide zeigten einen Film und berichteten über ihren Kampf „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“, eine Frau aus El Salvador und eine Türkin berichteten und beantworteten Fragen, türkische Frauen tanzten.

Die IG Metall-Frauen haben parallel dazu und auch am Vorabend eigene Veranstaltungen gemacht.

## Zur Vorbereitung der Veranstaltung

Die Initiative für Veranstaltungen zum diesjährigen 8. März auch im



Hamburg

DGB kam von einem Aktivistinnenkreis aus verschiedenen Einzelgewerkschaften der sich bereits Ende Oktober mit dieser Frage befaßt hatte und sehr intensiv an der Verwirklichung dieses Vorhabens gearbeitet hat. Waren anfangs Bestrebungen da, mit den autonomen Frauen gemeinsam an die Planung heranzugehen, wurden diese nach dem Brief des DGB-Bundesvorstands vom Anfang Dezember, der jegliche Zusammenarbeit mit nicht-gewerkschaftlichen Gruppen verbietet, auf eine inoffizielle Ebene verlagert und dadurch bedeutungslos (siehe auch AK 193, S. 27).

Eine Auseinandersetzung darum wurde nicht im Kreisfrauenrat dem offiziellen Gremium, geführt. Für die Funktionärinnen war das so was kein Problem und der überwiegende Teil der Vorbereitungsgruppe startete zu sehr auf die Möglichkeit, überhaupt DGB-Veranstaltungen machen zu können, nach dem Verbot im letzten Jahr und der Ignoranz in den Jahren davor. Im Vergleich dazu wurde für die meisten Frauen das Verbot der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zweitrangig. Sie wollten keinen Clinch darum eingehen aus Angst, die gesamte Vorbereitung könnte dann daran scheitern.

Konkret lief folgendes ab: Der Aktivistinnenkreis stellte frühzeitig den Antrag auf Durchführung einer Demo und einer Veranstaltung. Zuerst befaßte sich der Kreisvorstand des DGB-Nordmark überhaupt nicht damit, angeblich wegen eines zu hohen Kostenvoranschlags. Als schließlich von den Frauen die Kosten bis auf ein Minimum zusammengestrichen waren, wurde der Antrag genehmigt, ebenso das Aufruf-Flugblatt. Positiv war dabei insbesondere, daß die Frauen die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 und die Parole „Frauen zum Bund Wir sagen nein!“ aufgenommen hatten und damit bewußt einen Konflikt riskierten. Da der Kreisvorstand die Vorlage jedoch ohne (?) Diskussion verabschiedete, konnte es so verabschiedet werden.

In Kenntnis der langsamen Mü-

hen des Apparates lag die Druckvorlage für das Flugblatt bereits Anfang Februar vor. Der Druck „verzögerte“ sich dann aber „bedauerlicherweise“ solange, bis es zu spät war, die Flugblätter über den DGB zu verschicken. So wurden die Flugblätter ausschließlich durch die Initiative der an der Vorbereitung interessierten Frauen unter die Leute gebracht.

Allein schon vor diesem Hintergrund ist es einfach grotesk, daß der DGB einen Alleinvertretungsanspruch für die Demo erhoben hat und glaubte, es nicht nötig zu haben, sich mit anderen Kräften abzusprechen und auch die Abschlußkundgebung allein bestritten hat.

## Wie halten wir's mit den Autonomen?

Die Gestaltung der Abschlußkundgebung führte zu den schärfsten Auseinandersetzungen. Hier gab es auch bei den linken Kräften innerhalb der Vorbereitungsgruppe unterschiedliche Standpunkte. So standen sich drei verschiedene Auffassungen gegenüber:

## Wie halten wir's mit den Autonomen?

Die Gestaltung der Abschlußkundgebung führte zu den schärfsten Auseinandersetzungen. Hier gab es auch bei den linken Kräften innerhalb der Vorbereitungsgruppe unterschiedliche Standpunkte. So standen sich drei verschiedene Auffassungen gegenüber:

- 1) Auf jeden Fall müßten bei der Abschlußkundgebung autonome Frauen zu Wort kommen (konkreter Vorschlag: eine Vertreterin der „Frauen gegen Krieg und Militarismus“). Dieser Vorschlag wurde auch vom GEW-Frauenrat unterstützt.
- 2) Es sei nicht sinnvoll, um einen Beitrag autonomer Frauen auf der Abschlußkundgebung in den Clinch zu gehen. An dieser Auseinandersetzung könnte sonst womöglich das ganze Vorhaben platzen. Die Inhalte aus der autonomen Frauenarbeit müßten natürlich bei der Kundgebung vertreten sein. Sie sollten selbstverständlich Teil eines Beitrags werden, den die Vorbereitungsgruppe zur Geschichte und zum heutigen Stand der Frauenkämpfe erarbeiten würde.
- 3) Dieser Standpunkt kam von den eingefleischten DGB-Funktionärinnen einschließlich DKP-orientierter.

Fortsetzung nächste Seite



Hamburg: Bullen mit Hunden „begleiten“ den Frauenblock.

Dazu das „Hamburger Abendblatt“ vom 9.3.: „Empört zeigte sich eine junge Mutter, als plötzlich ein Polizeihund ihren Lütten in der Sportkurve beschneifelte und der Hund sich von dem Kind auch noch dankbar streicheln ließ – während eine friedliche Demonstration ...“

## ♀-Demo zum Lübecker Knast

Zum internationalen Frauentag hatten verschiedene anti-imperialistische Frauengruppen zu einer Demonstration für die politischen gefangenen Frauen im Lübecker Knast aufgerufen. Über 100 Frauen sind gekommen. Sie demonstrierten ohne „besondere Vorkommnisse“ durch die Innenstadt zum Knast unter Transparenten wie: „Frauenpower gegen die Betonsackbauer“, „Freiheit für die poli-

tischen Gefangenen“ und ähnlichen Forderungen der Hungerstreikenden.

Mitten auf einer Kreuzung machten sie spontan eine Kundgebung, vor dem Knast riefen sie die Namen der gefangenen Frauen und führten eine weitere Kundgebung durch.

Eine Genosin der AG Frauen/Bremen

Fortsetzung von der vorherigen Seite

waren als die gemeinsame Demonstration aller Frankfurter Frauengruppen gegen Gewalt und Krieg.“ (Zur Auseinandersetzung mit der ASF siehe nebenstehenden Artikel)

Jetzt erst recht: Frauen gegen Gewalt und Krieg!

Das Demonstrationsverbot und der Polizeiterror, der dieses Verbot durchsetzen sollte, erinnerte viele Frauen an

Brokdorf. Diese Entwicklung der schrittweisen Einschränkung des Demonstrationsrechts und der immer massiver und bedrohlicher werdenden Staatsgewalt bestätigten in erschreckender Weise die Notwendigkeit unserer Demonstration: „Angesichts dieser Androhung von Gewalt gegen Frauen und Kinder erscheint uns eine Demonstration von Frauen gegen Gewalt und Krieg notwendiger denn je!“

KB-Frauengruppe Frankfurt









Tübingen

## Bundesweite Aktionswoche »Frauen gegen Krieg und Militarismus«

Schon in der Woche vor dem 8. März fanden an vielen Orten Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen einer Aktionswoche »Frauen gegen Krieg und Militarismus« statt. Da allzu detaillierte Aufzählungen erfahrungsgemäß bei den Leser(innen) nicht gerade die Spannung fördern, haben wir versucht, die eingegangenen Berichte auf das Nötigste zu beschränken.

### Bremen

An der Vorbereitung beteiligten sich 16 Frauengruppen, neben Gruppen aus der autonomen FB u.a. auch die DFL, VVN-Frauen und die »Frauen für den Frieden« in der Ev. Ziongemeinde. Die ASF beteiligte sich dagegen nicht. Veranstaltungen wurden durchgeführt zu den Themen:

- Nicaragua und El Salvador,
- Diskussion über Frauenalltag im Krieg und die Geschichte der Frauenbewegung, an der auch ältere Frauen teilnahmen,
- heimliche Militarisierung, d.h. die Einplanung der Frauen für den nächsten Krieg durch Notstandsgesetze u.ä. und über die Verweigerungsaktion;
- Diskussion über Carmen Castillos Buch »Santiago de Chile - ein Tag im Oktober«.

Zur Demonstration am 7.3. hatten die Frauen sich als Schwesternhelferinnen, Rüstungsarbeiterinnen und Soldatinnen verkleidet und mit Transparenten wie »Wir lassen uns nicht einplanen!« ausgerüstet, so erregten sie in der Innenstadt Aufsehen und Aufmerksamkeit.

### Bremerhaven

Die »Offene Frauengruppe Bremerhaven« hatte drei kleinere Veranstaltungen vorbereitet:

- »Bremerhavenerinnen erzählen vom Krieg«;
- Aufführung des Films »War Game«;
- Diskussion von Lehrerinnen und Frauehrinnen über »Erziehung zum Frieden« und die heute übliche militaristische Einwirkung auf Kinder und Jugendliche.

### Kiel

Neben Veranstaltungen der Notrufgruppe und über Verhütung (für Schülerinnen) gab es auch solche mit antimilitaristischer Thematik: Am Dienstag veranstaltete die »Frauengruppe ohne Namen« eine Diskussion für Schülerinnen (und Schüler) zur Kriegsgefahr und Militarisierung von Frauen. Am Mittwoch kamen 60 Frauen zum Vortrag »Faschismus kommt nicht über Nacht« mit anschließender Diskussion, der von der Frauengruppe »Frauen und Faschismus«, der DFL und DFG/VK angeboten wurde. Am Freitag gab es Straßentheater in der Einkaufsstraße, die »Frauengruppe ohne Namen« führte ein Stück gegen »Frauen zum Bund« auf.

### Westberlin

In Westberlin fand täglich eine Veranstaltung der Initiative »Frauen für Frieden« statt, teils zum Komplex Mittelstreckenraketen - Atomkraft - Zivilverteidigung, aber auch zu spe-

zielleren Themen wie Stadtzerstörung, zur Pazifistin Bertha von Suttner, zu Frauen in der Dritten Welt.

### Göttingen

Viele einzelne Frauen und 12 Frauengruppen beteiligten sich an den Aktionen. Eingeweiht wurde die Woche mit dem Film »Paul Jacobs und die Atombande« über die Atomwaffenversuche in den USA. Eine Ärztin informierte über die Gesundheitsgefährdung durch Atomenergie und den Zusammenhang von AKWs und Atomwaffen.

Im Mittelpunkt der Woche stand eine Diskussionsveranstaltung zu den Nachrüstungsbeschlüssen der NATO, die mit einer (gespielten) Podiumsdiskussion begann.

Am Aktionstag am Samstag wurde das Innenstadtpublikum von einem gespielten Atomüberfall auf die Stadt überrascht.

### Heidelberg

Frauen aus verschiedenen Frauengruppen und Initiativen und einzelne Frauen führten eine Diskussionsveranstaltung und eine Ausstellung durch, die allerdings aufgrund der unzureichenden Mobilisierung nur relativ mäßig besucht wurden. Viel Erfolg hatte eine Aktion in der Stadt zu »Erziehung zum Militarismus« und »Ziviler Verteidigung«, mit Stellwänden und Verkleidung (Schwestertracht, Bundeswehrhelme). Ein Brief an Apel mit der Verweigerung der Dienstverpflichtung wurde von über 100 Frauen unterschrieben. Die an der Aktion beteiligten Frauen wollen als feste Gruppe weiterarbeiten.

### Tübingen

Die Aktionswoche wurde in Tübingen vom »Frauenforum« (Zusammenschluß von 12 Frauengruppen) getragen. Neben Info-Ständen und nachmittäglichen »Frauenfriedenscafés« gab es eine Veranstaltung der Gruppe »Frauen zum Militär«. Eine Dia-Serie informierte über die umfassende Einbeziehung von Frauen zu Kriegsdiensten (Beispiel: Auf einem Bild zwei neckisch lächelnde Dürdi-Mädel, darunter: »Sie sorgen für gute Laune, und gute Laune hilft gegen...«), ein Sketch zeigte, wie auch heute für den weiblichen Einsatz im »Verteidigungsfall« gesorgt ist.

Eine Genossin der AG Frauen Hamburg, nach Berichten von Genossinnen

## »Apel du Tornado-Schwein, mach doch deinen Krieg allein!«

Vom 1. bis 8. März fand in Hamburg wie auch in anderen Städten der BRD und im Ausland eine Aktionswoche »Frauen gegen Krieg und Militarismus« statt. Zu den Veranstaltungen kamen jeweils 90 bis 130 Frauen, zu der Demonstration gegen den Besuch von Apel im Amerikahaus bei »Hamburger Frauenverbänden« ca. 200. Viele Frauen trugen sich in Listen ein, weil sie Interesse haben, sich weiter gemeinsam mit anderen Frauen gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges zu wehren.

Getragen wurde die Woche von autonomen Frauen, Frauen aus der War Resisters International, der Graswurzelrevolution, dem K.B., den Bün- den, den Grünen, der Volksfront, den Frauen gegen Imperialismus und Krieg und Frauen, die im Frauenausschuß der GEW mitarbeiten. Die Woche begann am Sonntag mit einer Veranstaltung, in der Frauen über die psychologische Kriegsvorbereitung, z.B. mit entsprechenden Hetzfotos über den »roten Iwan« in den USA, berichteten, über die Wahrscheinlichkeit eines atomaren Krieges in Europa informierten, und mit entsprechenden Gesetzestexten die Betroffenheit der Frauen bzw. ihre Einplanung im zivilen Bereich aufzeigten. Am Montag war Protest angesagt. Kriegsminister Apel sprach auf Einladung des »Hamburger Frauenverbandes«, in dem 58 bürgerliche Frauenverbände zusammengeschlossen sind, im Amerikahaus. Die Frauen der Aktionswoche sahen dies als Provokation an. Ihr Wunsch ging von Verhinderung der Veranstaltung bis dahin, Frauen, die zur Veranstaltung gingen, davon zu überzeugen, wegzubleiben. In einem kämpferischen Zug zogen die Frauen vom Amerikahaus. Dort empfing sie ein Aufgebot von Polizei. Kaum erreichten die Frauen mit dem Transparent »Frauen gegen Kriegsminister Apel« den Platz vor dem Amerikahaus, da knüppelten die Bullen schon los. Eine Frau, die das Transparent hielt, bekam einen so

Tagungsraum.

Das Amerikahaus ließen sie rechts liegen, sehr zum Erstaunen der Bullen, die mit ihren Blaulichtautos schon wieder bereit waren, um es zu »schützen«. Der geglückten Demo folgte eine Auseinandersetzung mit den Frauen, die Kritik an dem Verhalten einiger Frauen vor dem Amerikahaus hatten. Diese Frauen hatten Farbfarben geworfen, ohne daß sie dies in der vorhergehenden Diskussion angedeutet hatten. Die Frauen von der »Gewaltfreien Aktion« fühlten sich durch das Vorgehen unter Druck gesetzt. Die anderen Frauen wiesen diese an sich berechnete Forderung mit dem Hinweis auf Konspiration zurück. Zu recht wehrten sich die Frauen gegen den Vorwurf der Gewaltfreien, daß »Gewalt Gegengewalt erzeugt«, als ob die Frauen für die Brutalität der Bullen verantwortlich wären. Eine Frau wies darauf hin, daß eine Aktion der Gewaltfreien in Brokdorf ganz brutal von den Bullen zusammengeschlagen worden war.

Am Dienstag informierten Frauen in vier Referaten über die Einseitigkeit der Nato, das »Märchen von der Überlegenheit des Warschauer Paktes«, die »Nachrüstungsbeschlüsse« und die wirtschaftlichen Konsequenzen aus dem Bestehen des Nato-Bündnisses. Nach einer kurzen Information über das Bestehen von verschiedenen Frauenbewegungen in der Geschichte einer proletarischen und einer bürgerlichen und deren unterschiedlichen Verhalten gegenüber dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, entwickelte sich am Mittwoch eine Diskussion über die Berechnung einer Frauenbewegung gegen Krieg und Militarismus überhaupt. Einige Frauen waren der Ansicht, es wäre nötig, sofort mit den Männern gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges zu kämpfen; andere sahen die Gefahr des Weltkrieges in der Wirtschaftskrise zu kämpfen; andere sahen die besondere Betroffenheit der Frau, die eben z.B. durch ihre Einplanung im Zivilschutz - aber nicht nur da - an-



harten Schlag auf den Kopf, daß sie sofort zum Arzt mußte. Mit unglaublicher Aggressivität gingen die Bullen auf die Frauen los, trieben sie mit Knütteln und Hieben auf die andere Straßenseite - über die Fahrbahn, die noch von Autos befahren war. Eine Frau fiel hin und konnte sich nur mit Mühe vor den Bullen retten. Gleichzeitig standen etwa 20 Frauen von der Initiative »Frauen zur Bundeswehr wir sagen nein« und Frauen mit Transparenten der SDAJ auf einer Seite des Amerikahauses, verteilten Flugblätter und sangen Lieder. Die Frauen von der Aktionswoche hielten sich noch kurz vor dem Amerikahaus auf, das von Polizei umstellt blieb, und beschlossen, in einer spontanen Demonstration zur Poststraße in der Innenstadt zu ziehen, wo am Vormittag Frauen und Kinder des »Modellversuchs« »Frauen in Männerberufen« die »Leitstelle zur Gleichstellung der Frau« besetzt hatten, um ihren Forderungen nach angemessener Unterstützung Nachdruck zu verleihen.

In der Poststraße sollten die Frauen jedoch nicht kommen. Bullenautos mit Blaulicht riegelten die Straße ab. Die Frauen wollten auf einem Umweg die Poststraße erreichen. Aber auch da war alles dicht. Das Angebot der Demonstrantinnen, die Demo aufzulösen und als Passantinnen zur Leitstelle zu gehen, um dort den Frauen Solidarität zu bekunden, nahmen die Bullen nicht an. Sie wollten lediglich ein, zwei Frauen durchlassen. Das wollten die Frauen aber nicht. Sie kehrten um, immer von Bullen rechts und links des Zuges begleitet. Mit Parolen wie »Apel, du Tornado-Schwein, mach doch Deinen Krieg allein!«, »Jagt dem Apel, diesem Geier, die Tornados in die Eier!«, »El Salvador, Iran, Türkei, bei jeder Schweinerei ist die SPD dabei!« zogen die Frauen zurück zu ihrem

dem vom Krieg betroffen ist als die Männer.

Diese Frage wie auch unterschiedliche Meinungen zum Widerstand gegen die Nato wurden nur andiskutiert und machen die weitere Auseinandersetzung der Frauen zu diesen Themen notwendig und möglich. Auf der Abschlußveranstaltung am Freitag diskutierten die Frauen an konkreten Widerstandsformen, die sie zunächst entwickeln wollen. Geplant sind eine Dokumentation der Aktionswoche, regelmäßige Böchertische in der Stadt, Weiterbestehen der Arbeitsgruppen zu der Aktionswoche bzw. Bildung von neuen, die Einberufung eines Frauenkongresses zu diesem Thema im Herbst, Möglichkeiten für einen BRD-weiten »Friedenszug«, eine bundesweite Verweigerungsaktion des Artikels 12a Abs. 4 Grundgesetz, das Sammeln von Unterschriften unter den »Krefelder Appell«. Letztere Aktivität war umstritten, da einige Frauen meinten, die Unterschrift unter solch einen Appell würde nur Illusionen in die Regierung und ins Parlament wecken. Es wurde zu der Demonstration am 7. März und zur Solidaritätsdemonstration mit den hungerstreikenden Frauen in Lübeck am 8. März aufgerufen sowie zu den geplanten Demos in Rammstein. Auf dem Frauenfest am 7. März in Lübeck stellten die Frauen ihre Aktionswoche vor. Einige Frauen aus dem Vorbereitungskreis werden auch an Veranstaltungen auf der Hamburger Frauenwoche »Frauen lernen gemeinsam« durchführen. U.a. soll die Diskussion über die verschiedenen Widerstandsmöglichkeiten in einer Veranstaltung am Freitag, dem 27. März, von 15 bis 18 Uhr stattfinden, als »Streitgespräch« unter dem Titel: »Frauen gegen den Krieg - aber wie!«

Eine Hamburger Genossin

Zur Frauenpolitik des  
Kommunistischen Bundes

WIR SEHEN ROT!

**INHALT:**

- 8. März, internationaler Frauentag.
- Frauen gegen vernechte und idfische Militarisierung
- Männer sprechen »Recht« - die zweite Vergewaltigung
- PROTAGLANDINE - Frauen als Versuchskaninchen
- Frauen und Kriegsgesetze: Ein Frauenrecht für den zivilen Bereich?
- Freiheit für Jiang Qing!
- Ohne Feminismus kein Sozialismus - ohne Sozialismus kein Feminismus!
- Lesben im K.B. u.a.

Diese Broschüre der Frankfurter K.B.-Frauen kann bestellt werden bei S. Lüscher, Rödelheimer Str. 13, 6 Frankfurt 90 und kostet DM 3,-



# § 218 — Fünf Jahre nach der »Reform«

**Frankfurt:**  
Unter diesem Motto stand die Veranstaltung der 218- und Beratungsgruppen aus Darmstadt, Frankfurt und Neu-Isenburg am 25.2. anlässlich des

Schaft sowie die Entwicklung der Familienpolitik der etablierten Parteien hin zur repressiven Bevölkerungspolitik im letzten Jahr. Zu diesem Bereich hatten wir eine SPD-Landtagsabgeordnete und eine Frau aus dem

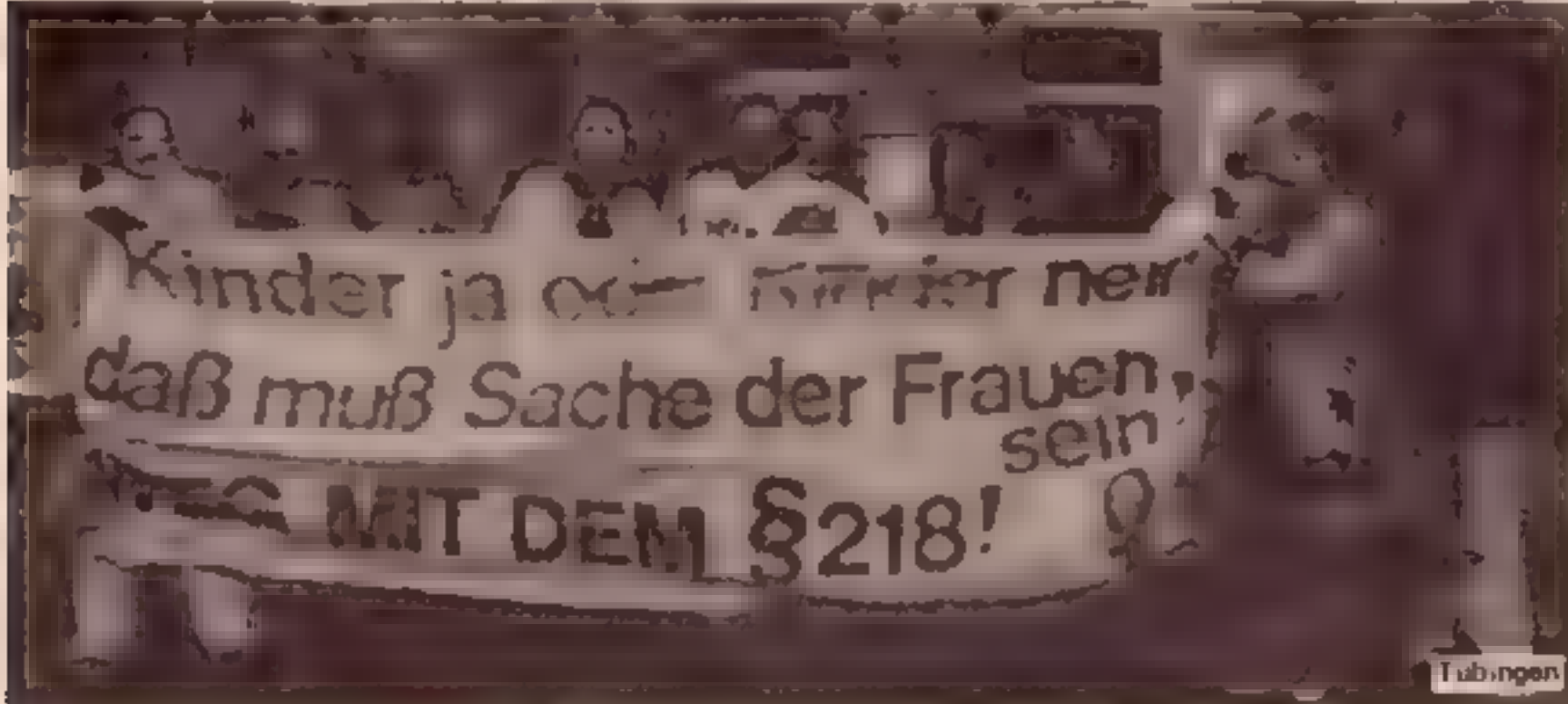
im letzten Jahr weniger als 100 Abbrüche vorgenommen. Selbst im orthodoxen und CSU-regierten München waren es weit über tausend! Als Beispiel für eine jährliche Reform wurde Italien angeführt

bungsdienster gesorgt haben, nötigenfalls unter Heranziehung anstaltsfremder Gynäkologen, die keine Erklärung zur Verweigerung aus Gewissensgründen abgeben haben." (aus „Deutsches Ärzteblatt“, Febr. 81)

gegangen wurde. Die Situation von Pro Familia, ein Plädoyer für ambulante Abbrüche, die in Baden-Württemberg trotz starkem Bedarf nicht erlaubt sind und die Kinderfeindlichkeit in Tübingen (siehe Kasten) waren Inhalt der Stellwände.

Am Nachmittag fand sich eine Gruppe von ca. 20 Frauen zusammen, die einen geplant spontanen Zug durch die Stadt machten, Parolen riefen und mit Trommeln und Ratschen auf sich aufmerksam machten.

Die § 218-Gruppe führte unterwegs zwei Sketche auf und sang 218-Lieder.



## Tübingen:

Am 25.2. hat die § 218-Gruppe Tübingen einen Infomarkt in der Stadt gemacht, mit Flugblättern zum Thema „Chemische Gewalt gegen Frauen“ (Duogynon, Prostaglandine), auf denen außerdem noch einmal auf das Bundesverfassungsgerichtswort ein-

## Kinderfeindlichkeit in Tübingen

Am 28.1.81 hält Prof. Waller in Tübingen eine Vorlesung an der medizinischen Fakultät. Unter den Teilnehmern befindet sich eine Studentin mit ihrem Kind. Der Herr Professor und die Mehrheit der anwesenden Mediziner sind der Meinung, sie sei hier fehl am Platz und es sei nicht ihr (der Mediziner) Problem, wo sie ihr Kind in der Zeit der Vorlesung unterbringen könne...

Das sagen die gleichen Mediziner, die Frauen im Rahmen des § 218 eben diese Entscheidung absprechen, die gleichen Mediziner, die sich mehrheitlich mit Händen und Füßen gegen die Abschaffung des § 218 sträuben! Was ist das für eine Moral, die sich für das ungeborene Leben

stark macht, sich aber um das geborene Leben einen Dreck kümmert?

Im Juli 81 läuft die Finanzierung einer Kindertagesstätte in Tübingen für Kinder unter 3 Jahren ab. Die Bemühungen der Eltern, andere Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, sind bislang erfolglos geblieben, da öffentliche Förderungen erst ab 3 Jahre aufwärts zugestanden werden. Die Eltern sind dann wieder allein auf sich gestellt, mit „ihrem“ Problem.

Wo und hier aber die Verfechter des Abtreibungsverbots, die, ach, so kinderfreundlichen Beschützer des „werdenden“ Lebens?!

5 Jahrestages des Bundesverfassungsgerichtsurteils gegen die Fristenregelung.

Auf dieser Veranstaltung, die mit ca. 60 Frauen und einigen Männern recht gut besucht war, wurde anhand eines Videofilms über das Tribunal gegen den § 218, das im letzten Jahr in Frankfurt stattfand, anhand von Berichten aus der Beratertätigkeit der Frauenzentren, der Pro Familia und des Frauengesundheitszentrums und mit Erfahrungsberichten von Frauen, die in Frankfurt und Umgebung abgetrieben haben, die Situation für Frauen, die hier eine Abtreibung vornehmen lassen müssen, dargestellt.

**Nürnberg:**  
Der 25. Februar war für uns Frauen aus der „§ 218-Initiative Nürnberg“ Anlaß, eine Bilanz über die 5 Jahre Reform des § 218 zu machen. Mit 120 Besucherinnen, die wir dazu veranstalteten, ein schöner Erfolg.

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildeten die verschärften Angriffe gegen die Notlagen-Indikation aus den Reihen der CDU/CSU, der katholischen Kirche und der Ärzte-

bayrischen Mütterdienst der ev. Kirche eingeladen. Die SPD-Vertreterin stellte die Arbeit der ASF, den ständigen Clinch mit den Parteimännern und die Unmöglichkeit, gegen den Widerstand der CSU Verbesserungen durchzusetzen, dar. Interessant war der Beitrag der Kirchenvertreterin über den totgeschwiegenen Widerstand der Frauen innerhalb der Kirche und die Versuche der Kirchenleitung, auch frauenbewegte Frauen in ihre Organisationen zu integrieren, um den Einfluß auf die Frauen nicht zu verlieren.

Über die nächste Praxis des § 218 in Bayern hat einen Schwerpunkt in der Veranstaltung der Richterinnen des Kassenärztlichen Bundesverbands, eine Vertreterin der Ärzte, weiblich, und eine schwangschaftsberaterin aus Tübingen. Hier wurde noch einmal ganz deutlich, daß die Reform keine ist, solange ihre Umsetzung in die Praxis von den Abtreibungsgegnern weitgehend boykottiert werden kann. Dadurch, daß in Bayern z.B. keine ambulanten Abbrüche durchgeführt werden dürfen, sind hier die Frauen auf Krankenhaus- und Polikliniken angewiesen. Da in den wenigsten Fällen Betten für Abbrüche zur Verfügung stehen, ist ein besonderes Beispiel ist die SPD-Stadt Nürnberg, die die größte Frauenklinik in der BRD besitzt. Hier wurden

Dort ist „Jedes öffentliche Krankenhaus, das über eine geburtsärztliche-gynäkologische Abteilung verfügt, von Gesetzes wegen verpflichtet, den Abtreibungsdienst zu gewährleisten, selbst wenn das gesamte ärztliche Personal die Erklärung der Verweigerung aus Gewissensgründen abgegeben hat. Der Präsident der Krankenhausverwaltung kann wegen „Unterlassung einer Amtshandlung“ angeklagt werden (Hafstrafe bis zu einem Jahr), sollte er nicht in jedem Falle für die Aufrechterhaltung des Abtrei-

## Frauen als Versuchstiere Zwangssterilisations-Experimente!

Mitte 1979 wurde gegen den Chefarzt der geburtsärztlichen-gynäkologischen Abteilung des Hamburger Elisabeth-Krankenhauses, Dr. H.J. Lindemann Strafanzeige erstattet. Lindemann hat an ca. 900 Frauen operationslose Sterilisationsversuche ausgeführt, meistens in 140 Fällen ohne Wissen der betroffenen Frauen. Eingebettet sind

Die Zahl der von Lindemann mit tatkräftiger Unterstützung von Ethikon- und Pharmakonzernen durchgeführte Zwangssterilisationsversuche ist lang und in deren Auswirkung auf die Betroffenen erniedrigend und häufig schmerzhaft.

Bei 304 Patientinnen verkehrte er

Die Sterilisationsexperimente waren von Anfang an in die Alltagsgewohnheit der von den gezielten Abtreibung unterworfenen Frauen eingeschrieben. So wie es auch die operationslose Sterilisation empfohlen, nichtwissend wurden die Frauen zum lebenden Versuchssubjekt.

Von Lindemann veröffentlichte Fo-

## Frauen als Versuchstiere Zwangssterilisations-Experimente!

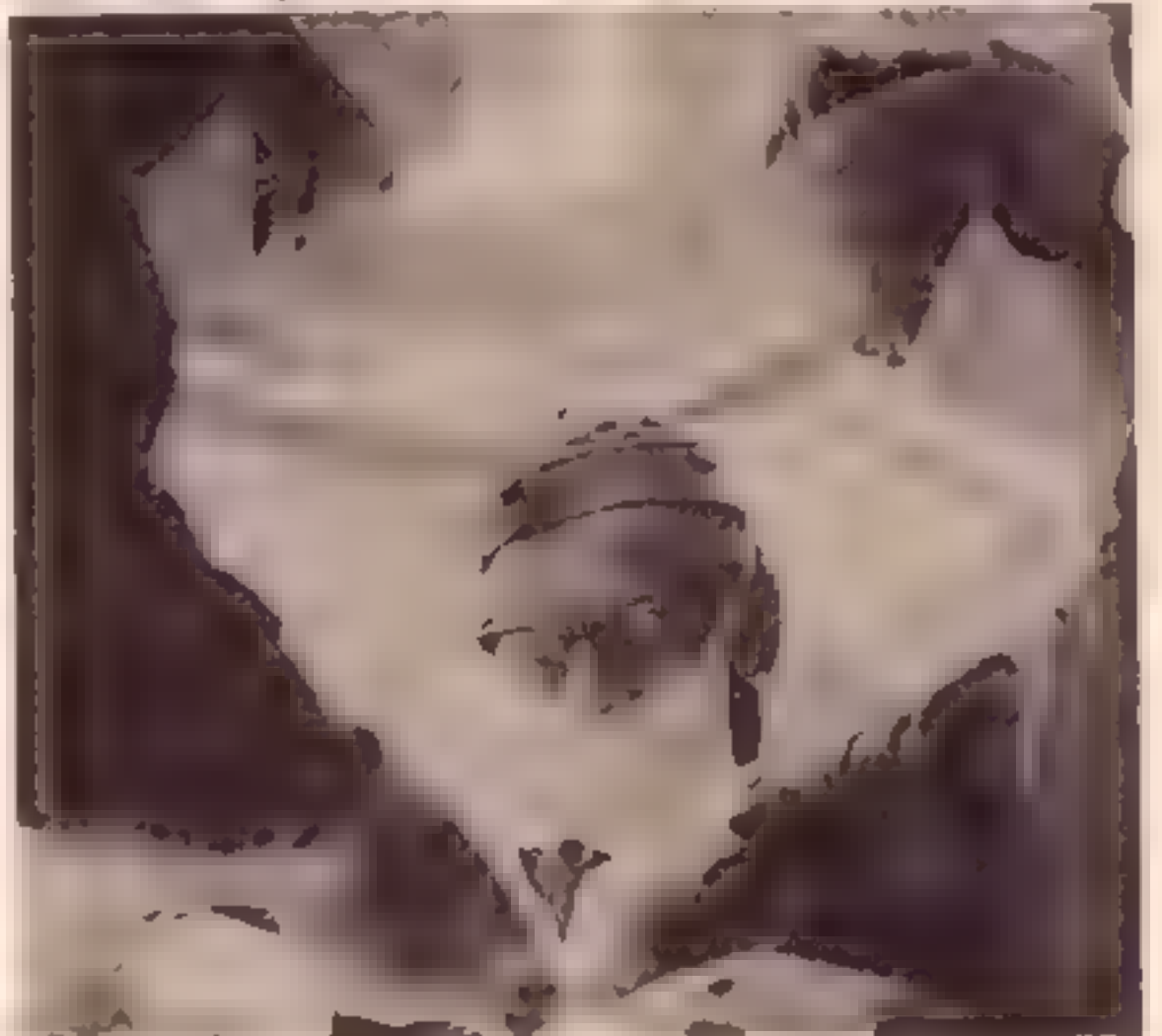
Mitte 1979 wurde gegen den Chefarzt der geburtsärztlichen-gynäkologischen Abteilung des Hamburger Elisabeth-Krankenhauses, Dr. H.J. Lindemann Strafanzeige erstattet. Lindemann hat an ca. 900 Frauen operationslose Sterilisationsversuche ausgeführt, meistens in 140 Fällen ohne Wissen der betroffenen Frauen. Eingebettet sind

Die Zahl der von Lindemann mit tatkräftiger Unterstützung von Ethikon- und Pharmakonzernen durchgeführte Zwangssterilisationsversuche ist lang und in deren Auswirkung auf die Betroffenen erniedrigend und häufig schmerzhaft.

Bei 304 Patientinnen verkehrte er die Eierleitenden mit einem Siemens-Radiometer, 216 Patientinnen sterilisierte er mit einem Mikrokongulator einer anderen Firma der Medizinbranche. Beides brachte nicht die gewünschten Ergebnisse, es kam zu unerwünschten Schwangerschaften.

Die Sterilisationsexperimente waren von Anfang an in die Alltagsgewohnheit der von den gezielten Abtreibung unterworfenen Frauen eingeschrieben. So wie es auch die operationslose Sterilisation empfohlen, nichtwissend wurden die Frauen zum lebenden Versuchssubjekt.

Von Lindemann veröffentlichte Fotos (2) lassen Karl-Heinz Roth vermuten, „daß Frauen, die zur Schwangerschaftsunterbrechung angewiesen wurden, ... möglicherweise sogar mit Ethiblock zwangssterilisiert wurden“ bevor er (Lindemann, Ann. Verl.) den Keim mit der Saugkürette absaugte.



Überschüttet ob dieser Mißerfolge versuchte er es mit einer von der Firma West folgebatenen Schwachstrommethode. Aber auch hierbei blieb die Absicht, die Eierleiter dauerhaft zu verschweißen, ohne Erfolg.

Lindemann wandte er sich dann 1975 einem chemischen Verfahren des Eierleiterschlusses zu. Mittels der erweiterten Hysteroskopie (Gebärmutterspiegelung) wurde an die Eierleitenden eine Mischung aus Ethiblock und dem stark ätzenden Silbernitrat verabreicht, beides keine für die Frauenbekunde zugelassenen chemischen Substanzen. Großzügig wurde das Experiment von der Firma Ethicon aus Schweden unterstützt (1).

Lindemann experimentierte außerdem in brutaler Weise mit Prostaglandin, um die Lokalanästhetik oder aufwendige Vollnarkose, die zur Erweiterung des Gebärmutterkanals Vorbedingung ist, zu ersparen. Die durch Prostaglandin hervorgerufenen starken Schmerzen sind seit deren Verwendung bei Schwangerschaftsabbrüchen hinreichend bekannt.

Die ohne Einwilligung an Frauen durchgeführten Sterilisationsexperimente betrafen Frauen, die zum Zwecke der Gebärmutterentfernung in seine Abteilung eingewiesen wurden. Der Vorteil für ihn bestand darin, daß er die Zwangssterilisation wenige

Fortsetzung nächste Seite

## Regionales § 218-Treffen in Stuttgart und Demo in Karlsruhe

Am 1.2. fand ein regionales § 218-Treffen in Stuttgart statt, zu dem Frauen aus Freiburg, Mühlacker, Ludwigsburg, Stuttgart und Tübingen gekommen waren, um über das weitere Vorgehen im Kampf gegen den § 218 in Baden-Württemberg zu beraten.

Erstmalig war auch eine Frau von der Zeitung „Frauen auf die Barrikaden“ gekommen, um uns mitzuteilen, daß sie in Karlsruhe eine Demo für den 25.2. geplant hätten, deren zentrale Forderungen der Erhalt von Pro Familia und die ersatzlose Streichung des § 218 seien. Die Demonstration war bereits von dem Aktionsbündnis als regionale Aktion gedacht. Nachdem die anwesenden Frauen erst mal — trotz Bedenken — zugesagt hatten, diese Demo zu unterstützen, war spätestens nach Rücksprache in den jeweiligen Gruppen klar, daß auf diesen kurzen Zeitraum zum einen eine Mobilisierung der in Frage kommenden Bündnispartner (Pro Familia, NU, DGB...), zum anderen eine Beteiligung größerer Teile der Frauenbewegung, die bereits voll in der Vorbereitung von 8. März-Aktionen steckt, nicht mehr möglich war und von daher eine regionale Demo von ihnen abgelehnt wurde. Die Bedenken der „Basis“ (Freiburg, Tübingen, Stuttgart) wurden von den Organisatorinnen der Karlsruher Demo nicht sehr ernst genommen: die „Barrikaden“-Frau, die unsere Kontaktfrau war, berief sich lediglich darauf, daß alles bereits beschlossene Sache sei und wir im übrigen zu pessimistisch wären. Wie es schließlich dazu kam, daß auf den Plakaten dann doch nichts mehr von regionaler Demonstration zu lesen war, ist von uns nicht ganz nachvollziehbar.

### Die Demo

Das Aktionsbündnis, das zur Demo in Karlsruhe aufrief, bestand schließ-

lich aus KBW, Kommunistische Liga und GIM (beides Trotzkisten), „Frauen auf die Barrikaden“ und Frauen aus der Massage-Gruppe. Zur Demo kamen ca. 200 Menschen, von denen sich etliche KBW-Männer besonders hervorhoben. Einer von ihnen gab uns Frauen Anweisungen über Megaphon, wie wir uns aufzustellen hätten und welches Transparent wir wo getragen werden sollte. Die erste Reihe bildeten dann auch 5 Männer, und das Megaphon blieb fest in Männerhand. Als mehrere Frauen ihn aufforderten, das Megaphon abzugeben, da auch viele Frauen die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht der Frau vermittelten, mußte Frau sich auch noch arrogant anmachen lassen: Er täte nur, was vom Aktionsbündnis beschlossen worden sei, und wir sollten doch froh sein, daß sooo viele Männer sich am Kampf gegen den § 218 beteiligen würden. Tja, wenn uns die Herrn schon so toll unterstützen, dann wollen sie doch wenigstens bestimmen, wo's lang geht. KBW, oje oje!

Als wir nach der Demo unsere Kritik anbringen wollten, beschwichtigten die „Barrikaden“-Frauen auch noch: Man müsse ja Kompromisse eingehen, wo es ja zur Zeit keine § 218-Bewegung gebe. Und das auf dem Hintergrund, daß sie voll an den bestehenden § 218-Gruppen vorbeimobilisiert hätten! Aus der zentralen Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für die Frau wurde so aus Rücksicht auf die KBW-Paps „Ob Kinder oder keine, bestimmen wir alleine“, was ja noch nicht mal so peinlich gewesen wäre, wenn wenigstens eine Frau am Megaphon gewesen wäre. Wir Frauen aus Tübingen fühlten uns ziemlich instrumentalisiert. Wir waren stinkesauer!

Eine Tübinger Genossin

### Der Tod ist einkalkuliert

Stellvertretend sei hier der Leidensweg einer der Betroffenen, Frau Y., 33 Jahre alt, Kassiererin, dargestellt.

Am 21. März 1979 wird sie wegen eines gutartigen Gebärmuttergeschwulstes ins Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert. Lakonisch wird ihr bedeutet, man müsse vor dieser Operation ihre Gebärmutter „ausschaben“, um sicher zu sein, daß darin kein Krebs steckt! Eine medizinisch unsinnige Begründung, die in verlogener Manier den Eingriff zur Zwangssterilisation rechtfertigen soll. Dieser ist bei Frau Y. besonders gefährlich, Mehrmals operiert, war es bei ihr einmal zu einem schweren Narkose-Zwischenfall gekommen. Mit der zum Experiment nötigen Vollnarkose riskierten Lindemann und sein Oberarzt Gahleitel wissentlich den möglichen Tod von Frau Y. Obwohl beide von einer Schwere darauf angesprochen wurden — „Sie haben schon genug herumsterilisiert, können sie nicht wenigstens diese Frau in Ruhe lassen!“ — wurde sie am 23.3. in Vollnarkose sterilisiert. Vier Tage später wurden ihr die Gebärmutter und die verbliebenen Eierleiter entfernt — wieder in Vollnarkose. Die mal Ethiblock verblöckten Eierleiterabschnitte wurden dann, wie alle, von Prof. Stegner, Leiter der histopathologischen Abteilung der Hamburger Universitäts-Frauenklinik untersucht.



Tage vor der eigentlichen Operation unter Vorspiegelung falscher Tatsachen durchführen und dann mit Entfemen der verblockten Eileiterschlingen seine Experimente auf den Erfolg hin überprüfen konnte.

## Die Parallele: Nazi-Arzt Clauberg

Die von Lindemann praktizierten Methoden besitzen überraschende Ähnlichkeit mit den 1940 bis 1944 von den Faschisten an KZ-Frauen durchgeführten Experimenten. Diese Experimente sind unter direkter Protektion Himmlers und aufwendiger technischer und finanzieller Hilfe des Schering-Konzerns von Dr. Clauberg im KZ Auschwitz veranstaltet worden. In einem extra für ihn eingerichteten Häftlingsblock entwickelte er nach längerer Vorbereitungszeit ein Verfahren, mit dem er hoffte, arbeitsfähig 1.000 „minderwertige“, aber noch arbeitsfähige Frauen zu sterilisieren. Den direkt von der Rampe ausselektierten Frauen, „kräftig“ und im gebärfähigen Alter, wurden die unterschiedlichsten, z.T. von Schering extra entwickelten Substanzen gespritzt — wogegen sie sich, drohte ihnen die Gas-kammer, der sie auch bei willigem Mitmachen oft zum Opfer fielen. Interessant ist, daß Clauberg ebenso wie Lindemann „höchstwahrscheinlich Silbernitrat mit einer kontrastierenden Flüssigkeit“ (3) bei seinen schmerzhaften Experimenten verwandte.

Die von Lindemann „entwickelte“ Methode ist also keineswegs neu; daß er sich nicht auf die Veröffentlichungen Claubergs von 1933 bis 45 stützt, beweist nicht, daß Lindemann sich dieser Parallelen nicht bewußt wäre oder sich nicht damalige Erkenntnisse zunutze machte.

Neben der methodischen Übereinstimmung weist aber auch der politische Hintergrund Parallelen auf. Die von Clauberg durchgeführten Experimente fanden mit dem Ziel statt, von den dem Massenmord an Millionen Juden „mindestens 2 bis 3 Millionen sehr gut arbeitsfähiger Männer und Frauen zu sterilisieren“ (4). Ebenfalls mit den „arbeitsfähigen“ Bevölke-rungsteilen der besetzten Ostgebiete verfahren werden (4).

Schriftlich ließ Himmler Clauberg ausdrücklich mitteilen, daß sein Interesse an diesen Experimenten ausschließlich auf Massenanzüchtung gerichtet war: „Bevor Sie mit Ihrer Arbeit beginnen, würde der Reichsführer SS noch Wert darauf legen, von Ihnen zu erfahren, welche Zeit etwa für die Sterilisierung von 1.000 Jüdinnen in Frage käme“ (5).

Die heutigen Experimente sollen nicht mehr an Juden oder der Bevölkerung der „besetzten Ostgebiete“ praktiziert werden, sondern richten sich gegen die „Frauen in der sog. „Dritten Welt“.

Die dort schon heute massenhaft ausgeführten Zwangssterilisationen sollen noch schneller, noch ökonomischer ausgeführt werden (6). Und dieser Zusammenhang ist auch Lindemann nicht entgangen. Er registriert „ein zunehmendes Interesse für die Geburtenregelung“ (wie man diese Sauerereien in der Fachsprache beschönigend nennt) in den „Industriestaaten, die ihre Bevölkerungsstruktur konsolidiert (haben) und in den Entwicklungsländern mit großem Bevölkerungswachstum“ (7). Seine Methode hat denn für ihn auch viele Vorteile: „Per Hysteroskop — Sterilisation wird „die Patientin... nicht arbeitsunfähig (die Frau bleibt als Arbeitskraft für Beruf und Familie und insbesondere für ihre Aufgabe als Mutter erhalten)“ (ebd.).

Lindemann ist kein kleines Licht, das seine Experimente der Zwangssterilisation isoliert durchführt. 1973 wurde er zum Privatdozenten ernannt, die von ihm geleitete Abteilung wurde in den Forschungs- und Ausbildungsbetrieb des Uni-Krankenhaus Hamburg-Eppendorf integriert. Seine Forschungen brachten ihm 1980 den Professorentitel ein — wohlgeachtet, nach der Anzeige gegen ihn!

bu/KB-Nürnberg

## Einige Gedanken zur Sozialistischen Konferenz

Die Arbeitsgruppe Frauen war (soweit ich das weiß) mit 400 bis 500 Frauen die größte Arbeitsgruppe auf der Sozialistischen Konferenz vom 13. 15. 2. in Marburg. Das sind überraschend viele gewesen. Über das provokatorische Gezeiter der MG's (Marxistischen Gruppen), die verdammt viel mit der Abkürzung ihres Namens gemeinsam haben, indem sie über stinkende Frauen herfielen („das ist bürgerlich, du gehst doch voll der Heim- und Herd-ideologie auf den Leim...“) und schon bei den Wörtern „Frau“ hysterische Anfälle bekamen, will ich mich hier nicht weiter auslassen.

Das Thema der Frauen auf dem Plenum und in den Arbeitsgruppen war ausschließlich „Frauenbewegung — linke Bewegung/linke Männer — linke Frauen“, ewige Frauen aus der Vorbereitungsgruppe hatten hierzu ein Thesenpapier verlesen, aus dem ich kurz das Wesentliche zitieren möchte. Angefangen bei dem berühmt-berüchtigten Zitat von Clara Zetkins „Erinnerungen an Lenin“ und dem Streitpunkt um die „sexuelle Frage“, und einen kleinen Sprung zu den Erfahrungen des Weiberrats im SDS werden die Parallelen zur heutigen Zeit wie folgt dargestellt: „Nach unserer Auffassung ist es immer noch so, daß die o.g. Kritik für die Linke immer noch zutrifft, daß die Politik, die die Linke macht, hauptsächlich dadurch geprägt ist, daß man sich Gedanken über die Krise, die drohende Kriegsgefahr, die Strategien der Linken, Gesellschaftsanalysen usw. macht.“ Die Verfasserinnen des Thesenpapiers schreiben: „Wir erwarten, daß sich die männliche Linke ebenfalls Gedanken darüber macht, welche Strukturen und Umgestaltungsformen notwendig sind, um demokratisch miteinander umzugehen und möglichst vielen Menschen eine Teilnahme an der politischen Diskussion und Aktion zu ermöglichen.“ Konkret heißt es an einer anderen Stelle: „Für uns ist jetzt die Frage, wel-

che Bedeutung die Männer ihrer eigenen Emanzipation beumessen, wenn sie anfangen, eigene Verhaltensweisen, Denkmuster zu reflektieren und zu verändern — und dies ohne den ständigen Druck der eigenen Freundin.“

Daß diese hier kurz zusammengefaßten Thesen sehr verbreitet sind, bezeugen die Diskussionen in den Arbeitsgruppen und später auf einem weiteren Plenum der Frauen. Da haben wir nun wieder einmal zusammen-gesessen, um stundenlang den Sprach-stil der Typen zu diskutieren und be-jammern, daß die Frauen sich nicht einbringen können, anstatt die Ge-legenheit zu nutzen, über das zu reden, was wir politisch wollen, stand im Mittelpunkt das sogenannte „Politik-verständnis der Männer“ — und das alles unter dem Stichwort „Sozialis-mus“. Damit will ich nicht sagen, daß das Thema Frauen und Linke nicht diskutierbar ist oder gar unpolitisch, nur haben die konkreten Erfahrungen, die linke Frauen in Organisationen ge-macht haben, auf dieser SK gar keine Rolle gespielt. Stattdessen hat Frau versucht, einen „Schuldigen“ für die eigene Unzulänglichkeit — heute eine Frauenpolitik zu entwickeln — gesucht und gefunden. Insofern habe ich die Diskussion auch als unpolitisch und wenig vorantreibend empfunden.

Am deutlichsten zeigte sich dies auf dem Abschlußplenum der Frauen, wo krampfhaft versucht wurde, „Forderungen an die Männer“ zu sammeln, und einige Frauen doch tatsächlich die Autonomie der Frauen für die SK mit den Männern diskutieren wollten. Es ist nach meinem Verständnis nicht nur petnisch, sondern auch politisch wenig selbstbewußt, diese Frage mit den Männern zu diskutieren oder gar zu fordern: Auf solchen Konferenzen sind wir autonom! Der Auftritt einiger Frauen auf dem Gesamtplenum mit den Männern sehe ich nicht anders, wenigstens die vorhandene Frauenfeindlichkeit unter den mehr als 2.000 Linken im Raum den Auftritt schon wieder sympathisch machte.

Insgesamt glaube ich, daß wir besser vorangekommen wären, wenn wir Frauenarbeitsgruppen zu den Themen der SK gebildet hätten, denn die drohende Kriegsgefahr oder die Situation der Frauen in Betrieb und Gewerk-schaft geht ja gerade uns als Sozial-stinnen an. Die geplante Sozialistische Frauenkonferenz im Herbst dieses Jahres könnte ein Auftakt dazu sein. Ul., Hamburg

## Was ich als Mann am 8. März erlebte

Mit dieser Schilderung möchte ich die linke Öffentlichkeit und insbe-sondere die Frauen auf ein wider-lisches Erlebnis am internationalen Tag der Frau aufmerksam machen. Es geht hierbei um eine massive Verletzung des Selbstbestimmungs-rechts von Frauen. Darüberhinaus ist noch, selbst nach bürgerlichem Recht, der Tatbestand der Körper-verletzung, Nötigung und Verletzung der Intimsphäre gegeben.

Worum geht's konkret? Ich bin ein ehemaliger KB-Genosse, seit ca. einem Jahr mit A. befreundet. A. ist außerdem seit 3 Jahren mit M.B. (früher BDI und KB) befreundet, von dem sie sich seit geraumer Zeit zu lösen versucht. Nun geht M.B. mich als Hauptübel seiner Schwie-rigkeiten mit A. Er akzeptiert es nicht, daß A.'s eigene Entwick-lung ist die zu den unterschiedli-chen Auffassungen geführt hat. Schon vor einiger Zeit versuchte M.B. mich unter Gewaltandrohung aus der Wohnung der Eltern von A. herauszuschmeißen und einzu-schüchtern.

Seit kurzem wohnt A. mit einer Freundin zusammen. Am 8. März besuchte ich A. in ihrer Wohnung. Wir klonen, tranken Tee, schmusten und warteten auf ihre Freundin und deren Freund, mit denen wir essen gehen wollten. Um 23.30 Uhr waren wir wieder in A.'s Wohnung. A. zuckt plötzlich zusammen, die Tür ging unten im Haus A. geht aus dem Zim-mer, aufgeregt. Es ist M.B., er kommt um diese Zeit unangekündigt und selbst-verständlich. M.B. begrüßt mich per Handschlag, spricht kurz mit A. und geht wieder, sichtlich erregt. Um 24.00 Uhr kommt er ein zweites Mal, bringt Wäsche und andere Gegenstän-de von A., die noch in seiner Wohnung lagen. Lautstark verlangt er von A. die Schlüssel zu seiner Wohnung. Ich

versuche mit ihm zu reden, weil ich sehe, daß er sehr aufgeregt ist. Er lehnt aggressiv ab. Wieder geht er. A. schließt die Tür ab. Wir liegen gerade im Bett. A. muß früh zur Arbeit — wieder Geräusche an der Tür. A. schreckt wieder zusammen und springt aus dem Bett, ruft ängst-lich zu mir: „Es ist wieder M.B., zieh dir deine Sachen an.“ Es klingelt, A. und ihre Freundin kommen zur Auf-fassung, aber die Tür zu öffnen, als daß er sie eintritt. M.B. stürzt in A.'s Zimmer, schreit laut herum: „Was macht ein nackter Mann in deinem Bett!“ Und zu mir: „Du werde ich es zeigen, mit meiner Frau zu bumen!“ In dem Moment schmeißt M.B. mich auf's Bett, hebt einen massiven Lehnstuhl und schlägt ihn auf mich herunter. Durch diesen Schlag hätte ich eine schwere Kopfverletzung davontragen oder so-gar tot sein können.

A. mischt sich ein, M.B. schmeißt sie auf's Bett. M.B. brüllt mir zu, ich solle sofort die Wohnung verlassen. Die Freundin von A. fordert M.B. unumstößlich mehrmals auf, die Wohnung zu verlassen. M.B. ist das egal in der Küche greift M.B. mich nochmals an, er ist völlig ausge-klümt. Nur durch die Hilfe von A.'s Freundin gelangt es mir, kaum be-kleidet, ins Treppenhaus zu kommen. Der Freund von A.'s Freundin fährt mich in eine andere Wohnung.

Als wir weg sind, versucht M.B. mit indirekter Erpressung A. einzu-schüchtern. „Du weißt doch, was passiert, wenn du mich reuzt!“ — Das Beschämende ist letztendlich noch, daß dieser Typ auch in der linken Öffentlichkeit als wissender, integrier Genosse, überzeugter Kom-munist und Verfechter der Frauen-emanzipation aufspielt.

G., ehemals KB Hamburg



legten sie, wie sie sich besser schützen und ihre Angst überwinden könnten. Die Gruppe der Frauen wuchs schnell auf 100 Aktivistinnen an, woran sich ablesen läßt, wie wichtig diese Initiative für die kranken Frauen war. Sie haben einen eigenen Alarm Rundruf eingerichtet, den sie in Gang setzen, wenn sie gemeinsam zu Demonstrationen gehen wollen, aber auch, wenn sie als Frauen auto-nom von der allgemeinen Mobilisie-rung der Kraaker Aktionen (z.B. gegen Porno-Läden) durchführen wollen.

Nach einem halben Jahr begann die Frauen-Kraakgruppe, selbst Häu-ser zu besetzen. Die Erlebnisse in einem neu besetzten Haus veran-ließen die Frauen dazu: Im letzten Herbst wurde ein großes Haus mit Luxusapartements besetzt. Wie alle zentralen Kraaker-Aktionen wurde die Besetzung von allen Kraak-Zentren der Stadt gemeinsam organisiert. Unter den angesproche-nen Gruppen, die in das Haus ein-ziehen sollten, befand sich auch eine Gruppe von Frauen aus dem „Blif van m'n lijf“-Haus, einem Haus für mißhandelte Frauen, die ihre Zim-mer dort für andere Frauen frei-machen wollten. Sie forderten im neu besetzten Haus eine Etage für sich — Zutritt für Männer verboten. Die anderen Hausbewohner — Punks, eine Gruppe militanter Kraaker — begriffen die Forderung der „Blif van m'n lijf“-Frauen nicht und hielten sich nicht daran. Es kam zum Krach — ein Teil der „Blif van m'n lijf“-Frauen zog aus.

Ein neues Haus zu besetzen, war für die Frauen, die ihre Kinder bei sich hatten, viel zu gefährlich. Und mit den männlichen Kraakern woll-ten sie auch nichts mehr zu tun ha-ben — nach dem, was ihnen auf ihrer Etage an Unverständnis begegnet war.

In dieser Situation half die Frau-en-Kraakgruppe sie bereiteten die Besetzung vor. Sie führten sie aus und halfen den Frauen bei den Renovie-rungsarbeiten. Jetzt hat die Frauen-Kraakgruppe eine regelmäßige Kraak-Sprechstunde für die Frauen einge-richtet, die nicht mit Männern zu-sammenwohnen wollen. Zur Beset-zung eines neuen Hauses wird dann der Alarmruf in Gang gesetzt um die Frauen zum Besetzen zu-mein. Auch Later weilen angeht, auf die sich Frauen eintragen können, die mit Frauen zusammenwohnen wollen, ist die Liste voll, wird ein neues Haus ausgeguckt.

Die Frauen-Kraakgruppe hat bis-her drei Häuser und mehrere Etagen besetzt. Den aktivsten Teil dieser Gruppe machen Lesben aus. Gegen erheblichen Widerstand haben sie in verschiedenen Kraak-Cafés durch-erheblichen Widerstand haben sie in verschiedenen Kraak-Cafés durch-

Die Frauen wollen jedoch keine eigene Kraaker-Bewegung aufbauen. Als Kraakerinnen wollen sie gemein-sam mit kranken Männern gegen Wohnungsnot und Spekulanten kämpfen. Dieser gemeinsame Kampf verbindet aber noch nicht die Situa-tion, in der sie als Frauen in der Ge-sellschaft leben. So führen sie einen doppelten Kampf: einerseits gegen die Wohnungsnot, andererseits gegen die Frauenunterdrückung, der sie tagtäglich — auch innerhalb der Kraak-Bewegung und dort besonders als Sexismus — begegnen. So ist die Frauen-Kraakgruppe ein Bundesglied zwischen Kraak Bewegung und Ge-schlechterkampf, das den Frauen ermöglicht, beide Kämpfe neben-einander und auch „gleichzeitig“ zu führen.

Niederlande-Kommission

## Instand- besetzung, weiblich

Mit einer Kraak-Aktion eroberten sich Amsterdamer Frauen schon vor Jahren ihr Zentrum, das „vrouwen-huis“, und wenig später ein Haus für mißhandelte Frauen — Diese Tradi-tion haben die Aktivistinnen nicht vergessen.

In Amsterdam gibt es seit etwa einem Jahr eine Frauen-Kraakgruppe, die nur mit und für Frauen Häuser be-setzt. Die Frauen in der Frauen-Kraakgruppe sind zum überwiegenden Teil schon seit Jahren in der Kraak-Bewegung aktiv und haben an vielen ihrer Aktionen teilgenom-men. Auf den zentralen Versammlun-gen der von den Kraaker-Zentren der Stadt organisiert werden, haben sie oft erfahren müssen, daß die Männer „Stoff“ organisiert werden, haben sie oft erfahren müssen, daß die Männer, die meist in der Überzahl sind, den Diskussionsstil bestimmen und ihre „Mitkämpferinnen unter den Tisch reden.“

Auch bei Besetzungen und Barri-kadenbau haben die Frauen schlechte Erfahrungen gemacht: die Männer „übernehmen“ die schweren Arbei-ten, die Frauen dürfen durch Kaffee-kochen für Gemütlichkeit sorgen. Auch waren die Männer oft nicht dazu bereit, ihr technisches Wissen an Frauen weiterzuvermitteln, die sich

Nach dem Erfolg der Kraak-Bewe-gung bei der Vondelstraat, wo es zu harten Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Kraaker/innen kam (s. AK 173), setzten sich einige Frauen zusammen. Sie wollten sich nicht mehr das Maß ihrer Militanz von den Männern vorschreiben lassen, sondern selbst entscheiden, wann und in welcher Form sie an den Akzio-nen der Kraak-Bewegung teilnehmen. Da sie aber gefährliche Situationen nicht ausschließen konnten, über-

## Frauenkalender gefährdet Knastordnung

Sieglinde Hoffmann, die sich in Unter-suchungshaft in Stammheim befindet, wurde die Aushandigung des Frauenkalenders „Tag für Tag“ verweigert, da die „Weiterleitung an die Beschul-digte“ angeblich geeignet wäre, „die Ordnung in der Anstalt zu gefähr-den“. Begründung: Der Kalender ent-halte „zahlreiche Berichte und Bemerkungen, die eine Herabwürdigung und Beleidigung staatlicher Organe, insbe-sondere auch von Vollzugsbeamten“, darstellten. Deshalb sei seine Weiter-gabe geeignet, „sich negativ auf die Beziehungen zwischen Häftlingen, An-staltsleitung und Vollzugsbeamten aus-zuwirken“. — Ob sich die Zurückhal-tung des Kalenders nun besonders po-sitiv auf diese Beziehung auswirkt? 30.1.81 von Kuhn Richter am Bun-desgerichtshof.

geworden. „die Ziele und Praxis des Strafvollzugs in unsachlicher Form“ herabzuwürdigen. Einiges über diese Ziele und Praxis wird in der Begrün-dung deutlich, weshalb man die Mög-lichkeit, „den Kalender auseinander-zuschneiden, damit einige nicht zu be-standene Teile der Empfängerin aus-gehändigt werden können“, wegen der „Vielzahl der Beanstandungen“ als „unzumutbar“ (für die ausnehmenden Vollzugsbeamten?) verworfen ha-be. dadurch würde die Einheit des Ka-landes zerstört und er darüber hinaus unbrauchbar gemacht. Der Kalender wäre daher (wie fürsorglich!) im gan-zen anzuhalten. Knast Logik! (Zitate aus dem „Beschuß“ vom Einem Kalenderbetrag wird z.B. vor-dergerichtshof).

1 H.-J. Lindemann u.a.: „Atlas der Hysteriaphobie“, Stuttgart-New York 1980, S. 37.

2 ebd., S. 46-81.

3 Zeugenaussage einer Häftlingsärztin, nach Mitschrift/Melika, „Medizin ohne Menschlichkeit“, 1979 S. 247 f.

4 Schreiben des SS-Oberführers Viktor Brack an den Reichsführer SS vom 23.6.42, nach „Hefte von Auschwitz“, 1969, H2, S. 69.

5 R. Brandt, Schreiben vom 10.7.42 an Clauberg, zit. nach „SS im Einsatz“ Berlin 1968 S. 361.

6 1966 waren in Puerto Rico, dem er-sten Experimentierfeld der Geburtenkon-trolle, fast 35 % der Frauen im gebärfähigen Alter sterilisiert, 2/3 waren noch keine 30 Jahre alt nach „Mabuse“ 1/81, S. 45.

7 H.-J. Lindemann, „Die Sterilisations-veruche bei der Frau“, in: „Münchner Medizinische Wochenschrift“, 118, S. 906.

8 Manuskript des „Autonomie-Arti-kels. „Als ob nichts geschehen wäre“, von K.H. Roth, S. 32.







# Wir sind keine Feministinnen, na und!

Mit dem Artikel "Aus alten Fehlern lernen" (AK 193) ist der Streit um die Entwicklung der KB-Frauenpolitik im AK öffentlich geworden. Umstritten sind zum einen verschiedene Artikel aus unserer lila Frauen-Schulungsbrochüre (vor allem einige Artikel der Jahre 1975 bis 1977 zur Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung und dem Feminismus), zum anderen gleichzeitig der Grundcharakter unserer Frauenpolitik (vgl. AK 193 und 194). Dieser Artikel und die damit verbundene Politik wurden im Artikel "Aus alten Fehlern lernen" als "ML-Faszer" und "ML-Hysterie" gekennzeichnet. Ebenso bezeichnet Bx. sie in ihrem Artikel (in diesem AK) als "MLige Fehltritte" unserer Frauenpolitik. Demgegenüber werden die letzten 1 1/2 Jahre von den Verfasserinnen als "Feminisierung" der KB-Frauenpolitik gefeiert, was auch in der Statutbrochüre "Hurra wir sind autonom..." zum Ausdruck kommt. Im Zusammenhang dieser beiden Broschüren wurde im Artikel "Aus alten Fehlern lernen" ausdrücklich von "fundamentalen Widersprüchen" und "zwei Linien" gesprochen und die Forderung erhoben, die lila Schulungsbrochüre entweder in den "Gütschrank" zu verbannen (als "antifeministische Kinderkrankheit"), oder aber nur dann diese Broschüre weiterzuverbreiten, wenn der Artikel "Aus alten Fehlern lernen" als Beilage mitvertrieben wird. In unserem Erklärungsartikel "Für die Entwicklung einer 'Linie' in der KB-Frauenpolitik" (AK 194) verteidigten wir die grundsätzlichen Aussagen und Auseinandersetzungen mit dem Feminismus und kennzeichneten diese Zeit als die ersten "Gehversuche" einer eigenständigen KB-Frauenpolitik, an die heute wieder angeknüpft werden müsse. Wir kritisierten die letzten 1 1/2 Jahre ("Feminisierung"), in denen es im AK kaum noch kritische Auseinandersetzungen mit der Frauenbewegung und dem Feminismus gab. Dies kritisierten wir als nahe zu totale "Anpassung" und "Sprachlosigkeit" gegenüber der Frauenbewegung. In der Stellungnahme der Genossin Bx. geht es nun plötzlich darum, die begonnene Auseinandersetzung um die KB-Frauenpolitik auf "primär vier popelige Punkte" herunterzuspielen, nämlich die Artikel zu A. Schwarzer, V. Stefan, Krüger, Hexen und Walpurgisnacht. Überhaupt kann Bx. gar nicht verstehen, warum es um die ganz "popelige" (nebensächliche?) und harmlose kleine Kritik im Artikel "Aus alten Fehlern lernen" sooo viel Aufregung gibt. Dabei ging es doch "nur" darum, daß in besagtem harmlosen Artikelchen die Existenz von "zwei Linien" in der Entwicklung der KB-Frauenpolitik harmlosen Artikelchen die Existenz von "zwei Linien" in der Entwicklung der KB-Frauenpolitik behauptet wurde. Die eine "Linie" soll laut dem Artikel so etwa von 1975 bis 1977 geherrscht haben und uns bis ins "ML-Abscheu" (so stand es tatsächlich in dem Artikel!) geführt haben. Die andere "Linie" soll seit etwa 1977 gegen zumindest anfänglichen starken Widerstand der damaligen AG Frauen und deren antifeministisch-"MLige" "Ausrichtungskampagnen" schließlich durchgesetzt worden sein. In dem Artikel "Aus alten Fehlern lernen" hieß es dazu unter der Zwischenüberschrift "Die Feminisierung setzt sich durch": "Die neue (feministische) Linie konnte erst im Laufe des Jahres (gemeint ist 1980, Anmerk. d. Verf.) verankert werden..." (Hervorhebung im Original!). Für die Jahre davor hingegen wurde in dem Artikel behauptet "weil wir selbst keine wirkliche Vorstellung von Frauenpolitik hatten...", mußten wir uns "die wichtigsten Impulse für unsere (über reine Agitation hinausgehende) Politik"

aus der autonomen Frauenbewegung holen. Der Artikel "Aus alten Fehlern lernen" endete mit der Forderung "Wider die friedliche Koexistenz zweier Linien!" (in der KB-Frauenpolitik). Es ging also tatsächlich nicht um ein paar "popelige" Nebenpunkte, sondern um die Verdammung der gesamten "Linie" der KB-Frauenpolitik in den Jahren 1975

herzig" abgetan. Ein Schwall von Worten stürzt auf unseren Artikel ein: "platt", "borniert", "formal", "inhaltstheoretische Zumutung", "glatter Unsinn", "zusammengesponnen", "alberne Sprüche" und "fleck". (Eier sind nicht immer besser als Argumente, die Sätzerin). Natürlich darf auch der Vorwurf von "massiver Einschüchterung" und

bestreiten zu wollen, sondern versucht es zu rechtfertigen. "Daß wir den Standpunkt (der Frauenbewegung Anm. d. Verf.) nicht entgegenzusetzen haben, liegt daran, daß wir das schlicht und ergreifend nicht konnten!". Und "...daß wir weniger Konfrontationskurs zur Frauenbewegung gefahren haben, liegt natürlich daran, daß wir weniger Differenzen zu ihr haben als '75". Und daß wir uns in letzter Zeit fast überhaupt nicht mehr in kritische Auseinandersetzungen mit der Frauenbewegung und Feminismus begeben haben, muß wohl daran liegen, daß wir inzwischen überhaupt keine Differenzen mehr haben?". Wie das möglich sein soll - bei den Differenzen, die es sogar innerhalb der Frauenbewegung und zwischen den Strömungen des Feminismus gibt - ist uns ein Rätsel. Überdies scheint die Genossin Bx. das "Lernen von der Frauenbewegung im Widerspruch zur Auseinandersetzung mit ihr zu sehen. Diese Auffassung teilen wir nicht. Daß wir aus den verschiedensten Bewegungen (Anti-AKW, Antifaschismus u.a.) auch lernen, ist richtig (Nur die ZL-Fraktion wollte das damals bestreiten). Daß wir aber propagieren sollen, keine politischen Auseinandersetzungen mehr zu führen, wäre gleichbedeutend mit der Auflösung des KB. Selbst wenn wir in verschiedenen Phasen mit spontanen Bewegungen gemeinsame Aktionen machen, heißt das noch lange nicht, daß keine Differenzen existieren. Dies gilt beispielsweise für die Anti-AKW-Bewegung genauso wie für die Frauenbewegung. In der Frauenbewegung gibt es heute wie 1975 die unterschiedlichsten Strömungen von links bis reaktionär. Wir halten es auch für etwas kurzichtig, von "der" Frauenbewegung "unserem" immer als fortschrittlicher Bewegung zu sprechen. In diesem Zusammenhang wollen wir Bx. Behauptung dementieren, daß das AK Frauen-Redaktionskollektiv "geschottet" sei. Im Gegenteil können wir Positives berichten. Eine personelle Ausweitung der Endredaktion hat stattgefunden und die Einarbeitung ist angelaufen. Geschottet scheint uns vielmehr der überzogene Anspruch einiger Genossinnen, daß heute eine AK Frauen-Redaktion die gesamte Koordinierung der Untersuchungsarbeit übernehmen solle sowie eine Anleitung der Genossinnen, die Artikel schreiben wollen u.a. mehr zu gewaltigen epischen Missionen werden. Die die überzogenen Ansprüche an das zu schaffende Redaktionsskollektiv, die in krassem Gegensatz zu den heute real hierfür "verfügbaren" Kräften stehen

zeitig einen Widerspruch zwischen "Betroffenheit" und dem Bekenntnis zum "gemeinsamen Klassenkampf". Bei diesen Behauptungen fehlt eigentlich nur noch der "kleine Mann im Ohr" bei den KB-Frauen, um die schon früher gegen organisierte Frauen vorgebrachten antikomunistischen Vorurteile aus der feministischen Frauenbewegung zu vervollständigen.

Hinzu kommt, daß manche wohl der Meinung sind, über weit zurückliegende Vorgänge (wie etwa die Gründung der AG Frauen) könne man jeden beliebigen Quark erzählen, weil es sowieso niemand mehr genau weiß oder nachprüfen wird. Was in dem Artikel "Aus alten Fehlern lernen" über die Gründungserklärung der AG Frauen behauptet wird, ist einfach unwahr. U.a. wurde in der Erklärung (abgedruckt im AK 37, März 1975) stark der Aspekt der "konkreten Hilfeleistungen für Frauen und Genossinnen", besonders in der Auseinandersetzung mit Genossen und anderen Männern betont. (Zum Vergleich drucken wir den Text nebststehend ab). Richtig ist, daß in der Erklärung auf den gemeinsamen Klassenkampf besonders hingewiesen wurde. Bloß fragt sich, was daran eigentlich falsch sein soll? Zumal ja daran zu erinnern ist, daß wir uns andererseits gerade in dieser Zeit äußerst scharf von platten Verbalhormungen des gemeinsamen Kampfes mit den Männern (durch den KBW) abgegrenzt haben. (Obwohl dies ein zentraler Teil unserer eigenen politischen "Identitätsfindung" war, wurde es im Artikel "Aus alten Fehlern lernen" einfach vergessen!). Die Genossinnen behaupten, das Stichwort "Betroffenheit" sei erst im Zusammenhang mit der sogenannten "Feminisierungskampagne" aufgetaucht. "Anhand des Films 'Schrei aus der Stille' setzen wir uns sehr ausführlich mit unserer Betroffenheit durch Vergewaltigung auseinander, dabei wurden auch die schlimmsten radikalfeministischen Parolen wie 'Jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger' diskussionswürdig - im AK!".

Was mit der "Betroffenheit" gemeint ist, hat Bx. uns auf dem von ihr erwähnten Termin zum Buchprojekt erläutert: "Ich glaube, daß Artikel über persönliche Betroffenheit, z.B. Vergewaltigungen, zehnmal mehr bringen als ein theoretischer Artikel... Wir dürfen nicht nur per Politbewußtsein Frauenpolitik machen, weil sich die Bedürfnisse geändert haben... Diese neue Qualität in unserer Frauenpolitik (Betroffenheit) muß unbedingt erhalten bleiben und hat uns auch 100mal mehr gegeben als die reinen Fakten". Und hat uns auch 100mal mehr gegeben als die reinen kommunikativen Erkenntnisse. Darüber hinaus hat die Genossin Bx. die These aufgestellt, daß Frauen "mit der persönlichen Betroffenheit besser Politik machen kann als per aufgesetzten Anspruch". Auch wenn Bx. in diesem Gespräch nicht bestritten hat, daß Betroffenheit an sich noch kein politisches Bewußtsein schafft, halten wir diese "feministischen" (?) Thesen für falsch. In der Konsequenz heißt dies nichts anderes, als daß die "betroffenen" Frauen die beste Politik machen. So gesehen, müßten die Kolleginnen im Betrieb, die ja am meisten ausgebeutet werden und die größte Doppelbelastung durch Haushalt, Kinder und Ehemann haben, heute durchweg die sensibelsten und politisch bewußtesten Frauen sein.

Im Gegensatz zu Bx. (aber dafür in Anlehnung an - pardon - Lenin!) meinen wir, daß "Betroffenheit" alleine, ohne "kommunistische Erkenntnisse", ohne Bewußtsein für die Gesamtheit der gesellschaftlichen Zusammenhänge, "nur" zum Widerstand gegen Einzelerscheinungen des imperialistischen Systems führen kann (z.B. zum Engagement in einem Frauenhaus oder in einer Notrufgruppe), aber nicht zum allesnötigen politischen Kampf, der zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse nun einmal auch nötig ist.

## Vom Gegensatz zwischen Marxismus und Feminismus

Die Genossin Bx. will den Marxismus und den Feminismus miteinander "verknüpfen" und "verbinden": "Wir könnten (können) zwar Themen wie Leichlohgruppen, ökonomische Abhängigkeit etc. MLig analysieren, aber nur nach vorgegebenen marxistischen Schemata. Die nötigen Er-

Fortsetzung nächste Seite

(aus AK 57, März 1975)

## Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen! Zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe Frauen

Seit langem wissen wir, daß die Arbeiterklasse ihre Befreiung nur erlangen kann, wenn sie zusammen kämpft, ohne Unterschiede der Rassen, der Nationalität, über alle Grenzen hinweg, ohne Unterschiede der Berufe, aber auch ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Einbeziehung der großen Masse der proletarischen Frauen in den Befreiungskampf des Proletariats ist eine der Vorbedingungen für den Sieg der sozialistischen Idee, für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft", sagte Clara Zetkin 1896.

Im Zusammenhang mit der Kampagne gegen den § 218 (aber keineswegs auf diese beschränkt) hat der KB in Hamburg eine Arbeitsgruppe Frauen gebildet. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Agitations- und Propagandarbeit, d.h. unsere Pressearbeit.

Wir meinen, daß die publizistische Arbeit über die Lage der Frauen - in der BRD sowie international - ein wesentlicher Hebel ist, um das Rückgrat der Frauen zu stärken und um ihre tägliche Unterdrückung in eine organisierte politische Kraft zu verwandeln.

Ein weiterer Bereich unserer Arbeit wird sein, konkrete Hilfeleistungen für Frauen und Genossinnen zu organisieren.

Wir meinen nicht, daß sich diese Hilfeleistungen nur auf die Vermittlung von Abtreibungsadressen beschränken soll, sondern wir halten es auch für notwendig, die Frauen auf ihrem Weg der Gleichberechtigung zu unterstützen.

Wir wollen mit Genossinnen und fortschrittlichen Frauen sprechen über eventuelle Schwierigkeiten in der politischen Arbeit mit Männern oder Frauen und in dem Kampf um ihren Vorrang zu anderen Menschen, im besonderen zu ihren Männern.

Ein wichtiger Bereich unserer politischen Arbeit wird in der Gewinnung und Organisation fortschritt-

licher Frauen bestehen.

Sind es heute doch noch wesentlich die kleindürgerlichen Frauen, die dazu gekommen sind, sich heute in Frauengruppen zu organisieren, so werden wir weiterhin versuchen, mit dem Teil der Frauengruppen zusammenzuarbeiten, die nicht nur verbal, sondern auch in ihren Taten sich nach der eigenen Parole, "Frauen nur gemeinsam sind stark" richten.

Hier wird es wesentlich darauf ankommen, auch diesen Frauen zu vermitteln, daß ihre "Frauenprobleme" gesellschaftliche Probleme sind, und also nur durch die Beteiligung am Klassenkampf zu lösen sind.

Den ideologischen Kampf auch in diesen Gruppen immer wieder die Interessen der proletarischen Frauen an erste Stelle zu setzen, haben wir bereits aufgenommen.

Um das proletarische Element auch in diesem gesellschaftlichen Bereich und in der heute noch vorwiegend kleindürgerlichen Frauenbewegung zu stärken, müssen wir von einem flammenden Beibehalten (vorwiegend und dort Frauen beschäftigt), wo fortschrittliche Kolleginnen den Kampf um die Betriebswahlen unter dem besonderen Aspekt der "Frauenarbeit" angetreten sind.

"Laß hundert Blumen blühen" heißt für uns, daß wir in unserer politischen Arbeit, im Bezirk und Betrieb an der Schule und Universität überall dort wo Frauen heute leben arbeiten und ihren Mann stehen - in besonderer Unterstützung der Frauen in dieser Gesellschaft den Kampf anlagen.

"Gewinnt die Frauen!" (Hans Zetkin 1894. Zeichen der Morgendämmerung)

"Gewinnt die Frauen!" (Clara Zetkin 1894. Zeichen der Morgendämmerung)

Arbeitsgruppe Frauen  
KB/Gruppe Hamburg

bis mindestens 1977. Was veranlaßt Bx. selbst eine der rührigsten Wortführerinnen der "feministischen Linie" im KB zu dem wenig geistreichen Versuch diesen Konflikt plötzlich herunterzuspielen zu wollen?

## Statt "Zahlenspielerlei" markige Worte

Die Genossin Bx. meint anscheinend, die Auseinandersetzung vorwiegend mit Wortgefechten statt mit Inhalten und Fakten führen zu können. Eine kleine Kostprobe können wir uns nicht verkneifen: Da wird unsere Selbstkritik wegen der fehlenden Auseinandersetzung in den letzten 1 1/2 Jahren einmal "vermifft", dann aber wieder als "platt" und "halb-

"Stimmungsmache" nicht fehlen. Allein die Aufzählung, sorry, die "Zahlenspielerlei", der Artikel für die verschiedenen Jahre der KB-Frauenpolitik in unserem Artikel werden mit Eigenschaftswörtern belegt wie: "langatmig", "langweilig", "eine Verarschung", "unglaublich", "peinlich", "Schnackerei" und "Zahlenspielerlei" die es keine Genossin nachprüfen könne. Warum eigentlich nicht? Die AK's hegen doch noch alle vor!... Außerdem drängt sich uns die Frage auf, wie Bx. eigentlich heute die Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion im Herbst 1979 sieht, deren Behauptung, wir würden uns nicht mehr mit der Frauenbewegung und dem Feminismus auseinandersetzen, wir ebenfalls mit dieser "Zahlenspielerlei" begegneten. Sollte dies auch "inhaltstheoretisch" und "peinlich" gewesen sein?

Außerdem kritisiert Bx., daß wir keine "Belege" für unsere These (Feststellung!) gebracht hätten, daß es in den vergangenen 1 1/2 Jahren im AK keine kritische Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung bzw. Teilen von ihr gegeben habe. Bx. fordert "Beweise" für diese Feststellung. Was stellt sie sich darunter vor? Frau kann doch nicht beweisen, daß etwas NICHT stattgefunden hat! Hier wäre doch Bx. gefordert, ihrerseits deutlich zu machen, wann und wo im AK in dieser Zeit doch noch Auseinandersetzungen zu finden waren. Komischerweise scheint Bx. an anderer Stelle ihres Artikels das Nicht-Stattfinden von Auseinandersetzung plötzlich gar nicht mehr

alten Politik trennen, daß sie nicht konkret ihre Alternativen gegenüberstellen, sie entwickeln auch nicht das positive an der bisherigen Arbeit weiter. "Was wäre, wenn ihr Euch den Schuh selber anzieht? (Wobei ihr's noch geschafft habt, anderthalb Jahre Frauenpolitik auf einer Spalte abzuhandeln und die Umkehr von dieser Politik zu fordern.)

Mein Verständnis von Kritik ist immer noch, daß 'ne Kritik auch wertvoll ist, wenn nicht gleich die tolle Alternative auf den Tisch gelegt werden kann.

Der Artikel ist keine Antwort auf "Aus alten Fehlern lernen", sondern die Aufforderung zur "Abrechnung" mit der "Feminisierung" im AK!

Bx., KB Münster, ehemals Frauenleitung

Fortsetzung von der vorherigen Seite  
noch als bedauerlichen Zustand zu bezeichnen, ist 'ne Frechheit den Genossinnen gegenüber, die verstreikt im letzten Jahr Artikel geschrieben haben, wozu ich auch gehöre. Tatsächlich ist es so, daß ich vor der Z-Debatte fast nichts in den AK bekam, danach so gut wie alles. Zweckbindung?

Ich finde, der Artikel von u. und U. ist 'ne inhaltstheoretische Zumutung im bezug auf den Artikel "Aus alten Fehlern lernen" und ebenfalls 'ne Zumutung als Anfang für die Entwicklung einer neuen Linie!

Wie geschrieben u. und U. zum Schluß: "Der Fehler der Genossinnen liegt vor allen Dingen auch darin, daß sie nicht ausreichend zwischen Positivem und Negativem in unserer



Fortsetzung von der vorherigen Seite

gänzungen oder Kritik der Klassiker/innen (wie im Frauenstatut angekündigt) sind wir bis heute nicht in der Lage zu leisten, d.h. für mich, die Verbindung zwischen Feminismus und Marxismus herzustellen". Kann es denn überhaupt eine „Verbindung“ oder „Verschmelzung“ von zwei derartig unterschiedlichen Weltanschauungen geben, eine Synthese von Marxismus und Feminismus? Ist doch die Ideologie des Feminismus eher systemimmanent, zumindest als kleinbürgerliche Ideologie, die den Hauptwiderspruch im Patriarchat und nicht im Kapitalismus sieht. Wie z.B. soll die folgende Position der Feministin A. Schwarzer sich mit dem Marxismus „verbinden“? „Die bestehende Klassendefinition trifft auf Frauen nicht zu... „Nicht, weder Klasse noch Geschlecht bestimmt so sehr ein Menschenleben wie das Geschlecht“ (zitiert nach dem bla Schlußheft, S. 41). Wir sind gespannt, wie Bx. solche Auffassungen (die doch wohl bei vielen Feministinnen zu finden sind), mit dem Marxismus „verdrängen“ oder „verbinden“ will.

Wünschenswert wäre auch, daß Bx. einmal darlegt, was sie eigentlich unter „Feminismus“ versteht, d.h. auf welche der feministischen Strömungen und konkurrierenden Theorien sie sich eigentlich so positiv bezieht?

Zum Beispiel fordern nicht alle Feministinnen den Ausschluß oder die Abgrenzung zu den organisierten Frauen. In diesem Jahr allerdings droht die West-Berliner Sommeruniversität zu schalten, weil einige Feministinnen nicht wollen, das Frauen aus dem Sozialistischen Frauenbund Westberlin oder der Alternativen Liste die Frauenwoche mit vorbereiten. Sollen wir da immer noch „aufhören, uns in die Pose der diskriminierten K-Gruppe zu begeben“?

#### Zum „Zweckbündnis“ mit dem Feminismus

Die Auseinandersetzungen um die Inhalte der bla Frauen-Schulungsbrochure sind nicht neu. Schon seit 1976 der AK-Artikel zum „kleinen Unterschied“ erschienen war, gab es diese Kontroversen und haben wir Frauen innerhalb des KB bis heute keinen „vereinheitlichten Standpunkt“ hierzu. Z.B. die drei von Bx. unter der Zwischenüberschrift „Läßt das männliche Sexualmoral in Ruhe zusetzen“ thematisiert A. Schwarzer: „Wie sie „neigungsverweigernd“ im KB“ holt, benennen unserer Meinung nach nur sehr unzureichend und in ihrer Absolutheit falsch, den Widerspruch zwischen Mann und Frau. Das Machtverhältnis zwischen den beiden Geschlechtern wird doch nicht allein durch die Sexualität bestimmt, sondern vor allem durch die ökonomische Abhängigkeit und das nicht anerkannte Selbstbestimmungs-

gefunden. Dafür traten diese Diskussionen dann mit den Frauen-VV 1978/79 wieder mehr in den Vordergrund. In dieser Situation begannen im Sommer 1979 die Auseinandersetzungen mit der damaligen ZL-Fraktion, die unsere Frauenpolitik zum Sündenbock für die Krise im KB machen wollte. In dieser Situation waren wir gezwungen, die Debatte unter uns erstmalig zu vertagen und gemeinsam - auch mit den feministischen Strömungen im KB - für den Erhalt unserer Frauenarbeit uns gegenüber der ZL zur Wehr zu setzen. Dieses „Zweckbündnis“ war dann mit der Spaltung Ende 1979 praktisch aufgehoben - war doch sein eigentlicher Anlaß nicht mehr im KB.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß nach der Spaltung die alten Differenzen unter uns wieder aufleben.

Sicherlich ist es insofern ein Versäumnis von uns, die inhaltlichen Kontroversen unter uns Frauen nach der Spaltung, als wir wieder „unter uns“ waren, nicht offen genug diskutiert zu haben. Allerdings scheint Bx. mit dem Begriff „Zweckbündnis“ so ihre Schwierigkeiten zu haben, wenn sie ihn fast ausschließlich negativ interpretiert. Im AK stand damals anläßlich der Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion: „Zweckbündnisse im allgemeinen Verständnis dieses Wortes sind beispielsweise die alternativen Wahllisten oder noch weitergehend, Zusammenschlüsse zwischen alternativen und „grünen“ Wahlinitiativen. Es handelt sich, wie das Wort ausdrückt, also um Bündnisse zwischen Menschen mit unterschiedlichen Interessen, durch die ein bestimmter Zweck (in dem gemeinsame Interessen vorliegen) erreicht werden soll. Das Wort Bündnis drückt den zeitlich und inhaltlich begrenzten Charakter solcher Zusammenschlüsse aus. Abgesehen vom Bündniszweck selbst behalten die Beteiligten ihre unterschiedlichen Auffassungen“ (1. J. „Wir haben im AK 162 vorgeschlagen, den Begriff des „Zweckbündnisses“ durch den der „Kampf gemeinschaft zu ersetzen. Und zwar nicht im Sinne unterschiedlicher, gar widersprüchlicher Seiten der kommunistischen Organisation, sondern als Einheit. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns nicht nur zu begrenzten Zwecken vorübergehend zusammengeschlossen haben, sondern daß uns gemeinsame Überzeugungen in den grundsätzlichen Fragen“ und ein kollektiver Kampf“ (AK 166, „Zweckbündnis“ und/oder „Kampf“).

Auf den derzeitigen Konflikt um die KB-Politik bezogen, bedeutet das in unserem Verständnis: Es hat bei der Abwehr des damaligen ZL-Amoklaufs als „Zweckbündnis“ gegeben zwischen den Feministinnen einerseits und andererseits den Frauen, die unsere „Jugendstunden“ von 1975 usw. (Auseinandersetzung mit dem Feminismus) „sünden“ von 1975 usw. (Auseinandersetzung mit dem Feminismus) für gar nicht soooo sündhaft halten. Dieses „Zweckbündnis“ ist tatsächlich inzwischen gegenstandslos geworden. Nicht gegenstandslos geworden ist aber unserer Auffassung nach die „Kampfgemeinschaft“ zwischen uns in derselben Organisation - was konkret heißt, daß wir uns eine (allerdings streitbare) „Koexistenz“ zwischen verschiedenen Vorstellungen zur KB-Frauenpolitik auch künftig sehr gut vorstellen können. Es geht nicht um das „Hineinrängen“ der einen oder der anderen Strömungen aus dem KB im Artikel „Aus alten Fehlern lernen“ sehen wir gerade den gefährlichen Versuch, eine Linie („die feministische Linie“) für alleinigmächtig und ausschließlich gültig zu erklären.

a. und UL, Hamburg

## Schwule

### Heiße Nächte in Toronto

#### Sauna-Razzia: 306 Opfer

Daß es in der Sauna gewöhnlich heiß zugeht, ist nichts Neues - doch daß man im Heißdampfraum uniformierte Buden trifft, kommt zum Glück selten vor. Diese irdische Begegnung neuer Art konnten die schwulen Besucher von vier Saunen in Toronto am Abend des 5.2. erleben. 100 Polizisten mit Brecheisen und Vorschlagshämmern sorgten für die erste heiße Nacht, indem sie die Saunen in Trümmerfelder verwandelten und 306 Männer mitnahmen. Kunden ebenso wie Personal.

Während der Aktion kam es zu laufenden Beschimpfungen und gar Handgreiflichkeiten gegen die Kunden. Eine ähnliche Aktion vor zwei Jahren war noch von der Säulenpolizei ausgeführt worden, diesmal war gleich die Kriminalpolizei angereist. Diese hatte die Saunen bereits sechs Monate lang in Anspruch beobachtet („Gay News“, 19.2.81).

Sofort wurde zu einer Protestkundgebung für den folgenden Abend aufgerufen. 1.500 kamen. Im Laufe der Versammlung wuchs die Wut und es wurde ein Besuch der zuständigen Revierwache beschlossen. Immer mehr Menschen schlossen sich dem Zug an, so daß schließlich mehr als 3.000 vor der 52. Division standen. Als sie abgezogen, hatten auch sie für ein Schlafelfeld gesorgt: zwei Streifenwagen, ein Zivilfahrzeug sowie einige Teile des Reviergebäudes waren leicht entzündet und Rauchfahnen stiegen zum Winterhimmel auf. Das nächste Ziel war der Justizpalast der Provinz Ontario. Um Haarebreite blieben bei diesem Marsch die Schwulen hinter den Bullen zurück, so daß sie das schöne Gebäude nur aus respektvoller Entfernung anrufen konnten. Die ganze Aktion war von heftigen Sprechchören begleitet wie „Stop the cops“ und „Fuck you - fifty two!“ Beim Abzug kam es allerdings zu einer Übergriffen der Bullen, die etwa ein Dutzend Demonstranten verhafteten.

Wenige Tage später folgte eine weitere heiße Nacht. Auf einem Planungstreffen sollten Maßnahmen zur Verteidigung und Unterstützung der Verhafteten beraten werden. George



Halop, der bei den vergangenen Kommunalwahlen als offen schwuler Kandidat auftrat, berichtete als Betroffener von seinen Erlebnissen in der Sauna, er sprach von „Polizeistatistiken“ und „Gestapomentalität“. Die rund 2.000 Besucher der Veranstaltung forderten den Rücktritt von Polizeichef Jack Ackrold, der die Razzia angeordnet hatte.

Wut kam auch gegen die „Toronto Sun“ auf, die erst kürzlich gegen die Saunen gehetzt hatte und jetzt damit drohte, die Namen sämtlicher Angeklagter zu veröffentlichen.

Aufgrund des massiven öffentlichen Protestes kam am 13.2. der parlamentarische Polizeiausschuß zusammen, um über eine Untersuchung möglicher Mißbräuche zu entscheiden. Doch nach drei Stunden heftiger Vorwürfe von Vertretern der Kirchen, Parteien und Bürgerrechtsorganisationen beschloß der Ausschuß, daß es nichts zu untersuchen gebe („Workers World“, 20.2.81).

Die vorgebrachten Proteste gegen die Polizeimassnahmen richteten sich jedoch rundweg nur gegen das Ausmaß der Gewalt gegen Menschen und Sachen, die die Polizei angewendet hatte - bis hin zu dem Argument, die vorangegangene sechsmönatige Überwachung der Kripo hätte unverantwortlich hohe Kosten verursacht. Die eigentliche Basisgrundlage der Einsätze nämlich der Verdacht auf „unzüchtige Handlungen“, wurde jedoch überhaupt nicht öffentlich diskutiert oder angezweifelt. Auch die bürgerliche Presse, allen voran „Globe and Mail“, schaute davor zurück.

Dabei spielt die puritanische Moral in Kanada eine offensichtliche, reaktionäre Rolle. So gibt es den

juristischen Vorwurf eines „bawdy house“, eines „unzüchtigen Hauses“. Darunter kann grundsätzlich alles vom privaten Schlafzimmer bis hin zur Eckkneipe verstanden werden, wenn die Polizei dort nur etwas Anrüchiges vermutet.

Es kann bis zu zwei Jahren dauern, bis die Gerichtsprozesse gegen die 306 Männer anlaufen. Ein Verteidigungskomitee, das vor zwei Jahren wegen eines ähnlichen Falles gegründet worden war, hat sich inzwischen der Sache angenommen. Ein Benefiz-Konzert zur Deckung der anstehenden Gerichts- und Anwaltskosten wird geplant. Auch die Bürgerrechtsorganisation „Canadian Civil Liberties Association“ hat sich eingeschaltet.

Dennis Findley von der größten Schwulenzzeitung „The Body Politic“ betonte in einem Gespräch mit Olaf Stöben, daß die Angeklagten dringend auf eine internationale Öffentlichkeit angewiesen sind, um die Justiz unter Druck zu setzen. Protestschreiben sollten gehen an: The Chief of Police Jack Ackrold, Metropolitan Toronto Police 590 Jarvis Street, Toronto, Ontario Canada M4Y 1J5 und an die Staatsanwaltschaft Roy M. Murtry, Ontario Attorney General, Queen's Park, Toronto, Ontario Canada.

Olaf Stöben, Westberlin

Hol., Hamburg - Schwulengruppe des KB

## Pädo-Prozeß wird zum Bumerang

Der Prozeß gegen die restlichen drei Vorstandsmitglieder der englischen Pädophilen-Organisation PLE wurde am vergangenen Donnerstag mit einer ausgewechselten Geschworenengemeinschaft nochmals neu eröffnet. Die Staatsanwaltschaft hatte dadurch Gelegenheit, neues belastendes Material in die Verhandlung einzuführen, das jedoch nach Meinung von Prozeßbeobachtern als nicht mehr bedeutsam eingeschätzt wird. Ein großer Teil der Belastungs-

zeugen besteht aus ehemaligen PLE-Mitgliedern, denen unverbindlich nach üblicher Polizeimanier Straffreiheit in Aussicht gestellt wurde, wenn sie gegen die Angeklagten aussagen würden.

Das überraschende Fallenslassen mehrerer Anklagepunkte in der Verhandlung mit der alten Geschworenengemeinschaft hatte nach Mitteilung gewöhnlich gut unterrichteter Kreise einen pikanten Grund: es hatte sich erst im Laufe des Prozesses herausge-

stellt, daß der Hauptbelastungszeuge für diesen Teil der Anklage ein Adliger ist, der früher zur britischen Vertretung in Berlin gehörte und inzwischen zu einer hohen NATO-Charge aufgestiegen ist, so daß die Gefahr eines Riesenskandals für das Establishment durch diesen „pädophilen Nestbeschmutzer“ bestand.

Vor einer Woche wurden zwei Prozeßbeteiligte wiederum festgenommen, nachdem sie auf offener Straße mit einem ca. 14-jährigen Jungen im Beisein der Eltern ein paar Worte wechselten. Diesen für England ungewöhnliche Verhalten veranlaßte die Eltern, die Polizei zu rufen, die zur Festnahme der beiden PLE-Mitglieder unter dem Verdacht der „Verschwörung zur Unzucht“ (Conspiracy to commit Gross Indecency) schritten. Nach bisher unbestätigten Meldungen wurden sie inzwischen gegen eine hohe Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt.

Neben weiteren Protesten aus der BRD, u.a. vom Verein für sex. Gleichberechtigung e.V. (VSG) München, Rosa Funke und IHS Stuttgart, hat sich auch in Großbritannien etwas Positives getan. Die Gay Activists' Alliance (GAA) stellte sich auf ihrer Jahrestagung hinter PLE, außerdem große Teile der Frauenbewegung durch aktives Eintreten der Lesben. Die Unterstützung wird auf jeden Fall nach der noch in diesem Monat erwarteten Urteilsverkündung wichtig werden. So zweischneidig die Entdeckung des „schwarzen Schafes“ aus dem Establishment und die Konsequenzen des Gerichtes daraus sind, zumindest wird der Schauprozess jetzt aber auf Sparflamme gehalten.

Olaf Stöben

### AUFRUF

#### zur Abschaffung des §175

Recht ist sich selbst! Aktionskomitee zur Abschaffung des § 175  
Hilfsweg: Straße 27 5000 Köln 1

Auf der Basis des damaligen Westensandes über Sexualität hatte sich der Reichstag schiedl. des. 1920 mehrfach entschlossen, den § 175 zu streichen.

Die Nationalsozialisten doppelt verschärfte nach ihrer Machtgreifung den § 175 und benutzten ihn als Hebel zum Terror.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Gehalt des Paragraphen bis 1969 unverändert und danach nur teilweise liberalisiert. Sie hat damit die bessere Normierung Tradition nicht fortgesetzt.

Wir protestieren dagegen, daß unsere Lebensformen immer noch zur Verurteilung von Kapitalismus herangezogen werden und bitten dagegen unsere Verfassung, besonders der Artikel 2 und 3, um auch den Auftrag an die nationale Parlamente durch Rechtangleichung in Europa einen weiteren Schritt zur Verwirklichung der Menschenrechte und zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu tun.

Wir fordern die vollständige Streichung des § 175

und der vollständigen Abschaffung aller wissenschaftlichen Erkenntnisse wider-sprechen

- weil das Recht jedem Menschen auf Entfaltung seiner Sexualität und frei Wahl seines Sexualpartners strafrechtlich nicht untersagt werden darf
- weil es keine diskriminierenden Sondergesetze geben darf, die zum Zweck der Lebensbehinderung verhängt werden können.

Als homoerotische Männer haben wir begreifen, daß das Recht auf den eigenen Körper, das wir fordern, für andere Unterschiede haben kann, aber die eigene Fruchtbarkeit selbst zu bestimmen oder gering Wert und Arbeit zu haben.

Als Entzogen der unsere Forderung steht auch ihre Rechte. Man muß nicht schwarz sein um für die Rechte der Farbigen einzustehen. Man muß nicht Jude sein, um den Antisemitismus zu bekämpfen.

Ich fordere die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, den § 175 umgehend abzuschaffen zu streichen.

Name

Anschrift

☐ Ich bin bereitwillig, daß meine Unterschrift veröffentlicht wird

☐ Ich bin nicht bereitwillig, daß meine Unterschrift veröffentlicht wird

V. S. D. P. Helmut Kantele - Hannover



„Wenn Sie mal schauen wollen!“ - unter diesem Motto führen die Schwestern der AHO - Aktionsgruppe Homosexuellist Osnabrück vom 3. bis 5.4. ein schwules Wochenende durch. Am Freitag ist z.B. das „Trio Infernal“ auf der Bühne. Nähere Anfragen ebenso wie Anmeldungen an AHO, Postfach 11 41 4500 Osnabrück

Dänemark - Mit Wirkung vom 4.1. 81 hat das dänische Gesundheitsministerium sämtliche Einrichtungen des Landes unterrichtet, daß es keine Diagnostizierung von Homosexualität gibt. Der leitende Beamte, Soeren Soerensen, bezeichnete die Einordnung der Homosexualität, als Krankheit, als absurd

Norwegen - Am 16.1.81 legte die regierende Arbeiterpartei dem Parlament einen Gesetzesentwurf vor, der künftig die Diskriminierung aus Gründen der Rasse, Religion, sexuellen Orientierung oder Lebensweise verbieten soll. Es wird erwartet, daß das Gesetz unter den Sozialisten und den Liberalen sowie einzelnen Konservativen und Agrariern eine Mehrheit finden wird

Argentinien - Die Polizei in Argentinien führt ständig Razzien gegen Schwule durch. Die ausgegriffenen Leute werden in der Regel bis zu 60 Tagen im Villa Devoto Gefängnis in Buenos Aires festgehalten, ohne jeglichen rechtlichen Schutz.

aus IGA Memorandum Jan./81



## Rassismus-Renaissance (Teil III):

# Anthropologe Eibl-Eibesfeldt verteidigt »unsere eigene Eigenart«

DIE ZEIT

Nr. 12 - 11. März 1980

DOSSIER

Seite 41



Seltener wie ein  
Komete I. gleich-  
heit. Da die  
Natur bei der  
Verteilung ihrer  
Güter nicht un-  
gleich gewesen sein  
kann, muß die  
Gesellschaft an  
dem Ungleich  
schuldig sein. Über  
moderne Be-  
ziehungen fragt  
das Dogma hinaus,  
daß alles Ver-  
halten erblich ist.  
Angewandte  
darf es nicht  
geben.

Langsam er-  
scheint wie aus  
dem schwarzen  
Traum. Im ersten  
Teil stamm  
Dassers wurde  
gezeigt, daß (so-  
zial-)wissenschaft-  
liche Verfahren des  
einzelnen  
wissenschaftlich  
bedingte sind.

Auch der „Jahres-  
Unterschied“  
zwischen den Ge-  
schlechtern wurde  
beachtet:  
Frauen sind  
sprachlich begab-  
ter. Männer be-  
stehen in der Koor-  
dination.

Der zweite Teil  
analysiert die  
brutale Poli-  
tik. Gibt es  
angeborene  
Tendenzen zwi-  
schen Geschlech-  
tern und, noch  
viel wichtiger,  
zwischen „Ras-  
sen“? Schwere  
Schwierigkeiten bei  
Interpretation  
schwierig als  
Weiß.

Warum? Ist die  
Gesellschaft  
schuld - oder  
die Natur? Die  
Antwort der  
Forschung ist  
auch zweifelhaft.

Intelligenz: Natur oder Kultur?

## Wir, die Ungleichenen

Dieter J. Zimmer analysiert die neueste Forschung zu einem Jahrhundertstreit (II)

da Mensch ein so  
stark entwickeltes  
Tiere. Er kann  
denken, fühlen und  
empfinden. Das  
ist die große Frage:  
Woher kommt das?  
Ist es angeboren  
oder erlernt?  
Die Forschung  
versucht es zu  
klären. Sie zeigt,  
dass wir viel mehr  
mit den Tieren  
gemein haben,  
als wir gerne  
zugestehen wollen.  
Das ist ein  
wichtiger Schritt  
zur Klärung der  
Frage nach unserer  
eigenen Natur.

Einer der verhängnisvollen Pfade gegenwärtiger Rassismus-Renaissance führt, wie in AK 196 dargestellt („Von der NS-Rassenkunde zur modernen Anthropologie“ — siehe auch AK 182 „Ein Damm gegen die Ausländerflut“), auch durch die hehren Gefilde seriöser Wissenschaft. Freilich legt sich die offizielle Universitäts-Anthropologie, Humantologie etc. strenge Enthaltsamkeit auf, was allen leicht erkennbare Sympathien in Richtung nazistische Vergangenheit oder neozastische Aktualität anheben. Als jüngstes Beispiel solcher erneuten Unschuld-Bekundungen ist etwa die offizielle Distanzierung der Wissenschaftler-Vereinigung „Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik“ zu nennen. Sie weist am 22. April 1979 auf die offizielle Distanzierung der Wissenschaftler-Vereinigung „Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik“ (Jürgen Rieger und Co.) zurück — als pseudowissenschaftlich („Pseudowissenschaft“, zit. nach „Lutherische Monatshefte“ 10/80). Mit offenerem Rassismus, sprich Rechtstraditionalismus/Faschismus, will man nichts zu tun haben, dies, sozusagen, ist der Markstein, an dem sich die Wege trennen. Im Gegensatz zu der im allgemeinen an den Tag gelegten Wortkargheit, wenn die historischen und politischen Aspekte des Erb- und Rassen-Forschens zu-

mal in Deutschland/Westdeutschland zur Sprache kommen, hat sich nun auch eine Fach-Größe im ganz aktuell-politischen Zusammenhang geäußert. Diese seltene Gelegenheit ist es schon wert, genau betrachtet zu werden. Es handelt sich um Professor Dr. Irwin Eibl-Eibesfeldt, der die Forschungsstelle für Humantologie am Max-Planck-Institut für Verhaltensforschung (Seewiesen) leitet. Eibl-Eibesfeldt gehört, nicht allein im deutschsprachigen Raum, zu den Top-Verhaltensforschern; seine Bücher gehören zur Standard-Lektüre des Fachs; Eibl-Eibesfeldt dürfte wohl zu Recht als „Kronprinz“ der Verhaltensforschung gelten, die von Konrad Lorenz maßgeblich auf- und ausgebaut wurde. Dessen Weichenstellung im Bereich der Verhaltensforschung ist ein Kapitel für sich. An dieser Stelle muß genügen, die umfassende Beliebtheit der Lorenz-Theorien (über den Zusammenhang zwischen tierischem und menschlichem Verhalten; die Schlüsse, die daraus über die Aggressivität des Menschen und die Bedrohtheit der heutigen, westlichen, bürgerlichen — Kultur gezogen werden sollen) bei Konservativen und Rechten aller Schattierungen zu nennen. Lorenz selbst übrigens gehört zum „wissenschaftlichen Beirat“ der „Nouvelle Ecole“, also den französischen Kopf-Blatte der dortigen „Nou-

Eibl-Eibesfeldt steht nicht an, auch persönlich klipp und klar festzu-  
stellen, daß er „sich deutlich von ras-  
sistischen Anschauungen“ distanzier-  
te und daß er „mit der pseudowissen-  
schaftlichen, Gesellschaft für biologi-  
sche Anthropologie und Verhaltens-  
forschung“ nichts zu tun hat“ (Alle  
Zitate aus: „Lutherische Monatshefte“  
10/80 und 1/81). Überhaupt,  
sagt er, geht es ihm darum,  
„fester extreme Rechten... die  
schon einmal Unheil über Europa  
brachte“, keine „Munition zu liefern“.  
Daß Eibl-Eibesfeldt sich zu  
solch — für Anthropologen-Verhält-  
nisse ungewohnt — eindeutigen Wor-  
ten genötigt sah, hat folgende Vorgeschichte.

### Ein Brief mit Folgen

Erster Akt: Im März 1980 begann  
der „Zeit“-Journalist D. E. Zimmer  
mit einer Serie von Artikeln unter  
dem Motto „Wir, die Ungleichenen“.  
Gemeint war: Da gibt's Intelligenz-  
unterschiede (Schwarze haben einen  
niedrigeren Intelligenz-Quotienten als  
Weiße); Geschlechtsunterschiede  
(Jungen malen lieber Autos, Mäd-  
chen lieber Blumen); da gibt's Ras-  
senunterschiede (was vor allem wa-  
der auf die Intelligenz-Frage hinaus-  
läuft) — und alles, alles als wissen-  
schaftlich belegte, glänzend oder zu-  
mindest wesentlich biologisch-gene-  
tisch bedingte „Ungleichheiten“. Die  
„biologischen Wissenschaften“ hät-  
ten so „erhebliche Einsichten“ er-  
bracht, daß keiner mehr dran vorbeik-  
omme.  
Zweiter Akt: Zimmer flattert ein  
Brief ins Haus: „Lieber Herr Zimmer,  
vielen Dank für die beiden „Zeitarti-  
kel“. Es ist gut, daß darüber auch ge-  
schrieben wurde. Man neigt ja dazu,

gewisse Wahrheiten zu verdrängen,  
und es handelt sich nicht um einen  
Punkt von geringer bevölkerungs-  
politischer Bedeutung. Bei uns wird ja  
viel die Frage diskutiert, ob wir unser  
Land zum Einwanderungsland ma-  
chen wollen und Flüchtlinge aus aller  
Welt (Afrika eingeschlossen) aufneh-  
men sollen.

Denkt man an die Belastung künf-  
tiger Generationen, dann muß man  
wohl auch mit der Begabung der neu  
aufgenommenen Bevölkerungsgrup-  
pen berücksichtigen, sonst handelt  
man unseren Enkeln gegenüber un-  
verantwortlich“

Dieser Brief erschien als Leserbrief  
am 18.4.80 in der „Zeit“.

Dritter Akt: Am 9. Mai sah sich die  
„Zeit“ veranlaßt, eine briefliche  
Reaktion einiger Mitarbeiter des Pro-  
fessors am Max-Planck-Institut abzu-  
drucken, in der sie — vorsichtig im  
Konjunktiv, als wenn's möglicherwei-  
se nur ein Alptraum sei — andeute-  
ten, Eibl-Eibesfeldts Äußerungen lie-  
ßen auf eine „arrogante Ansicht hin-  
aus“ mit dem Kern, „die eigene, be-  
stehende Begabungsstruktur (sei) op-  
timal“ — alle anderen damit automa-  
tisch also mangelhaft.

Im Oktober 1980 griffen die „Lu-  
therischen Monatshefte“ in einem  
Artikel von Dr. U. Kattmann den ras-  
sistischen Leserbrief auf, verglichen  
ihn mit ganz ähnlichen Verleumdun-  
gen der Regierenden. „Gesellschaft für biologische Anthro-  
pologie“ und kamen zu dem Schluß,  
„dieselben Argumentationszusam-  
menhänge und moralischen Appelle  
(...), deren sich auch die nationalso-  
zialistischen Rassisten bedient ha-  
ben“.

Im vierten Akt reagierte Eibl-Ei-  
besfeldt mit einem Artikel „Gefahren  
der Masseneinwanderung“, in dem

sich seine bereits zitierten Anti-Ras-  
sismus-Beteuerungen finden. Er er-  
klärt dort zunächst, der „Zeit“-Brief  
sei halt gar nicht zur Veröffentlichung  
gedacht gewesen und ein wenig  
„knapp gehalten“, so daß es zu bösen  
„Interpretationen“ kommen könne.  
Aber: „Grundsätzlich stehe ich zu  
dem, was ich knapp formuliert  
schrieb (...).“

### Taktik

Da nun, trotz allem, bis auf hart-  
geotannte Nazis niemand sich so  
recht als Rassist bezeichnen lassen  
mag, gibt es für die denen der Rasse-  
Gedanke dennoch am Herzen liegt, ge-  
wisse Schwierigkeiten. Keine Nazi-  
Sprache, am besten ein fortschrittlich-  
menschlich-freundliches Flair — so lau-  
ten konsequenterweise die taktischen  
Maximen. Zwei der grundlegenden  
Maximen aus diesem Reservoir führt  
Eibl-Eibesfeldt vor.

„Ich spreche“, so Eibl-Eibesfeldt,  
statt von „überlegenen und unterle-  
genen Menschen“ nur von „unterschied-  
lichen Begabungen“; nicht also von  
Herrenrasse und Untermenschen, son-  
dern von „andere begabten Völkern“  
ist die Rede, auf die herabzusehen, o-  
der die „zu dominieren“ niemand das  
Recht hat. „Ich bin (...) überzeugter  
Pluralist“

Dies soll heißen, es gibt zwar Un-  
terschiede; dem Prinzip nach sind  
aber alle, wenn auch unterschiedlich,  
so doch gleichwertig. Bei der für die-  
ses Thema besonders heiß umstrittenen  
Frage nach der unterschiedlichen  
Intelligenz — gemessen am sogenann-  
ten Intelligenz-Quotienten (IQ) —  
besteht das so. Die IQ-Tests „mes-  
sen Leistungen, die wir gerade in un-  
serer Kultur besonders hoch einschät-  
zen (...). Es würde sicher die Diskus-

don einschärfen, wenn wir uns von  
der ethnologischen Hochwertung  
der IQ-Leistung lösen könnten. Es  
gibt schließlich noch andere Be-  
gabungen, etwa im künstlerischen oder  
emotionalen Bereich“. Man/frau be-  
achte den Unterschied: Da wird auf  
„andere begabte Völker“ nicht mehr  
heruntergeschaut — da wird einfach  
festgestellt, daß „unserer  
Kultur“ mehr Leistung bringt, das ge-  
nügt ja auch völlig. Das Vertauschen  
von „höher-/minderwertig“ mit „an-  
dersartig“ ändert nichts an der Über-  
zeugung eines Eibl-Eibesfeldt, daß  
die Weißen/die Europäer intelligent-  
er/leistungsfähiger sind — und daß  
dies eine unumstößliche, nämlich  
biologisch-genetische, Tatsache ist.

Zweitens ist eine besondere Argu-  
mentationskette zu beobachten. Lautet  
das Nazi-Credo, daß ungleiche  
Menschen(gruppen) („Herrenrasse/  
Untermenschen“) ganz klar auch un-  
terschiedlich behandelt werden müs-  
sen (bis hin zum „Lebensunwerten  
Leben“), so gehört die Gleichbehand-  
lung aller Menschen zu jeder Art von  
Anti-Rassismus. Um einerseits nicht  
als Nazi/Rassist dazustehen, ande-  
rerseits ihren Rassismus aber zu rei-  
ten, kehren Leute wie Eibl-Eibesfeldt  
den Spieß um. Gerade die, die die  
Gleichheit verfechten, werden als die  
wahren Feinde der Rassen und Völ-  
ker entlarvt. Sie nämlich, die „Amal-  
gamisten“, wollen — so Eibl-Eibes-  
feldt — eine Vermischung, einen Ein-  
heitsbrei, unterdrücken somit die Ei-  
genständigkeit einzelner Rassen und  
Kulturen, wollen eine „Weltkultur“  
und zerstören die einzelnen „Iden-  
titäten“. Besonders die Naturvölker  
haben unter dem Dominanzanspruch  
der Amalgamisten entsetzlich gelit-  
ten“

Was kann man/frau also anders sein als

„Ethnopluralist“ wie Eibl-Eibesfeldt?  
(An dieser Stelle wird auffallen, daß  
Eibl-Eibesfeldt in seiner Ablehnung  
einer „Weltkultur“ nicht vor der Na-  
he alt- und neonazistischer Tiraden  
gegen eine angebliche „One-World“-  
Verschwörung zurückschreckt. Be-  
kanntlich hält sich in der braunen  
Szene unausrottbar die Verschwö-  
rungstheorie, wonach Judentum,  
Katholizismus, Freimaurerei, Kommun-  
ismus und „Wallstreet“ in gemein-  
samen Bunde nach der einheitlichen  
Weltherrschaft streben, dabei die ein-  
zelnen Völker — voran das deutsche! —  
auslöschen und sich dabei solch  
vielseitiger Instrumente wie die UNO,  
Coca Cola, die Ideen der Französi-  
schen Revolution, das Recht ande-  
rfarbige Partner zu heiraten etc.pp.  
bedienen...)

Jedenfalls manövriert sich der  
Ethnopluralismus in eine höchst  
menschenfreundliche, ja fortschritt-  
lich scheinende Position (die, etwa in  
Gestalt der Theorien des „nationalre-  
volutionären“ Vordenkers Henning  
Eichberg, geradezu links aufgezogen  
werden können — Wüt sich doch mit  
einem Geschick von imperialisti-  
scher Gleichmacherei und kolonialis-  
tischer Völkerunterdrückung reden,  
ohne das rassistische Grundkonzept  
aufzugeben).

### Ausländer als Umweltver- schmutzer

Nur allzubald kommt Ethnoplura-  
list Eibl-Eibesfeldt auf sein eigent-  
liche Herzensanliegen zu sprechen,  
auf die „Problematik“, an der er  
schwer trägt: „Als Pluralist allerdings  
sehe ich auch in der eigenen Kultur  
ein zu pflegendes Erbe (...). Diese Er-  
haltung der eigenen Eigenart kann  
durch Masseneinwanderung in Frage  
gestellt werden“. (Nein, nicht von  
„deutschem Wesen“ und „deutscher  
Art“ ist die Rede, sondern von der  
„eigenen Eigenart“).

Wieso Eibl-Eibesfeldt, sobald „se-  
ne Kultur“ mit irgendeiner „andere-  
artigen“ konfrontiert wird, sofort auf  
den Gedanken verfällt, von „Erbe“,  
„Pflege“ und „Bewahren“ zu spre-  
chen, ist keineswegs logisch zu erklä-  
ren — es sei denn, alles „Eigene“ —  
was ja, bei Eibl-Eibesfeldt, im Kern  
immer bedeutet: das biologisch-gene-  
tische Erbgut — sei eben doch besser,  
beschützenswerter als „Anderes“,  
nämlich Fremdes.

Aber Eibl-Eibesfeldt selbst ist ja  
gar nicht so; mit der Zeit spricht er  
auch Klartext. Ausländer sind für ihn  
ein Problem, eine Belastung.  
eins G o f a h r. Argument eins: „Die  
Bundesrepublik gehört zu den dicht-  
bevölkerten Ländern. Jeder klagt da-  
über, daß die Städte überquellen,  
Wohnraum Mangelware ist, die Land-  
schaft mit Straßen zubetoniert wird,  
und wir nicht mehr wissen, wohnen  
mit Müll und den Abwässern. Die  
Lärmbelastung in den Ballungsgel-  
bten ist untragbar, Luft und Wasser  
sind in bedrohlicher Weise ver-  
schmutzt. Die Eingemeindung von  
Hunderttausenden, meist im besten  
reproduktiven Alter, stellt uns somit  
vor Probleme, die sich aus der Über-  
völkerung ergeben“.

Ist er nicht stüb, der Professor? Da  
bricht alle Welt in Tränen aus, daß  
die Deutschen aussterben — soll hei-  
ßen: Die Bevölkerungszahlen rückläuf-  
tig sind — er aber fühlt sich beengt.  
Und dann die Lärmbelastung —  
man/frau denke: Eine Million Itali-  
en auf dem Seewiesener Hauptbahn-  
hof tauschen neueste Nachrichten aus  
— und die schlechte Luft und das  
Wasser: Zwei Millionen Türken  
atmen uns die Luft schmutzig, pin-  
keln unser Wasser dreckig. Und die  
Afrikaner erst!

Die gebündelte Dummheit dieser  
„Argumentation“ bricht vor allem an  
2 Stellen in sich zusammen. Erstens,  
wenn es sich schon um biologische  
Sachverhalte handeln würde, so gälte  
es eben so für Deutsche; zweitens  
aber demonstriert Eibl-Eibesfeldt,  
geradezu plastisch die bodenlose  
Blindheit seines Faches für so zio-  
le und politische Ursachen  
und Wirkungen. Was zum Teufel, hat  
Wohnraumknappheit mit Genetik zu  
tun? Was die Zubetonierung der  
Landschaft mit Rasse? Eibl-Eibesfeldt  
aber führt solche „Probleme“ gerade  
an, um seine rassistische These  
zu belegen, daß die „Erhaltung der  
eigenen Eigenart (...) durch Massenein-  
wanderung in Frage gestellt werden  
(kann)“ (Nebenbei. Eine schöne  
„Kultur“ ist das, die der Professor da

Fortsetzung nächste Seite



## RGR-Prozesse: NPD will juristische Revanche

Nach den totalen Debakeln der neonazistischen NPD bei ihren 'Deutschlandtreffen' 1979 in Frankfurt und 1980 in Philippsthal durch 'Rock gegen Rechts' (RGR) unternimmt die NPD erhebliche Anstrengungen, um einen juristischen und damit politischen Präzedenzfall zu schaffen, der die Möglichkeiten zukünftiger Niederlagen einschränken soll. Da die Nazis, trotz der massiven Unterstützung von 2000 Bullen, auch am 17. Juni 1980 nicht in der Lage waren, ihre Kundgebung gegen den Widerstand der Antifaschist(inn)en praktisch durchzusetzen, orientieren sie nun verstärkt darauf, die Polizei, den Staatsanwalt und die Gerichte zu bezwängen, um so von vornherein den antifaschistischen Protest zu kriminalisieren.

Welche Bedeutung die NPD diesen gerichtlichen Auseinandersetzungen beimißt, erkennt man an der Tatsache, daß sie ihr juristisches Vorgehen unter die Obhut ihrer Parteispitze stellt. 'Amt I - Zentralabteilung - Herr Höfchen' in Bochum ist damit betraut, die einzelnen Informationen zu sammeln und die juristischen Schritte zu koordinieren.

Bereits am 31.7.80 stellte die NPD Anzeige gegen 'Unbekannt'. Diese Anzeige wurde durch ein 14 Seiten langes Schreiben, datiert vom 26.8. erweitert und präzisiert. Die Bandbreite der Anzeige geht von 'Eingriff in den Straßenverkehr', 'Körperverletzung', 'schwerer Landfriedensbruch' bis hin zu 'Bildung einer kriminellen Vereinigung'.

In 29 Einzelfällen, belegt durch die Aussagen teilweise 'prominenter' Nazi-Aktivisten, versucht die NPD das Bild der kriminellen Gewalttäter, die mit Knütteln und Äxten bewaffnet waren, zu zeichnen. Zielstrebig versucht die NPD so zu beweisen, daß RGR und seine Unterstützerguppen

planmäßig und organisiert 'kriminelle Handlungen' begangen haben, um so den Vorwurf der 'kriminellen Vereinigung' zu erhärten. Fehlen darf dann auch nicht der offene Appell der NPD an die Ermittlungsorgane, dem antifaschistischen Widerstand gegen die Nazi-Partei mit der nötigen Härte zu begegnen.

Durch diese zentrale NPD-Anzeige sind 22 Antifaschist(inn)en betroffen, ferner als Organisationen der 'Arbeitskreis Antifaschismus' Göttingen, die 'Bunte Liste Initiative' Göttingen, der KB und RGR.

### Die ersten Prozesse beginnen

Ende März/Anfang April werden voraussichtlich die ersten beiden Prozesse gegen Antifaschisten in Bad Hersfeld beginnen. Ihnen kommt gerade auch deswegen eine große Bedeutung zu, weil sich hieran auch entscheiden wird, wie groß die Erfolgsaussichten sind, wenn die NPD zum 'großen Schlag' gegen RGR ausholt wird. Von der Beweislage her sieht es zumindest relativ schlecht für die Nazis aus, aber bei ihrem 'juristischen Amoklauf' scheint sie die Hoffnung zu befeuern, daß es auf jeden Fall leichter im Gerichtssaal als auf der Straße möglich ist, gegen RGR zu gewinnen.

### Nazi zerran jüdischen Antifaschisten vor den Kadi

Am 31. März soll nun der Prozeß gegen einen israelischen Staatsbürger aus Bamberg eröffnet werden. Die Nazis haben ihn angezeigt wegen 'Körperverletzung' und 'gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr'. Er soll angeblich Gegendemonstranten zu Gewalttätigkeiten gegen die Nazis aufgefordert haben und sich dann an der beginnenden Schlägerei selbst beteiligt haben, so daß die Nazis sich

genötigt sahen, sich gewaltsam 'zur Wehr' zu setzen. So die kurz zusammengefaßte Version der Nazis.

Skandalös wird nun der Fall dadurch, daß die ermittelnden Behörden die Aussagen der Nazis anscheinend als glaubhaft annehmen und mit der gewöhnlichen verwaltungstechnischen Perfektion ihren Justizapparat in Bewegung setzen und sich offensichtlich der Feindschaft ihres Tuns nicht mehr im Klaren sind. Auftragsgemäß wird die juristische Verfolgung eines jüdischen Bürgers durchgeführt.

Der Fall hat aber noch eine Vorgeschichte: Die Nazis stammen nämlich auch aus Bamberg und der betroffene Antifaschist war für sie von daher kein Unbekannter. Er war schon vor dem 17. Juni '80 ständig von Nazis bedroht worden und daran hat sich nach der Niederlage der Nazis in Philippsthal nur insoweit etwas geändert, daß die Bedrohungen zunahmen.

Für die Richter und den Staatsanwalt dürfte dieser Fall eine höchst heikle Angelegenheit werden, wenn sie wieder 'im Namen des Volkes' und vor dem wachsamsten Auge der Öffentlichkeit 'Recht sprechen' müssen. Der Antifaschist hat ausgesagt, daß er lediglich fotografische Aufnahmen gemacht hat, und er bestreitet jegliche Beteiligung an Gewalttätigkeiten.

### Vor Gericht, weil er von einem Nazi schwer verletzt wurde

Auch der zweite Prozeß, der vermutlich am 7.4. beginnt, entbehrt nicht der nötigen politischen Brisanz, zeigt er doch auf, was heute in unserem Lande möglich ist. Angeklagt ist Detmar, ein Antifaschist aus Göttingen, weil er von einem Nazi-Autofahrer, ein gewisser Herbert Werner aus 8752 Mannschaff, auf der Autobahn angefahren wurde und dabei schwere Verletzungen davontrug.



Nazis am 17. Juni 1980 an der Polizeisperre in Malkomes

Der Vorfall ereignete sich am 17. Juni um 9.00 Uhr an der Autobahn Bad Hersfeld Richtung DDR-Grenze an der Ausfahrt Friedewald. An der Ausfahrt bildete sich ein Stau, der bis auf die Autobahn reichte. RGR Leute standen auf der Autobahn. In diesem Moment kam auch das Nazi-Auto. Der Nazi hielt an, sah, daß er so ohne weiteres auch nicht durchkommen würde. Daraufhin ließ er seine Mitfahrer aussteigen und meinte offenbar, daß er sich so durchmogeln könnte. Mit zunehmender Geschwindigkeit fuhr er auf die RGR Leute zu, die die Situation nicht so schnell erfaßt hatten und erst im letzten Augenblick zur Seite springen konnten. Nur Detmar hat das Auto nicht kommen sehen. Er wurde von dem Wagen erfaßt, fünf bis zehn Meter hoch durch die Luft geschleudert. Detmar blieb schwer verletzt liegen. Er hat einen komplizierten Oberarmknochenbruch und kann heute immer noch nicht wieder richtig laufen.

Bezeichnend was nun passierte. Detmar, der gegen den Nazi-Fahrer Anzeige wegen versuchten Totschlages gestellt hat, bekommt noch im Krankenhaus Besuch von der Autobahnpolizei, die vor seinen Augen seine Anzeige schreiben und ihm mitteilen, daß nun gegen ihn ermittelt wird.

Bei einem Hamburger Antifaschisten, der auch Anzeige gegen den Nazi erstattet hat, überprüfen die Bullen die Möglichkeit eines Ermittlungsverfahrens.

Dann wird offiziell am 17.12.80 von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß das Verfahren gegen den Nazi eingestellt wird. Hiergegen läuft zur Zeit der Widerspruch.

Am 30.9.80 erstattete dann der Nazi seinen Anzeige gegen Detmar wegen 'Injuri' und 'Bedrohung'. Sachbeständig: Körperverletzung u.ä. Der Nazi gibt an, daß er langsam auf die Menge zugefahren sei, gestoppt hatte und als er von den Antifaschisten bedroht wurde und Angst um sein Leben gehabt hätte, sei er panisch losgefahren und in dem Moment sei ihm Detmar, mit einem Stein in der Hand vor das Auto gekommen. Der Stein ist in der Hand vor das Auto ge-

sprungen.

Diese Aussage wird annähernd bestätigt durch die Aussagen zweier Zivilbullen, die sich mit ihrem Auto in ca. 200 Meter Entfernung zum Ort des Geschehens aufgehalten haben. Nur daß sie behaupten, daß Detmar auf die Kühlerhaube gesprungen sei und dann beim Anfahren und kurzen Abbremsen des Wagens heruntergestürzt sei. Allerdings muß man bedenken, daß die Bullen aus der Entfernung relativ wenig sehen konnten, zumal die Demonstranten ihren Blickwinkel ziemlich eingeengt bzw. fast verdeckt haben. So können die Bullen eigentlich gar nicht beurteilen, mit welcher Geschwindigkeit der Nazi auf die Demonstranten zugefahren ist.

Das können die anderen Nazi-Zeugen schon besser bezeugen, die Mitfahrer, die Nazi Werner vorher hat aussteigen lassen. Und die machen nun für Werner ziemlich peinliche und belastende Aussagen. So sagt der eine Nazi, daß Werner mit ca. 25 - 30 km/h auf die Demonstranten zugefahren ist und als dann die ersten Steine auf das Auto zugeflogen seien, so ca. 5 m bevor er die Gruppe erreicht hatte, gab er Gas.

Ein anderer Nazi Zeuge spricht davon, daß der Fahrer sich hinten das Lenkrad gebückt hat, um sich von den Bullen zu schützen und so gegen sie zu fahren.

Wie die Nazis nun diese Widersprüche im Prozeß auf die Reihe kriegen wollen, ist rätselhaft. Weniger rätselhaft, dafür aber umso bedenklicher die Haltung eines Staatsanwalts, der in Anbetracht dieser Widersprüche entschieden hat, das Ermittlungsverfahren gegen den Nazi einzustellen.

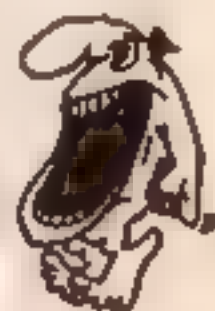
Man darf gespannt sein, wie die Richter sich verhalten werden. KB/Göttingen

Prozesstermin: 31.3. Bad Hersfeld, Amtsgericht, 9.00 Uhr. Spendenkonto: Konto-Nr. 37265, Rock gegen Rechts ESW, Klaus-J. Höhle, Städtische Sparkasse Göttingen.

Gesucht werden noch dringend Fotos, die in Philippsthal und Umgebung gemacht worden sind.

## Pressemitteilung Ermittlungsverfahren gegen

# Motzer



Die Kripo in Friedrichshafen hat gegen uns, den MOTZER, Leserzeitung für Oberchwaben wegen des Verdachts der Verunglimpfung des Staates und des Vorgehens gegen das Landespressgesetz und auf Anzeige von Bürgermeister Gröschl, Kressbronn wegen angeblicher Beleidigung seiner Person sowie seiner Frau im MOTZER Nr 90 vom 4.2.81 (S. 34f) ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Festgemacht wird das 1. Ermittlungsverfahren, die angebliche Verunglimpfung des Staates, an einem 'Rundbrief an alle Nachrichtenspendenempfänger' und dem von der 'Ermordung Georgs durch die Bullen' gesprochen wird (S. 36f). Im 2. Fall der angeblichen Beleidigung von Bürgermeister Gröschl handelt es sich um eine Satire, die wir anlässlich einer Dokumentation über die Schließung des Kressbronner Jugendhauses aus der Lindauer Stadtzeitung 'Collage' abdruckten, zusammen mit einem Artikel aus dem Lokalkreis für Kressbronn der 'Schwäbischen Zeitung' (S. 34f).

Wir sehen in diesem Ermittlungsverfahren und den drohenden ge-

richtlichen Maßnahmen einen weiteren Angriff auf die Existenz und Unabhängigkeit unserer unzensurierten Zeitschrift. Für den einzelnen Mitarbeiter und Jew. Presseamtlich Verantwortlichen bedeutet das eine massive Einschüchterung und den Versuch der Kriminalisierung. Wie frei die Presse in diesem Land sein kann, soll ein weiteres Mal vom Staatsanwalt bestimmt werden.

Der Zeitpunkt dieser Ermittlungsverfahren ist nicht zufällig, finden doch augenblicklich verstärkt Auseinandersetzungen z.B. um Wohnraum auch hier in Ravensburg/Württemberg statt. Immer größere Teile der Jugendlichen beginnen zu revoltieren, sich für ihre berechtigten Interessen einzusetzen. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen, daß der Staat nicht die Linderung der Sorgen und Nöte großer Teile der Bevölkerung anstrebt, sondern mit polizeistatistischen Mitteln versucht, diese zu unterdrücken. Nach dieser die Interessen von benachteiligten Gruppen in schärfster Auseinandersetzungen fördern, sollen wir präventiv stellvertretend kriminalisiert werden.

Leut vom MOTZER

Fortsetzung von der vorherigen Seite

„bewahren“ will. Beton, Müll, Lärm, Schmutz ...).

### Rassereinheit, wie gehabt?

Sodann greift Eibl-Eibesfeldt noch etwas tiefer ins Schatzkloster seiner Wissenschaft. Er kann, wenn schon Einwanderung unvermeidlich ist, alles klargelassen. So greift er sich um den richtigen Ausdruck möglichst engen 'Verwandtschaftsgrad der Beteiligten' handelt. 'Einwanderer aus dem europäischen Raum' gehen also noch an. Bei anderen, zum Beispiel der 'türkischen Bevölkerungsgruppe' oder den 'Flüchtlings aus aller Welt (Afrika eingeschlossen)' steht Schlimmstes zu befürchten. Die nämlich, so Eibl-Eibesfeldt, werden sich nicht 'reibungslos' in die Gemeinschaft einfügen (ehemals hieß das, 'Volksgemeinschaft'). Letztlich konzentriert sich die ganze Beweisführung Eibl-Eibesfeldts auf diesen biologisch-rassistischen Punkt.

'Menschen anderer Rassen' schaffen Probleme, bestimmte 'Verwandtschaftsgrade' sind unerwünscht, der 'Wettkampf der Wägen' droht, die 'biologische Unterwanderung' steht ins Haus. Das alt-rassistische Konzept vom Kampf verschiedener Rassen gegeneinander durchbricht jede vorläufige Fassade. Wie lange dauert es noch, bis ausgehend von der Vorstellung einer 'biologischen Unterwanderung' und eines 'Wettkampfes der Wägen' - wieder, wie einst im 'Stürmer' der Nazis, der heumückische Fremdling in dunkler Gasse lauert, um das blond-nordische Mädel blutzuschänden? Denn natürlich ist die erwünschte 'Verwandtschaft' genau das, was früher 'weiß' und 'arisch', noch besser 'germanisch' und 'nordisch', am allerbesten aber 'deutsch' hieß.

Der wissenschaftlich unsinnige und ideologisch-politisch verbrecherische Mythos von der 'Reinheit der Rasse' feiert skrupellose Urständ. Der Reden vom Blut folgt die vom Boden, wie selbstverständlich: Einwanderung bedeutet für Eibl-Eibesfeldt, 'stille Landnahme', weil man, 'mit jeder Einwanderung, die man gestattet, Land abtritt'. Wovon, um Gottes Willen, redet der Mann eigentlich - von den vielen Villengrundstücken der Türken, den Golfplätzen der Griechen, den Landgütern und Bauerngehöften der entrichteten Flüchtlinge?

### Apartheid als Modell

Der Eibl-Eibesfeldtsche Rassismus läuft auf ein Programm der 'getrennten Entwicklung' hinaus, sprich: Apartheid, der Homelands, der Reserven, Ghetos etc. 'Jeder Ethnie (= Volksgruppe) ihr eigenes Land', wie er es fordert, heißt nämlich Trennung,



Abb. 76 (a-f). Wilks Mann, nach Begrüßung: Bei der ersten Umarmung drückte er sein Gesicht an meine Wange, betastete er meine Brust (b). Er bekam einen Plastiksack mit einigen Kienröhren und betastete daraufhin mein Gesicht (d), umhüllte auch (e) und drückte einen Kuß auf meine Wange (f) (Januar 1978). (Foto: K. F. FERNHEIMER.)

Absperrung um jeden Preis. Die Schweiz, sagt Eibl-Eibesfeldt, funktioniert nur - obwohl da doch nahe verwandte Gruppen leben - weil jede Gruppe ihr eigenes 'Siedlungsgebiet' hat, die USA dagegen funktioniert nicht - weil, darf ergänzt werden, dort eben leider keine Rassentrennung herrscht. Südafrika dürfte damit Eibl-Eibesfeldts Modellstaat.

Für Ausländer in der BRD heißt das, daß sie am besten in abgetrennten Ghetos zu leben hätten, bis sie endlich 'langfristig' wieder ganz verschwunden sind. Und all das, ganz schön, zur Melodie: 'Achtung vor Mitmenschen anderer Rasse und Kultur'.

Eibl-Eibesfeldt hält derlei lediglich für 'angebliche' Rassismus; Einwände wie die der 'Lutherischen Monatshefte' nennt er 'Polemik'. Mit anderen Worten, hier ist nicht nur teilweise eine sonnenfleckbedingte Dummheit und Unwissenheit im Spiel. Nein, Eibl-Eibesfeldt besteht durchaus auf seinen Thesen, gerade auch dann, wenn er den Rassismus-Vorwurf scheinbar entkräften will. In diesem Licht liest sich Eibl-Eibesfeldts Grundsatz-Bekanntnis als düstere Prophezeiung: 'Bistand habe ich allerdings in meinen Arbeiten immer die Universalität, das verbindende gemeinsame Erbe im menschlichen Verhalten betont (...). Bislang ... aber es geht zweifellos auch anders. Wie lange sich Eibl-Eibesfeldt und seine Gleichgesinnten wohl noch solche Selbstbeschränkung auferlegen?

Antifa-Kommission  
KB/Gruppe Hamburg



## »Streikt!!! Streikt!!! Streikt!!!«

Zum 40. Jahrestag des Februarstreiks in Amsterdam

Kränze, Blumen, Transparente: „Buchenwald“ — „Auschwitz“ — „Bergen-Belsen“ ... Tausende sind unterwegs an diesem 25. Februar zum Dokwerker, dem Mahnmahl an den Februarstreik 1941. Tausende gedenken des Aufstandes der Amsterdamer Bevölkerung gegen die deutsche Besetzung und die Verschleppung der Juden. Um fünf Uhr begann der große Zug, im Dunkel und vier Stunden später erst ist der letzte Kranz niedergelegt, steht der Dokwerker in einem See von Blumen.

Am 10. Mai 1941 überfiel die Hitler-Wehrmacht die Niederlande. Beabsichtigt war von den Besatzern gegenüber den Niederländern, handelte es sich bei ihnen doch um ein „arisches“ und somit quasi Brudervolk, eine „weiche Linie“. Den weitaus meisten Niederländern jedoch mußten derlei behauptete Familienbände erheblich, zum offenen Aufstand, zum ersten Massenaufstand in einem von den Faschisten besetzten Gebiet überhaupt, kam es, als der Terror gegen die Amsterdamer Juden zunahm und 420

„Volljuden“ als „Vergeltungsmaßnahme“ für „eine neuerliche jüdische Frechheit“ in die Vernichtungslager deportiert wurden. (Eine Gesamtangabe des Februarstreiks ist im AK 102, 4.4.77, nachzulesen).

Massive Übergriffe gegen die Amsterdamer Juden — zumeist der „Wehrabteilung“ (WA) der niederländischen Faschisten (NSB) — begannen im Januar 1941. Die WA-Schläger versuchten an Hotels und Gaststätten Schilber anzubringen mit der Aufschrift „Jüdische Gäste nicht er-

wünscht“ und „jüdisch aussehende“ Menschen aus der Straßenbahn zu werfen. Wohnungen von Juden wurden überfallen und verwüstet. Die Amsterdamer Polizei wurde von der (deutschen) „Grünen Polizei“ am Eingreifen gehindert. Häufiger aber schon bekamen die WAler eine heftige Abreibung und mußten das Feld räumen. Ihre Überfälle nahmen jedoch weiter zu, das Pogrom hatte begonnen.

Abel J. Herzberg berichtet in seiner „Kronik der Judenverfolgung 1940 - 1945“ (Amsterdam, 1951): „Man kann das alles wiederfinden in jeder Geschichte über ein Pogrom. Fast buchstäblich. Nur die Stadt und die Straßen heißen anders. Amsterdam hatte das noch niemals erlebt. Amsterdam erzitterte. Es hatte in einer windstillen Ecke Europas gelegen, aber jetzt stob die Weltgeschichte über seine Dächer. Die Weltgeschichte wirft immer jüdische Scheiben ein. Amsterdam hörte das Klirren und kam nachsehen. Und sagte: Das gefällt uns nicht. Denn die Juden mochten sein, was sie wollten, sie waren Amsterdamer. Und die grauen Uniformen und die schönen Stiefel waren Berlin und Hamburg, sie waren fremd. Als das Eigene in Gefahr geriet, wußte man, was das bedeutete für manche die Reaktion, für andere die Tyrannei, für alle den Feind. Aus diesen Tagen datiert der Spruch, den ein Straßenjunge mit Kreide auf eine Mauer geschrieben hatte: 'Bleibt mit euren Möffenpfoten von unseren Dreckjuden weg' (Moffen = Deutsche, Anm. AK).

Sie würden da nicht wegbleiben, das wußte man. Jan und Kees aus dem Eiland-Viertel und Dirk aus dem Jordaan steckten deshalb ein hübsches Stück Gasrohr in die Tasche und sagten zum Jüdischen: 'Moses, komm mit, wir gehen kämpfen.' Das fiel

nicht vom Himmel. Sie hatten es satt. Und wir haben gesehen warum. Aal van Wittenburg sagte zu Sara vom Meyerplein: 'Gib mir die Kinder mal mit.' Und sie bekam sie. Darauf haben Moses und Jan, Samuel und Kees wirklich gemeinsam gekämpft, und nicht zu wenig. Am Montag, 10. Februar, am Zwaneburgwal und anderswo, wo sich die NSB zeigte. Ein WA-Mann wurde ins Wasser geschmissen zwischen die Eisschollen und von seinen Kumpanen gerettet. In der Korte und der Lange Houtstraat wurden die noch heißen Scheiben (von NSB'ern) eingeworfen und es kam zu heftigen Schlägereien. Dasselbe am Waterloo-plein, in Kattenburg, Oostenburg und den Joden Houttuinen. Vater Dirk und Vater Elias, Piet und Zoogie griffen sich eine Latte, einen Knüttel oder ein Stuhlbein und schlugen drauflos. Am späten Abend griff die Polizei an und es kehrte vorläufig Ruhe ein. Da sagten die Leute aus dem Eiland-Viertel zum Jüdischen: 'Den Möffen können wir noch mehr erzählen, wir bleiben hier.' Und das Jüdische sagte: 'Ist noch Kaffee da und Kuchen?' Es war der letzte.

Jan hat gekämpft und Moses hat gekämpft in demselben Krieg gegen denselben Feind. Aber Jan hat den Krieg gewonnen und Moses hat den Krieg verloren. Das kommt davon, wenn du ein Jude bist. Jan kann ein Hammer sein oder ein Amboß, Moses sitzt dazwischen.“

Am 11. Februar wollten niederländische Faschisten wieder ins Jüdische eindringen: Das Gerücht ging um, daß sie die Synagoge anstecken wollten.

Herzberg: „Die jüdische Bevölkerung machte sich auf, die Synagoge zu verteidigen, nicht, weil sie so fromm war, sondern weil sie begriff, daß ein Angriff auf die Synagoge einen Angriff auf ihr Leben bedeutete. Dasselbe Gefühl besaßen ihre Gäste. Auf dem Waterloo-plein kam es zu einer wahren Feldschlacht, wobei die WA vertrieben wurde, erneut kämpften und schließlich das Feld vollends räumen mußte. Bei diesen Kämpfen wurde ein WA-Mann, Koot, tödlich verletzt. Und dann war es aus. Die Deutschen lachten, denn sie hatten, was sie brauchten.“

Als „Vergeltungsmaßnahme“ für den Tod des niederländischen Faschisten Koot nahmen die faschistischen Besatzer am 22. Februar 1941 425 jüdische Männer als „Gesein“ und deportierten sie in die Vernichtungslager — zwei von ihnen überlebten.

Die Verschleppung der Juden war der letzte Anstoß für den Massenaufstand. „Protestiert gegen die abscheulichen Judenverfolgungen!“ rief die (illegale) Kommunistische Partei auf. „Streikt!!! Streikt!!! Streikt!!!“ — Straßenbahnen und Busse wurden stillgelegt, die Werftarbeiter kamen in die Stadt, Geschäfte und Büros schlossen. Völlig überrascht sah sich die deutsche Besatzungsmacht am 24. Februar 300.000 Aufständischen gegenüber.



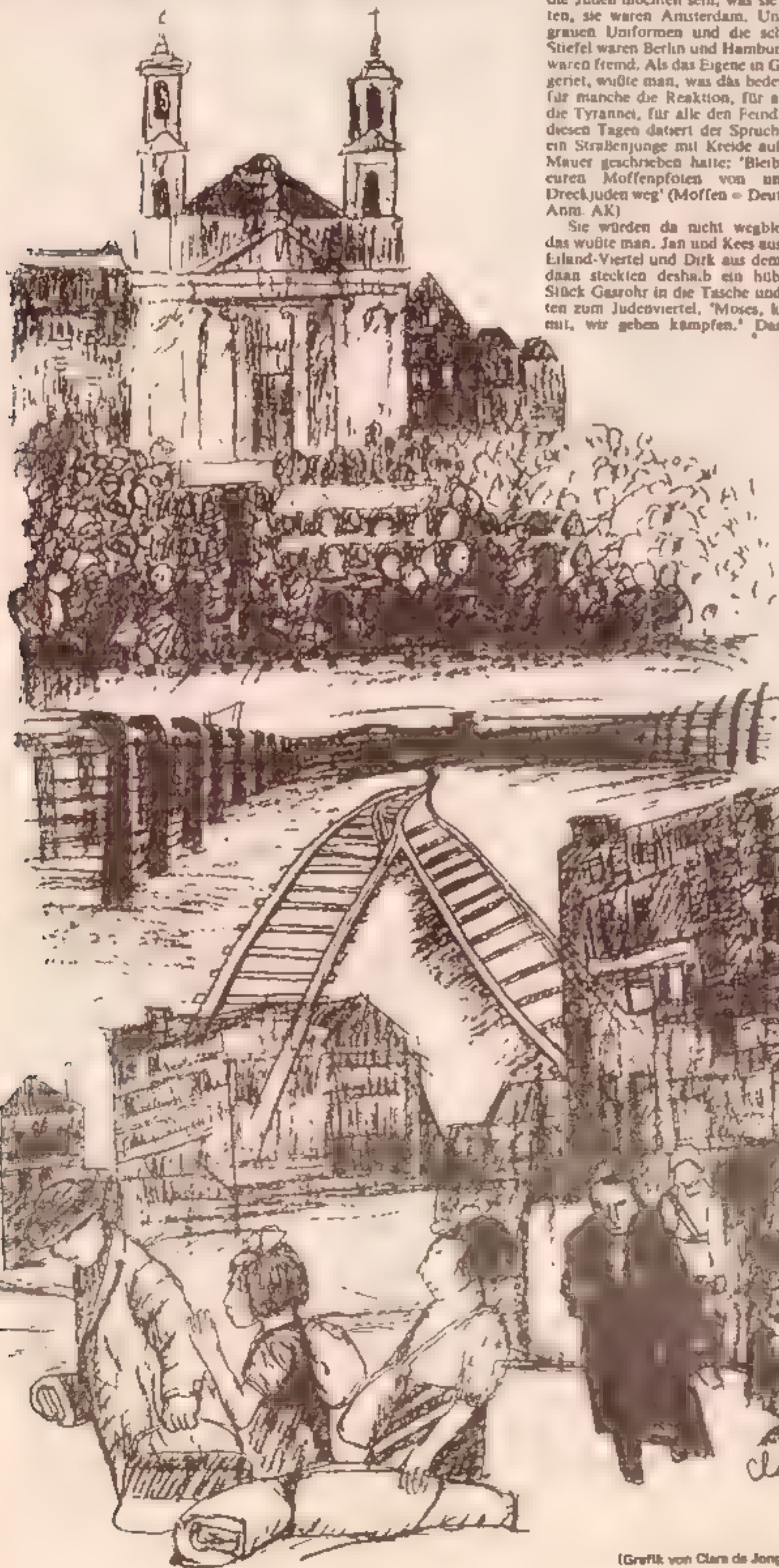
Die faschistische Bestie schäumte Rache, der Erfolg des zweitägigen Massenaufstands aber war nicht mehr auszulöschen.

- Im ganzen Land begann der eigentliche Widerstand, hatte doch der Streik gezeigt, daß auch unter einer Besatzungsmacht Widerstand möglich ist.
- Die deutschen Besatzer mußten ihre Versuche aufgeben, eine niederländische (faschistische) Scheinregierung zu bilden, wie es in anderen besetzten Ländern gelungen war.
- Die niederländische Bevölkerung einschließlich großer Teile der Polizei und Behörden war für die Besatzer zum erheblichen Unsicherheitsfaktor geworden.
- Die Ablehnung auch der „eigenen“ Faschisten war überdeutlich geworden.
- Für viele jüdische Niederländer war der Februarstreik das Signal, sich aktiv zu widersetzen bzw. unterzutauchen. Jüdische Kinder wurden von niederländischen Pflegeeltern aufgenommen.



Abel J. Herzberg beschließt seinen Bericht zum Februarstreik mit den Worten: „In der Geschichte des jüdischen Volkes, einer Geschichte voller Verfolgungen, ist (der Februarstreik) ein Unikum. Der ewige Sündenbock, an dem alle Jahrhunderte ihre Unzufriedenheit ausgelassen haben, rührte zum Mitleid. Sein Leben und seine Sicherheit waren plötzlich der Prüfstein geworden für menschliche Freiheit und Würde. Was auch sonst über den Antisemitismus in den Niederlanden gesagt werden kann, dies unter deutscher Besatzung begriffen und verarbeitet zu haben, gereicht dem niederländischen Volk zu unsäglichlicher Ehre.“

Niederlande-Kommission



Clara de Jong



## Antifaschistische Bürgerinitiative gegen den Nazibuchladen in Frankfurt/M. - Bornheim



## DEMONSTRATION

Samstag 21.3.81, 11:30 Uhr, Frankfurt/M., Paulsplatz

Frankfurt. — Die Bürgerinitiative gegen den Naziladen ruft für den 21.3. (Vortag der Kommunalwahlen) dazu auf, gemeinsam „nachzusehen“, ob das VSBD-Zentrum bis dahin geschlossen worden ist. Nachdem der Hausbesitzer der Hartmann-Ibach-Str. 55 schon vor einiger Zeit erklärt hatte, daß er den Nazis bis Ende Juni gekündigt habe, gibt es neuere Informationen, wonach inzwischen eine fristlose Kündigung ausgesprochen worden sein soll. Wie dem auch sei — von Interesse ist nur, daß die braune Saat schnellstens dort verschwindet und sich irgendwo anders wieder ansiedeln kann. In Frankfurt, wo Oberbürgermeister Weilmann jede demokratische Demonstration zu verbieten versucht, ohne auch nur den Anschein von „Rechtsstaatlichkeit“ zu wahren, gilt es als sicherer Tip, daß er auch diese Aktion unterlegen wird. Doch auch in diesem Fall wird er nicht verhindern können, daß die Antifaschisten auf die Straße gehen.

## Bespitzelung? Bei uns doch nicht!

Aachen, was ist das schon für eine Stadt! Ein verträumtes Provinznest am Rande der BRD? Wenn in Berlin

Antwort: Wir kennen die Gegend um unser Haus herum ganz gut. An zwei Tagen hintereinander fielen uns

Diese Beispiele sind nur die Spitze(!) des Eisbergs

## Bespitzelung? Bei uns doch nicht!

Aachen, was ist das schon für eine Stadt? Ein verträumtes Provinznest am Rande der BRD? Wenn in Berlin Steine fliegen, was läuft dann in Aachen? Hier hat die Polizei einfach so die besetzten Häuser räumen können. Tja, hier ist es still, verdammt still. Die Ruhe täuscht. Die politische Polizei ist unterwegs.

Antwort: Wir kennen die Gegend um unser Haus herum ganz gut. An zwei Tagen hintereinander fielen uns zwei Leute — Typen — auf Sie standen immer an derselben Stelle und schauten sich die Gegend an und was da so passiert. Am dritten Tag stand wieder einer von denen vor unserem Haus rum. Ich ging raus und auf ihn zu. Er drehte sich um und machte sich aus dem Staub. Nachmittags standen dann zwei Zivilwagen der Polizei in unserer Straße (zu erkennen an der extra Funkantenne usw.). Am vierten Tag schien es vorbei zu sein. Abends wurde dann jemand aus unserer WG mit Blitzlicht fotografiert. Als wir daraufhin auf die Straße rannten, waren die Schweine schon verschwunden. Danach haben wir nichts mehr bemerkt.

Diese Beispiele sind nur die Spitze(!) des Eisbergs

Beide Fälle sind aus dem Jahre 1981. Sie stehen nicht allein da, auch wenn einige Leute glauben, Aachen sei ein sicheres Pflaster für sie.

— Letztes Jahr erschloß die Polizei einen Mann, der einen Juwelier überfallen wollte. Die Beamten lauerten ihm auf.

— Als ein linker Türke umgebracht wurde, hatte die Polizei nichts eiligeres zu tun, als in dessen Freundeskreis herumzuschnüffeln.

Die Leute, die ein dreiviertel Jahr lang zwei Häuser besetzt hielten, berichten davon, bespitzelt worden zu sein.

— Vier Leute, die die Polizei dabei schnappte, wie sie Plakate für die Hausbesetzung klebten, wurden zur erkennungsdienstlichen Behandlung vorgeladen. Ihre Daten sollten in einen Polizeicomputer eingegeben werden. Die Polizei drohte, sie mit Gewalt zu holen, wenn sie nicht freiwillig kämen.

Die Polizei will auch in Aachen die linke Szene unter Kontrolle bekommen. Sie wollen wissen, wer was macht, wer wen kennt usw. Und sie wollen uns Angst machen. Sie wollen, daß wir uns immer wieder fragen, was sie über uns schon alles wissen. Sie tun so, als entginge ihnen nichts, als könnten wir nichts machen.

Wenn wir unsere Erfahrungen mit den Bullen für uns behalten, wenn wir uns einfach nicht darum kümmern, daß die mittlerweile Braunen Linke auch in Aachen überfallen, machen wir es ihnen zu leicht.

Machen wir bekannt, daß und wie die Polizei in Aachen was auch anderswo ihr Unwesen treibt. Das wäre der erste Schritt, den Schweinen ihr Handwerk zu legen.

P.S.: Wer mehr darüber wissen will, wer Polizei und Staatsschutz arbeiten, der soll sich irgendwie die Hamburger Broschüre über die Praktiken der Verfassungsschützer besorgen. Lohnt sich.

RH und SU aus Aachen

Selbst wenn wir nichts tun, die Bullen haben uns doch auf dem Kieker

Die „Ausbauplanung Innere Sicherheit 1978-81“ beinhaltet z.B. den „weiteren Ausbau des Informationsverbundes der personenbezogenen und länderbezogenen Informations-sammlungen“ und „ein ständig aktualisiertes Berichtswesen“.

Zu deutsch: Die Bullen will auch all die Leute, die vielleicht einmal Widerstand gegen diesen Staat unterstützen oder leisten könnten, überwachen. Da sollen alle möglichen Einzelheiten über solche Leute zusammengetragen werden, um damit dann z.B. die Fahndungscomputer zu flutern.

Auch in Aachen sind die unterwegs, die Herren des Morgengrauens. Da stehen oder gehen sie in der Stadt rum grau und unauffällig oder sportlich-unauffällig und gucken. Nichts soll ihnen entgehen. Nicht die Ladendiebe, nicht die Plakatkleber — ihr könnt es beliebig fortsetzen.

Eine Wohngemeinschaft wird bespitzelt

Ich erfahre es eher zufällig. Sicherlich gucken Polizei und Staatsschutz auch anderen Leuten noch auf die Finger. Hier ein Interview mit einem der Bespitzelten.

Frage: Wann und wodurch ist Euch aufgefallen, daß ihr beobachtet werdet?

## »Judenwitze« beim Karneval

Wie schon in den Vorjahren sorgten Dusseldorfs organisierte Karnevalisten für einen Skandal.

Für den Karneval 78/79 hatten sie den Rechtsanwalt Jörg Weck, Verteidiger im Majdanek-Prozess, zum Karnevalsprinzen gewählt. Aufgrund massiver Proteste, auch aus dem Ausland, mußte Weck zurücktreten. Karneval 79/80 sollte eine Japanerin Karnevalsprinzessin werden. Der Präsident einer Karnevalsgesellschaft nannte dies eine „Beleidigung der deutschen Frau“. Da neben Protesten auch sehr viel Beifall und Unterstützung für diesen Rassisten geäußert wurde, zog die Japanerin es vor, die rassistischen Karnevalisten alleine feiern zu lassen. Und dieses Jahr „schmückte“ Klaus Schulze, Karnevalsprinz des Vorjahres und Präsident der Prinzengarde, eine Bittenrede am 1.3. mit einigen zuhelfst schweinischen „Judenwitzen“. Laut Presse soll die Mehrheit des Publikums mit betroffenem Schweigen reagiert haben. Und das will wahrlich was heißen, was jede/r, der/die schon mal organisierten „Frohsinn“ im Karneval miterlebt hat, bestätigen kann. Bis zur Unerträglichkeit werden in den Bittenreden alle möglichen Vorurteile und reaktionärer Schrott vorgetragen. Besonders schlimm geht es auf den „Herren“-Sitzungen zu, die zu wahren Orgien von männlichem Chauvinismus und Frauenverachtung werden.

Und betroffenes Schweigen auf einer „Herren“-Sitzung sagt sehr viel über die außergewöhnliche Unmenschlichkeit dieser „Witze“ aus.

Klaus Schulze entschuldigte sich zwar in der Presse und telefonisch auch bei dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Heinrich Scheinmann. Eine telefonische Entschuldigung reichte H. Scheinmann jedoch nicht aus: „Es wäre ja schlimm, wenn sich die Angelegenheit aus der Welt schaffen ließe. Irgendetwas wird auf jeden Fall geschehen.“ Am 6.3. gab der Vorstand der Jüdischen Gemeinde eine Stellungnahme ab, in der er seine „Empörung und Erschütterung“ mitteilt, und daß er abwartet, „welche Konsequenzen die zuständigen Stellen ziehen, und wird es hiervon abhängig machen, ob er ein strafrechtliches Einschreiten beantragt wird“. Von Mitgliedern der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, in welchen Leserbriefen und von den Fraktionsvorsitzenden der Ratsparteien wurde Schulze zum Rücktritt von seinen karnevalistischen Ämtern aufgefordert. Am 6.3. trat Schulze zurück. Die Karnevals-Bosse hoffen, daß sich nun „die Wogen etwas glätten lassen“. Angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre kann man/frau nur hoffen, daß es nicht gelingt (WZ, 4.3., RP, 5.3., 6.3., 7.3.81). Delfe Dusseldorf

## Nürnberg: Wann wird Lehrer Witzsch gefeuert?

In Nürnberg unterrichtet an der Wirtschaftsschule in der Nuppenbeckstraße der 41-jährige Hans Jürgen Witzsch die Fächer Sozialkunde, Deutsch und Geschichte. Doch anders als seine Kollegin Brita Wand, die — 10 Jahre jünger als Witzsch und eher links engagiert — wegen ihres Eintretens gegen Strauß (vermittelt einer Plakette: „Stoppt Strauß“) vom Schuldienst suspendiert wurde, lehrt Hans Jürgen Witzsch immer noch.

Nicht nur das Lehrer Witzsch verbreitet — belegbar — seit über zwei Jahren in seinem Unterricht Theorien, die zwar in einem Nazi-Regime das Herz jedes Kulturmusters hätten höher schlagen lassen, in einem „demokratischen“ Staat jedoch nicht geduldet werden dürfen.

Den Krieg hätten die Polen angefangen.

— Der „Mythos“ vom millionenfachen Mord an jüdischen Menschen sei eine reine Propagandalüge, Gaskammern hat es nie gegeben.

Doch — CSU-staatliche Zustände machen möglich — protestierende Schüler erhalten keine Antwort von der Schulleitung. Eine Antwort erhalten sie allerdings vom Lehrer Witzsch. Ein plötzlicher Zensurenabfall bei

den Schülern, die sich gewehrt haben, auch bei denen, die Menschenrechtsverletzungen nicht nur in kommunistischen „Unrechtsstaaten“, sondern im faschistischen Chlo feststellen.

Jahrelang konnte Witzsch so das, was er und seine ihm wohlgesonnenen Kollegen für Demokratie halten, unterrichten. Sogar der Nürnberger Kultur- und Schullehrer Glaser, der Witzsch wenigstens die Fachaufsicht über das Fach Geschichte entzog, handelte sich dafür ein Dienstaufsichtsverfahren ein.

Jetzt allerdings scheint eine Suspendierung möglich: Aufgrund eines Gutachtens des Münchner Instituts für Zeitgeschichte entschied ein Gericht, Witzsch verbreite „neonazistisches Gift“. Doch vor dem Erfolg der Nürnberger „Stadtvieler“, die nun die Suspendierung Witzschs betreiben, haben die Götter noch den Schweiß und die CSU gesiegt. Lehrer Witzsch ist CSU-Stadtrat in Fürth, und die CSU hat in Bayern ja bekanntlich viel zu sagen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Doch — CSU-staatliche Zustände machen möglich — protestierende Schüler erhalten keine Antwort von der Schulleitung. Eine Antwort erhalten sie allerdings vom Lehrer Witzsch. Ein plötzlicher Zensurenabfall bei

Witzsch ist CSU-Stadtrat in Fürth, und die CSU hat in Bayern ja bekanntlich viel zu sagen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

## Zechkumpane und Gesetzesbrecher Bullenschikane gegen Kneipe

Daß die Darmstädter Kneipe „Ofenrohr“ ein beliebter Treffpunkt für Linke ist, konnte der Polizei auf Dauer natürlich nicht entgehen. Kurz nach der Polizeistunde erschienen oft bis zu acht Bullen, teils in Zivil, um Kontrollen durchzuführen. Es hieß: Bußgeldbescheide wegen Ruhestörung. Zivilbullen versuchten nach der Polizeistunde noch Bier zu bekommen; erst als dies abgelehnt wurde, legten sie ihre Hundemarke auf den Tisch: „Wir haben dich nur testen wollen“. Der vorläufige Höhepunkt dieser Schikanen hat wie folgt ab:

„Nach Darstellung (eines) Gastes hatte sich in der Nacht zum 17. Februar vor dem „Ofenrohr“ folgendes abgespielt: Um 10 Uhr sei vor dem Lokal in der Pollawiesenstraße, nachdem alle Gäste das „Ofenrohr“ verlassen hätten, ein riesiges Polizeiaufgebot aufgetaucht. Erwa 20 Mann mit zehn Fahrzeugen und Hunden. Als einer der Gäste sich die Kennzeichen der Polizeiautos notieren wollte, habe einer der um Wagen sitzenden Polizisten den Motor aufheulen lassen, als ob er auf den jungen Mann losfahren wolle.“ (DT, 26.2.81)

In einer Reflexbewegung schlug ein anderer mit der flachen Hand auf das Dach des Bullenwagens. Der Mann wurde festgenommen und zur Aufnahme der Personalien ins Polizeirevier gebracht. Die noch anwesenden 10 - 12 Männer und Frauen waren nicht faul und zogen ihn zum Bullenrevier und verlangten die Freilassung des Festgenommenen. Einer wollte eine Anzeige wegen Sachbeschädigung aufgeben. Ein Bulle batte ihm genüsslich seine Brille netzeten, nachdem sie ihm vom Gesicht geschlagen worden war.

Dazu kam es jedoch nicht. Die Reverbullen warfen ihn die Treppe runter, eine größere Verletzung konnte

dadurch vermieden werden, daß er von den anderen Wartenden aufgefangen wurde.

Um sich dieser lästigen „Zechkumpane“ (DT, 18.2.81) zu entledigen, hetzte die Polizei ihre Hunde mit langer Leine auf die Wartenden, sodaß einer mit Blßwunden am Ober- und Unterarm sowie an der Hofe behandelt werden muß. Eine Serie von Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung gegen die Bullen ist die Folge. Bei dem Tempo, welches die Staatsanwaltschaft in solchen Fällen an den Tag zu legen pflegt, ist Geduld wohl angebracht.

Der Vorsitzende der Polizei-Gewerkschaft Darmstadt wußte es auch sehr genau. „Die GdP hat keine Zweifel daran, daß sich die Vorfälle so abgespielt haben, wie von den eingesetzten Beamten geschildert wurde“ (DT, 27.2.81). Der Vorwurf, die Polizei wolle aus politischen Gründen die Gäste und den Wirt des „Ofenrohrs“ kriminalisieren, könne nicht zutreffen. Aber um ganz sicher zu gehen, fügte er hinzu: „Ein Teil der Gäste des „Ofenrohrs“ will durch Angriffe gegen die Polizei den Staat und diese Ordnung treffen und diskreditieren.“ (DT, 27.2.81)

So ein braver Gewerkschafter, der sich voll und ganz für die Interessen seiner Kollegen einsetzt und so ganz nebenbei noch ein „Terroristennest“ aushebt! Da bleibt den Bullen auch nichts anderes übrig als mit Schlägen, Schikanen und Hundebissen dazwischen zu gehen. Dieser Vorfall wirft ein bezeichnendes Licht auf die Praktiken des Staatsschutzes, denn die „Erkenntnisse“ der Polizei-gewerkschaft“ dürfen kaum nur auf Beobachtungen der Revierbullen beruhen. Bullen raus aus unseren Kneipen! KB-Gruppe Darmstadt







Fortsetzung von der vorherigen Seite

festgenommen. Wegen dieser Erklärung war bereits Johannes Thumme eingeknastet worden. Sabine Schmitz wird nicht nur Unterstützung der RAF, sondern gleich Mitgliedschaft vorgeworfen, da sie „als Kurier im Organisationsgefüge der terroristischen RAF eingebunden gewesen“ sei, „aufgrund des bei ihr sichergestellten Schriftmaterials besteht der dringende Tatverdacht, daß sie bei der Koordination und technischen Abwicklung sowie bei der RAF-Propaganda im Zusammenhang mit dem sogenannten (!) „Hungerstreik“ eine führende Rolle spielt“ („Tagesspiegel“, 24.2.81).

• Weil Sabine Schmitz bei der „Verkehrskontrolle“ im Auto von Dr. Adzersen saß, wurde auch gegen diesen ein Ermittlungsverfahren wegen RAF-Unterstützung eingeleitet. Außerdem wurde seine Wohnung am nächsten Morgen durchsucht („faz“, 25.2.81).

• Am 25. Februar wurde das Büro und die Privatwohnung des Frankfurter Rechtsanwalts Koch durchsucht. „Wie die Bundesanwaltschaft dazu mittelt, besteht der Verdacht, daß der Anwalt an der Organisation eines Informationssystems beteiligt ist, durch das der gegenwärtige Hungerstreik von Häftlingen der RAF in mehreren Vollzugsanstalten koordiniert werden sollte; damit habe er sich der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung schuldig gemacht“ („FR“, 26.2.81).

• Am gleichen Tag wurde auch die Praxis und die Privatwohnung des Westberliner Rechtsanwalt Frömmann mit gleicher „Begründung“ durchsucht.

• Haftbefehle wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ wurde auch gegen drei der im Nürnberger Jugendzentrum KOMM Festgenommenen erlassen („Tip“, 10.3.81). Sie sollen drei ebenfalls Hungerstreik machen erlassen („Tip“, 10.3.81). Sie sollen dort ebenfalls Hungerstreik-Flugblätter verteilt haben. Das veranlaßt F.J. Strauß dazu, gleich alle bei der Nürnberger Massenverhaftung festgenommenen Jugendliche als „Kern einer neuen terroristischen Bewegung“ („Bild am Sonntag“, 8.3.81) zu bezeichnen.

• Ebenfalls wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ mit Hungerstreik-Flugblättern wurde Haftbefehl gegen drei Teilnehmer einer Demo zum Hungerstreik in Frankfurt (am 7.3.) erlassen. Sie sitzen jetzt in Stuttgart-Stammheim. Bei dieser vorbereiteten Demonstration waren ursprünglich 70 Leute festgenommen worden.

### Demonstrationsrecht a la BRD

Erschreckend ist auch die Verbotsverfügung für die Demonstration: Die zahlreichen Aufrufe zu dieser Demo zeigten „eindeutig“, daß weit mehr als die angemeldeten 500 Teilnehmer zu erwarten seien; erfahrungsgemäß seien die Teilnehmer solcher Demos „überwiegend rekrutiert aus dem RAF-Unterstützungsbereich“. „Der Umfang der im Zusammenhang mit den Aufrufen verbundenen Straftaten und der Inhalt der bislang bekanntgewordenen Flugchriften (größtenteils ohne Impressum) Verdacht eines Vergehens nach § 129a StGB) sowie der aufgrund des Themas zu erwartende Personenzahl lassen auch für die von ihnen angemeldete Demonstration Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen erwarten.“ Außerdem sei es bei den Hausbesitzer-Demos in Westberlin, bei der El-Salvador-Demo in Frankfurt und bei den Brokdorf-Demos in Hamburg und Brokdorf „trotz verschiedener Thematik zu gewalttätigen Ausschreitungen mit Verletzten und teilweise Sachschaden in Millionenhöhe“ gekommen. „Diese Tatsache zeigt, daß zur Zeit unter vielen Gruppen von radikalen Demonstrationsteilnehmern das Gewaltpotential und die Bereitschaft, den Rechtsstaat und seine Ordnung mit Gewalt zu bekämpfen, in erhöhtem Maße vorhanden ist. Hierbei handelt es sich offensichtlich um zumindest teilweise organisierte Extremistengruppen, die jede sich bietende Gelegenheit, egal an welchem Ort, für ihren „Kampf“ gegen die rechtsstaatliche Ordnung auszunutzen.“

Aus allen genannten Gründen ergibt sich eindeutig, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nur durch ein Verbot ihrer Demonstration einschließlicher aller eventueller Ersatzveranstaltungen gewährleistet werden kann.

Mit dieser „Begründung“ kann letztlich jede Demonstration verboten werden.

Trotz der Kriminalisierungskampagne in den letzten Wochen fand am 14.3. in Westberlin eine Demonstration zum Hungerstreik statt.

Antirepressions-Kommission des KB-Westberlin

## Anti-Strauß-Plakette:

# Darmstädter Staatsanwaltschaft legt einen Zahn zu

Im Prozeß gegen Ulrich P. wegen der beschlagnahmten Plakette „Antifaschistische Aktion - Stoppt Strauß“ (mit SS-Runen-ähnlichen Zeichen am Namensende) verurteilte das Darmstädter Landgericht in 2. Instanz schlichtweg den Tatbestand wegen § 86 a (Verbot von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) und erteilte damit der Staatsanwaltschaft eine schwere Schlappe (vgl. AK 192). Wie schon bei der mündlichen Urteilsverkündung angedeutet, legte die Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil Revision ein und ließ dabei erkennen, worum es ihr im Grunde geht: „Würde ein derartiges Verhalten nicht vom Tatbestand des § 86a StGB erfaßt, so hätte dies zur Folge, daß zwar Vertreter rechtsstaatlicher nationalsozialistischer Organisationen nicht verwenden dürfen, daß andererseits aber jedermann im Deckmantel des 'Antifaschismus' die Verwendung derselben Kennzeichen erlaubt wäre.“ (Hervorhebungen von uns). Sollte sich diese Auffassung vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt durchsetzen, so wären die Folgen für demokratische und antifaschistische Kämpfer verheerend. Die Aussagekraft von politischen Plakaten und Karikaturen würde einschneidend zersert werden.

Um ihr rabiaten Vorgehen noch zu unterstreichen, hat die Darmstädter Staatsanwaltschaft jetzt vier Strafbefehle ausstellen lassen:

- Günter K. DM 450, § 86a und Straußbeleidigung,
- Ulrich A. DM 600, § 86a und

München:

München:

- Straußbeleidigung,
- Dieter E. DM 450, § 86a und Straußbeleidigung,
- Jürgen P. DM 750, § 86a und Straußbeleidigung

Diese vier wurden im ersten Prozeß gegen Ulrich P. nach der Urteilsverkündung im Auftrag von Staatsanwalt Balb von Buden brutal über den Gerichtstisch zur Aufnahme der Personalien geschleift, wen sie die gleichen Plaketten trugen. Ungeschäft der laufenden Dienstaufsichtsbeschwerden gegen diese Vorfälle und des Urteils vom Landgericht setzt die Staatsanwaltschaft ihre harte Linie fort. Ferner wurde gegen Wolfgang C. ein Verfahren eingeleitet, ebenfalls § 86 a, Straußbeleidigung und Beleidigung.

Im Verfahren gegen Wolfgang C. ist anzumerken, daß die Bullen ihre Aussagen so zu Protokoll gegeben haben, daß außer ihnen und W. keiner anwesend war. Ferner wurde in diesem Fall klar, daß die Staatsanwaltschaft von sich aus dem Ex-Kanzlerkandidaten nahegelegt hat, Strafantrag zu stellen. Sollte hier Wolfgang C. wegen § 86 a und Straußbeleidigung freigesprochen werden, so bleibt immer noch die Aussage der Bullen: Ein schönes Instrument für unsere Staatsschützer, jedem, und sei er auch noch so unschuldig, eins draufzugeben.

Im Verfahren gegen Ulrich P. hat die Staatsanwaltschaft nun eine kräftige Unterstützung von Strauß bekommen. Der bayerische Häuptling hat am Oberlandesgericht in Frankfurt beantragt, als Nebenkläger zuge-

lassen zu werden. Es ist damit zu rechnen, daß dem entsprochen wird. Nachdem die ganze Zeit Ulrich P. von seinen seiner Firma unbebelegt blieb, wurde ihm jetzt gekündigt. Offizielle Begründung: Rationalisierungsmaßnahme. Wer's glaubt, wird seelig.

Spenden für die Prozedere werden benötigt:  
Kennwort: Beschlagnahmte Plakette  
Sparkasse Darmstadt  
Konto-Nummer 118 088 006  
BLZ 508 501 50

KB / Gruppe Darmstadt



## Schweizer Journalist inhaftiert

Bei der Rückkehr von einer Kurzeure durch die BRD wurde der 33-jährige Schweizer Journalist Giorgio Bellini am 16. Februar von deutschen Grenzbeamten aus dem Zug geholt und festgenommen. Gegen ihn liegt ein Haftbefehl aus Rom vom 4.10.80 wegen „Bildung und Organisation einer subversiven Vereinigung“ vor. Mit Beschluß vom 2. März wurde vom Oberlandesgericht in München ein „vorläufiger Auslieferungshaftbefehl“ erlassen, gestützt auf die Beschuldigungen der BRD: „schon staatsanwaltschaftlich nach § 129a StGB seit 1971 bis heute eine politisch militärische Vereinigung aufgebaut, organisiert und sich als Mitglied an ihr beteiligt haben.“

Die von dem Verfolgten gegründete und betriebene Organisation soll mit den sogenannten „Roten Brigaden“ und anderen bewaffneten terroristischen Gruppen zusammenarbeiten und bei ihrem Kampf gegen die Staatsordnung insbesondere auf zweierlei Weise vorgehen: Zum einen im Wege von Ausschreitungen und Handlungen der Massen wie Besetzung von Häusern und Industrieanlagen, Sabotagehandlungen gegen Fabriken, Errichtung von Straßensperren, Verfolgung von Personen und sogenannte „proletarische Enteignungen“, und zum anderen durch bewaffnete terroristische Aktionen wie Mordanschläge, Anschläge auf Blutbanken, Verwüstung von Gebäuden, Läden und sonstigen privaten und öffentlichen Einrichtungen.

Wir wollen dem Verfasser dieser Anklageschrift, die hier nur in einem kleinen Auszug eiert, blühende Phantasie beschwingen und würden ihm eine glänzende Karriere beim Film, Abteilung Italo Thriller voraus sagen, nur konkrete Schulbeweise finden sich nirgend.

Zu ähnlichen Erkenntnissen kommt oben zitiertes bayerisches Oberlandesgericht, das von den italienischen Behörden eine Ergänzung und Vervollständigung der Vorwürfe fordert, weil das bisher Mitierte „derart allgemein und abstrakt gehalten sei, (...) daß eine Beurteilung nach nicht ohne weiteres durchführbar erscheint.“

Wahr gesprochen! Nur hindert dies die gleichen Richter nicht daran, für Giorgio Bellini erst einmal folgende Haftbedingungen zu verfügen: Einzelhaft, Einzelverpflegung, Einzelverföhrung, Ausschluss von Gemeinschaftsveranstaltungen und Umkleen, Kontrolle der Postsendungen zwischen Verteidiger und Mandanten durch den Ermittlungsrichter beim Amtsgericht, Trennscheiben usw. auch bei Verteidigerbesuchen.

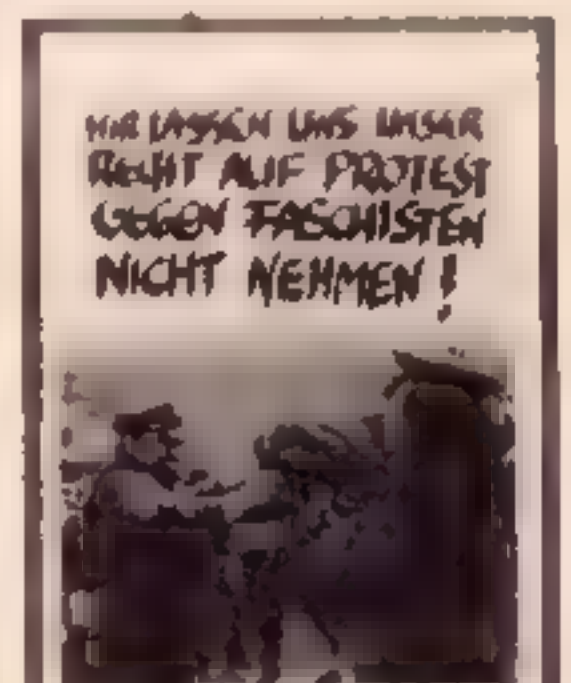
Giorgio Bellini also ein langgesuchter, im Untergrund kämpfender, schwerbewaffneter Terrorist? Er lebt und arbeitet seit vielen Jahren mit festem Wohnsitz in Zürich. Er ist verantwortlicher Redakteur des „Eisbrecher“, einer wichtigen, auflagenreichen Zeitung der Zürcher Jugendbewegung. Bis 1978 war er lange Jahre Buchhändler in der linken Zürcher Buchhandlung „ecco libro“, hat dort ein italienisches Sortiment aufgebaut, hat geholfen, diesen Laden zu einem politi-

schen Treffpunkt vor allem für ausländische Arbeiter in der Schweiz zu machen. Er ist bekannt als Übersetzer engagierter linker Arbeiter in italienischen und machte Stadtratsbesitz zweimal war Bellini bereits verdächtigt worden, mit „subversiven Gruppen“ zu tun gehabt zu haben, beide Male wurden die Anschuldigungen fallengelassen. Seine Schweizer Anwälte, Barbara Hug, erfuhr am 23. Februar telefonisch, daß in der Schweiz gegen Bellini nichts vorläge. So gut ist die Sache also zu als eine Angelegenheit zwischen italienischen und deutschen Behörden, wobei offensichtlich die Auslandsreise Bellinis in die BRD genutzt wurde. Die Schweizer Behörden hätten ihn nämlich gar nicht ausbessern können, da dort die Zugehörigkeit zu einer „subversiven“ oder zu einer „kriminellen Vereinigung“ (noch) kein strafrechtlicher Tatbestand ist.

In der Schweiz liegt nichts vor, italienische Anschuldigungen sind in ihrer Abstraktheit mehr als dürftig — da nehmen westdeutsche Terroristenjäger, die sich ohnehin für die Sahne auf dem trockenen Napfkuchen internationaler Fahndung halten, die Sache gleich selbst in die Hand: Inzwischen hat nun die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe selbst Ermittlungen wegen Verdachts auf Verstoß nach § 129a („kriminelle Vereinigung“) eingeleitet, wie anlässlich einer Razzia in Giorgio Bellinis Zelle in München-Stadelheim bekannt wurde. Da soll wieder mal (man kennt es schon) „Carlos“ eine Rolle gespielt zu haben, da soll es Er-

mittlungen und Erkenntnisse aus den Jahren 1975 und 1977 geben („faz“, 10.3.). In Zürich und Bremen haben sich Komitees für die Freilassung von Giorgio Bellini gebildet, deren Forderungen in dem Satz zusammengefaßt werden können: Schluß mit diesem absurden Theater!

Italien-Kommission



Dokumentation der Verhöre bei der BRD-Rundgebung am 20.4.80 in Nürnberg und ihre Folgen

5-

Zu beziehen über: L. Dicke, Postfach 910 473, 8500 Nürnberg 91

Herausgeber: Betroffene Antifaschisten aus Nürnberg

Unterstützt wird die Herausgabe vom Arbeitskreis im Kulturladen Nord

## Jugendmagazin »Forum« beschlagnahmt Gegen 7 Redakteure laufen Ermittlungsverfahren!

Westerwaldkreis: Gegen die 4 Ausgabe des Westerwälder Jugendmagazins „Forum“, herausgegeben vom Aktionskreis Jugendzentrum Würges (AKJ), ermittelt seit Anfang Januar die Koblenzer Staatsanwaltschaft Gründe dafür sind ein Artikel über den Papst-Besuch in Deutschland sowie ein Nachdruck aus der Brochure „Lieber krank fern als gesund schuffen“.

Schon nach dem ersten Erscheinen des Jugendmagazins gab es eine Welle der „Empörung“. CDU und SPD distanzieren sich schleunigst von der Zeitschrift. Grund dafür waren der Artikel, die Legalisierung von Cannabis forderten sowie die Abschaffung der Tinktenklassen in Westerwälder Berufsschulen.

Zum ersten Mal war es einer Jugendzeitung im Westerwald gelungen, in hoher Auflage — damals 1400 Exemplare — zu erscheinen und so ein Gegengewicht zur reaktionären „Rheinzeitung“ zu schaffen und Sprachrohr der Jugend zu sein.

Am 10. Januar schlug die Staats-

anwaltschaft zu. Fast die gesamte Auflage von 3 000 Exemplaren wurden bei mehreren Hausdurchsuchungen beschlagnahmt, gegen das 7köpfige Redaktionskollektiv laufen Ermittlungsverfahren wegen:

- „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes“
- „Einschränkung der Freiheit von Religionsgemeinschaften“
- „Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ und
- „Aufforderung zum Betrug“.

„Forum“ ist seit seinem ersten Erscheinen den CDU- und SPD-Politikern ein Dorn im Auge, besonders die Seite „Forum nennt Namen“ auf der sich einige dieser Herren wiederfinden.

Mit der Beschlagnahme sowie den Strafrazzen will dem Herausgeber und dem Redaktionskollektiv der finanzielle Boden entzogen werden. z. T. überprüft das Finanzamt die Gemeinnützigkeit des AKJ. Alle Kreis- und Stadtschüsse für 1981 wurden inzwischen gestrichen. Die Politiker des Westerwaldkreises wol-

len ein unbequemes Organ der Jugendlichen beseitigen und der Papstartikel ist dafür ein gefundenes Fressen. Ähnlich wie bei der Anzeige gegen den Oldenburger ASTA soll über „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes“ ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet werden, die Redaktion kriminalisiert bzw. eingeschüchtert oder sogar zum Aufgeben gezwungen werden.

Die Redaktion will trotzdem und gerade jetzt weitermachen, belastet aber durch finanzielle Sorgen.

Die nächste Ausgabe erscheint am 20. Februar!

Kontaktadresse: Redaktion Forum e/o AKJ Würges, Jugendtreff 5432 Würges

Spendenkonto: „Prozesskosten“ Aktionskreis Jugendzentrum Würges e.V. Jugendtreff 5432 Würges Kto.-Nr. 124 385 672 Pöschel Ludwigshafen Das Redaktionskollektiv

### Anzeige

## Minderheiten

thema & programm:

ZKLEINER: „angeordnet“ von Joachim J. Hubmann: „ga mich lang an das Landfährer“

STRAßFANGENE: „trafist“ von Helmut J. Hubmann: „ga mich lang an das Landfährer“

NICHTSCHAFT: „bermalt“ von Helmut J. Hubmann: „ga mich lang an das Landfährer“

RANTALARI: „made“ von Helmut J. Hubmann: „ga mich lang an das Landfährer“

unsere haupt gibt es in der garten buchhandlung oder direkt bei uns edison, plomacher, 8. 6100 darmstadt



## Kriegs- und Krisenvorbereitungen des Imperialismus

## Energie- und Rohstoffbevorratung in der BRD und den USA

Nach dem sogenannten Ölchock von 1973 als die OPEC erste Versuche machte, die Profite der Ölkonzerne anzustreben, schlossen sich 20 Staaten zu einer Art Gegenkartell in Form der Internationalen Energieagentur (IEA) zusammen. „Fortan sollten Erpressungsversuche aus dem Nahen Osten vermindert, wenn nicht gar verhindert werden“ („DM, extra“, Sept. 79).

Dieser Agentur gehören Australien, Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Türkei und die USA an, welche sich unter anderem folgendes zur Aufgabe gesetzt hat: „Ein System solidarischer Zusammenarbeit zur Überwindung von Versorgungskrisen, das insbesondere Verpflichtungen zum Aufbau von Mindestvorräten und zur Einführung von Mindestnachfragebeschränkungen im Krisenfall umfaßt und eine gleichmäßige Aufteilung der noch verfügbaren Ölmengen auf alle beteiligten Länder vorsieht“ (1. Fortschreibung d. Energieprogramms, S. 21).

Die Bundesregierung hatte schon knapp einen Monat nach dem „Ölchock“ ein entsprechendes Ermächtigungsgesetz verabschiedet. „Mit dem innerhalb von nur zwei Tagen verabschiedeten Energiesicherungsgesetz stellte das Parlament am 9. November 1973 die gesetzliche Grundlage für die notwendigen Regierungsmaßnahmen zur Verfügung“ (ebd. S. 8).

Das Gesetz ermächtigt die Bundesregierung, „durch Rechtsverordnungen Vorschriften für die Produktion, den Transport, die Lagerung und die Verteilung von Energierohstoffen zu erlassen, deren Lieferung gefährdet oder gestört ist“ („DM extra“, 9. 79).

Bis nach der Bundestagswahl wurde darauf verzichtet, konkrete Verordnungen zu erlassen, „um in der Bevölkerung keine Ängstgefühle zu schüren“ (ebd.), aber im Rahmen der allgemeinen Verschärfung des Regierungskurses wird hieran nun fleißig gearbeitet. Als erster meldete sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag mit einem vertraulichen Papier bei der Bundesregierung: „Bei einer akuten Ölverknappung muß die auf das Öl angewiesene deutsche Verkehrswirtschaft vorrangig bedient werden. Der Bevölkerung müßten unter Umständen erhebliche Einschränkungen zugemutet werden, etwa beim Verbrauch von leichtem Heizöl... Je knapper das Ölangebot wäre, desto wichtiger würde es, dafür zu sorgen, daß es möglichst produktiv statt konsumtiv genutzt wird. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist diese Notwendigkeit bis jetzt kaum verankert“ („FAZ“, 12. 11. 80).

Kurz darauf fand im Wirtschaftsministerium eine Besprechung mit Energieexperten und Industrieverbänden statt. Hierzu hatte das Ministerium schon Entwürfe „Über Lieferbeschränkungen für Kraftstoff in einer Versorgungskrise“ mit einer Verwaltungsvorschrift übersandt, in der Vorschläge zur Benzinrationierung konkretisiert wurden. Zur Festsetzung der Kontingente ermittelt der Wirtschaftsminister „die Gesamtmenge an Benzin und Dieselloststoffe, die den Ländern für eine Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt werden kann“ („Welt“, 20. 11. 80).

Das Wirtschaftsministerium teilt auch den Bundesländern ihre Kontingente mit, die diese ihrerseits auf die Stadt- und Landkreise aufteilen. „Wichtig für eine möglichst reibungslose Abwicklung der Güteverteilung ist die Auswahl der Ausgabestellen, etwa über die Bundespost. Die entsprechenden Vorbereitungen sollen soweit vorangetrieben werden, daß nach Inkrafttreten der Verordnung kurzfristig und rechtzeitig vor Beginn der ersten Versorgungsperiode mit der Ausgabe von Bezugsscheinen begonnen werden kann“ (ebd.).

## Die Errichtung strategischer Öl- und Gaslager

In der Auswertung der „Ölkrise“ schrieb die Bundesregierung „Die vergangenen Monate haben die große Bedeutung einer optimalen Krisenvorsorge in Form von Energiebevorratung, Austauschbarkeit zwischen den Energieträgern und eines schlagkräftigen Krisenmanagements gezeigt. Eine solche Vorsorge ist für die entscheidende Anfangsphase kritischer Entwicklungen wichtig. Da das größte Risiko auf absehbare Zeit bei Mineralöl besteht, ist für die Bundesrege-

lung in diesem Bereich wichtig: Beschleunigte Verabschiedung der dem Parlament vorgelegten Novelle des Mineralölbevorratungsgesetzes“ (1. Fortschreibung d. Energieprog. S. 22).

Dieser sah umfangreiche Bevorratungsmaßnahmen des Staates wie der Wirtschaft, Aufbau einer Bundesrohölreserve und eine Pflichtbevorratung der Kraftwerke vor. Inzwischen sind die durch das Ölbevorratungsgesetz geforderten Pflichtvorräte in vollem Umfang beschafft worden. Diese Reserve reicht gegenwärtig für 120 Tage (bei vollständigen Ausfall der Ölbefüllung von außen).

Wie im Rahmen der IEA vereinbart, sind aber von dieser Reserve 80 Tage strategische Reserven, die in einem Krisenfall, wie etwa dem Ausfall der Lieferungen aus dem Iran und dem Irak, nicht angetastet werden dürfen. Diese Reserven sind dem Kriegsfall vorbehalten. Um die strategischen Reserven festzulegen, wurde 1978 der „Erdölbevorratungsverband“ gegründet, der sowohl in oberirdischen wie in unterirdischen Tanklagern seine Vorräte horten. Oberirdisch wird in den Seehäfen und den dort befindlichen Raffinerien gelagert, neben großen Tanklagern im süddeutschen Raum. Doch zunehmend wird der unterirdischen Lagerung Vorrang eingeräumt, weil die militärisch sicherer ist.

Im norddeutschen Raum geschieht dies vor allem in ausgepöhlten Salzstöcken, von denen aber nur wenige bekannt sind. In Elbe bei Wilhelmshaven lagern allein 13 Millionen Kubikmeter. Bei Ahaus wurde die Existenz eines solchen Gaslagers erst durch das versehentliche Anbohren im Zusammenhang mit dem dort geplanten Zwischenlager bekannt. Desweiteren sind nur noch Pläne zur Auspöhlung eines Salzstockes bei Krenpe an der Unterelbe bekannt.

Mit Pipelines verbundene Untertagegaspeicher befinden sich vor allem in Niedersachsen, auch hier wieder in der Nähe der Seehäfen. Im Hamburger Bereich sind solche Lager in Harburg bekannt, wobei auch noch daran erinnert sei, daß im Faschismus riesige unterirdische Tanklager im Hamburger Hafen angelegt worden sind.

In Rheinland-Pfalz wurde erst im Zusammenhang mit dem spektakulären Gasausbruch an einem Bohrloch in Frankenthal etwas von einem Erdgaspeicher bekannt. Detaillierte Angaben sind über Bayern bekannt, das auf diesem Gebiet eine führende Position übernommen hat. Hier wimmelt es nur von derartigen Speichern: Piening bei Ebersberg (75 Mill. Kubikmeter), und Wolfersberg bei Ebersberg (370 Mill. Kubikmeter); Eschenfelden bei Amberg-Sulzbach (130 Mill. Kubikmeter), wo es 1970 zu einem Gasausbruch kam, der das Bohrloch tagelang in ein Flammenmeer verwandelte. In Bergwag in der Nähe des Chiemsees besteht der größte unterirdische Gaspeicher Europas mit einem Volumen von 1 Milliarde Kubikmeter. Die Kapazität soll dort noch um das Doppelte erweitert werden. Geplant sind zwei weitere Speicher bei Inzenham und Eichstätt. Somit besitzt Bayern bei insgesamt 15 Erdgas Speichern in der BRD den Löwenanteil. Wohl aus diesem Grunde soll auch die Erdgaspipeline aus der Sowjetunion hier münden. Im Schwarzwald wird zur Zeit an drei Standorten die Einlagerung von Öl in Felskavernen untersucht, um hier 1 Mill. Kubikmeter einzulagern (alle Informationen: Haushaltsber. d. Erdölbevorratungsverbandes 79/80; „FR“, 2. 7. 80; „SZ“, 24. 10. 80).

Wie die aufgetrusteten Beispiele zeigen, ist unser Wissen über diese Kriegsvorbereitungen noch äußerst unvollständig. Doch wird aus den genannten Fällen schon der Umfang dieser Maßnahmen deutlich. Häufig wird von staatlicher Seite oder von den beteiligten Energiekonzernen argumentiert, daß dies notwendige Vorratshaltungen im Sinne der Verbraucher seien. Doch zeigen das Energiesicherungsgesetz und die Menge der Vorräte, daß es keineswegs um Vorräte für den „Verbraucher“ geht, sondern Maßnahmen, die auch der BRD er möglichen sollen, in einem Krieg mitzumachen, ohne sofort aus Energie-mangel aufgeben zu müssen.

Zudem betreibt die BRD solch eine Politik bekanntlich nicht im Alleingang, sondern zusammen mit den EG-Staaten aufgrund von Vereinbarungen der IEA, die diese Bevorratungspolitik für alle imperialistischen Staaten empfohlen hat.

In den USA verabschiedete der Kongreß schon 1975 ein Gesetz zur

Aufstockung der amerikanischen Ölreserven. In den Salzdomen von Louisiana und Texas sollen 1 Milliarde Fässer Rohöl eingelagert werden („Le Monde“, 12. 2. 81). Schon als hiervon erst 115 Millionen Faß eingelagert worden waren, beschloß die Regierung Carter, 1,1 Milliarden Dollar für weitere Einkäufe bereitzustellen, da das Verteidigungsministerium „für die langfristige Sicherheit der Ölversorgung für militärische Zwecke fürchtet“ („FAZ“, 3. 3. 80).

Ursprünglich sollten 1 Million Faß pro Tag eingekauft werden. Doch nachdem dies durch die Ölkonzerne zu weiteren Preissteigerungen genutzt wurde und die OPEC protestierte, wurde die Menge auf 20 000 Faß pro Tag gesenkt. Zudem soll das kalifornische und Alaska-Öl, für das sowieso Exportverbot besteht, mit zum Aufbau der strategischen Reserve eingesetzt werden (ebd.).

## Die Rohstoffbevorratung

Obwohl es auf dem Rohstoffsektor keine mit der IEA vergleichbare Organisation gibt, ist die Situation durchaus vergleichbar. Alle imperialistischen Staaten versuchen Rohstofflager aufzubauen. Insbesondere gibt es eine Koordination auf diesem Gebiet zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der BRD („International Herald Tribune“, „IHT“, 17. 10. 80).

Nachdem aufgrund einer Studie des Wirtschaftsministeriums Chrom, Mangan, Kobalt, Vanadium und bestimmte Asbestsorten als Rohstoffe mit hoher Abhängigkeit von den Lieferländern eingestuft worden waren, begannen Verhandlungen für einen Rohstofffond. Das Bundeskabinett beschloß Mitte 79, daß diese Stoffe „auf eine Reichdauer von einem Jahr in möglichst weitgehender Eigenverant-

wortung der Unternehmen ohne Marktstörungen“ aufgestockt werden sollen („Wirtschaftswoche“, 37/79). Derzeit wird von der Industrie eine Reserve von 4 Monaten gehalten, um außergewöhnliche Preissprünge abzufangen. Die zusätzliche Reserve von 8 Monaten ist „als eiserner Bestand für Krisenzeiten gedacht“ („Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer“ Köln, 19/80).

Nach Vorstellungen der Bundesregierung sollte eine „Rohstoffbevorratungs-GmbH“ gegründet werden, deren Einkäufe im wesentlichen über die Bundesbank finanziert werden sollten. Weithin ist bis heute noch keine Gründung gegeben hat, liegt daran, daß die Industrie mit darüber entscheiden will, wann der Notstand ausgerufen wird und dementsprechend die gebotenen Rohstoffe freigegeben werden.

Wesentlich weiter sind in dieser Frage schon die USA, die schon seit Jahren strategische Vorräte angelegt haben, die Mitte 1980 sogar noch erheblich aufgestockt wurden.

Die Solbestände von Titan und Wolfram, zwei militärisch wichtigen Metallen, und die Bestände an Naturkautschuk wurden drastisch angehoben. „Die höheren Mindestreserven sind noch Angaben des Bundesamtes für Notfallmanagement darauf ausgerichtet, die USA einen dreijährigen konventionellen Krieg größeren Ausmaßes überleben zu lassen“ („SZ“, 6. 5. 80).

Dafür sollen Rohstoffe im Wert von 18,7 Milliarden Dollar angeschafft werden, zusätzlich zu einer bestehenden Reserve im Wert von 13,4 Milliarden. Nach den neuen Bestimmungen sollen die USA künftig mindestens 195 000 Tonnen Titan und 850 000 Tonnen Naturkautschuk auf Lager haben. Ebenfalls angehoben werden die Solbestände von Wismut, Jod und Opium. „Unsere Opium-Anforderungen beruhen auf Schätzungen über die

nach einem Nuklearangriff notwendigen Schmerzmittel“, verkündete ein Sprecher dieses Bundesamtes. So sollen allein an Opium 60 000 kg eingelagert werden (ebd.).

## Der Imperialismus bereitet sich auf militärische Abenteuer vor

Im Gegensatz zu den ganz offenen Begründungen in den USA, wird in der BRD mehr auf verschleierte Versionen gesetzt. Angefangen von angeblichen aktuellen Verknappungen bis hin zur drohenden „Strangulierung der Industrienationen“ reicht das Repertoire. Doch bekanntlich haben weder die OPEC noch die Rohstoff erzeugenden Staaten der Dritten Welt eigene Tankerflotten oder Armeen, mit denen sie dies auch nur im geringsten wahrnehmen könnten. Diese Bevorratungsmaßnahmen zielen zusammen mit einer Vielzahl anderer militärischer Schritte darauf ab, die weitere ungehinderte Ausplünderung der Dritten Welt notfalls mit militärischer Gewalt sicherzustellen. In einem solchen Fall brauchen die Imperialisten natürlich ein gewisses Reservoir, mit dem eine Ausfallzeit überbrückt werden kann. Wenn der neue amerikanische Außenminister Haig fordert, „auf die militärische Verteidigung des Zugangs zu Öl und anderen wichtigen Rohstoffen vorzubereiten zu sein — wenn möglich gemeinsam mit den Verbündeten“ („SZ“, 14. 1. 81), heißt dies ja nichts anderes, als sich mit Gewalt das zu holen, was mit den „friedlichen“ Mitteln des Imperialismus nicht mehr möglich ist. Die Bevorratungsmaßnahmen in den imperialistischen Zentren dienen zu nichts anderem, als solche Kriege von der Versorgungslage her möglich zu machen.

AKW-Nehm-Kommission

## Ein Flottenbesuch besonderer Art



500 Antimilitaristen demonstrieren in Bremerhaven

Bremerhaven. Es sollte ein Flottenbesuch werden wie die „Seestadt Bremerhaven“ schon viele erlebt hat. 14 Einheiten des „Ständigen Nato-Geschwaders Atlantik“ waren angekündigt. Das übliche Brimborium schon vorbereitet. Besichtigung der Schiffe durch die Bevölkerung, Empfänger, Sportwettkämpfe und dergleichen sollten Marine und Volk einander näher bringen. Doch es kam anders. Nicht Schiffe und Waffensysteme waren an diesem Wochenende die beherrschenden Themen, sondern die Aktionen der Bremerhavener Antimilitaristen.

Schon das Einlaufen der Kriegsflotte gestaltete sich abwechslungsreicher als üblich. Die Schleuse war nämlich von 30 Kriegseignern besetzt, die der massenhaft vertretenen Polizei ein Schnuppchen geschlagen hatten und den Zerstörern ein paar passende Parolen entgegenhielten. Nachdem die Schleuse trotz der drauf sitzenden Leute geöffnet worden war und die Polizei eine drohende Haltung einnahm, brach man/frau die Besetzung ab.

Am folgenden Sonnabend demonstrieren dann über 500 Menschen, um für hiesige Verhältnisse beachtliches Mobilisierungsergebnis. Sie hatten sich ihr Demonstrationsrecht nicht strengt machen lassen, weder die massive Hetze in der Presse (Schwabe waren Brokdorf, der 6. Mai und die zahlreich erwarteten Bremer „Gewaltgruppen“) noch die Drohungen der Polizei konnten die meisten von ihnen davon abbringen, ihren Protest gegen die Propagandaschau der Militärs auch dort anzubrin-

gen, wo sich der Adressat befand. Schon die Ankündigung der Demonstration hatte übrigens erreicht, daß die Besucherlaubnis für die Schiffe widerrufen worden war.

Ein riesiges Polizeiaufgebot — das größte in der Bremerhavener Nachkriegsgeschichte — war aufgebieten worden, um die befürchteten „Übergriffe“ auf die Flotte zu verhindern. Mindestens drei voll ausgerüstete Hundertschaften samt Wasserwerfern und Wasserkanonen, Hundestaffeln, Raum- und Sanitätsfahrzeugen ließ der Senat aus Bremen anrollen, dazu kamen die Einsatzkräfte der Bremerhavener Polizei, die deutsche und ausländische Militärpolizei, sowie eine ganze Heerschar von Spitzeln, Film- und Fototruppe, zivilen Greifern. Die Innenstadt war zusätzlich mit starken Kräften gesichert, die Krankenhäuser hatten Auftrag, erhöhte Aufnahmekapazitäten bereitzustellen. „Wenn es an Eingemachte geht, hört die Toleranz auf“, erklärte ein Lokalfunktionär richtig den Zweck dieser Übung zu verdeutlichen, daß die „Verteidigungsfähigkeit“ auch bei der SPD den allerhöchsten Stellenbesatz in einer am Morgen der Demonstration veröffentlichten Erklärung des Unterbezirksvorstands, die zu diesem Zeitpunkt auch von den Jusos mitgetragen wurde, die bis dahin die Demonstration mit vorbehalt hatten, hieß es, aus dem „klaren Bekenntnis zur Bundeswehr und zur NATO“ müsse auch die „Gelegenheit zur Darstellung“ folgen.

Der Anstoß zur Demonstration war von der „Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung“ ausge-

gangen. Dies ist eine Gruppe, die aus der „Friedenswoche“ im vergangenen Herbst entstanden ist. In ihr arbeiten mittlerweile Leute aus den verschiedensten Richtungen, von Kirchenkreisen über Jusos und DKP bis zur revolutionären Linken. Nach langen Diskussionen war hier Einigkeit über den Aufruf und die Gestaltung der Demonstration erzielt worden. Ziel der Demo sollte der Liegeplatz der Schiffe sein. Doch es kam wie es kommen mußte. Zwei Tage vor der Demonstration verlegten Jusos und DKP im Handstreich den Ort der Abschlussskundgebung 500 m von den Liegeplätzen weg und betonten gegenüber der Presse die strikte „Friedlichkeit“ der Demo. Aber selbst das reichte den Jusos noch nicht. Sie distanzieren sich am Morgen der Demo zusammen mit dem SPD-Unterbezirksvorsitzenden insgesamt und vollständig und hießen „die Schiffe und ihre Besatzungen herzlich willkommen“. Einige Jusos beteiligten sich trotzdem. Die Erklärung wurde am Montag widerrufen, nachdem klar war, welche peinliche Blamage sie sich eingehandelt hatten.

Bleibt noch hinzuzufügen, daß die DKPler tatsächlich versuchten, die Demo vorzeitig zu beenden. Ihre „Abschlussskundgebung“ wurde allerdings von den allermeisten nur als kleiner Zwischenfall interpretiert, was einige DKP-Größen zum üblichen Gegesir gegen „Provokateure und Krawallbrüder“ veranlaßte. Insgesamt also reichlich Zündstoff für die kommende Diskussion in der Initiative.

KB/Gruppe Bremerhaven



## Frankreich:

## Die Linke und die Präsidentschaftswahlen

Drei Mitglieder linker Organisationen sowie vier Vertreter der Ökologiebewegung kandidieren bei den Präsidentschaftswahlen Ende April.

Darunter sind zwei trotzkistische Kandidaten: Alain Krivine, sogenannter Kandidat der „Arbeitsreinheit“, Mitglied der LCR (französische Sektion der IV. Internationale) sowie Arlette Laguiller, Mitglied der Gruppe „Lutte ouvrière“ (LO). Ferner kandidiert für die PSU Huguette Bouchardeau.

Als Ökologen nehmen am ersten Wahlgang teil. Brice Lalonde, der im Unterschied zu Jean-Claude Delarue, Roger Garaudy und Maurice Chonfer von der Ökologiebewegung nominiert wurde. Die Zersplitterung ist also groß, Bemühungen zu einer einheitlichen Kandidatur, ob für die Linke oder für die Ökologen, sind gescheitert und ohnehin nie mit großem Nachdruck betrieben worden. Die zwei trotzkistischen Kandidaten führen eine Kampagne durch, die sich quasi ausschließlich auf die Verteidigung ökonomischer Rechte beschränkt. Aus der Kampagne der LCR sind zum Beispiel bewußt solche Themen wie Kriegsfahr, Aufrüstungspolitik des französischen Imperialismus, Atomenergie oder Frauenfrage ausgeklammert worden. Zentrale Forderung, bzw. zentraler Inhalt der LCR-Propaganda ist die Einheit von KPF und PS, die nach den Wünschen der LCR eine gemeinsame „Arbeiterregierung“ bilden sollen.

Die Notwendigkeit, am ersten Wahlgang teilzunehmen, begründet Krivine wie folgt: „Das Ziel ist es, Bestandteil, gar Motor zu sein eines Kampfes im Land zur Niederlage der Rechten... Beim ersten Wahlgang geht es darum, eine alternative Kraft zu PS und KPF zu präsentieren, die sich auf den Ekel Hunderttausender von Menschen stützt, den Ekel im Zusammenhang mit dem Flusko der Linksunion und des gemeinsamen Regierungsprogramms...“ („Bilcoelle“ Nr. 113). Darüber hinaus ist die LCR guter Hoffnung, daß sie im Rahmen ihrer Wahlkampagne 1.000 neue Mitglieder gewinnt.

Der Hauptunterschied zur Kandidatur der „Lutte Ouvrière“ besteht in

der Einschätzung der „Linksunion“. LO macht keinen Hehl aus ihrer Meinung, daß — ob Giscard, ob Mitterrand — alles beim Alten bleiben würde, also „Jacke wie Hose“ sei. A. Laguiller drückt es klar aus: „Heute für die Linksunion zu kämpfen, bedeutet nichts anderes, als für die PS zu arbeiten und gegen die KPF. Meiner Meinung nach gibt es keine Gemeinsamkeiten zwischen den Interessen der Werktätigen und denjenigen der Führer der PS. Wir sind nicht der Meinung, daß die Aufgabe von Revolutionären darin besteht, die Versöhnung für ein Regierungabkommen auf Kosten der Arbeiterklasse zu predigen.“ („Lutte Ouvrière“, Nov. 80). Die LCR kritisiert diese Position als „ultra-links“. Umgekehrt wirft LO der LCR vor, eine „Retrospektive“ zu betreiben, d.h. nostalgisch der Linksunion nachzutrauern.

Huguette Bouchardeau geht noch als einziger Kandidat über die Frage der Arbeitslosigkeit, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche hinaus. Sie nimmt Stellung zu Fragen wie Atomenergie (wo sie Volksumfragen und sofortigen Stopp jedes weiteren AKWs vorschlägt), zur „Dritten Welt“ bzw. zum französischen Imperialismus (Beendigung des Westritens, atomwaffenfreie Zone), oder auch zu Frauenforderungen ebenso wie zur Frage der demokratischen Rechte und Freiheiten. Außerdem propagierte sie eine der PSU teure Idee, die der Selbstverwaltung, wonach sich ein PSU-Kongreß noch in diesem Monat ausschließlich beschäftigen wird.

Insgesamt scheint allerdings die Wahlkampagne, ob von der LCR, von LO oder von der PSU, ohne großen Flair und Enthusiasmus geführt zu werden, so daß sich tatsächlich leider nicht viel mehr dazu sagen läßt als in diesen paar Zeilen.

Bevor kurz die Ökologen vorgestellt werden, einige frühere Ergebnisse ökologischer Kandidaturen bei französischen Wahlen.

1974 bekam René Dumont 337 800 Stimmen (1,32 %); bei den Gemeindewahlen 1977 erhielten die Ökologen zwischen 400.000 und 500.000 Stimmen in Städten mit über 30.000 Ein-

wohnern. 1978 bei den Parlamentswahlen erhielten sie 621 100 Stimmen, d.h. 2,14 %. Schließlich bekamen sie bei den Europaparlamentswahlen 891 683 Stimmen, also 4,38 %.

1978 bei den Parlamentswahlen wurde eine Umfrage zum politischen „Profil“ ihres Wählerpotentials durchgeführt: 40 % der „Ökologie-Sympathisanten“ begreifen sich (laut Umfrage) als „links“, 36 % als dem Zentrum nahestehend und 16 % als „rechts“ („Le Monde“, 18.12.80).

Brice Lalonde, Kandidat der Bewegung „Freunde der Erde“, will seine Wahlkampagne auf fünf Punkte konzentrieren:

„Erstens die Beziehungen zu den armen Ländern. Unserer Meinung nach ist dies eine der Hauptfragen heute... Zweitens die Frage des Verschwindens der Ressourcen, insbesondere der lebendigen Ressourcen, ob der tierischen oder pflanzlichen Ressourcen... Drittens die Frage, die die Parteien immer mit 'Arbeitslosigkeit' bezeichnen, und die wir als Verschwendung der Arbeit bezeichnen... Unsere Antwort darauf steht im Gegensatz zu derjenigen der großen Parteien, die immer mehr Industrie wollen. Wir wollen immer weniger Industrie... Viertens die Frage der zwischenmenschlichen Beziehungen oder der sozialen Integration... Schließlich die Frage der technokratischen Machtstrukturen... Diese Macht drückt sich in den Massenmedien, im Waffenverkauf, in der Atomenergie aus... Die politische Szene beschränkt sich immer auf den Gegensatz Arbeitnehmer/Arbeitgeber, als ob es der einzige Gegensatz sei.“

Dagegen meint B. Lalonde, ein Hauptgegensatz in unserer heutigen Gesellschaft sei der Widerspruch „Produzierende/Nicht-Produzierende“ (?), daher müsse eine Bewegung der „Konsumenten“ aufgebaut bzw. verbreitet werden („Tumultes“ Nr. 3, Dez. 80). Einen ähnlichen Gedanken verleiht Kontrahent Jean-Claude Delarue, selbsternannter Ökologe kandidiert. Er will die Bedingungen schaffen für eine „gemeinsame Front der Ökologen und Verbraucher“ („Le Monde“, 18.12.80).

Auch hier werden „die großen Fragen der Zeit“ kaum angesprochen — eine Auseinandersetzung findet ebenfalls nicht statt, sei es mit den linken Kandidaturen oder mit den Parteien der Linksunion. Die Vorstellungen von Maurice Chonfer sind unbekannt.

Schließlich zur Kandidatur von Roger Garaudy und zu seiner Person: R. Garaudy, Philosophie-Professor, trat 1933 der KPF bei, 1945 wurde er Mitglied im ZK, von 1945 bis 1951 und von 1956 bis 1958 war er Abgeordneter der KPF in der französischen Nationalversammlung. Von 1951 bis 1953 war er Korrespondent der „Humanité“ in der Sowjetunion. Von 1956 bis 1970 gehörte er dem Politbüro der KPF an. 1970 wurde er aus der KPF ausgeschlossen.

„Meine dringendste Empfehlung für die Zukunft besteht in der Infragestellung des Ziels, das heißt in der Infragestellung des Modells blinden Wachstums... Keinesfalls dürfen wir das prophetische Moment in der Politik außer Acht lassen. Der Prophet ist das Gegenteil des Technokraten. Während der Technokrat immer nur die Frage des 'Wie' stellt, kommt es dem Propheten auf das 'Warum' an...“

Der neue Ausgangspunkt ist nicht das 'Ich', sondern das 'Wir', und nicht der Gedanke, sondern die 'Liebe'. So mußte es richtig heißen. Wir lieben und daher sind wir“ (statt Descartes' These „Ich denke und daher bin ich“, Anm. Ak). Diese und ähnliche Gedanken (zum Beispiel seine Bewunderung für Mahatma Gandhi, zum Beispiel seine Überzeugung, daß transzendente — grenzüberschreitende — Ausdehnung der Religion und Ähnliches das Fundament für revolutionäre Handlungen bildet) teilte Garaudy seinen verwandten Journalisten der („L'Unité“) „Pardon“ mit („Pardon“, Nr. 4/80).

Garaudy hat nun einen „Aufruf an die Lebenden“ zum Auftakt seiner Wahlkampagne veröffentlicht. „Werden die heute geborenen Kinder, bis sie 50 Jahre alt sind, leben können? Bestimmt nicht, wenn wir unser heutiges System ökonomischen Wachstums und unser politisches Regime beibehalten“, Garaudy tritt nicht für Null-

Wachstum ein, sondern für ein „menschliches Wachstum, ... wo jedes Kind, das in sich den Geist Mozarts trägt, auch ein Mozart werden kann“. Der Weg dazu führt laut Garaudy über die Entwicklung neuer Technologien, die Abgabe an die Atomenergie, die Rekonvertierung des Steuersystems, die Aufwertung der Löhne und die Dezentralisierung. Mit den „maskulinen“ (männlichen) Werten, die sich in „militärischen und ökonomischen Konkurrenzen“ ausdrücken, soll Schluß gemacht werden — stattdessen sollen alle lernen, „feminin zu leben“ („Appel aux Vivants“, veröffentlicht in „Le Monde“ 21.1.81). Der Mann drückt sich ja noch klarer aus als Bahro!

Schließlich sei noch kurz die Position einer nicht kandidierenden Organisation erwähnt, die der OCT: „Was sollen wir in dieser Situation tun? Uns enthalten? Die Beteiligung an diesem Zirkus verweigern? Mitspielen und den Clown Coluche wählen? Oder aufrufen, für die Linke abzustimmen, gegen den Strom des Dogmatismus und Sekterismus zu schwimmen und die Einheit zu verteidigen?“

Die OCT-Genossen/innen haben sich mehrheitlich für die Devise entschieden: „Links von der Linksunion wählen beim ersten Wahlgang. Beim zweiten Wahlgang: Alle gegen die Rechten“. Während der Wahlkampagne will die OCT folgende Schwerpunkte propagieren:

- Gegen die Krisen- und Sparpolitik;
- Gegen den Autoritarismus des Regimes, für die Verteidigung der Freiheiten;
- Stop dem Atomenergieprogramm;
- Für die Selbstorganisation der Frauen, Unterstützung des Kampfes der Frauen für ihre Befreiung;
- Totale Gleichberechtigung ausländischer und französischer Arbeiter, für die Selbstorganisation der Ausländer/innen;
- Gegen Imperialismus und Militarismus.

Erwähnt muß noch werden, daß die OCT die einzige Organisation gewesen ist, die versucht hat, sich für eine einheitliche Kandidatur der Linken einzusetzen.

Frankreich-Kommission

## »Bombardiert das Hauptquartier!«

Verschiedentlich haben wir im AK über oppositionelle Stimmen innerhalb der KPF berichtet. Bislang gab es, alles in allem drei Hauptströmungen: diejenigen, die von innen heraus die KPF-Führung kritisieren; diejenigen, die aus der KPF austreten; diejenigen, die eine Einheitsstrategie mit anderen Kräfte der Linken verfolgen („Einheit im Kampf“). Nun hat sich eine vierte Strömung konstituiert, die das Ziel verfolgt, die Führung der KPF zu stürzen und die Partei neu aufzubauen. Ca. 60 Menschen, unter denen sich zum Teil ex-KPF-Mitglieder befinden, haben am 26. Februar eines entsprechenden öffentlichen Aufruf verfaßt, den wir hier dokumentieren.

## „Die Partei kann nicht länger von einer kleinen Führungsgruppe beschlagnahmt werden“

„Die französische Arbeiterbewegung erfährt heute eine neue Krise. Die KPF, wesentlicher Bestandteil dieser Bewegung, ist von dieser Entwicklung voll betroffen.“

Die Ablehnung ihrer Führung eine Grundsatzerklärung zu eröffnen, eine kritische Aufarbeitung der vergangenen Erfahrungen zu unternehmen, eine neue Politik zu initiieren, die eine Einheit wieder herstellen könnte, verstärkt nur die aktuelle Sackgassen-Situation.

Die relative Isolierung der kommunistischen Partei innerhalb der französischen Gesellschaft, ihr ökonomischer und sektiererischer Rückzug hindern sie daran, ihre Aktivistenrolle in der Massenbewegung wahrzunehmen.

In der jüngsten Vergangenheit führte sie es dazu, Positionen zu beziehen, die einen Bruch mit dem Internationalismus bedeuten, und eine Politik gegenüber den ausländischen Arbeitern zu praktizieren, die im totalen Widerspruch zu den Prinzipien der Arbeiterbewegung steht.

Dieser Entwicklung muß ein Ende gesetzt werden.

Die Unterzeichnenden dieses Aufrufs haben alle, in unterschiedlichen Funktionen, an den Aktivitäten der kommunistischen Bewegung teilge-

nommen bzw. nehmen weiterhin daran teil.

Einige unter ihnen waren, in entscheidenden Phasen ihrer Geschichte, Mitglieder ihrer Führungsorgane. Sie gehören allen Generationen an, die die kommunistische Partei gemacht haben, und wenn ihre Positionen in den politischen Kämpfen der Vergangenheit unterschiedlich gewesen sein mögen, so drücken sie heute gemeinsam einige Grundpositionen aus.

Das Land ist heute mit wichtigen Wahlterminen konfrontiert. Dennoch, über den Wahlausgang hinaus, bleiben die Grundprobleme der Arbeiterbewegung bestehen. Die Unterzeichnenden dieses Aufrufs wollen alles tun, was in ihrer Kraft steht, um Giscard d'Estaing zu schlagen und den Stieg des Kandidaten der Linken zu garantieren, wie er durch das allgemeine Wahlrecht bestimmt sein wird.

Sie wissen aber auch, daß Hunderttausende von Frauen und Männern, die sich mit dem kommunistischen Gerechtigkeits- und Freiheitsprojekt identifizieren, sich Fragen über die Zukunft unserer Bewegung stellen. Ohne irgendeine Ersatzstrategie irgendjemandem aufzwingen zu wollen, die sich ohnehin nur in der freien Auseinandersetzung und in der Massenaktion entwickeln kann, wollen die Unterzeichner für vier Hauptprinzipien eintreten.

In unserem Land ist nichts möglich ohne die Einheit der gesamten Arbeiterbewegung, ist nichts möglich ohne das Zusammenwirken der Kämpfe aller sozialen, antikapitalistischen Schichten und der Arbeiterbewegung. Fundamentale Änderungen Politik erfordern qualitativ höhere Einheitsformen als die Einheit der Parteien der Linken. Sie erfordern innerhalb der gesamten Gesellschaft die Konstituierung eines wirklichen Einheitswebes, das nicht bei der ersten Gelegenheit auseinanderreißt. Dazu muß in den täglichen Kämpfen der Werktätigen der Wunsch nach Einheit versankert werden, wie er sich auch bei jedem Wahltermin ausdrückt. Jede andere Politik würde der revolutionären Klassenbestimmung des französischen Kommunismus den Rücken kehren.

Mit der aktuellen Ablehnungspolitik, die im Widerspruch zu den gemeinsamen Aktionen an der Basis steht, muß Schluß gemacht werden. Sie verschärft das Abblocken der Situation und erlaubt nur ein Manövrieren auf Generalstabsniveau.

Es sind die Massen, die die Geschichte machen, und nicht nur die Parteien, die sie vertreten wollen. Daher muß jeder autoritären Versuchung gegenüber den Organisationen, die sich in den täglichen Kämpfen herausbilden, aus dem Weg gegangen werden. Die französische Gewerkschaftsbewegung hat eine Unabhängigkeitsprediktion, die Kommunisten wie ihren Aufgepfal hätten sollten, um ihren Pluralismus und demzufolge ihre Schlagkraft zu garantieren.

Machtvolle Bewegungen haben sich seit 1968 entwickelt, zum großen Teil außerhalb der Initiative der Arbeiterbewegung, wie sie heute existiert: so z.B. die Jugend- und Studentenbewegung, so z.B. die Ökologiebewegungen und insbesondere heute die Bewegung zur Befreiung der Frauen, deren historische Tragweite für jedes revolutionäre und demokratische Umwälzungsprojekt der Gesellschaft fundamentale Bedeutung hat. Die Respektierung der Autonomie dieser Bewegungen ist eine wesentliche Bedingung. Die tiefgreifenden Restrukturierungen des kapitalistischen Systems stellen die Gesamtheit der Gesellschaft in Frage, einschließlich der Klassenverhältnisse. Ohne eine seriöse Analyse und ohne eine entsprechende Strategie ist die Herausarbeitung einer tatsächlichen politischen Lösung, die als Bedingung die Intervention der konsequentesten Elemente innerhalb des sozialen Kampfes hat, unmöglich.

Die innere Krise der industriell entwickelten kapitalistischen Welt, die Aktion der Völker der „3. Welt“, die wachsenden Widersprüche innerhalb derjenigen Versuche, die sich auf den Sozialismus berufen, haben neue Möglichkeiten hervorgebracht. Die Konfrontation von Blöcken, die ideologisch, wirtschaftlich und politisch verbunden sind, wird tendenziell ersetzt durch eine Welt mit

mehreren Polen, die den dauerhaften Erfolg origineller sozialistischer Experimente ermöglichen.

Das politische Volk ist auf dem Weg dieser Erforschung, die noch schwach und vielfach bedroht ist. Der Machtergriff von Reagan in den USA, der die Gefahren des Westritens und des Kalten Krieges verschärft, macht den Aufbau eines blockunabhängigen Frankreichs nur noch dringlicher. Wenn die französische kommunistische Bewegung an der Organisation der antimperialistischen Solidarität und des Kampfes für den Frieden teilhaben will, muß sie jede wie immer geartete Unterwerfung unter die Politik des sowjetischen Staates abstreifen. Sonst wird sie unfähig sein, die wahren Interessen der Arbeiterklasse und des kollektiven Frankreichs zu verteidigen. Sonst wird sie unfähig sein, die Wege eines neuen Internationalismus, ohne Unvereinbarkeiten, zu erforschen.

Schließlich betonen die Unterzeichnenden, daß keine einzige Strategie Erfolgchancen haben wird ohne die volle Wiederherstellung der Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung. Nur die zensurlose Debatte, nur die freie Meinungsäußerung, nur die Äußerung von Hypothesen, die notwendigerweise widersprüchlich sind, ermöglichen einen Ausweg aus der heutigen Sackgasse. Jedes andere Verhalten trägt zur Sterilisierung der wesentlichen Kräfte der Bewegung bei.

Von daher werden auch einige Schäden wiedergutmacht werden müssen, die seit einem Dutzend Jahren durch Methoden verursacht wurden, die im Gegensatz zur Demokratie stehen, die im Gegensatz zur Freiheit jedes Kommunisten stehen.

Die Partei kann nicht länger Eigentum einer kleinen Führungsgruppe sein.

All denjenigen, die eine Umwälzung wollen, muß die Hoffnung wiedergegeben werden!“

## Unterzeichner/innen

Alexandre Adler, Historiker, Georges Allombert, Psychologe ex-Mitglied des nationalen Komitees der JEC (Vereinigung kommunistischer Studenten) Michel Ba-

rah, Historiker, Jean-François Batrel, Soziologe, Georges Baudrel, Antikolonialistischer Militant in Vietnam, Henri Boyer, Linguist, Robert Bracy, ex-Direktor des KPF-Verlags „Editions Sociales“, ex-Mitglied des Büros der Partei KPF-Föderation, ex-Mitglied der Ideologie-Sektion des ZK, Pierre Brocheux, Historiker, Jean Bruhat, Historiker, 50 Jahre KPF-Mitgliedschaft, Raymond Charlat, Gewerkschaftsführer, Georges Cadieu, Journalist, Agnes Catta-neo, Lehrerin, Jean Chabron, ex-Kämpfer der Internationalen Brigaden, unter dem Vichy-Regime zum Tode verurteilt, ex-Mitglied des ZK, ex-Prefekt bei der „Libération“ heute Abgeordneter, Dr. Henri Christen, ex-Arzt bei den internationalen Brigaden, 50 Jahre Parteiliederschaft, Catherine Clement, Schriftstellerin, Journalistin, Jean Louis Cohen, Städteplaner, ex-Mitglied des Redaktionskomitees von „Nouvelle Critique“, Catherine Coquery-Vidrovitch, Historikerin, Cusco, Meler, Paul Denouex, ex-Präsident der Internationalen Föderation der Lehrgewerkschaften Jacques Debouzy, ex-Sekretär der Uni-Angestellten-Gewerkschaft SNE Sup Jacques Donato Linguist Roger Doris, Journalist, Rechtsanwalt Marcel Drech, Ökonom, ex-Mitglied der Ökonomie-Sektion des ZK, Yvon Dupré, Veteran der Partei, Antikolonialistischer Militant in Algerien, Yvon Durieux, Soziologe, ex-Mitglied des Redaktionskomitees von „Nouvelle Critique“, René Gailletot, Historiker, ex-Mitglied der Leitung des CERM (Marxistisches Studien- und Forschungszentrum), Maurice Goddard, Soziologe, ex-Mitglied der Ökonomie-Sektion des ZK, Jean-Marc Gayman, Historiker, ex-Mitglied des Maurice-Thorez-Instituts, Eugène Guillevis, Post, Ökonom, ex-Mitglied der Ökonomie-Sektion des ZK, Francis Halbwachs, Physiker, Daniel Hémar, Historiker, Raymond Jean, Schriftsteller, Christian Kervel, Ökonom, ex-Mitglied der Ökonomie-Sektion des ZK, Maurice Krieger-Valri-mont, einer der drei Mitglieder der nationalen Befehlshaber der FFI (Widerstandskräfte) ex-Generaldirektor von „Action Nouvelle“, ex-Direktor des Pressebüros der KPF, Abgeordneter Jean-Pierre Lecoindre, Journalist, ex-Mitglied der Zeitschrift „Ode-mocratie nouvelle“, Serge Leouy, Drucker, Sarg Levis, ex-Mitglied des Büros der JEC (s.o.), Sorbonne-Sektion Mitarbeiter der Ökonomie-Sektion des ZK Robert Lambin, Philosoph, Pierre Li, ex-Korrespondent der „Humanité“ in Warschau, Anne-Catherine Lochard, feministische Militant, Mitbegründerin von „Elle vote rouge“, Luis London, ex-Deportierter, 50 Jahre Parteiliederschaft, Béatrice

Fortsetzung nächste Seite



# Nach Coparnic nichts Neues ...

Am 3. Oktober vergangenen Jahres explodierte eine von Faschisten gelegte Bombe vor einer Pariser Synagoge in der Rue Copernic.

Vier Menschen wurden ermordet, zehn schwer verletzt.

Einige Tage später bekam die Verwaltung der Synagoge der Rue Copernic erneut Drohbriefe, unterzeichnet von einem „Kommando Mario Tuti“. Die Serie der faschistischen Aggressionen hat seitdem nicht nachgelassen.

## Faschistische Aggressionen vom Oktober '80 bis Januar '81

5.10.80: Ein jüdischer Marokkaner wird im Zug Paris-Engouven angegriffen, die Synagoge von Saint-Die (Vogesen) wird mit Hakenkreuzen beschmierelt; der Laden eines jüdischen Händlers in Romilly-sur-Seine wird geplündert.

6.10.80: Die Wohnung eines Juden in Nizza wird verwüstet, Inbrandsetzung des Trigano-Büros in Paris; Granaten werden auf eine antisemitische Demonstration in Nizza geworfen, antisemitische Parolen auf dem Bahnhof in Nizza; Molotow-Cocktails gegen einen jüdischen Laden in Fontaines.

7.10.80 Eine Bombe wird vor dem Geschäft einer Jüdischen

Händlerin in Marseille gefunden.

8.10.80 Ein junger Jude wird in Lyon angegriffen.

8.9.10.80: Versuch einer Inbrandsetzung des Autos des KPF-Bürgermeisters von La Mans.

11.10.80. Ein Araber wird während eines Angriffs in Lyon verletzt.

12.10.80. Eine Bombe wird im Wagen eines Juden in Goussainville entdeckt.

15.10.80: Antisemitischer Angriff in der Pariser Universität

Tolbiac.

16.10.80: Molotow-Cocktail gegen einen marokkanischen Laden in Paris, Mordversuch gegen J.-P. Bloch (Präsident der „LICRA“).

17.10.80: Schändung der Synagoge und des jüdischen Friedhofs in Grosblodetstr. rassistische Schmierereien in der Siedlung von Annemasse.

17.-18.10.80 Telefonische Drohungen gegenüber den Verantwortlichen der Bewegung „Informationen für die Rechte der Soldaten“.

14.10.80 Schuß auf das Wohnheim afrikanischer Arbeiter in Puteaux.

21.-22.10.80: Antisemitische Schmierereien in Longwy.

27.-28.10.80: Neonazi-Schmierereien in einer Schule in Marseille, Bombenalarm.

29.10.80: In einer Pariser Metrostation wird eine junge Frau „semitschen Aussehens“ angegriffen; zwei Schüler einer israelitischen Schule in Marseille werden verletzt.

30.10.80: Attentatsversuch gegen einen jüdischen Arzt in Montrouge; ein jüdischer Student wird von Faschisten in Paris verletzt.

4.11.80: Schüsse auf eine jüdische Schule in Paris, Fallschirmjägeraktion beim Filmfestival in Marseille.

5.11.80 Überfall auf ein Schwulen- und Lesbenkino in Paris durch eine Gruppe von 20 Neonazis.

11.11.80: Inbrandsetzung eines KPF-Büros in Paris.

12.11.80: Hakenkreuze auf den Wänden der Wohnung eines ehemaligen Widerstandskämpfers in Roanne.

13.11.80: Molotow-Cocktail gegen ein Ausländer-Wohnheim in Paris, FANE-Schmierereien an der ehemaligen Wohnung des prominenten Trotskyisten Alain Krivine.

14./16.11.80: Drohbriefe an Alain Krivine.

14.11.80: Attentat auf eine linke Buchhandlung in Paris.

15.11.80: Antisemitische Schmierereien der FANE in Clichy.

15.-16.11.80. Überfälle in Paris auf Linke, die Flugblätter

verteilen.

21.11.80: 13 Männer in Kampfuniform, SS-Lieder singend, bedrohen das Publikum eines Lokals in Toulouse.

24.11.80 Ein Portugiese wird in Schlichtheim angegriffen. Das Auto eines Arbeiters von der Eisenbahn-Küste explodiert in Lyon.

25.11.80: Zwei Menschen (Ehepaar Dowek) werden ermordet, ein Verletzter.

27.11.80. Eine Bombe explodiert vor einem afrikanischen Geschäft in Paris, 20 Faschisten greifen eine Pariser Uni (Tolbiac) an, 5 Verletzte.

29.11.80: Morddrohungen gegen den Präsidentschaftswahlkandidaten Coluche; vor einer islamischen Buchhandlung wird eine Bombe entdeckt (Paris).

1.12.80: Überfall auf einen Juden in der Pariser Assas-Uni.

4.12.80: 40 Menschen überfallen eine pro-palästinensische Veranstaltung in Paris.

Mitte Dezember: Drohungen gegen Parlamentarier des

Departement der Haute Loire.

15.12.80: 40 Faschisten organisieren einen Überfall in der Uni von Nanterre, 20 Menschen werden verletzt.

25.12.80: Ein jüdischer Professor wird in Straßburg überfallen.

31.12.80: Ein Algerier wird in Belfort überfallen.

Ende Dezember: Antisemitische Schmierereien in

Bordeaux.

3.1.81: Inbrandsetzung eines KPF-Büros in Paris.

4.1.81 Steine gegen die Scheiben der Zeitung „Nouvelles d'Orléans“ in Orléans, Naziparolen in Chambéry.

10.1.81 Granate gegen ein Kino in Paris.

11.1.81: Schändungen von jüdischen Gräbern in Rosny-Sous-Bois, antisemitische Schmierereien in Clichy.

12.1.81: Eine Bombe explodiert neben Alain Krivine, Molotow-Cocktails gegen zwei Pariser Kinos, wo die „Schlacht von Algier“ vorgeführt wird.

15.1.81 Antisemitische Schmierereien in einer Siedlung in Villeurbanne.

16.1.81: Hakenkreuze in Martignes, Hakenkreuze in Paris.

20.1.81: Versuch einer Inbrandsetzung eines KPF-Büros in Saint-Maur.

21.1.81: Überfall auf eine LCR-Veranstaltung, wo Krivine spricht, in Auxerre.

26.1.81: Ein faschistisches Kommando überfällt türkische Hungerstreikende in Straßburg.

27.1.81 Linke Plakatkleber werden in Paris überfallen.

„Ermittlungen, sagten Sie?“

Marc Frederiksen, ex-Chef der faschistischen Terrorgruppe FANE, wurde, wie schon im AK berichtet, am 17.10.80 zu 18 Monaten Knast, davon 12 mit Bewährung, verurteilt. Er befindet sich allerdings noch wie vor in Freiheit; seit dem 16.12.80 ist er lediglich unter „polizeilicher Kontrolle“. Das heißt, er muß sich bei den Kollegen regelmäßig bücken lassen.

Henri-Robert Petit, Chef der Nachfolgeorganisation der FANE, „FNE“, hat einen Prozeß wegen „Provokation zum rassistischen Haß und zur Diffamierung bestimmter Personengruppen“ — allerdings noch ergebnislos ...

Jean-Pierre Bataille, ein VS-Inspektor, der seine Informationen an

die „FANE“ weitergab, ist am 19.9.80 aus der Polizei entlassen und am 18.12.80 zu zwei Jahren Knast, davon neun Monate mit Bewährung, verurteilt worden, wegen „Verrat des Berufsgeheimnisses“ ...

Paul-Louis Durand, ebenfalls Polizeiinspektor, ebenfalls Mitglied der FANE, Mitglied auch der „WACL“ (Antikommunistische Weltliga) und im Zusammenhang mit dem Bologner Attentat bekannt geworden, ist im August '80 von seinen Funktionen suspendiert und im September aus der Polizei endgültig ausgeschlossen worden. Von einem Prozeß gegen ihn ist nichts bekannt.

Seit September 80 sieht die antisemitische staatliche „Repression“ so aus:

— Aufgrund der antisemitischen Attentate von Ende September 80 und 19 Faschisten erstmalig festgenommen worden; nur drei von ihnen wurden verurteilt wegen illegalen Waffenbesitzes (zwei zu Geldstrafen, der andere zu 6 Monaten Knast).

— Am 30.9.80 unternahm die Polizei eine sogenannte „Großfahndung“ in Nizza gegen Faschisten aufgrund von vermehrten Drohbriefen gegen jüdische Bewohner der Stadt, sieben Mitglieder der ex-FANE wurden festgenommen, fünf wieder freigelassen.

— Ein Arbeiter in Longwy wurde am 23.10.80 festgenommen wegen Hakenkreuz-Schmierereien.

— Drei junge Faschisten wurden ebenfalls am 23.10.80 in Romilly-sur-Seine festgenommen wegen Plünderung eines jüdischen Ladens.

— Nach dem Überfall auf eine Solidaritätsveranstaltung mit dem palästinensischen Volk in Paris wurden vier Minderjährige in Untersuchungshaft gebracht.

— 27 Faschisten wurden nach dem Überfall auf die Uni von Nanterre festgenommen; nur drei blieben in Haft.

— Ein Faschist wurde verhaftet am 8.1.81 wegen Überfalls auf einen jüdischen Autofahrer in Paris.

— Sechs Faschisten wurden im Dezember 80 in Nizza zu Gefängnisstrafen zwischen 2 und 6 Monaten wegen antisemitischer Schmierereien verurteilt.

Was im Übrigen der französische Staatssicherheitschef zu den Hintergründen des Attentates in der Rue Copernic ermittelt oder nichtermittelt hat, bleibt weiterhin sein süßes Geheimnis.

Frankreich-Kommission

## Die Linke und die Präsidentschaftswahlen

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Langueuse, Philosophin, ex-Mitglied des Redaktionskomitees von „Nouvelle Critique“, Christian Mace, Bürgermeister von Tourcoing, Nicole Maillard, ex-Mitarbeiterin bei „Democratie Nouvelle“, Pierre Marie-Térel, ex-Deportierter in Buchenwald, Jean-Louis Mingelon, Journalist, Jean Méhanteau, Journalist, Paul Noiret, Journalist, Ex-Deportierter in Buchenwald, ex-Mitglied der Ideologie-, Außenpolitik und Ökonomie-Sektionen des ZK, Chefredakteur von „Democratie Nouvelle“, Mitbegründer der Zeitschrift „Economie et Politique“, Claudine Normand, Linguistin, Roger Pennequin, ex-Mitglied des ZK, ex-Mitglied der Organisationskommission des ZK, ex-Verantwortlicher der FTP (französische Partisanen) für das Département Pas-de-Calais, ex-Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung von Lille, ex-Mitglied des ZK, Marc Peyrnet, ex-Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung von Lyon, Denis Peschansky, Historiker, Frédéric Ricot, 50 Jahre Parteimitgliedschaft, Yves Roucaute, Soziologe, ex-Mitglied der

nationalen Leitung der UNEF (Kommunistische Jugendunion), Sekretär der UEC (soz.) Sektion an der Sorbonne, Cécile Roulier, Journalistin bei der „Humanité“, Kandidatin der KPF bei den Parlamentswahlen 1978, Jean-Pierre Sebert, Ökonom, ex-Verantwortlicher der UEC, Olivier Schwartz, ex-Mitglied des Redaktionskomitees der „Nouvelle Critique“, Gilbert Soucher, Journalist, ex-Leiter der Politik-Abteilung bei der „Humanité“, ex-Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung „Les allobroges“, ex-Chefredakteur der KPF Presseagentur (UPI), Antoine Spire, Universitätsprofessor, Mitglied der Leitung der „Editions Sociales“, Peggy Ines Sultan, Mitbegründerin von „Elles violent rouge“, feministische Militante, Jacques Texier, Soziologe, ex-Leitungsmittelglied des CERAM (soz.) Christian Topolov, ex-Mitglied der Sektion „Lebensqualität“ des ZK, Nicole Edith Thevenin, Philosophin, feministische Militante, Mitbegründerin von „Elles violent rouge“, Didier Thibaut, Stadtrat in Lille, Monique Viel, Psychologin, J.-C. Vigato, Architekt, Professor an der Architektur-Schule von Nancy, Jean-Pierre Vigier, Physiker, ex-Mitglied des nationalen Generalstabes der FFI, Attaché im Kabinett von De Larosière, ex-Mitglied des ZK, Sekretär beim Vietnam-Russell-Tribunal, Robert Vion, Linguist.

# Einige Hintergründe zum Putschversuch in Spanien

Daß der (vorerst) gescheiterte Putsch vom 23. Februar massive Unterstützung nicht nur in Militärkreisen und der „Guardia Civil“ (paramilitärische Polizei) hatte, sondern ebenso in zivilen Kreisen, und daß dieser Staatsstreich von langer Hand und offenbar recht detailliert geplant war, wird durch die Recherchen zahlreicher Presseorgane immer delegbarer. So veröffentlichte die Madrider Wochenzeitschrift „Sábado Gráfico“ einen Artikel über die Vorgeschichte des bewaffneten Überfalls auf das Parlament. Demnach wurde schon im Oktober letzten Jahres auf einer Sitzung von 26 Personen (ausschließlich Nicht-Militärs) der Entschluß gefaßt, einen Putsch zu unterstützen.

In einer Wohnung in der Avenida Islas Filipinas in Madrid berieten diese Herrschaften am 17. Oktober über die Maßnahmen, die bei einem Putsch einzuleiten wären. Namen der Beteiligten an dieser Runde werden in dem Artikel leider nicht genannt. Jeder der Anwesenden sollte prüfen, mit welchen absolut vertrauenswürdigen Personen in den jeweiligen Provinzen im Falle eines Putsches zu rechnen wäre.

Zur Finanzierung des Putsch-Projekts wurde der Plan, die von der ETA erpreßten baskischen Industriellen Ollarra und Alcora anzusprechen, fallengelassen. Stattdessen sollten die Familien Urquijo und Oriol (zwei hohe Militärs dieser Familien wurden vor ca. zwei Jahren von der GRAPO entführt) zwecks Einrichtung eines Fonds für die ersten Ausgaben angesprochen werden. Es gab laut „Sábado Gráfico“ auch Überlegungen, den Fonds für die Fußballweltmeisterschaft '82 in Spanien zu „beschlagnehmen“ und die Weltmeisterschaft abzusagen.

Bei dem Treffen wurde auch besprochen, sechs Tageszeitungen (u.a. „El País“, „Cambio 16“, „Sábado Gráfico“, „El Mundo“, „La Vanguardia“, „El Financiero“) vorübergehend zu schließen, sowie alle leitenden Chargen in Fernsehen und Rundfunk abzusetzen.

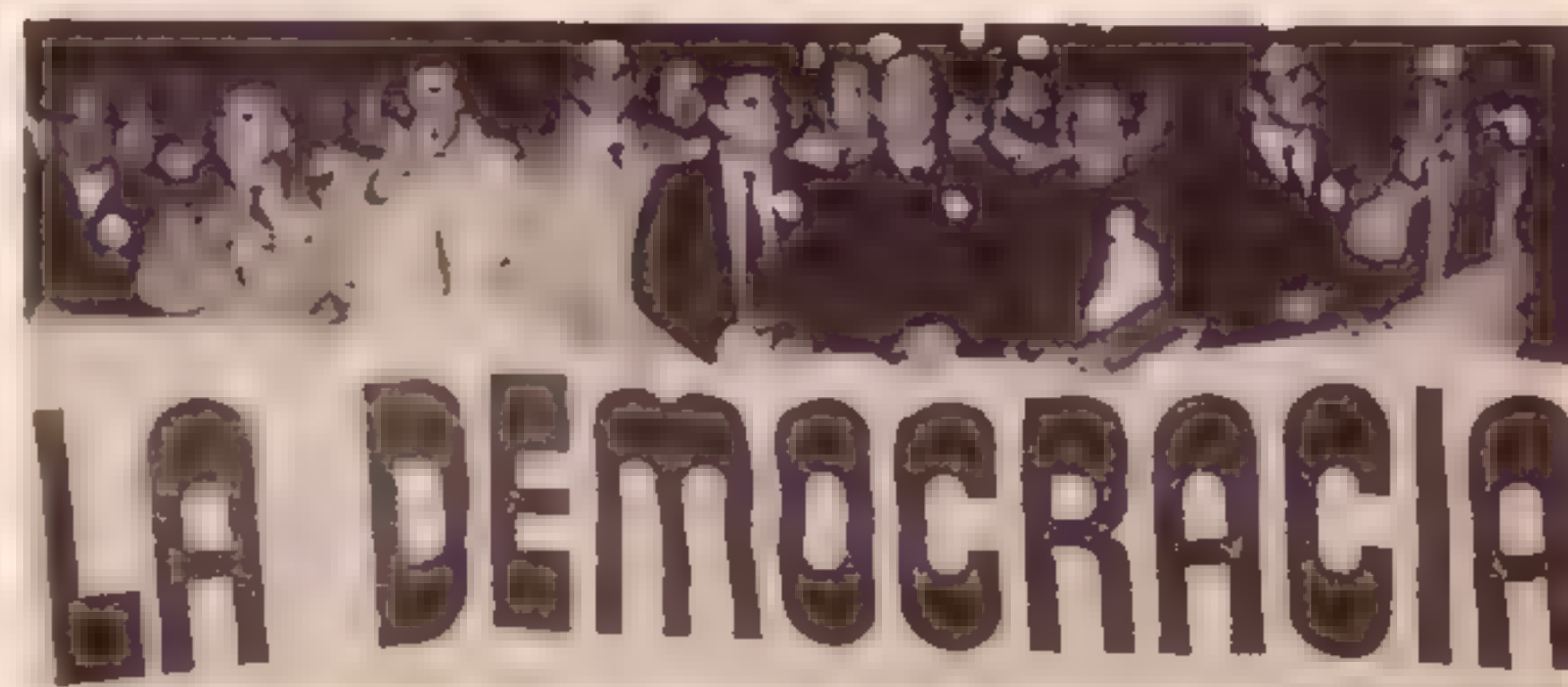
Nach dem Putsch sollte eine Nationale Junta für Zivilverwaltung gebildet werden (es werden sieben Namen von bekannten Faschisten genannt, u.a. Blas Pinar, Führer der Terrororganisation „Fuerza Nueva“).

Außer dieser „zivilen“ Junta sollte es eine gemischte aus Militärs und Nicht-Militärs geben. Diese gemischte Junta sollte sofort die Anerkennung im Ausland suchen und zwar in Portugal, den Philippinen, Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien, Paraguay und last not least dem Heiligen Stuhl.

Die Aufgaben der Junta wurden so beschrieben: Außer Bewachung bestimmter zentraler Einrichtungen gehe es um die „Erleichterung der Festnahme von Mitgliedern und Sympathisanten von linken Organisationen“, „die Reinigung Madrids von Drogenabhängigen und Krawallmachern“, „nächtlige Bewachung der Straßen“, „Verhaftung linker Studentenführer“, „Razzien verschiedener Art in Lokalen und öffentlichen Gebäuden“, „Bildung einer Kommission, die für die Verhafteten zuständig ist“ und einer weiteren, die das beschlagnahmte Material auswertet („Sábado Gráfico“, zitiert nach „Diario 16“, 5.3.).

Nach dem zitierten Artikel war der Putsch für den 2. Mai geplant. Er fand aus besonderen Anlässen und wegen falschen Berechnungen schon am 23. Februar statt, als die Koordinierung noch nicht ausreichend abgeschlossen war.

Ein zweites Putsch-Zentrum verbirgt sich hinter dem Decknamen „Almendros“ (Mandelbäume — der Putsch sollte stattfinden, wenn die Mandelbäume blühen). Die Identität der Faschisten, die sich hinter diesem Namen verbergen, ist bisher offensichtlich dem um Enthüllungen bemühten Teil der spanischen Presse nicht bekannt. Unter dem Pseudonym „Almendros“ erschienen in der pro-faschistischen Tageszeitung „Alcázar“ (ehemalige Zeitung des „Movimen-



to“) drei Artikel, die zur Zeit von der Staatsanwaltschaft untersucht werden. Ihr Inhalt ist eindeutige Putschvorbereitung. Neben diesen Artikeln werden auch andere, evtl. verschlüsselte Nachrichten untersucht, denn es steht fest, daß die Zeitung ein, wenn nicht sogar das Verständigungsmittel zwischen den Putschisten war.

## Die „Almendros“-Artikel

Die Zeitung „Alcázar“ erschien am Tag vor der Besetzung des Parlaments mit einem Titelbild, das nebenstehend abgedruckt ist. Zwei Drittel der Titelseite zeigen das leere Innere des Parlamentsgebäudes. Der seltsame Text innerhalb des oberen Pfeils bedeutet: „Alles bereit für die Sitzung am Montag“. Der kleine Text am Fuß der Abbildung besagt: „Wie es auch sei, der Sieg von Calvo Sotelo wird von kurzer Dauer sein“. Die Hauptüberschrift ist politisch völlig sinnlos: „UCD intensivierte ihre Aktivitäten, um Stimmen zu

bekommen“. An diesem Tag war bereits klar, daß die UCD genügend Stimmen erhalten würde, um ihren neuen tiefgeschwarzen Kandidaten Calvo Sotelo ins Amt des Regierungspräsidenten zu befördern.

Der erste Artikel der „Almendros“-Gruppe erschien am 17.12.80 unter der Überschrift „Análisis del militarismo y la política“. Er beschränkt sich fast ausschließlich auf die Abwertung der Regierung und betont die „unbestreitbare Einheit der Kader der Streitkräfte, die sich täglich verstärkt“, denn „anscheinend haben sie ihre anfängliche Verwirrtheit angesichts der politischen Reform überwunden“. Die Streitkräfte würden mit dem „Volksentwurf“ übereinstimmen, während die Regierung mit den besagten Kadern der Streitkräfte keineswegs einer Meinung sei. „Auf der Straße besteht kein Zweifel an der Dringlichkeit einer korrigierenden Lösung, durch die eine Erneuerung stattfinden kann.“

Der zweite Artikel vom 22.1.81 ging in die Einzelheiten, worin diese „korrigierende Lösung“ bestehen solle. Er hat den vielsagenden Titel „Die Stunde der anderen Institutionen“. Nach Beurteilungen, daß der Versuch der Demokratie gescheitert sei, und der Hoffnung, daß wenigstens einige der heute Regierenden nach einer „diskreten Periode des Nachdenkens, in der sie sich von früheren Zugehörigkeiten und Verbindlichkeiten befreien können“, zu den Putschisten überlaufen würden, wird über diese Lösung gesagt: „Eine neue und andere Regierung mit breiten Vollmachten, die die notwendige Unterstützung hat, um mit Entschiedenheit unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, die Arbeitslosigkeit zu verringern, den Terrorismus und seine Auswirkungen auf das tägliche Leben und auf die Sicherheit der Bürger zu bekämpfen, die Autonomiebestrebungen auf ein vernünftiges

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von der vorherigen Seite

Maß zu bringen und die Verfassung zu reformieren. Also gut: Da anscheinend niemand in diesem Staat diese Rolle spielen kann, ist vielleicht die Stunde gekommen, nicht mehr an Kongresse, Parteien und Regierung zu appellieren, von denen nichts Entscheidendes mehr zu erwarten ist, sondern an die übrigen Institutionen des Staates."

In dem dritten und letzten Artikel (12.81), „Die Entscheidung der obersten Führung“ — eine klare militärische Ausdrucksweise —, wird jede Art von Koalitionsregierung zurückgewiesen (Nach Informationen von „Sábado Gráfico“ soll der in den Putsch vom 23. verwickelte und inzwischen verhaftete General Armada mit einer Lösung geübelgt haben, wonach eine Koalitionsregierung von UCD und Sozialistischer Partei (PSOE) mit einem General an der Spitze zu verwicklichen wäre.) Nach Meinung von „Almendros“ würde eine Koalitionsregierung „innerhalb kurzer Zeit die Möglichkeit für eine rechtmäßige Intervention der Armee schaffen“. „Almendros“ hingegen will eine Regierung, die „unterstützt wird von denjenigen Institutionen, deren Macht aus ihnen selbst entspringt und die historisch aufgerufen sind, den Frieden und die nationale Existenz in besonders kritischen Augenblicken zu garantieren“.

Im weiteren wird argumentiert, daß angesichts dieses Höhepunktes politischer Verantwortungslosigkeit, der erreicht sei, die Krone (also der König) eingreifen müsse (der spanische König ist oberster Befehlshaber der gesamten Streitkräfte). Im Schlußabsatz wird der König recht deutlich vor die Alternative gestellt, entweder samt dem demokratischen System gestürzt zu werden oder sich auf die Seite der „Erneuerer des Vaterlandes“ zu stellen (säkliche Zitate nach „El País“, 1.3.81).

Eine weitere — verschlüsselte — Nachricht ist anscheinend über die Tourismus-Zeitung „Spic“, ein scheinbar ganz unpolitisches Blatt, das nur im Abonnement zu haben ist, übermittelt worden. In der Spalte „Notizen“ wenige Tage vor dem Putsch, erschien die Meldung: „Es ist nicht wahr, daß ich am Montagmorgen, den 23. Februar, einen militärischen Staatsstreich machen will ... Außerdem ist mir nicht bekannt, daß die letzten drei Worte lauten auf spanisch „Además no sé!“ Die Bedeutung wurde so rekonstruiert:



En cualquier caso, la victoria del señor Calvo Sotelo es una certeza

in eine Wohnung geführt, wo sie zwei Stunden im Badezimmer festgehalten wurde. Zwar passierte ihr nichts, aber sie wurde beschimpft mit Sätzen wie „Jetzt werdet ihr sehen, ihr Scheiß-Roten“. Um 22 Uhr wurde sie wieder freigelassen; da war klar, daß der Staatsstreich mißlungen war.

#### Presse

Die bürgerlichen Parteien haben den Putschversuch zu für die spanische Demokratie sehr schädlichen Manövern mißbraucht. Sie haben dem ganzen Land eingeredet, daß es jetzt das Wichtigste sei, „besonnen und ruhig“ zu sein. Der eigentliche Held war der König, der seinen Generalen den Befehl gab, die Verfassung zu verteidigen. Die spanischen Völker durften in diesem Zusammenhang nur eine sehr unergiebige Rolle spielen. Am 23. wurde von allen Parteien zu Massen demonstationen in allen Städten Spaniens aufgerufen, bei denen die Führer von „Alianza Popular“ (rechtsradikale Parlamentspartei) in der ersten Reihe zusammen mit PCE und PSOE-Leuten marschierten. In Granada war

## Euskadi vor dem Putschversuch — Ein Erfahrungsbericht —

Es ist Montag, der 23. Februar 1981, Militärputsch in Spanien.

Meine Gedanken wandern durch die Straßen von Bilbao und San Sebastian, wo Militär und Guardia Civil Straßensperren, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Folterungen durchführen. Ich höre die Angstschreie der Menschen und suche inmitten dieses schrecklichen Chaos meine Freunde. Was wird mit ihnen passieren, wie werden sie reagieren?

Keine 24 Stunden sind vergangen, da fühle ich mich unmittelbar ihr Leben, ihren Kampf, spüre ihr Leiden, ihren Mut und ihre Zärtlichkeit.

Ich atme etwas auf, da die Telefonverbindungen nach Euskadi noch nicht unterbrochen sind. Arantxa meldet sich. Ich bin glücklich, jetzt ihre Stimme zu hören. Sie ist befüllt, unsicher, abwartend. Die Informationen über den Putsch sind äußerst gering, die Unsicherheit entsprechend groß. Hastig teilt sie mir das Wichtigste mit. Das Parlament wird seit einigen Stunden von der Guardia Civil besetzt, in Valencia kontrolliert bereits das Militär die Stadt, andere Militäreinheiten halten die Rundfunk- und Fernsehsender besetzt. In Euskadi verläuft bisher alles sehr ruhig, nirgends ist Militär zu sehen. Nachrichten werden nicht gesendet, stattdessen wird ununterbrochen Militärmusik gespielt.

Arantxa hat Angst, Angst vor einer neuen blutigen Militärdiktatur, die alle vorsichtigen Hoffnungen auf ein menschlicheres Leben wieder zerstören würden. Fänge ihrer Freunde verlassen bereits ihre Wohnungen, um möglichen Verhaftungen zu entgehen, andere denken daran, ins nahe Frankreich zu fliehen.

Alle sind überrascht worden von der Schnelligkeit der Entwicklung und gelähmt von den Freigang, obwohl jeder von der Gefahr wußte.

Vor einer Woche diskutierten wir noch zusammen über die letzten dramatischen Ereignisse in Euskadi (über den ersten Besuch Juan Carlos in Euskadi, über die Entführung und Tötung des Ingenieurs Ryan vom Atomkraftwerk Lemona durch die ETA-Militanten) und über die brutale Unterdrückung und Nervosität der letzten ETA-Mitglieder. Jetzt ist alles anders.

Die bürgerlichen Parteien an den Hauswänden von Bilbao, die all diese Ereignisse feierten, als wenn sie zur Wachsamkeit aufrufen wollten. „König raus aus Euskadi“, „Freiheit für Ryan“, „Polizei = Mörder, Folter-Nein — Amnestia ja“ waren neben vielen Plakaten und Aufrufen zu Demonstrationen und Veranstaltungen überall zu lesen.

Juan Carlos hatte sich vor einigen Wochen mit einer sechsauskendköpfigen Polizeieskorte nach Euskadi gewagt, einem Land, dessen Bevölkerung ihn haßt und verpöndelt als Marionette der Militärs, das er aber desotrozt zu seinem „Herrschaftsgebiet“ zählt. Überall war er schon gewesen, in allen Kontinenten, in allen Regionen Spaniens, nur in Euskadi nicht. Wollte er nicht an Einfluß verlieren, mußte er es wagen, trotz aller Sicherheitspolitischen Bedenken Schließlich war selbst der frühere Regierungschef Suarez in Euskadi gewesen, wenn auch heimlich, still und leise, und selbst der Papst hatte sich in Euskadi angekündigt. Außer Politikern der PNV, der konservativen baskischen Partei, gab es kaum jemand, der Juan Carlos willkommen hieß. Selbst in der PNV gab es anlässlich des Besuchs große Auseinandersetzungen.

Die Bevölkerung reagierte mit Desinteresse oder Mißfallenskundgebungen, wobei der Protest der Abgeordneten der Organisation Herri Batasuna am wirkungsvollsten war. Die 17 Abgeordneten der einflussreichen linken Organisation, die der ETA(m) sehr nahe steht, ließen den König bei einem Empfang des Parlaments in Guernica nicht zu Wort kommen, sie ließen politische Parolen und sangen Freiheitslieder. Daraufhin gab es heftige Tumulte und Schlägereien zwischen ihnen und den anderen Abgeordneten und Ordnungskräften.

Wer sollte Juan Carlos auch freundlich empfangen wollen, wo er doch die Tradition Francos nur auf feinere, viel unsichtbarere Art und Weise fortführt.

12.000 spanische Polizisten, darunter viele Spezialeinheiten, sind Ausdruck einer Besatzermacht, die den 2,5 Millionen Basken nachwiev ihr Selbstbestimmungsrecht auf eine eigene Regierung, eigene Öko-

nomie, eigene Polizei, eigene Kultur etc. verwehren, zum Vorteil der spanischen Zentralregierung und der spanischen Kapitalisten.

Vielorts sah ich sie am Rande der Ortschaften mit ihren Familien in Polizeihochhäusern leben, umgeben von hohen Mauern, Stacheldraht und schwerbewaffneten Wachen. Fast immer ließen sie die spanische Flagge, Symbol der Unterdrückung für die Basken, provozierend herabhängen. Hierher werden auch die Verhafteten verschleppt, die dort meistens geschlagen und gefoltert werden. Vor einigen Wochen wurde der Bruder von Arantxa im Rahmen der üblichen „ETA-Fehndung“ für einige Tage verhaftet. Er wurde als ETA-Mitglied beschimpft, geschlagen und nachts in eine einsame Gegend gefahren, wo man ihm die Pistole in den Nacken setzte und mit Erschießung drohte, wenn er nicht ETA-Gebührende preisgibt.

Oft werden die Verhafteten auch in eine Wanne mit Scheiße bis kurz vor dem Erstickung eingetaucht, oder die Frauen werden mit Vergewaltigung bedroht. Ein tägliches Schicksal vieler baskischer Familien. Bis zu 10 Tagen können die Verhafteten nach dem spanischen Antiterrorgesetz festgehalten werden, ohne Kontakt zu Anwälten oder Angehörigen aufnehmen zu können. Ein Gesetz, das den faschistischen Folterknechten in die Hände arbeitet.

Die Bevölkerung haßt diese spanischen Besatzerpolizei. Selbst mit ihren Frauen und Kindern spricht niemand, sodaß diese in totaler Isolation leben, was oft deren Haß auf die baskische Bevölkerung noch schürt. Die Guardia Civil fährt in jeep-ähnlichen Fahrzeugen durch die Städte und Dörfer — stets mit der MP im Anschlag —, um die Bevölkerung einzuschüchtern und zu schikaniaieren. Da sie häufig Opfer von ETA(m)-Aktionen sind, sind sie entsprechend nervös und daher schnell mit der Schußwaffe zur Hand, sodaß viele Basken schon aus vermeintlicher Notwehr erschossen wurden.

Immer wenn sie z.B. in einer Bar „Anschlag“ verüben, spüre ich die Angstspannung und Nervosität der Gäste. Die erst wieder wich, wenn die Guardia Civil die Bar verließ. Oft einzeln, manchmal auch in einem Abstand, um so bei entsprechenden ETA(m)-Anschlägen nicht alle erschossen zu werden.

Seit einem halben Jahr hat ETA(m) ihren militärischen Kampf erheblich ausweiten können. Kaum ein Tag vergeht, wo ETA(m) nicht irgendeinen Guardia Civil-Polizisten, einen Militär, einen reaktionären oder faschistischen Politiker erschneidet.

Die Regierung steht diesen militärischen Aktionen bisher relativ hilflos gegenüber, gerade weil ETA(m) nachwiev breite Sympathien in der Bevölkerung besitzt. Diese Hilflongkeit wird von den faschistischen Militärs zum Anlaß genommen, um hinter dem Deckmantel einer effektiveren „Terroristenbekämpfung“ sämtliche noch so bescheidenen Liberalisierungstendenzen wieder zu zerschlagen.

Für mich war es stets verwirrend, festzustellen, wie verschieden die Menschen sind, die die Politik der ETA(m) mit Sympathie unterstützen. Ich habe Camperos in den Bergen gesprochen, die trotz einer starken katholischen und konservativen Lebensweise, erfüllt von einem leidenschaftlichen Nationalismus und tiefen Haß gegen die Spanier, ETA(m) unterstützen. Sie können die grausame Unterdrückung und Ermordung unter Franco nicht vergessen und sehen in ETA(m) den konsequentesten Kämpfer gegen die spanische Fremdherrschaft.

Aus diesem ländlichen bergigen Gebieten rekrutiert ETA(m) auch einen großen Teil seines Nachwuchses. Hier kennt jeder jeden und die meisten Familien bieten seit Generationen die Gewähr, in irgendeiner Form für die Freiheit der Basken zu kämpfen zu haben. Aus diesem Grunde fällt es der spanischen Polizei auch so schwer, die Organisationsformen der ETA(m) von innen heraus zu zerschlagen, da es ihnen nur selten gelingt, Spitzel einzuschleusen.

Darüberhinaus hindert sie daran die baskische Sprache, das Euskera, die für sie nur schwer zu lernen ist. Das Euskera ist eine der ältesten Sprachen in Europa und unterscheidet sich vollständig vom spanischen. Unter Franco war es verboten, Euskera zu sprechen, sodaß meine Ver-

breitung stark zurückging. Arantxa konnte sich einige Jahre lang nicht richtig mit ihrem Vater verständigen, da er nur Euskera sprach, sie aber in der Schule Spanisch lernen mußte.

Heute schließen sich viele Jugendliche zusammen, um die Sprache ihrer Vorfahren wieder zu lernen. Euskera ist für sie Ausdruck eines widerstandstenden nationalen Selbstbewußtseins, das unter Franco radikal unterdrückt wurde.

Dann wiederum traf ich andere, oft jüngere Basken, die mit ETA(m) sympathisieren, da für sie ETA(m) neben dem Unabhängigkeitskampf gegen Spanien auch einen konsequenten antikapitalistischen Kampf führt. ETA(m) besitzt große Sympathien unter den Arbeitern in den Industriegebieten, wie z.B. Bilbao, wo fast auf jeder Demonstration gegen kapitalistische Willkür ETA(m)-Parolen wie „Viva ETA“ oder „ETA töte sie“ gerufen werden.

Insgesamt spiegelt sich die Stärke der ETA(m) auch an dem hohen Wahlerfolg von Herri Batasuna wider, die ETA(m) sehr nahe steht. Nach der konservativen baskischen Partei PNV ist Herri Batasuna die stärkste Kraft in Euskadi.

Allerdings gibt es auch starke Kritik an der ETA(m). ETA(pölitisch/militär), die ebenfalls im Untergrund arbeitet, wirft ETA(m) vor den politischen Kampf total zu vernachlässigen und einen rein militärischen Kampf zu führen, der in der augenblicklichen Situation nur die Herausforderung der Militärs und den Bürgerkrieg provoziert. ETA(p/m) lehnt daher die Aktionen der ETA(m) gegen die Guardia Civil etc. ab und beschränkt sich ihrerseits in erster Linie auf einige gezielte Aktionen, wie die Entführung von Industriellen, Konsulen etc., für deren Freilassung sie politische Forderungen oder Lösegeld verlangt und dem sie dann z.B. baskische Schulen unterstützt. Im Moment hat ETA(p/m) sogar die Einstellung des bewaffneten Kampfes angekündigt. Die linke Organisation Euzkadi Ekerra (ETA(p/m) nahestehend, kritisiert aus ähnlichen Gründen ETA(m). Darüberhinaus verzichtet sie im Gegensatz zu Herri Batasuna nicht auf eine parlamentarische Arbeit im baskischen Parlament, ist dabei aber zu nehmend bereit, Kompromisse mit der spanischen Zentralregierung einzugehen.

Die autonomen linken Gruppen, wie z.B. „Movimiento Comunista de Euskadi“, kritisieren ebenfalls ETA(m) in dem Punkt, daß ETA(m) im wesentlichen den militärischen und nicht den politischen Kampf führt, stehen der ETA(m) aber in einem solidarisches Kritikverhältnis gegenüber. Es fällt mir aber sehr schwer, diesen wichtigen Punkt in der Auseinandersetzung mit der ETA(m) zu beurteilen.

Die anderen Parteien, wie die Sozialisten und Kommunisten, die in Euskadi nur geringen Einfluß besitzen, sind längst dazu übergegangen, ETA(m) als Terroristen zu beschimpfen. Sie arbeiten damit objektiv der Regierung in die Hände, die versucht ETA(m) politisch zu isolieren.

Sie wären es auch, die die moralische Empörung über die Entführung und Erschießung des Chefingenieurs Ryan vom AKW Lemona ausgenutzt haben, um insgesamt die ETA(m) politisch zu isolieren, was ihnen noch durch den ersten Generalstreik gegen ETA(m) gelungen ist. Gelingen könnte ihnen das nur, da ETA(m) nicht gesehen hat, daß es politisch in Euskadi heute am Untergrund ist, ob es einen verhassten Guardia Civil-Polizisten, der die spanische Fremdherrschaft repräsentiert, erschneidet oder einen Handlanger der Kapitalisten, der irischer Nationalität und mit einer baskischen Frau verheiratet ist.

Die tiefe Empörung über die Ermordung des Joseba Arregi Korta (ETA(m) ein wenig aus der Isolation (siehe AK 196), Geliebten ist aber ein tiefer Riß zwischen den politischen Organisationen in Euskadi an der Frage des militärischen Kampfes, der mittlerweile sowohl ging, daß linke Organisationen wie Euzkadi Ekerra und Herri Batasuna sich heftige Straßenschlächen lieferten und sich gegenseitig als Faschisten bezeichneten. Wie gefährlich diese Zersplitterung der Linken ist, zeigte der mißglückte Putschversuch.

Ich denke an Arantxa, an Euskadi und Spanien und ich habe Angst vor einer zweiten „Türkei“ in Europa.

Ein Genosse aus Hamburg



Ausnahmezustand. Panzer besetzten die Straßen von Valencia

Das erste Wort hat sechs Buchstaben und die anderen beiden zwei. Um 6.22 Uhr genau drang der Putschist Tejero mit seinen 200 bis 300 Guardia-Civil-Angehörigen ins Parlament ein. Exemplare der Tourismus-Zeitung „Spic“ wurden bei einigen Uniformierten von Parlamentarierabgeordneten gestrichelt!

#### Weitere Einzelheiten

Nach einer Information von MC („Movimiento Comunista“) wurden in der Nacht vom 23. auf den 24. im Büro von „Fuerza Nueva“ Waffen ausgeleitet. Zahlreiche Zivilisten wurden in der Nähe des Parlamentsgebäudes mit Pistolen in der Hand gesehen, ohne daß sie von der Nationalen Polizei daran gehindert worden wären.

Aus zahlreichen Gesprächen mit spanischen Demokraten geht hervor, daß die Guardia Civil selbst in den kleinsten Orten zu einer Zeit, bevor der Überfall aufs Parlament stattfand, zusammengeholt wurde. Es gibt keinen Zweifel, daß auch solche vertrauenswürdige Personen wie ein Priester hier und dort Bescheid gewußt haben.

Am Nachmittag des 23. wurde Pina Lopez Gay, ehemalige Vorsitzende der Jungen Rolen Garde der PTE (heute nicht mehr organisiert), von Faschisten entführt. Pina befand sich in der Calle Goya in Madrid (sog. „nationale Zone“, wo die Faschisten die Kontrolle über den Stadtteil erklärt haben) und wurde plötzlich von vier jungen Männern in einen DKW-Transporter gezogen. Mit verbundenen Augen wurde sie

der vorwiegend die spanische Fahne getragen — die für fortschrittliche Menschen ein Symbol für den Frankismus ist. Nur eine einzige Parole wurde auf Vereinbarung sämtlicher Parteien und reformistischen Gewerkschaften zugelassen: „Für Freiheit, Demokratie und Verfassung“. In Granada verprügelten Ordner eine Gruppe von linken Demonstranten, die es gewagt hatten, ein eigenes Transparent mitzubringen, auf dem stand „Säuberung von faschistischen Militärs!“. Außerdem durften auf diesen Demonstrationen keine Parolen gerufen werden, es war ein Schweigemarsch — und die Millionen Spanier, die zu diesen Demonstrationen kamen, hielten sich an die Vereinbarungen, abgesehen von einigen „Linksradikalen“ natürlich. Die Demonstrationen waren zahlenmäßig sehr beeindruckend. In Madrid fand die größte Demo der Geschichte Madrids statt mit über einer Million Menschen.

Abgesehen von diesen Demonstrationen hat es in zahlreichen Betrieben in sämtlichen Regionen am Tag nach dem Putsch aus eigener Initiative der Kollegen Betriebsversammlungen gegeben sowie Streiks von unterschiedlicher Dauer. In Katalonien hatten die Comisiones Obreras (hier ist die kämpferischste Region dieser Gewerkschaft) zu einem zweitägigen Generalstreik aufgerufen, was aber von allen Seiten, speziell auch von PCE-Chef Carrillo, heftig kritisiert wurde.

Spanien-Kommission



Nachrichten aus und über El Salvador

Duarte kam nicht

Nach einigem Hin und Her verzichtete der Junta-Präsident Napoleon Duarte doch auf seinen Europa-Besuch. Die Informationsstelle El Salvador in München benutzte dies zu einer erneuten Aufforderung an die Bundesregierung, endlich die tatsächlichen Verhältnisse in El Salvador anzuerkennen. „Die USA bereiten zur Zeit mit Hochdruck eine militärische Intervention größten Ausmaßes in El Salvador vor, heißt es in der Erklärung weiter. In Bonn sei dies bekannt. Das Kriegsgerät, das seit Wochen über eine US-Luftbrücke aus der Panama-Kanalzone täglich in El Salvador eingeflogen werde, könne allein von der Quantität her von der relativ kleinen Armee in El Salvador gar nicht bedient werden. Der Aufmarsch von Flottenverbänden im Pazifik und in der Karibik durch die USA seien weitere Indizien für die Vorbereitungen zu einer Militärintervention. Was fehle, sei eine eindeutige diplomatisch-politische Absicherung bei den Verbündeten für diese Intervention. Die Koalitionsparteien in Bonn und die Bundesregierung wissen..., daß ein Einmarsch der USA in El Salvador in der BRD zu einer innenpolitischen Krise führen muß. Die Bonner Koalition würde in eine Zerstreiprobe kommen. Deshalb greife man in Bonn zu jeder Möglichkeit, um eine Verhandlungslösung in El Salvador herbeizuführen. Dieses Anliegen sei grundsätzlich zu begrüßen. Es sei aber zwecklos, dabei vom Wunschdenken auszugehen. Es nütze auch nichts, das Bild von einer Tripolarität in El Salvador weiter zu pflegen, nachdem sich ein scheinbar demokratischer Präsident in El Salvador gegen Radikale von rechts und links zu wehren habe. Selbst die USA

hätten dieses Propagandaschema, mit dem sie noch vor Monaten operierten, aufgegeben. Seit dem Mord an den Spitzenvertretern der revolutionären Demokratischen Front, die sich noch El Salvador begeben hatten, um mit Duarte zu verhandeln, Ende letzten Jahres und der Ermordung der vier amerikanischen Sozialarbeiterinnen, weiß die USA, daß Napoleon Duarte keinerlei Macht besitzt und nur Feigenblattfunktion habe. Er könne über nichts verhandeln. Die USA haben deshalb ein neues Gespenst an die Wand gemalt, die kommunistische Weltverschwörung, die sich z.Zt. in El Salvador konkretisiert. Obwohl in Bonn Dokumente vorliegen, u.a. eine Studie aus dem US-State-Department aus der Endphase der Carter-Ära, aus denen eindeutig hervorgeht, daß der Schlüssel für eine Lösung der Situation nur über die FDR gehen könne, habe man in Bonn das alte Dreierschema aus der politischen Motte gekostet. Stattdessen sollten die Bundesregierung und auch die Bonner Parteien versuchen, endlich das zu realisieren, wozu sie von einer Delegation der FDR vor wenigen Wochen gebeten worden sei, nämlich die Verhandlungen zwischen den USA und der FDR anzubahnen. Die FDR will, und das hat sie mehrfach betont, 'nicht mit Akrobaten, sondern mit der Zirkusdirektion sprechen'. Bonn solle es endlich aufgeben, von den Demokraten und Nicht-Demokraten in der FDR zu sprechen. Jeder Spaltungversuch der FDR sei zwecklos. Abschließend fordert die Informationsstelle El Salvador die Bundesregierung auf, den Kampf des Volkes von El Salvador für die Errichtung der demokratischen revolutionären Regierung nach Kräften zu unterstützen“ (aus „IDES“, 6.3.81)

**Erklärung von FDR-Präsident Ungo**  
Inzwischen liegt die Erklärung des Präsidenten der Oppositionsfront FDR, Manuel Ungo, im Wortlaut vor (im letzten AK konnten wir mit nach mündlichen Berichten zitieren): „Zeitungs-meldungen auf nichtoffizieller Basis besagen, es würde bald ein Treffen zwischen Ingenieur José Napoleon Duarte, Präsident der aus Militärs und Christdemokraten bestehenden Junta von El Salvador, und meiner Person als Präsident der FDR stattfinden. Ich möchte diese Meldungen kategorisch dementieren, da von meiner Seite kein Treffen mit Ing. Duarte vereinbart worden ist. Wir haben mehrmals von öffentlichen Erklärungen von Ingenieur Duarte und von Mitgliedern der Weltunion Christlicher Demokraten gehört, in denen das Interesse an einem Treffen zwischen ihm und mir ausgedrückt wurde. Die FDR hat Ing. Duarte und die wenigen verbleibenden christdemokratischen Führer gebeten, sich aus der Regierung zurückzuziehen und damit aufzuhören, Verantwortliche und Komparsen eines Völkermordregimes zu sein. Mir ist nicht bekannt, ob das augenblickliche Interesse von Ing. Duarte, sich mit mir zu treffen, auf der Absicht beruht, aus der Junta zurückzutreten, um sich damit von Repressionen und gegen das Volk gerichteten Maßnahmen loszusagen. Wenn das nicht der Fall ist, so hat die FDR genügend Gründe zum Mißtrauen gegenüber dem Interesse von Ing. Duarte an einem Treffen.“ weil die Junta und

Duarte schon viele Male zu einem Dialog aufgerufen haben, während ihre Repressionsorgane die Führung der FDR ermordeten, weil Duarte durch solche Einladungen lediglich Publicity und Legitimation seiner Regierung erreichen möchte und schließlich, weil Duarte selber über keinerlei Macht verfüge. „vielmehr erscheint er als das Sprachrohr der faschistischen Militärs, die die politische Macht in El Salvador kontrollieren“ (aus „IDES“, 26.2.81).  
**Extreme Rechte in El Salvador gibt nicht auf**  
Anfang März gab der berüchtigte Major d'Abusson, Repräsentant der rechtsradikalen Militärs und nach einem gescheiterten Putschversuch im Mai 1980 in den Ruhestand versetzt, eine Pressekonferenz. Dort forderte er, den augenblicklichen Präsidenten Duarte aus der Junta zu entfernen, da er den gemäßigten Flügel der Kommunisten in El Salvador vertritt. Kontakte zu einem Mitglied des nationalen Sicherheitsrates der USA hätten ihn davon überzeugt, daß die US-Regierung einer völligen Machtübernahme der Militärs in El Salvador zustimmen würde. Sprecher des Weißen Hauses und Außenminister Haug persönlich dementierten deutlich und betonten, daß sie an der Unterstützung der jetzigen Regierung festhalten wollten, daß sie aber nach wie vor die linke Opposition für die „unmittelbare Gefahr“ halten.  
Entsprechend fließt die El Salvador-„Hilfe“: Die Wirtschaftshilfe erreicht inzwischen 130 Mio Dollar, die

Militärhilfe wurde von 10,4 auf 35,4 Mio Dollar erhöht und besteht aus: vier Hubschraubern, Mörsern, Maschinengewehren, Handfeuerwaffen und Munition, Lastwagen und modernem elektronischen Überwachungsgerät („IDES“, 6.3.81).  
Nach einer Meldung der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa sollen sich 400 israelische Offiziere derzeit in El Salvador aufhalten und mit der Junta zusammenarbeiten („IDES“, 6.3.81)  
**Prozeß gegen Besetzer der Konrad-Adenauer-Stiftung**  
Der Prozeß gegen die Besetzer der Konrad-Adenauer-Stiftung, die von Redaktionsmitgliedern des IDES und des El Salvador-Komitees Berlin im Juni 1980 durchgeführt wurde, um die Zusammenarbeit zwischen der CDU und dem Mörderregime in El Salvador öffentlich zu machen, wurde nach dem 4. Verhandlungstag eingestellt gegen die Auflage, eine Geldbuße von 500 DM an die Gerichtskasse pro Angeklagten zu leisten. Der Forderung der Angeklagten, diese Summe an Medico International oder „amnesty international“ gehen zu lassen, wurde nicht stattgegeben. Die Anwaltskosten für die sechs Anwälte belaufen sich auf ca. 6.000 DM.  
Diese Summen können wir nicht alleine aufbringen. Bitte spendet einen Beitrag dazu auf das Konto: Postscheckkonto Nr. 373 356-109, PSchA Berlin-West, Johannes Euseberg, Stichwort: Prozeß (aus „IDES“, 6.3.81).

»Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung«  
Kommunique der Regierung von Nicaragua

Botschaft von Nicaragua, Bonn, 19. Februar 1981  
Die Botschaft von Nicaragua gibt folgendes Kommuniqué der Regierung von Nicaragua bekannt:  
„Die Regierung von Nicaragua

und Ungarn mit mir in meiner Eigenschaft als Generalsekretär der kommunistischen Partei El Salvadors vereinbart hätten, für die revolutionäre Bewegung in meinem Land Waffen zu schicken. Dazu möchte ich folgendes erklären.

»Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung«  
Kommunique der Regierung von Nicaragua

Botschaft von Nicaragua, Bonn 19. Februar 1981  
Die Botschaft von Nicaragua gibt folgendes Kommuniqué der Regierung von Nicaragua bekannt:  
„Die Regierung von Nicaragua sieht mit Sorge die Anschuldigungen, daß Nicaraguansches Territorium für ein angebliches Einschleusen von Waffen aus der UdSSR und anderen Ländern für die salvadorianischen Guerrillas benutzt wird. Diese Beschuldigungen werden in einem Augenblick erhoben, in dem der Strom von Waffen von Seiten der Regierung der Vereinigten Staaten für die Armee von El Salvador wächst und sich die Repression in dieser mittelamerikanischen Nation verschärft mit all seinen Folgeerscheinungen wie Morde, Gefangene und Gefolterte. Andererseits unterstützt die Regierung von Nicaragua die Erklärungen von politischen Führern El Salvadors, die ihr Interesse bekundeten, eine politische Lösung zu suchen, die, ohne Einmischung irgendwelcher Art, der salvadorianischen Nation dabei hilft, eine Antwort auf die schwere Krise zu geben, in der sie gegenwärtig lebt. Unter diesen Umständen bekräftigt die Regierung von Nicaragua ihr unveränderliches Festhalten am Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder.“

und Ungarn mit mir in meiner Eigenschaft als Generalsekretär der kommunistischen Partei El Salvadors vereinbart hätten, für die revolutionäre Bewegung in meinem Land Waffen zu schicken. Dazu möchte ich folgendes erklären.  
1. Ich weise diese Behauptungen, diese Abmachungen betreffend, kategorisch als falsch zurück. Ohne Zweifel dienen sie dazu, die ständig wachsenden Lieferungen von Waffen und Personal an die völkermordende Junta zu kaschieren und eine eventuelle militärische Intervention in Zentralamerika vorzubereiten.  
2. Seit 50 Jahren kämpft das salvadorianische Volk für demokratische Freiheiten und Rechte, und immer wieder wurden alle Fortschritte durch die Diktaturen und die sie unterstützenden USA durch Massaker und Unterdrückung zunichte gemacht. So wurde dem Volk von der Militärdiktatur und den Vereinigten Staaten der bewaffnete Kampf aufgezwungen. Niemand darf sich ehrlicherweise wundern, wenn das Volk sich nun mit Waffen die Selbstbestimmung erkämpfen will. Die Ursachen in Verschwörung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten zu suchen, ist absurd.  
3. Ich frage die Regierung der Vereinigten Staaten, welche moralische Legitimation sie hat, über das Recht der Selbstbestimmung des salvadorianischen Volkes zu bestimmen, sie, von jeder weiß, daß sie der größte Waffenlieferant an blutige Militärdiktaturen in Lateinamerika und allen anderen Kontinenten ist.  
4. Aus vielen Erfahrungen müßte die Regierung der Vereinigten Staaten wissen, daß die Revolution nicht aufhaltbar ist, daß sie eine historische Notwendigkeit ist. Auch nach der Revolution werden wir geographisch Nachbarn bleiben. Wir müssen also auch an unsere zukünftigen Beziehungen zueinander denken. Von unserer Seite aus wünschen wir uns freundschaftliche und konstruktive Beziehungen, die auf gegenseitigem Respekt basieren. Die Vereinigten Staaten vergiften heute diese Aussicht.  
5. Die Regierung der Vereinigten Staaten müßte erläutern, wie sie zu diesen 'Dokumenten' kommt, warum sie nicht in El Salvador, sondern nur im Ausland publiziert werden, und welche Funktion ihr Geheimdienst in El Salvador hat. Er agiert zugunsten der rabiaten Massakrierer und Unterdrücker des Volkswillens. Die „Nationale Sicherheit“ wird von außen verteidigt, comin, San Salvador, 9.2.81“

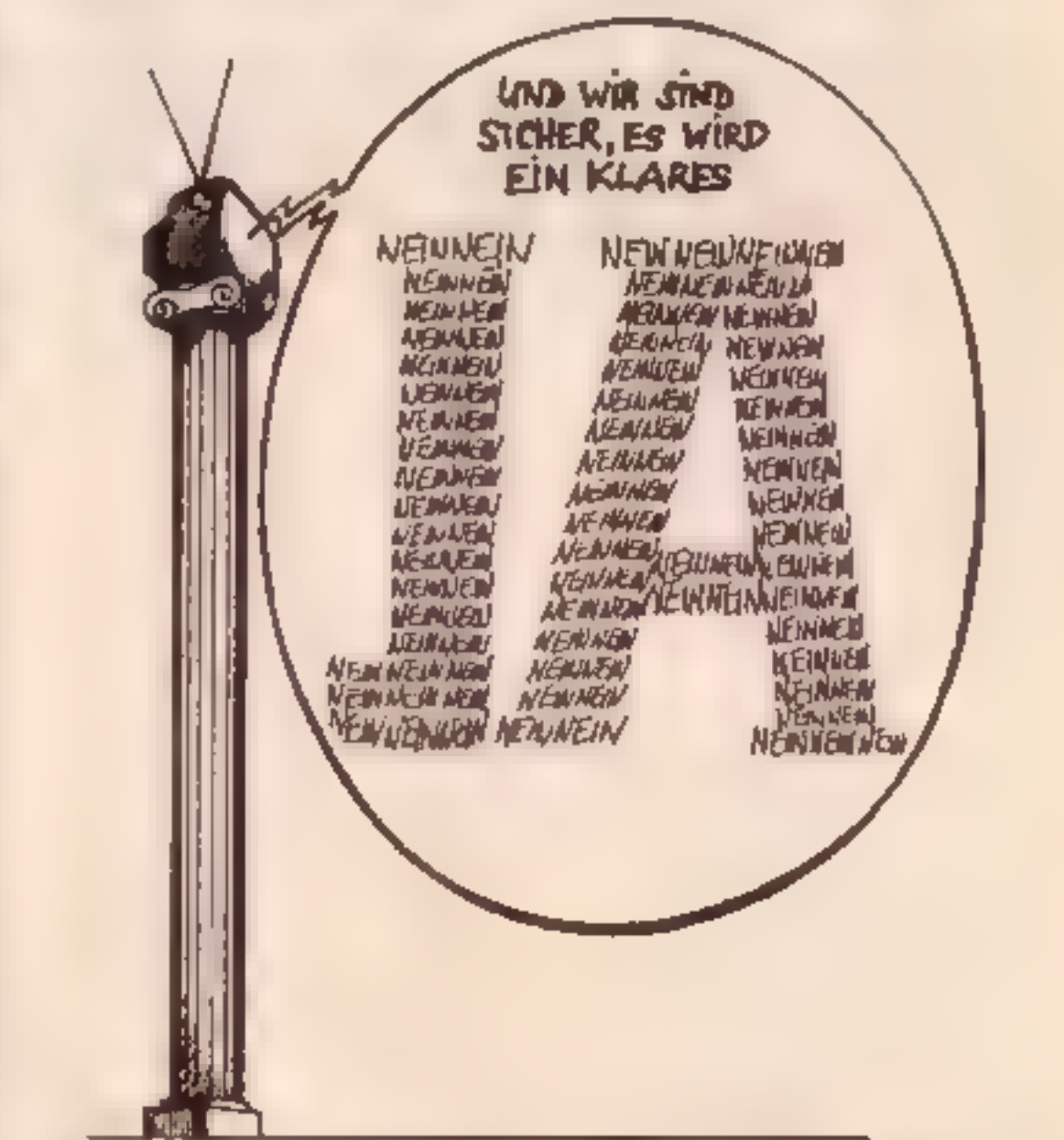
Der 24. März ist der Todestag des ehemaligen Erzbischofs von San Salvador, der während einer Messe ermordet wurde. Das El Salvador-Komitee ruft zu einem Schweigemarsch auf: Dienstag, 24.3.81 17.00 Uhr Legien-Platz  
Freitag, 3.4.81  
Großveranstaltung im Audi-Max  
- Mit dem neuen Film „Das Volk“ wird siegen, der von Revolu-

tionären aus El Salvador gedreht wurde. Bei den Berliner Film-Festspielen wurde der Film aus dem Programm gestrichen, weil er „zu schlecht“ sei und eine „propagandistische Aufmachung“ habe.  
- Mit Sprechern der Oppositionsfront FDR  
- Mit Musik (die Verhandlungen mit verschiedenen Gruppen laufen noch)  
...  
Am 14.3. fand in Hannover eine Demonstration zur Solidarität mit dem salvadorianischen Widerstand mit ca. 2000 Teilnehmern statt. Aufgerufen hatten über 30

Gruppen der Hannoverschen Linken  
Nach ziemlich ruhigen Beginn wurde die Demo zunehmend kämpferischer. Am Amerikahaus kam es zu Rangeleien mit den Bullen. Im Anschluß an die Kundgebung, auf der ein Vertreter der FDR sprach, eskalierten die Auseinandersetzungen. In deren Verlauf ging eine Schaufensterscheibe zu Bruch, was die Bullen zum Vorwand nahmen, eine Hetzjagd auf die Demonstranten zu veranstalten. Dabei kam es zu 14 Festnahmen.  
Am Abend fand ein großes Solidaritätsfest statt.

11. März 1981: Pinochet  
»verfassungsmäßiger Präsident«

Am 11. März trat die sogenannte neue chilenische Verfassung in Kraft. Pinochet zog als nunmehr legaler Präsident Chiles in die Moneda ein, den Präsidentenpalast, der beim Putsch 1973 zerstört wurde und wo Allende ermordet wurde.  
Am 11. September 1980 war nach nur vier Wochen Vorbereitungszeit über die Verfassung abgestimmt worden. Es herrschte der Ausnahmezustand, Preszensur, Parteienverbot, teilweise geheime Auszählung der Stimmenergebnisse, leere Stimmzettel wurden als Zustimmung gewertet. Dadurch konnte Pinochet sich sein Verfassungsprojekt mit angeblichen 67 % Ja-Stimmen (30 % Nein) absegnen lassen. Die Verfassung war von einer geheimen Kommission entworfen und dann vom Staatsrat und der Junta selber — immer in geheimen Beratungen — bearbeitet worden. Nicht einmal die chilenische Christdemokratie wurde über die Beratungen informiert, geschweige denn, daß sie Einfluß hätte nehmen können. Dafür halfen die CSU-eigene Hanns-Seidel-Stiftung und Strauß' Hofwissenschaftler, der Würzburger Professor Bossle, bei der Erarbeitung des Projekts. Ergebnis dieser Bemühungen ist die uneingeschränkte und jetzt eben verfassungsmäßige Herrschaft Pinochets bis zum Jahre 1997. Zwar ist die Verfassung am 11.3. in Kraft getreten, d.h. aber zunächst nur, daß eine Übergangszeit eingerichtet wird, die bis 1990 dauern soll. Erst dann können die ersten Präsidentenwahlen stattfinden. Die beiden vorgezeichneten Kammern werden auch dann nicht vollständig gewählt, sondern zu einem Drittel ernannt. Ebenso werden alle Spitzenpositionen im Staat, die Oberkommandierenden der Streitkräfte, das oberste Gericht, der Verfassungsgeschichtsbis hin zur Führung der Zentralbank durch Ernennung besetzt.



Gestützt auf die Verfassung kann Pinochet jetzt ohne Behinderung durch Gerichte politische Gegner verhaften, verbannen oder ausweisen. Das ist zwar nichts Neues in Chile, geschieht jetzt aber im Rahmen der neuen Rechtsmäßigkeit. Die Parteien bleiben verboten, eine vierköpfige Militärjunta ist der Gesetzgeber, deren Generäle kann Pinochet jederzeit absetzen. Dies ist die „christlich-westliche Zivilisation“, die „autoritäre Demokratie“,

die die gründliche Beseitigung des Marxismus und Kommunismus bewerkstelligen soll. Bei der neuen US-Regierung findet dieses Modell größte Anerkennung, Reagan hat nach der Aufhebung der Handelsbeschränkungen Chile nun auch erstmals wieder zur Beteiligung an Flottenmanövern eingeladen („Lateinamerikanachrichten“, September 1980; „SZ“, 11.3.81)  
Lateinamerika-Kommission

**KP-Chef Schafik Handal:**  
Die Nordamerikaner hauen Lügen auf  
Der Präsident der KP El Salvador spielt in der kommunistischen Verschwörungstheorie der US-Regierung eine wichtige Rolle. Laut „El Salvador-Weißbuch“ der US-Regierung ist er wesentlich an der Beschaffung von Waffen aus der UdSSR und anderen Ostblockstaaten beteiligt. Dies könne man anhand von Briefen, die in El Salvador bei Razzien gefunden wurden, beweisen (vgl. AK 196). Jorge Schafik Handal hat dazu folgende Erklärung abgegeben.  
„Es wird zur Zeit, unter Anspielung auf Dokumente, die von der salvadorianischen Guerilla beschlagnahmt worden sein sollen, breit veröffentlicht, daß die Regierungschefs der Länder Vietnam, Äthiopien, Sowjetunion, DDR, Bulgarien, Tschechoslowakei



# Pfaffen, Päpste, Demagogen

## — Zur Politik des Klerus in Polen —

Bei den Streiks in Polen im Sommer 1980 prägten klerikale Symbole, Lieder und Gebete das Bild, während bei den Streiks an der polnischen Ostseeküste 1970 noch rote Fahnen und der Gesang der Internationale die Szene bestimmten. Die massenhafte Enttäuschung und Wut der Arbeiterklasse über die Politik des PZP-Regimes schlug wesentlich zugunsten des katholischen Klerus zu Buche (über 90 % der Polen sind Katholiken). Um diese Entwicklung zu erklären, ist zunächst ein kurzer Rückblick auf die polnische Geschichte notwendig.

### Der Klerus und die polnische Nation

Etwa um das Jahr 1000 unserer Zeitrechnung herum begann sich der Katholizismus in Polen auszubreiten und spielte damals bei der Herausbildung der ersten Ansätze zu einem polnischen Staat eine entscheidende Rolle. Im Verlauf des Mittelalters verdrängte der Katholizismus den lange Zeit stark in Polen vertretenen griechisch-orthodoxen Glauben, zu dessen Zentren sich Moskau entwickelt hatte.

1772 raubten Rußland und Preußen durch innere Klassenkämpfe geschwächten Polen große Gebiete. 1791 gelang es progressiven bürgerlichen Kräften, in Polen eine für damalige Verhältnisse relativ fortschrittliche Verfassung durchzusetzen, die die Rechte des Adels einschränkte. Der Adel antwortete mit einem „Hilferuf“ an den russischen Zaren. Rußland marschierte in Polen ein und ließ es 1795 mit preußischer Hilfe gänzlich von der Landkarte verschwinden.

In der folgenden Zeit wurde die katholische Kirche die wichtigste und beständige Verteidigerin der polnischen Nation (zur Zeit der ersten polnischen Teilung 1772 gab es in Polen bereits 1000 katholische Klöster). Im 19. Jahrhundert wehrte sich das polnische Volk mehrmals mit bewaffneten Aufständen gegen die zaristischen Besatzer. In all diesen Aufständen spielte die katholische Kirche als Rückgrat der nationalen Befreiungsbewegung eine erhebliche Rolle. Nach der Niederschlagung des dritten Aufstandes 1863 betrieb das Zarenregime im besetzten Polen eine brutale Russifizierungspolitik. Der Gebrauch der polnischen Sprache in der Öffentlichkeit wurde verboten, 14.000 polnische Beamte wurden entlassen, die Universität Warschau wurde aufgelöst, 400 katholische Geistliche wurden verbannt, 104 Klöster wurden aufgelöst und sämtliche Prozessionen (religiöse Umzüge) verboten.

Über die Auswirkungen der zaristischen Politik in Polen vor dem 1. Weltkrieg schrieb W.I. Lenin 1907: „Die Bourgeoisie, die in Polen die nationale Unterdrückung aller Polen, die religiöse Unterdrückung aller Katholiken geschickt ausgenutzt — die Bourgeoisie zucht und findet eine gewisse Stütze in den Massen. Von der polnischen Bauernschaft braucht man gar nicht erst zu reden“ (1).

Die Richtung dieser Einschätzung zeigte sich in drastischer Weise nach dem 1. Weltkrieg. Nach Kriegsende, im November 1918, wurde Polen wieder ein eigenständiger Staat. Josef Pilsudski, ein reaktionärer Nationalist, übernahm die Macht.

### Antikommunismus als Leitlinie

Wenige Monate später, im April 1919, begann Pilsudski einen Überfall auf

Sowjetrußland. Finanziell und politisch großzügig unterstützt von den französischen Imperialisten, versuchte das Pilsudski-Regime, den alten Haß der polnischen Massen auf den Zarismus gegen die junge Sowjetmacht zu wecken. Vor allem unter der Bauernschaft hatte es damit Erfolg, aber auch die Sozialdemokraten unterstützten den Aggressionskrieg. Im Gegenangriff stieß die Rote Armee im Sommer 1920 bis kurz vor Warschau vor, wo sie eine Schlacht verlor und den Rückzug antreten mußte. Als „Wunder an der Weichsel“ wird dieses Ereignis bis heute von polnischen Nationalisten, mit dem Klerus an der Spitze, abgefeiert.

Im März 1921, kurz vor Abschluß des sowjetisch-polnischen Friedensvertrages, bezeichnete Lenin den raschen Vormarsch der Roten Armee auf Warschau als einen politischen Fehler (2), dessen Auswirkungen noch nicht einzuschätzen seien.

Beim Krieg gegen Sowjetrußland 1919-1921 mischte die katholische Kirche sehr engagiert mit. So bemühte sich der Italiener A. Ratti 1918 bis 1921 in seiner Eigenschaft als päpstlicher Gesandter um den Aufbau einer „antibolschewistischen Front“ in Polen. Wenige Jahre später wurde Ratti in Rom zum Papst (Pius XI.) gewählt.

Während Pilsudski in Polen ab 1926 ein Regime mit starken faschistischen Zügen errichtete, gestalteten sich die Beziehungen zum Vatikan weiterhin problemlos. 1933 empfahl der Vatikan dem polnischen Militärregime eine enge Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland und dem faschistischen Italien auf der gemeinsamen Basis des Antikommunismus (3). 1934 schlossen Deutschland und Polen einen Nichtangriffsvertrag. Dies hinderte Deutschland nicht daran, im September 1939 Polen zu überfallen. Die Nazi-Aggression brachte jahrelanges, unermessliches Leid über das polnische Volk. Sechs Millionen Polen (vor allem polnische Juden) wurden von den Nazis ermordet, das ganze Land verwüstet.

Der damalige Papst, Pius XII., Nachfolger des 1939 verstorbenen Pius XI., verurteilte den Überfall mit keinem Wort. Lautstarker Protest meldete der Vatikan allerdings an, als am 17. September 1939 sowjetische Truppen in die Westukraine und das westliche Weißrußland einmarschierten — in Gebiete also, die das Pilsudski-Regime Sowjetrußland 1921 geraubt hatte. Diese Gebiete waren größtenteils von Ukrainern und Weißrussen bewohnt, im wesentlichen waren dort nur die Großgrundbesitzer Polen.

Auch in der Zeit der Nazi-Besatzung war die polnische Kirche Stütze und Symbol des polnischen Unabhängigkeitsstrebens. Die Kirche war einer brutalen Verfolgung durch die Nazis ausgesetzt. 1939 bis 1945 kamen 3646 Priester in Konzentrationslager, 1283 wurden dort ermordet. 548 katholische Geistliche wurden erschossen. 18 Prozent des gesamten Klerus wurde von den Nazis umgebracht. Über 1000 polnische Kirchen wurden zerstört.

Die an der Sowjetunion orientierte polnische KP spielte erst ab 1942 eine Rolle im antifaschistischen Widerstandskampf. 1938 war die KP Polens von der Leitung der Kommunistischen Internationale, d. h. auf Betreiben der sowjetischen Führung, aufgelöst worden. „... auf Grund später als falsch erkannter Anschuldigungen“ (4), wie es in einem DDR-Geschichtsbuch heißt. Eine Reihe leitender Genossen der KP Polens wurden in der UdSSR ermordet.

Im Gefolge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages von 1939 („Hitler-Stalin-Pakt“) wurde am 28.9.1939 von der deutschen und der sowjetischen Regierung ein Abkommen unterzeichnet, in dem es über die von beiden Staaten besetzten polnischen Gebiete hieß: „Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf Gebiete des anderen Teils zurückwirkt. Sie werden alle Anstöße zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten“ (5).

In der Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ schrieb der damalige Sowjetaußenminister Molotow: „Von einer Wiederherstellung des alten Polen kann, wie jedermann begreift, überhaupt keine Rede sein... Die UdSSR wolle, daß „von diesem mißgestalteten Geschöpf des Versailler Vertrages, das von der Unterjochung der nichtpolnischen Nationalitäten lebte, nichts übrigbleibt“ (6 — Hervorheb. von uns — AK).

Derartige Äußerungen, die Zerschlagung der KP Polens und die erwähnte Abmachung mit den Nazis sind Ausdruck eines großrussischen Chauvinismus, der sich in der sowjetischen Politik unter sozialistischer Tünche wieder breitgemacht hatte. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die Empörung der polnischen Volksmassen und nicht auch vieler Kommunisten angesichts dieser Politik vorzustellen. Das sowjetische Vorgehen war zudem Wasser auf die Mühlen polnischer Antikommunisten und



Chauvinisten, die von der Zerschlagung Sowjetrußlands träumten.

Im Januar 1942, ein halbes Jahr nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR, erblickte eine polnische KP von sowjetischen Gnaden, die Polnische Arbeiterpartei (PPR), das Licht der Welt. Die PPR stellte in der UdSSR polnische Armeeeinheiten auf und trat für ein breites antifaschistisches

### Störfaktor beim Aufbau der Volksrepublik

Die neue polnische Regierung, eine Koalition aus Stalinisten und bürgerlichen Demokraten, führte im November 1944 eine Bodenreform zur Enteignung des Großgrundbesitzes

Fortsetzung nächste Seite

## Der Vatikan — ein Hort des Antikommunismus und der Reaktion

Am 19. März 1937 verfaßte der damalige Papst Pius XI. ein Rundschreiben an alle katholischen Bischöfe der Welt mit dem Titel „Über den atheistischen Kommunismus“. Drei Jahre zuvor hatte derselbe Papst ein „Konkordat“ (Freundschaftsvertrag) mit dem faschistischen Deutschland und anderen faschistischen Regimes abgeschlossen. Auf eine Anfrage des Internationalen Bundes der Konfessionslosen, ob das Rundschreiben vom 19.3.37 noch heute gültig ist, antwortete das bischöfliche Ordinariat Berlin im Auftrage des Vatikans am 17.9.1980: „daß die Enzyklika von Papst Pius XI. über den atheistischen Kommunismus auch heute noch in dem Sinne gilt, den ihr Autor ihr damals gegeben hat und in dem sie von den damaligen Lesern verstanden werden konnte“.

Das Rundschreiben, aus dem wir im folgenden ausführlich zitieren, gibt einen aufschlußreichen Einblick in den politischen Hintergrund des Auftretens des katholischen Reisekaders Karol Wojtyla.

### RGW-Kommision

„Ganze Völker sind in Gefahr, in eine noch grauenvollere Unkultur zurückzufallen, als wir sie noch über dem größeren Teil des Erdenkreises lag, als der Erdbär erschien. Wir sprechen, wie ihr, ehrwürdige Brüder, schon erraten habt, vom bolschewistischen und atheistischen Kommunismus, der die Welt so furchtbar bedroht, und darauf ausgeht, die soziale Ordnung umzustürzen und die Fundamente der christlichen Kultur zu untergraben. Angesichts einer solchen Bedrohung konnte und kann die katholische Kirche nicht schweigen... Wer insbesondere den Kommunismus betrifft, so hat schon im Jahre 1846 Unser ehrwürdiger Vorgänger Pius IX. teiligen Angedenkens dessen feierliche Verurteilung ausgesprochen... Späterhin hat ein anderer Unserer Vorgänger, Leo XIII., unsterblichen Angedenkens in seinem Rundschreiben „Quod Apostolici muneris“ (1878 — Ann. AK) jenen Kommunismus bezeichnet als „verheerende Seuche, die das Mark der menschlichen Gesellschaft entritt und sie völlig zerstört“.

Der heutige Kommunismus birgt in einem höheren Maße, als es bei anderen, ähnlichen Bewegungen der Vergangenheit der Fall war, eine falsche Erlösungsidee in sich... Das weitere beraubt der Kommunismus den Menschen seiner Freiheit, der geistigen Grundlage seiner moralischen Lebensführung; der Persönlichkeit des Menschen nimmt er jede Würde und jeden moralischen Halt im Aufruhr blinder Instinkte...

Insbesondere gibt es für den Kommunismus keinerlei Bindung der Frau an

Familie und Heim. Er proklamiert das Prinzip der Emanzipation der Frau, entwirft sie dem häuslichen Leben und der Sorge für ihre Kinder, zieht sie vielmehr in die Öffentlichkeit und in die kollektive Produktion im gleichen Maße wie den Mann und wälzt die Sorge für das Hauswesen und das Kind auf die Gesellschaft ab...“

Wenn man aber die Gottesidee selber aus den Herzen der Menschen reißt, denn werden sie notwendig von ihren Leidenschaften zur grausamsten Barbarei getrieben... Die Enttötung und die Verklärung des Menschen, die Leugnung des letztlich überweltlichen Ursprungs des Staates und der Staatsgewalt, der erschreckende Mißbrauch der öffentlichen Gewalt im Dienste des kollektivistischen Terrorismus sind das Gegenteil von dem, was der natürlichen Sittlichkeit und dem Willen des Schöpfers entspricht... Es gäbe keinen Sozialismus und keinen Kommunismus, wenn die Lenker der Völker die Lehren und die mütterlichen Mahnungen der Kirche nicht vernachlässigten...“

„Selig sind die Armen im Geiste“, das waren die ersten Worte unseres göttlichen Meisters in seiner Bergpredigt... Alle Christen, ob reich, ob arm, müssen immer ihren Blick auf den Himmel gerichtet halten... Man wird jedoch nicht sagen können, der sozialen Gerechtigkeit sei Genüge getan, wenn dem Arbeiter nicht der eigene Unterhalt und der seiner Familie gesichert ist durch einen Lohn, der diesem Zweck entspricht... wenn man es ihm nicht leicht macht, ein bescheidenes Vermögen zu erwerben...“

Aber auch die Arbeiter mögen der Pflichten der Liebe und der Gerechtigkeit gegenüber ihren Arbeitgebern eingedenk bleiben und überzeugt sein, daß sie damit auch ihre eigenen Interessen besser schützen...“

Der Kommunismus ist in seinem innersten Kern schlecht, und es darf sich auf keinem Gebiet mit ihm zum Zusammenstoß einlassen, wer immer die christliche Kultur retten will... Mit besonderem Nachdruck rufen wir den Priestern die so oft wiederholte Mahnung Unseres Vorgängers Leo XIII. ins Gedächtnis zurück, zum Arbeiter zu gehen...“

Die Armen sind ja den Nechthaltungen der Aufwiegler besonders ausgesetzt, die ihre Notlage ausnützen um den Neid gegen die Reichen bei ihnen zu erregen und sie dahin zu bringen, daß sie sich mit Gewalt nehmen, was ihnen das Glück ungerechterweise versagt zu haben scheint. Wenn der Priester nicht zu den Arbeitern und zu den Armen geht, um sie vor Urteilen und falschen Theorien zu bewahren, so werden sie leicht eine Beute der Sendlinge des Kommunismus...“

(Dokumentiert in „Materialien und Informationen zur Zeit“, Nr. 4/1980)



### „Maschinengewehr Gottes“ wird Ehrendoktor in Polen

Das „Maschinengewehr Gottes“, US-Prediger Billy Graham, erhält am 6. Januar die Ehrendoktorwürde der theologischen Akademie von Warschau.

Da schmunzelt Ronald Reagan... (aus der Hamburger „Morgenpost“)



Fortsetzung von der vorherigen Seite

durch und schloß im April 1945 einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der UdSSR. Im September 1945 kündigte die polnische Regierung das 1925 mit dem Vatikan abgeschlossene „Konkordat“, erklärte aber gleichzeitig, „daß sie die Tätigkeit der katholischen Kirche so wie bisher nicht behindern wird, und sie versichert der katholischen Kirche weiterhin volle Freiheit ihrer Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Gesetze“ (7).

Der polnische Klerus blieb freilich auch nach 1945 stramm antikommunistisch ausgerichtet. In einem „Hirtenbrief“ erklärte die polnische Bischofskonferenz (Episkopat) am 24. März 1946: „Polen darf nicht kommunistisch werden, sondern einzig und allein christlich und katholisch“ (8). (Drei Wochen zuvor waren in Polen Industrie, Banken, Verkehr- und Nachrichtenwesen verstaatlicht worden.)

Im Oktober 1948 wurde der Reaktionsführer Stefan Wyszyński vom Vatikan zum Kardinal von Polen und damit zum Chef des polnischen Klerus befördert. Dieses Amt hat Wyszyński bis heute inne.

Zwar wurde in Polen in den vierziger und fünfziger Jahren nicht der Sozialismus aufgebaut, sondern ein „realsozialistisches“ System stalinistischer Prägung, doch ändert dies nichts am reaktionären, antikommunistischen und proimperialistischen Wesen des klerikalen Widerstandes gegen den Aufbau der Volksrepublik Polen. Die politisch-ideologische Grundhaltung des polnischen Klerus brachte Kardinal Wyszyński 1946 in einem Buch über den „Geist der menschlichen Arbeit“ zum Ausdruck. Darin fordert er u.a. das „Recht auf Privateigentum“, verbunden mit „sozialer Verpflichtung“. In dieser Schrift heißt es u.a.: „Der Schöpfer will die Bevölkerung und Überbevölkerung der Welt ... Und was? Oh, wir sind unerträglich! Denn wir möchten so viele Gotteskinder wie nur möglich sehen ...“ (9).

Nach dieser Devise setzen die polnischen Pfaffen bis heute Frauen, die von ihrem Recht auf Abtreibung Gebrauch machen wollen, einem massiven psychologischen Terror aus. Im April 1950 unterzeichneten der polnische Klerus (Episkopat) und die Regierung ein Abkommen, das den Fortbestand des Religionsunterrichts an den Schulen und die Existenz einer katholischen Presse garantierte. Als Gegenleistung bekannte sich der Klerus zur „Achtung der Gesetze und der Staatsgewalt“ der VR Polen. Das Abkommen von 1950 war für den Klerus nur ein taktischer Schritt; die antikommunistische Grundorientierung behielt er in vollem Umfang bei.

„Tygodnik Powszechny“, bis heute die wichtigste katholische Zeitung in Polen, schrieb im Dezember 1950: „Marxisten oder Sozialisten sind wir nicht. Wir sehen im Sozialismus viele positive Seiten. Dennoch ist das sozialistische Ideal nicht unser Ideal. Deshalb können und dürfen wir keine Verantwortung für die Verwirklichung dieses Ideals übernehmen...“ (10).

Anfang der fünfziger Jahre spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen dem Klerus und dem Regime unter Staatschef Bolesław Bierut zu. Im Februar 1953 erzwang der Staat seine Mitwirkung bei der Besetzung kirchlicher Ämter. Am 25. September 1953 wurde Kardinal Wyszyński in seinem Warschauer Palast wegen „staatsfeindlicher Betätigung“ unter Hausarrest gestellt. Er kam allerdings nie in Haft und konnte sich stattdessen in Klöstern seiner Wahl aufhalten.

Insgesamt wurden 1953 acht Bischöfe und 900 Priester unter Arrest gestellt. Im Januar 1955 wurde der Religionsunterricht an den staatlichen Schulen abgeschafft. Dieser Politik lag die These von Staatschef Bierut zugrunde, der Klerus in Polen sei eine „Vorhut des amerikanischen Imperialismus“. Im Juni 1956 kam es in Poznań zu einem Aufstand, nachdem Forderungen streikender Arbeiter von der Bürokratie zurückgewiesen worden waren. Es kam zu Massendemonstrationen, bei denen sowohl religiöse als auch sozialistische Lieder das Bild bestimmten. Der Aufstand wurde von Armee und Miliz blutig niedergeschlagen; es gab über 50 Tote sowie hunderte von Verwundeten und Festgenommenen.

Auch wenn konterrevolutionäre Kräfte, wie Anhänger Wyszyńskis, an dem Aufstand beteiligt waren, so war der Versuch der damaligen Parteiführung, den Aufstand als Machenschaften imperialistischer Agenten darzustellen, angesichts der Realität zum Scheitern verurteilt. Der Poznańer Aufstand leitete die „Entstalinisierung“ in Polen ein. Ende Oktober 1956 wurde Władysław Gomułka, der



Solidarnosc-Chief Wales und Kardinal Wyszyński (2. von rechts)

schon in den 40er Jahren zeitweise an der Spitze Polens gestanden hatte, neuer Parteichef.

### „Beziehungen auf neuer Grundlage“?

Kardinal Wyszyński zog eine Woche nach Gomułkas Amtsantritt wieder in Warschau ein, andere Pfaffen wurden ebenfalls aus dem Arrest entlassen. Die unter Bierut zwangsweise eingestellten klerikalen Presseorgane durften wieder erscheinen und der Religionsunterricht wurde wieder eingeführt. Im Dezember 1956 verfaßten Vertreter von Regierung und Klerus ein Kommuniqué, das zwischen Kirche und Staat „Beziehungen auf neuer Grundlage“ proklamierte. Die Regierung erklärte, sie wolle „die Hindernisse aus dem Weg räumen, die in der Vergangenheit bei der Realisierung des Grundgesetzes der völligen Freiheit des religiösen Lebens“ (11) im Wege gestanden hätten.

Dem Klerus ging es allerdings weniger um die Freiheit der Religionsausübung, die im Sozialismus zu respektieren ist, sondern um die Möglichkeit, ihren reaktionären Schrott möglichst wirksam unter die Leute zu bringen.

1958 zog die katholische Gruppe „Znak“ mit acht Abgeordneten in das polnische Parlament, den Sejm, ein. Der Chef dieser Gruppe, ein Duzfreund Kardinal Wyszyńskis, wurde Mitglied des 15-köpfigen Staatsrates, d. h. der Regierung.

Der polnische Klerus, mit dem berufsmäßigen Demagogen Wyszyński an der Spitze, hatte weiterhin kräftig auf die antikommunistische Pauke. Am 2. Juni 1958 erklärte Wyszyński in einer Predigt in Warschau: „Die Kirche ist gegen jede Form von Verstaatlichung von Eigentum in breitem Umfang. Dies ist ein Mißbrauch und ein Unrecht ... Ich sehe keine humanistischen Elemente im Sozialismus ... Das Staatsgesetz muß bestätigen, was die christliche Moral vorschreibt“ (12).

Appelle der Parteiführung, der Klerus solle sich auf Glaubensfragen beschränken, verhallten wirkungslos. In den Jahren 1959/60 spitzten sich die Auseinandersetzungen erneut zu. Gegen die staatliche Aufklärung über den Schwangerschaftsabbruch setzte der Klerus eine Kampagne nach hiesigen bekannten Stilen zum „Schutz des keimenden Lebens“. Im Gegenzug versuchte der Staat den Religionsunterricht an den Schulen einzuschränken, gab dies aber angesichts massiver klerikaler Proteste auf.

Daß die Führer des Klerus selbst vor faschistischer Hetze nicht zurückschrecken, wenn es um die Verteidigung und den Ausbau ihrer Privilegien geht, bewies Wyszyński in einer Predigt am 15. April 1962: „Aber Atheismus ist eine Sünde, und unter unseren Bedingungen eine der größten ... Atheismus ist Krebs der Seele. Wer nicht glaubt, wird verdammte“ (13).

Als die polnische Partei- und Staatsbürokratie dem Auftreten des Klerus in den sechziger Jahren kaum noch Widerstand entgegensetzte, zeigte sich der Klerus in gewissem Maße erkenntlich. So hielt sich der Klerus nach der blutigen Niederschlagung der Streiks an der Ostseeküste 1970 merklich zurück und verhielt sich gegenüber dem neuen Parteichef Edward Gierek zunächst abwartend. Die damalige Haltung des Klerus zeigt deutlich, daß er ein taktisches Verhältnis zur Arbeiterbewegung in Polen hat.

Am 3. März 1971 sprach die polnische Regierung Kardinal Wyszyński durch den damaligen Ministerpräsidenten Józef Piłsudski ihre Anerken-

nung für seine „patriotische Haltung“ aus und entschuldigte sich für die „verfehlte“ Kirchenpolitik des gerade abgesetzten alten Parteichefs Gomułka. Gierek gab in den folgenden Jahren ohne irgendwelche Vorverhandlungen „Kircheneigentum“ zurück.

### Offensive des Klerus — Ohnmacht der Bürokratie

Getreu der alten Wyszyński-Parole „Wir sind unerträglich“ ließ sich der Klerus von der Bürokratie auch durch erhebliche Zugeständnisse in der Gierek-Ära nicht besänftigen. Im Mai 1974 beschuldigte Erzbischof Wołyła (mittlerweile Reliquienpapst), die Staatsorgane, die Jugend systematisch atheistisch zu erziehen und ihren Eltern zu entfremden. Im Jahre 1978 begann der polnische Klerus eine umfassende Offensive, die bis heute anhält und mit der er beachtliche Erfolge erzielte.

Am 6. Januar 1978 lobte Kardinal Wyszyński „die durch die Behörden aufgegriffenen Initiativen (des Klerus) — Anm. AK) zum Wohl der Familie, zum Schutz der jungen Ehen und für eine geburtsfreundliche Politik, die eine höhere Geburtenzahl junger Polen begünstigt. Dazu gehören auch die Bemühungen zur Anhebung des moralischen Niveaus der Jugend“ (14). (Mit letzterem spielt Kardinal W. an auf die staatliche Propaganda gegen „Alkoholismus“, „Bummelantentum“, „sexuelle Ausschweifungen“ und ähnliche Verderbtheiten.)

In derselben Predigt forderte der polnische Pfaffenchef verbesserte Möglichkeiten des Klerus, sich in Massenmedien zu produzieren. Mirosław Rakowski, Chefredakteur der Partei-Wochenzeitung „Polityka“ und seit Februar 1981 stellvertretender Ministerpräsident unter General Jaruzelski, fand nach dieser Predigt außerordentlich lobende Worte für

den Klerus im allgemeinen und Wyszyński im besonderen. — Nach dem Motto: „Der Kuckuck lobt den Hahn, dieweil der Hahn den Kuckuck lobt“ (Lenin). — Auch Politiker „aus dem marxistischen Lager“, so Rakowski, würden „in den Ausführungen des Kardinals viele interessante Ideen finden“, die sie teilweise akzeptieren könnten (15). Rakowski hob die „positiven Veränderungen“ hervor, „die in der gesellschaftspolitischen Doktrin der römisch-katholischen Kirche bereits eingetreten“ seien. Zu diesen Veränderungen zählte der PVAP-Ideologe Rakowski „vor allem das Bestreben, die Entscheidungsprozesse zu fördern und solide Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen“ (15).

Wie die Haltung des Klerus in dieser Frage praktisch aussieht, erläuterte der stellvertretende Chef des staatlichen Kirchenamtes in Warschau unlangst vor Parteifunktionären. So war der polnische Klerus nicht einmal bereit, eine Stellungnahme gegen die NATO-Hochrüstung abzugeben (16).

Zur Frage von Abtreibungen und Ehescheidungen meint Rakowski: „Niemand erschwert es den Geistlichen auch, den religiös gebundenen Menschen den Gebrauch solcher, von unserer Rechtsprechung geschaffener Möglichkeiten zu verbieten, weil sie der katholischen Moraldoktrin widersprechen“ (17). „Die sozialistische Ideologie“, meint der von westlichen Medien als „Reformkommunist“ gepriesene Rakowski, „ist längst von einem primitiven Atheismus abgegangen, der sein Ziel im Kampf gegen den Herrgott sah“ (18).

Hierin drückt sich die Tatsache aus, daß die PVAP schon lange auf einen Kampf mit dem Klerus verzichtet hat zugunsten eines Arrangements, d. h. sie hat versucht, den Kampf mit der Kirche durch Zugeständnisse zu

vermeiden. Dahinter steht der Versuch, den Einfluß der Kirche zur Stabilisierung des Systems zu nutzen.

Es kommt aber noch dicker. Rakowski schreibt: „In Polen ist es niemandem gestattet, Glaubensbekenntnisse und religiöse Institutionen zu verspotten, kein Mensch tut das. Es gibt auch keine Zeitschriften, die 'Gottesfeinde' um sich scharen...“ (19).

Dem Klerus ist dies alles noch längst nicht genug. Im Mai 1978 vertrat Wyszyński in einer Predigt die Auffassung, der Klerus trage nicht nur Verantwortung für die Kirche und das Vaterland, sondern auch für sämtliche Probleme des polnischen Alltagslebens. Am 17. September 1978 forderten die polnischen Bischöfe in einem „Hirtenbrief“ das Recht der Kirche auf eigene Sendezeiten in Fernsehen und Rundfunk und auf eigene Presseorgane mit hoher Auflage.

Am 16. Oktober 1978 wurde der Krakauer Erzbischof und Wyszyński-Zögling Karol Wołyła unter tätiger Mithilfe der NATO-Kardinäle Höfner, Ratzinger & Co. in Rom zum 1. Vorsitzenden des Vatikan gewählt. Die Wahl von Karol Wołyła zum Papst gab dem reaktionären Klerus in Polen verstärkten Auftrieb.

Am 10. November 1978 wurde in einer Warschauer Kirche eine Gedenktafel für den Militärdiktator und Aggressor gegen Sowjetrußland, Josef Pilsudski, geweiht. In einem parallel dazu veröffentlichten „Hirtenbrief“, der auch die Unterschrift Wołyłas trägt, forderte der Klerus die „Rückgabe“ der 1921 Sowjetrußland geraubten Gebiete, die seit 1939 wieder zur UdSSR gehören. Kirchenrechtlich sind diese Gebiete immer noch dem polnischen Episkopat unterstellt.

In demselben Hirtenbrief heißt es u.a.: „Man muß solche Bedingungen in unserem Vaterland schaffen, daß die Nation sich voll als Herr im eigenen Vaterland fühlt“ (20). Was für Bedingungen das konkret sein sollen, deutete Wyszyński in einer Predigt am 21. Januar 1980 an. Es müsse „Schluß gemacht werden mit den Überresten von Programmen, die von 'Gottesfeindern' verkündet werden. Aber leider kommen sie immer noch zu Worte auch in unserem Vaterland“ (21).

Auf seine historisch gewachsene Stärke und die Erfahrung bauend, daß ein allzu schnelles politisches Driften nach Westen von der Sowjetunion rigoros verhindert wird (Ungarn 1956, CSSR 1968), ist der Klerus in seiner Taktik sehr flexibel. Im Juni 1979 besuchte Karol Wołyła als Johannes Paul II. als erster Papst ein Land des „ralen Sozialismus“, Polen. Viele Millionen Polen waren auf den Beinen, um Wołyła zuzubehören. Der Besuch geriet zur größten Heerschau des Klerus seit der Gründung der Volksrepublik.

Der Partei-Ideologe M. Rakowski schloß sich auf seine Weise dem Reigen der Wołyła-Fans an: Der Papst-Besuch sei „ein historisches Ereignis für das ganze Volk“ und werde „zweifelloso die weitere Entwicklung

für das ganze Volk“ und werde „zweifelloso die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und den sozialistischen Staaten beeinflussen“ (22). Die Äußerung Wołyłas anläßlich seines Besuchs in Polen, man müsse den „Mut aufbringen, um in eine Richtung zu gehen, in die bisher niemand gegangen ist“, wurde nach Rakowski „sowohl von den Staatsorganen als auch von der ganzen Bevölkerung sehr positiv aufgenommen“ (22). Angesichts der Realität kann man solche Versuche, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, nur noch als Zeugnisse unfreiwilligen Galgenhumors bezeichnen.

Der Klerus weiß, daß er eine so starke gesellschaftliche und politische Kraft in Polen ist, daß die Partei- und Staatsbürokratie sich mit ihm, zumal angesichts der möglichen Gefahr eines sowjetischen Einmarsches, arrangieren muß.

Er nutzt diese Situation aus, um seine Stellung gegenüber der Partei noch mehr zu stärken. Der Klerus kann es sich (unter Hinweis auf die Gefahr einer Intervention) sogar leisten, die Werktätigen zum „Mäßhalten“ aufzufordern, ohne dadurch seinen Kredit in der Arbeiterklasse zu verpielen. So erklärte eine gemeinsame Kommission aus Vertretern des Klerus und der Regierung im Dezember 1980, es müsse vermieden werden, „Schritte zu unternehmen, die die Spannung verstärken“, es sei vielmehr „die Einheit aller Polen notwendig, ungeachtet ihrer weltanschaulichen oder politischen Unterschiede, um die Existenz des souveränen Staates zu gewährleisten und um aus der Krise herauszukommen“ (23). Als gemeinsamer Nenner von Klerus und Bürokratie kann dabei ein Nationalismus dienen, der auch den Parteiführern nicht ganz fremd ist. So schreibt Ryszard Wojna, Redakteur des Parteiorgans „Trybuna

Ludu“: „Das oberste Gebot eines Staates ist es, die Sicherheit der Nation und die Voraussetzungen für deren friedliche Entwicklung zu gewährleisten“ (24).

### Der Klerus und die Solidarnosc

Die klerikalen Symbole und Lieder sowie die Gottesdienste auf dem Gelände der bestreikten Lenin-Werft in Gdansk zeigten die Verankerung des Klerus und der katholischen Religion in der polnischen Arbeiterklasse.

Es wäre verfehlt, aus der Tatsache, daß nicht mehr wie 1970 rote Fahnen und der Gesang der internationalen Hymnen pauschal ein Abgleiten der Arbeiter in reaktionäre Ideologie und Chauvinismus zu schlußfolgern. Es zeigt sich darin vielmehr in erster Linie ein tiefgehender Vertrauensschwund gegenüber der Staatspartei PVAP, auf deren Veränderung 1970 noch viele Arbeiter gehofft hatten. Diese Enttäuschung konnte in Polen von keiner anderen Kraft aufgefangen werden als von der Kirche, als der größten nicht vom Regime abhängigen oder korruptierten gesellschaftlichen Kraft. Die zunehmenden Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bürokratie erkennend, unterstützte der Klerus schon 1976 Bemühungen, die Strafen für inhaftierte Streikende der damaligen Sommerstreiks zu senken.

Aufgrund ihrer Geschichte bot sich die Kirche zudem als Kämpferin für die Unabhängigkeit Polens an. In Ländern, in denen die Idee des proletarischen Internationalismus zur Bemäntelung der Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der Völker mißbraucht wird, hat der Gesang der Nationalhymne bei Arbeiterstreiks zunächst einmal in erster Linie die Bedeutung, zu demonstrieren, daß man bereit ist, für die nationale Unabhängigkeit zu kämpfen. Das oft gezeigte Bild der „Heiligen Madonna von Tischenstochau“ ist ebenso ein Symbol der polnischen Unabhängigkeit.

Die politischen Forderungen der Streikenden waren 1980 insgesamt nicht weniger radikal als 1970.

Eine Ausnahme bildete allerdings die Forderung nach Zugang des Klerus zu den Massenmedien und Übertragung eines Gottesdienstes (Messe) an jedem Sonntag im Rundfunk. Diese Forderung ist objektiv reaktionär, da sie die Verbreitung der rechten Propaganda des Klerus begünstigt und Ausdruck einer gewissen politischen Schwäche der polnischen Arbeiterbewegung ist.

Am 26. August hielt der Oberpfaffe und Erzkardinal Wyszyński eine Predigt, in der er die Streikenden in unmißverständlicher Weise zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrief und erklärte, die an sich berechtigten Forderungen der Arbeiter müßten „in Etappen“ durchgesetzt werden. Nachdem dieser Appell nichts fruchtete, verabschiedete der polnische Episkopat am darauffolgenden Tag eine Erklärung, in der er die streikenden Arbeiter für ihr diszipliniertes Verhalten lobte und die Forderung nach einer unabhängigen Gewerkschaft unterstützte. Dabei versäumte es der Klerus freilich nicht, seine eigenen sattnam bekannten Parolen (vom „Recht auf Gott“ bis zum „Recht auf privaten Besitz und private Verfügung über Grund und Boden“ in der Landwirtschaft) der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Der Einfluß klerikaler Kreise auf die neue unabhängige Gewerkschaft Solidarnosc war von Anfang an stark. 5 der 10 Berater des überbetrieblichen Streikkomitees auf der Lenin-Werft in Gdansk waren Mitglieder des „Klubs Intellektueller Katholiken“ (KIK) (25).

Diese (legale) Gruppe gibt die Zeitschrift „Wież“ heraus, in der unter Pseudonym schon während der Gierek-Ära Adam Michnik und Jacek Kuron vom oppositionellen „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung“ (KOR) schreiben konnten.

Die oppositionelle Tendenz des KIK zeigte sich auch darin, daß es den Vizepremier Jerzy Oszowski von seinem Ehrenvorsitz im KIK entfernte.

Das KOR wiederum, das durch Berater und Vorstandsposten ebenfalls über einen starken Einfluß auf die Solidarnosc verfügt, tritt für ein enges Bündnis der Oppositionellen mit dem Klerus ein.

Nach Auseinandersetzungen mit der Bürokratie ist der Solidarnosc im Februar die Herausgabe einer eigenen Zeitung mit 500.000 Auflage genehmigt worden. Chefredakteur wird Tadeusz Mazowiecki, bislang Chefredakteur der KIK-Zeitung „Wież“ ...

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von der vorherigen Seite

Die engen Beziehungen zwischen Klerus und Lech Walesa zeigten sich, als Walesa mehrmals vor Gesprächen mit Regierungsvertretern bei Wyszynski vorsprach. Am 5. Januar brachte Walesa zu einem solchen Vorbereitungsgespräch auf Verhandlungen auch seinen Berater Jacek Kuron vom KOR mit. Das Gdansk Abkommen unterzeichnete Walesa übrigens mit einem überdimensionalen Kugelschreiber, der ein Bild Karol Wojtylas trug. Sein im wahren Sinne unterwürfiges Verhältnis zu diesem Herrn demonstrierte Walesa dann in peinlicher Weise bei seinem Besuch in Rom im Januar 1981.

Es ist unseres Erachtens nicht richtig, davon zu sprechen, wie wir es noch in AK 187 taten, daß sich die Streikführer lediglich mit dem Klerus „arrangiert“ hätten. Vielmehr besteht zumindest zwischen großen Teilen der Solidarnosc-Führung und dem Klerus eine gewisse Übereinstimmung in politischen Fragen.

Diese Übereinstimmung wurde u. a. am 16.12.1980, dem 10. Jahrestag des Blutbades an Gdansk Streikenden, deutlich, als Kardinal Marchewski anlässlich einer gemeinsamen Feierstunde von Regierung, Klerus und Solidarnosc die Fahne der Solidarnosc wehte.

Schritte hin auf ein wirklich sozialesistisches Polen, ohne ausbeuterische Produktionsverhältnisse, wird die polnische Arbeiterklasse erst machen können, wenn sie in ihrer Mehrheit die reaktionären politischen Ziele des Klerus erkannt und sich von seinem politischen Einfluß gelöst hat.

RGW-Kommission

## Anmerkungen

1. W. I. Lenin, Werke, Band 12, S. 51
2. W. I. Lenin, Werke, Band 32, S. 171
3. Materialien und Informationen zur Zeit, Zeitschrift des Internationalen Bundes der Kommunisten, Nr. 1/1979, S. 8
4. Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte, Band 2, Leipzig 1979, S. 161
5. Walter Hofer (Herausgeber): Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945, Frankfurt 1976, S. 235
6. zitiert in: Udo Gentzsch: Polens Kommunisten zwischen Arbeiterklima und „großem Bruder“, in: „Z“, Nr. 7, S. 12
7. Hans-Jakob Stehle: Die Ostpolitik des Vatikan 1917 - 1975, München 1975, S. 262 f.
8. zitiert in: „rote blätter“, Zeitschrift des MSB-Spartakus, Nr. 2 - 3/1981, S. 38
9. zitiert in: Materialien und Informationen zur Zeit, Nr. 2/1979, S. 8
10. „Typodit Powszechny“, Nr. 50/229, zitiert nach: siehe 9, S. 8
11. „Trybuna Ludu“, Zentralorgan der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZAP), 8.12.1980, zitiert in: siehe 9, S. 13
12. Hans-Jakob Stehle: Nachbar Polen, Frankfurt am Main 1983, S. 114
13. Hans-Jakob Stehle: Nachbar Polen, S. 107
14. Stefan Wyszynski, Predigt vom 6.1. 1980 in Warschau, in: Armin Th. Dross (Herausgeber): Polen - Freie Gewerkschaften im Kommunismus?, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 109
15. Mieczyslaw F. Rakowski: Grundlagen der Zusammenarbeit und des Dialogs, „Polityka“, Nr. 12/1978, 28.3.78, in: Armin Th. Dross: Freie Gewerkschaften im Kommunismus?, S. 124
16. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.9. 1980
17. siehe 15, S. 129
18. siehe 15, S. 133
19. siehe 15, S. 129
20. Frankfurter Rundschau, 31.5.1978
21. Stefan Wyszynski, Predigt am 21.1. 1980 in Warschau, in: Armin Th. Dross: „Freie Gewerkschaften...“, S. 140
22. Mieczyslaw Rakowski: An der Schwelle eines neuen Jahrzehnts, in: J. Kosak, M. Rakowski u.a.: Fünf Essays über das zeitgenössische Polen, Warschau 1980, S. 272
23. Radio Warschau, 6.12.80, nach: Monitor Dienst, 9.12.1980
24. Ryszard Wojna: Die stürmischen, bedeutungsvollen Jahre 1918 - 1978, in: R. Wojna, A. Jazienki u.a.: Sechzig Jahre unabhängiges Polen, Warschau 1978, S. 20
25. Jendzay Bukowski (Mitglied des KIK): Un mode de vie adapté à l'âme d'une nation, in: Le Monde, Paris, 6.11.1980

ABEIL

JETZT NICHT STREIKEN WALESCHEN!



## Polen: Worüber die SED schimpft

„Ein neues bezeichnendes Beispiel für das Vorgehen der Solidarnosc-Leute“ enthielt das „Neue Deutschland“, das Zentralorgan der SED, am 13.2.81. „Massive Erpressung“ warf die Zeitung der Solidarnosc vor, die angeblich „fremdes Eigentum zu erlangen sucht“. Was war passiert?

Nach den Auguststreiks ist die alte polnische Staatsgewerkschaft durch mehrere Millionen Austritte stark zusammengeschrumpft. Die große Mehrheit ihrer Mitglieder trat in die neue unabhängige Gewerkschaft „Solidarnosc“ ein.

Die Solidarnosc-Kollegen im Bezirk Lublin sahen nun nicht ein, weshalb sie das aus ihren Beiträgen finanzierte Gewerkschaftshaus in Lublin den abgewrackten Führern der Staatsgewerkschaft überlassen sollten. So forderten sie den Wojewoden (Chef der Verwaltung des Bezirks, der Wojewodschaft) auf, der Gewerkschaft Solidarnosc ab Ende Februar das Gewerkschaftshaus in Lublin zur Verfügung zu stellen.

Für den Fall, daß diese Forderung abgelehnt würde, kündigte Solidarnosc Streiks und die Besetzung des Gebäudes an. Der neue Wojewode,

der erst zwei Monate zuvor im Rahmen der „sozialistischen Erneuerung“ dies Amt erhalten hatte, akzeptierte die Forderungen der Solidarnosc.

Die örtlichen Chefs der Staatsgewerkschaft liefen Amok. In Schreiben an den Ministerpräsidenten und die Parteiführung forderten sie die Zurücknahme der angeblich „wiltürlichen“ und „ungesetzlichen“ Entscheidung des Lubliner Wojewoden.

Zusätzlich wandten sie sich an die Korrespondenten des „Neuen Deutschland“ und der Prager „Rude Pravo“, die, ständig auf Achse in Sachen Storys über „Chaos und Anarchie“ in Polen, die Sache umgehend groß herausbrachten.

Daß die Solidarnosc eine Gewerkschaft ist, die rund 10 Mio. Werktätige umfaßt, während der regimetreuen Staatsgewerkschaft scharenweise die Mitglieder davongelaufen sind, erfährt der Leser dieser Presse leider nicht. Dort wird die Solidarnosc nur als „Organisation“ mit konterrevolutionärem Touch hingestellt.

RGW-Kommission

## „Das da“ — Viel Scheiße für 6.80 DM

Am 2. März konnte der Leser und die Leserin der „tas“-Auslandsseite eine erstaunliche Anzeige studieren: „Viel Erfolg für wenig Rubel! 20 Jahre erfolgreiche sowjetische Deutschlandpolitik in „konkret““. So hieß es in dieser Anzeige, so haarsträubend das Produkt, für das (mit augenzwinkerndem Appell an „Linke, die einen Dritten Weg zwischen Kapitalismus und sozialem Sozialismus“ ... gehen“ wollen) geworden wird: Ein Politparanokum aus der Schreibmaschine des „das da-extra dry“-Chefs Klaus Röhrl.

Über ihn, seine journalistisch-pornographischen Machwerke sowie seine Karriere vom Schein-Linken zum Leichenfledderer am Nachlaß seiner Ex-Frau Ulrike Meinhof braucht es wohl keine weiteren Ausführungen.

Immerhin mag es nicht uninteressant sein, einmal in das hineinzu hören, was der ehemalige „konkret“ und „das da-avant!“-Herausgeber am heutigen Punkt seines Abstiegs in den Sumpf zum besten gibt. „konkret“ — das heutige, von Grem-litz herausgegebene — ist ihm, Röhrl, ein Blatt in „tiefem Rot“, soll heißen „konkret“ — eine Zeitung der Freunde der „DKP“, oder noch besser, ein Blatt „streng im Sinne der SED“, was natürlich nichts anderes heißt als: ein Instrument „Moskau“. Aber was soll's, laut Röhrl waren schließlich die Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Wiedereinführung der Wehrpflicht (in den 50er Jahren), die Bewegung gegen Atomwaffen (in den 60ern), der Sozialistische Studentenbund (SDS), wie überhaupt „jede Bewegung für Frieden und Abrüstung“ nichts anderes als Auftragsarbeiten der „sowjetischen Deutschlandpolitik“. Das geht bis hinein in die SPD, denn deren Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der Existenz zweier deutscher Staaten — worauf läßt das wohl schließen? Na?? ... Richtig!

Das alles ist natürlich reinster CDU-Ton — und es erfordert schon viel Feingefühl, da noch einen Hauch linker Tünche zu spüren. Die Feinfühligkeit seiner Leser steht andererseits bei Röhrl nicht hoch im Kurs, scheint's: Damit sich der Irrtum ja nicht festsetzt — sofern er ja aufkommt — Röhrl sei vielleicht nicht ganz bei Trost gewesen, als er seinen CDU-Artikel gegen „konkret“ schrieb, gibt er, im gleichen „das da-extra dry“-Heft noch eine Lobpreisung des „Lilli Marleen“-Films von Fassbinder drauf. Und zwar so: Das ist doch endlich mal ein „großartiger Kintopfilm“, der sich „überall sehen lassen kann“. Und warum das? Natürlich einmal wegen des „deutschen Filmwunders“ Henna Schygulla, zweitens dann, weil der Film „nicht deutschfeindlich ist“, drittens, weil dieser „großartige, populäre Kintop“ — im Vergleich zu „Cabaret“ mit Liza Minelli — „größere historische Authentizität“ hat, soll heißen: keine „geradezu plumpe Deutschfeindlichkeit“ predigt, viertens, weil „Lilli Marleen“, anders als „Cabaret“, nicht „nur deutschfeindlich“ ist, sondern „wunderhübsch, sehr menschenfreundlich“.

Na schön, wird der Leser sagen, was soll man anderes von Röhrl erwarten; und die Leserin wird sich weder über die Hochglanz-Nackten, die „Lolita im Himmelbett“-Story noch über den Aufwühl-Report „Kinder auf dem Strich“ wundern können. Auch das ist Original-Röhrl-Stil, wie gehabt.

Ärgerlich ist der Abdruck der Anzeige für diesen Mist in der „tas“. „Was hat die tas-Redaktion eigentlich dazu veranlaßt, dieses Machwerk zeigen für diesen Mist in der „tas“? „Was hat die tas-Redaktion eigentlich dazu veranlaßt, dieses Machwerk abdruckend?“ wurde in einem Leserbrief (9.3.) gefragt. Nun, bestimmt das Geld. Aber vielleicht auch geistige Gemeinsamkeiten irgend-eines „tas“-Redakteurs mit dem Inhalt der Anzeige? In dieser Anzeige heißt es z.B.: „Jedesmal, wenn die sowjetische Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik wieder einmal ein Stückchen an Boden gewonnen hat ... jedesmal, wenn die Außerparlamentarische Linke zu unbedachten Handlungen provoziert wird und eine Niederlage erleidet, dann spielt eine kleine Hamburger Monatszeitschrift dabei die Hauptrolle: „konkret“ ... Die Sowjetunion sparte mit Hilfe einiger geschickter Journalisten Müller den an Rubeln, die sie weniger für Rüstung, Lebensstandard und Hilfe für die Dritte Welt ausgeben mußte, weil immer einige Leute Kampagnen für „Frieden und Abrüstung“ organisierten“.

Daß ausgerechnet „das da“-Chef Röhrl höchstpersönlich von den 50er Jahren bis in die 70er Jahre hinein Herausgeber der nun von ihm diffamierten Zeitschrift „konkret“ war, bleibt in der Anzeige natürlich unerwähnt ...

Antifa-Kommunisten Hamburg

## Italienisch — alternativ

auch in diesem Jahr wieder vierwöchige Sprachkurse unter Einbeziehung der politischen/kulturellen/sozialen Vergangenheit und Gegenwart Italiens in Florenz. Das schließt (neben täglich vierstündigem Sprachunterricht) Besuche bei Parteien, Organisationen, Interessengruppen ein. Beginn: 2.3.; 30.3.; 4.5.; 1.6.; 29.6.; 3.8.; 31.8.; 28.9.; 26.10.; 23.11.

Der Sprachkurs kostet 170.000 Lire, also etwa 350 DM. Für Unterkunft kann gesorgt werden, kostet zwischen 250 und 400 Mark je Kategorie.

Außerdem gibt es noch spezielle Seminare: Im April: Entwicklung des Kunsthandwerks in Florenz; Oktober: Die italienischen Gewerkschaften — ein Modell für Europa? November: Das italienische Nachkriegskino.

Anmeldung: CENTRO KOINE, VIA DE' PANDOLFINI 27, 50122 FIRENZE, Tel. 0039/55/265 088

Prospekt und weitere Auskunft auch über ITALIEN-KOMMISSION des KB, Verlags-Jesse.

Italienkommission

## Jugoslawien: Praxisgruppe unter Druck

1975 mußte die linkssozialdemokratische Philosophie-Zeitschrift „Praxis“ in Jugoslawien auf Druck der Behörden ihr Erscheinen einstellen. Die Herausgeber, mehrere Professoren, erhielten Berufsverbot. Allerdings bekamen sie weiterhin noch 60 % ihres bisherigen Gehalts ausbezahlt, im Gegensatz zu Berufsverbots-Opfern in der BRD. Im Dezember 1980 wurden neben „Praxis“-Professoren auch diese Bezüge gestrichen.

Mihailo Marovic, einem ehemaligen „Praxis“-Herausgeber, der regelmäßig eine Gastprofessur in Philadelphia (USA) wahrnahm, wurde der jugoslawische Paß entzogen. Parallel dazu verhinderten die jugoslawischen Behörden, vorbereitet durch eine Pressekampagne, die Gründung einer kulturpolitischen Zeitschrift, an der sich auch einige ehemalige „Praxis“-Mitarbeiter beteiligen wollten.

Führende Parteifunktionäre hatten dem Herausgeberkreis „anarcho-liberalistische“ und „nationalistische“ Absichten unterstellt und sich darüber beschwert, daß die Herausgeber sich gegen „angebliche“ Zensur in Jugoslawien gowandt hatten.

Eine Reihe linkssozialdemokratischer Persönlichkeiten in der BRD hat sich einem Appell an die Präsidenten des serbischen und jugoslawischen Parlaments, der Skupstschina gewandt, und fordert die Rücknahme der Maßnahmen. Zu den Unterzeichnern des Appells gehören u.a. Jürgen Habermas, Hellmut Gollwitzer, John Strasser, Fritz Vilmar, Oskar Negt, Günther Grass, Siegfried Lenz, Heinz Brandt, Ingeborg Drewitz und Omp K. Flechtelheim.

RGW-Kommission

## Bahros letzter Schrei: Wir sind alle Kriegstreiber

Man lernt nie aus. Tiefschürfende Erkenntnisse durften diejenigen mit nach Hause tragen, die am 6.3. das Haus der Jugend in Frankfurt aufgesucht hatten, um Bahros neuer Predigt zu lauschen. Eingeladen hatten DIE GRÜNEN zu einer Wahlkampfveranstaltung unter dem Motto „Ökologie und Frieden“.

Ach ja, Walter Mommann war auch da. Der erzählte aber mehr vom Kaiserstuhl.

Also, mit den Raketen ist das so: Die sind genauso schlimm wie Autos. Beides sind nämlich Produkte der Industriegesellschaft. Diese aber trägt den Drang zur Vernichtung, zur Naturzerstörung wie zum Krieg, in sich. Wer in der Industriegesellschaft lebt und von dieser profitiert (Lebensstandard!), der macht sich folglich mitschuldig am Krieg. Kapiert?

Einige Zuhörer wollten es partout nicht checken. „Ich hab mit Atomraketen nichts zu tun“, rief einer dazwischen. „Ich übernehme doch nicht für die Wahnsinnspolitik von Ape die Verantwortung“, erklärte ein anderer. Normalerweise hätte man die beiden rühen müssen: „Seht her, es gibt auch bessere Deutsche, mindestens zwei davon haben wir hier im Saal“. Doch Fehlanzeige!

„Wir tragen alle Verantwortung“, schrie eine grüne Dame, „a l l e, versteht das doch endlich! Ob sie wohl Rüstungsaktien besitzt?“

Diskussionsbeiträge, die einer herrschenden Minderheit ein Krieg- und der unterdrückten Mehrheit ein Friedensinteresse zusprachen, verhallen ins Leere. Das wollte die grüne Gemeinde nicht hören. Und wer heute noch vom Kapital spricht, kommt sowieso aus einer K-Gruppe.

Dafür stellte Bahro strategische Gemeinsamkeiten mit Cohn Bendit fest. Einzige waren sich die beiden, daß die Industriegesellschaft das Hauptproblem und die Kriegursache sei. CB steuerte noch einige originelle

Untergangsvisionen bei. Wenn sich jeder Mensch mit Klopapier den Arsch abwischen wolle, wäre dies die ökologische Katastrophe. Genial, was?

Aber irgendwo gab es doch einen kleinen Unterschied in der jeweiligen Öko-Argumentation. CB meinte, die Menschen in den Industriegesellschaften wären letztlich sogar zum Krieg bereit, um ihre privilegierte Lebensweise auf Kosten der Völker der Dritten Welt aufrechtzuerhalten. Umfragen in Frankreich hätten ergeben, daß eine gute Mehrheit den Einsatz von Atomraketen am Golf befürworte, falls die eigenen Ölförderstätten bedroht seien.

Bahro hingegen trug eine etwas andere Variante vor. „Wenn wir (?) Indonesien heute mit der Atomtechnologie ausrüsten, dürfen wir uns nicht wundern, falls die Indonesier — unseren hohen Lebensstandard vor Augen — uns in ein paar Jahren mit Atombomben angreifen“. An einer anderen Stelle unterstrich Bahro diesen neuartigen Gedanken mit der Bemerkung, der „Wohstand“ der Industriegesellschaften müsse die armen Länder geradezu zum Krieg „provokieren“. Während CB also noch ganz in einer quasi „traditionellen“ ökologischen Denkweise verharret, ist Bahro längst zu neuen Tiefen gewegtaucht. Auf der Veranstaltung selbst begriff das eigentlich kaum jemand, da man sich ja in der Hauptsache einig war: Die Industriegesellschaft muß weg.

ABEIL JOHANNES, 68 JAHRE ALT, JA SEHR HAUPTACHE SING WAR: Die Industriegesellschaft muß weg.

Doch für Bahro scheint sie eher eine indirekte Kriegursache darzustellen: Indem sie nämlich den „Nerd der Armen“ provoziert. Die erste Atombombe, so Bahros neueste Eingebung, schmeißt ein Land der Dritten Welt. Das wird uns sicher noch öfter beschäftigen.

Insgesamt ein erfüllter Abend, aber: Thema verfehlt!

## Kritik eines anarchistischen Genossen

Im AK 193 scheint euch der Druckfehlerheft auf Seite 8 einen Streich gespielt zu haben. Ihr schreibt in der 4. Spalte oben als Überschrift eines Abschnittes:

„Sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik baut auf Anarchie!“

Das stimmt nun überhaupt nicht: Die sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik baut auf Hierarchie — und diese verursacht dann Chaos, Mißstände, Ungerechtigkeiten usw. Oder wollte es etwa sein, daß ihr den Begriff „Anarchie“ genauso wie die bürgerliche Presse benutzt? Oder wie

Marx und Engels, die den Begriff „Anarchie“ genauso wie die Bourgeoisie benutzen?

Das wäre dann allerdings genauso schlimm, als ob man/frau DKPler, denen man ja materialistisch sehr leicht Verrat an wichtigen Bestandteilen des Marxismus-Leninismus nachweisen kann, als „Marxisten-Leninisten“ oder als „Kommunisten“ bezeichnen würde!

Joachim, ein anarchistischer Genosse der FAU Hamburg

## Berichtigung

zum Interview mit Prof. Wertheim: „Das Mao-Modell — die schwierige Alternative“ (AK 196, S. 46/47).

„Times“: Pieter Broertjes („De Volkskrant“).

Über diese etwas merkwürdigen Zeilen dürfte der (aufmerksame) AK-Leser im AK 196 gestolpert sein. Also: Der Autor des Artikels ist Pieter Broertjes und die Zeitung, für die er arbeitet, „de Volkskrant“. Bei der ebenfalls angegebenen „Times“ handelt es sich nicht um die bekannte britische Zeitung, son-

dern um den Schrifttyp, in dem die Autorengabe hätte gesetzt werden sollen. Der Sätzer resp. die Sätzerin hatte die technische Angabe (Times) für einen Bestandteil des Textes gehalten und in der Endkontrolle ist es durchgerutscht, weil die Genoss/innen dort unter immer schlimmerem „Personalmangel“ zu leiden haben.

Gute Gelegenheit übrigens (für die Hamburger), mal wieder drüber nachzudenken, ob nicht einer oder auch zwanzig in die AK-Technik einsteigen wollen ...!

Niederlande-Kommission



# SPD- und FDP-Abgeordnete verteidigen Militärputsch

Fortsetzung von Seite 1

Terror beseitigt werden müsse. Der chilenische Faschismus wird damit gerechtfertigt, die Linke hätte ein Chaos angerichtet — wo bleibt da noch der Unterschied in der Rechtfertigung?

Vor dem Hintergrund dieser Haltung zur Militärdiktatur ist es dann auch nur logisch, daß alle Delegationsmitglieder die Weiterführung der „Türkeihilfe“ empfehlen. Helga Schuchardt begründet dies damit, daß „die innere Sicherheit wiederhergestellt“ und „die Wirtschaft konsolidiert“ werden müsse, was natürlich heißt, die Militärdiktatur zu stabilisieren. Von keinem Delegationsmitglied wurde in Erwägung gezogen, die Finanz- und Wirtschaftshilfe als Druckmittel zur Wiedereinführung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse zu benutzen. Natürlich sprachen sie sich auch für einen „Demokratisierungsprozeß“ aus, jedoch nur über die Stabilisierung der jetzigen Verhältnisse, also der Diktatur. Wie verkommen in politischer Hinsicht auch die „linken“ Sozialdemokraten in dieser entscheidenden Frage sind, macht Karsten Voigt an einem kleinen Beispiel deutlich: Im außenpolitischen Ausschuß der SPD wurde die Frage diskutiert, der türkischen Polizei 15 Mio. DM zufließen zu lassen. Begründet wurde dies von der Bundesregierung mit der Notwendigkeit der Verstärkung des Kampfes gegen den Rauschgifthandel. Alle Mitglieder des Ausschusses, selbst das Mitglied der „Alternativen Türkeihilfe“, Hansen, stimmten unter diesen Bedingungen dem Antrag zu. Es sei natürlich möglich, daß diese „Polizei-hilfe“ „auch für andere Zwecke benutzt wird als die ursprünglich vorgesehenen“, fügt Voigt hinzu. Demnach wird von diesen Sozialdemokraten die Militärhilfe sicherlich damit schmuckhaft gemacht, daß sie ausschließlich der Bekämpfung der Soldaten diene.

Nun war die Delegation ja überhaupt nur in die Türkei gerast, weil sich die Menschenrechtsverletzungen und die Folter in den Gefängnissen nicht mehr verschweigen ließen. Was ist nun von dieser Kritik übrig geblieben?

ben? Helga Schuchardt reduziert das Ganze wiederum allein auf das Problem des „Terrorismus“. Der Kampf gegen diesen geschehe mit Gesetzen, „die mit unseren rechtsstaatlichen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen sind“ („MoPo“). Dazu zählt für sie, daß Menschen 90 Tage lang ohne Begründung in Haft gehalten werden können. Nach Angaben von Helga Schuchardt sind gegenwärtig 20.000 Menschen inhaftiert (womit sie selbst die offiziellen Angaben halbiert). Aber nicht dies ist für sie problematisch, sondern daß dabei „mit Sicherheit eine Reihe von Menschen erfaßt (ist), die mit Terrorismus nichts zu tun haben“ („MoPo“). Also auch hier wieder das gleiche Verhältnis wie zum Abbau der demokratischen Rechte in der BRD: kritisiert werden nur die Überspitzungen der Verfolgung.

Völlig zynisch werden die Delegationsmitglieder in der Frage der Folter. Daß gefoltert wird, ist nicht mehr zu vertuschen, nachdem es selbst die Junta zugegeben hat. Die Junta hat sich darauf verlegt zu behaupten, es gebe keine „systematische Folter“ und die Verantwortlichen würden vor Gericht gestellt. Da genau jetzt nun Karsten Voigt an: Es gebe in der Türkei „keine staatliche Politik der Folterung“. Bei den bekanntgewordenen Fällen handele es sich „um vorhandene Übergriffe von z.T. wohl auch Militärs, besonders aber von Polizeikräften“ („faz“). Damit ist für ihn das Problem erledigt. Diese Schönfärberei bekommt noch dadurch einen besonderen Anstrich, wenn man weiß, daß die Delegation nicht einen einzigen Gefangenen sprechen durfte und nicht ein Gefängnis besuchte! Blanker Zynismus und Menschenverachtung ist es dann, wenn Hertel und Voigt „auf das andere Verständnis von Folter und Menschenrechten in dem vom Islam geprägten Land“ hinweisen („FAZ“, 10.3.).

Am 10.3. veröffentlichte die „faz“ eine Liste mit 30 Namen von zu Tode Gefolterten seit dem Putsch. (Nicht bekannt ist, wieviel namenlose Opfer es gibt.) Wieviel Menschen müssen gefoltert werden, daß es 30 Todesopfer gibt? Egal, wie hoch man diese Zahl ansetzt, wird man immer zu dem Schluss kommen, daß systematisch gefoltert wird. Davon die Junta freisprechen und die Verantwortung einzelnen Polizisten zuschieben, ist der reinste Hohn (obwohl es mit Sicherheit auch Racheakte von Faschisten an Linken im Knaus gibt). Wer hat denn die Inhaftierung angeordnet? Wer hat die Inhaftierten als „Terroristen“ abgestempelt? Wer hat die Gesetze geschaffen, die ermöglichen, daß die Gefangenen 90 Tage lang ohne Kontakt nach außen der Polizei ausgeliefert sind? Wer ordnet Verhöre an, um Verbindungen der Linken zu erfahren? Es ist natürlich eindeutig die gegenwärtige Staatsherrschaft, die dahinter steht.

Und schließlich kam die Delegation, die angeblich losgefahren war, um die Diktatur anzuklagen, mit dem Auftrag zurück, die türkische Linke auch in der BRD zu verfolgen. Auf eine Frage der „faz“, ob die BRD „künftig mithelfen wird, Türken, denen es gelungen ist, der Verfolgung durch die Militärjunta zu entkommen, in die Türkei zurückzuschaffen“, antwortet Karsten Voigt: „Es ist bekannt, daß politische Aktivitäten von Ausländern bereits heute einer besonderen Beobachtung unserer Sicherheitsorgane (!), besonders des Verfassungsschutzes, unterliegen. Wenn die türkischen Behörden uns nachweisen können, z.B. mit Unterlagen, daß Türken in der Türkei an Gewalttaten, z.B. an Morden, beteiligt gewesen sind, daß dann Strafverfahren eingeleitet werden, die auch zu Auslieferungen führen können...“ Nachdem er seine „Bedenken“ für Auslieferungen von Menschen geäußert hat, denen die Todesstrafe droht, fährt er fort: „Die Türken haben uns über die Gruppen informiert, die als links-extrem und rechtsextrem Gruppen in der BRD empfunden. Wir werden diese Informationen... natürlich den deutschen Sicherheitsorganen zustellen.“ Und dieser Mensch firmiert immer noch als Linker in der SPD!

Bis Mitte Februar hatten über 100 Türken, Kurden und Deutsche im Hungerstreik gestanden, um gegen die faschistische Diktatur zu protestieren. Ihre Forderung war: Die Bundesregierung solle einer unabhängigen Kommission diplomatischen Schutz gewähren, damit diese den Anklagen gegen die Junta nachgehen könne. Dieser Forderung wurde nicht entsprochen. Stattdessen warfen sich „linke“ Parlamentarier (Duve, Schuchardt, Voigt) für eine parlamentarische Delegation in die Bresche. Duve und Schuchardt hatten auch auf verschiedenen Protestveranstaltungen gesprochen. Noch bei der Abfahrt der Delegation hieß es in der „FR“, SPD und FDP wollten „sich Klarheit darüber verschaffen, ... ob die Berichte über Folterungen in türkischen Gefängnissen ... zutreffen“ (3.3.). Die Reise wurde in der Presse sogar dahingehend hochstilisiert, daß von ihren Ergebnissen die Entscheidung über die Fortführung der „Türkeihilfe“ abhängt. Diese Entscheidung war aber längst gefallen. Schon am 2.2. berichtete der „Spiegel“, daß im neuen Haushalt 460 Mio. DM für die Türkei verplant seien, obwohl dies bisher öffentlich nicht ausgewiesen ist. Damit sollte offensichtlich vorgetäuscht werden, daß die „sich vorgetäuscht werden“, daß die Entscheidung erst nach der Reise fallen würde.

## Auftraggeber: Die Bundesregierung

Bis Mitte Februar hatten über 100 Türken, Kurden und Deutsche im Hungerstreik gestanden, um gegen



Die bisher größte Türkei-Solidaritätsdemonstration gab es am Wochenende in Frankfurt. 12.000 Menschen, davon 10.000 Türken und Kurden und 2.000 Deutsche, folgten einem Aufruf der „Alternativen Türkeihilfe“. Unterstützt wurde die Demonstration von einer Reihe von linken türkischen und westdeutschen Organisationen. Die Demo war in den letzten Tagen noch zweimal von Oberbürgermeister Wallmann verboten worden, jedoch hob das Gericht die Verbote jeweils wieder auf. Trotz bürgerkriegsähnlicher Polizeibekämpfung und dem Eindringen von zwei Hundertschaften Polizei mit Wasserwerfern in die Demo, war die Demo ein großer Erfolg für die Türkei-Solidarität.

den Protestes nahmen sich in diesem Fall sofort „linke“ SPDler und FDPler an. Vor dem Hintergrund der jetzigen Ergebnisse kann man nur vermuten, daß dies allein der Eindämmung des Protestes diene. In dieser Hinsicht hatte ja auch das Bundeskabinett diskutiert. Regierungsminister Becker berichtete, daß im Kabinett überlegt worden sei, „wie man die Demonstrationen eindämmen könne“ („Die Neue“, 16.1.). Ein Ergebnis dieser Überlegungen ist mit Sicherheit die Delegation.

Die politischen Kräfte, die den Hungerstreik getragen haben, haben im wesentlichen auf die Gewinnung von bekannten SPDlern orientiert. Sie verzichteten zugunsten dieses Ziels in ihren Erklärungen vollständig auf eine Kritik an der Bundesregierung und an der SPD. Auf einer Protestdemonstration in Hamburg, zu der fast ausschließlich Mitglieder und Sympathisanten linker Organisationen gekommen waren, fuhr ein SPD-Wahlkampfbus vorneweg (siehe AK 1993). Auf dem Aufruf der „Alternativen Türkeihilfe“ zur Demonstration am 14. März wurden nur „linke“ Organisationen, wie die VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften) als Unterstützer aufgeführt. Linken Organisationen wurde dies verwehrt. Auch in diesem Aufruf fehlt völlig ein Hinweis auf die Verantwortung der SPD für die Entwicklung in der Türkei. Damit wird der Protest gerade an der Partei ausgerichtet, die zu den wesentlichen Drahtziehern des Putsches gehört. Konkret wird linksdrapierten SPDlern ermöglicht, Veranstaltungen und Demonstrationen zu bestimmen, während diese gleichzeitig der Regierung die Rechtfertigung für die Unterstützung der Junta liefern. In diesem Zusammenhang muß man einfach daran denken, was Lenin über die Sozialdemokratie schrieb: sie ist der bürgerliche Agent in der linken (Arbeiter)Bewegung!

Da aber die Entscheidung über die „Türkeihilfe“ schon feststand, waren gleichzeitig auch die Ergebnisse des Delegationsberichts festgelegt. Die Ergebnisse mußten auf die Reinwaschung der Junta hinauslaufen, um die weitere Unterstützung zu rechtfertigen. Daß dies das normale Geschäft solcher Kommissionen ist, ist bekannt. In diesem Fall ist es nur besonders erwähnenswert, weil zur Delegation SPD- und FDP-Mitglieder gehörten, die sich in der BRD als Gegner der Diktatur aufspielten. Sie galten als besondere Ansprechpartner des Hungerstreikkomitees. Mit dem Hungerstreik war das Schweigen über die Zustände in der Türkei durchbrochen worden. Des aufkeimenden

## Türkische Junta organisiert eigene „Sympathie“-Kampagne im Ausland

Als im Zusammenhang mit dem zu Anfang des Jahres durchgeführten Hungerstreik die Mauer des Schweigens in den westdeutschen Medien über die Terrorherrschaft der faschistischen türkischen Militärjunta durchbrochen werden konnte, reagierte die Junta sofort. Über die gleichgeschaltete türkische Presse organisierten die Militärs eine Kampagne, um gegen die angeblich falsche Berichterstattung über die Türkei zu protestieren.

Die Zeitungen „Hurriyet“ und „Tercüman“ verbreiteten ins deutsche übersetzte Protestbriefe, die als Muster verwendet werden sollten. Als die Tageszeitung „Die Neue“ in den Redaktionen dieser Blätter nachfragte, wer Initiator dieser Kampagne sei, stellte man sich unwissend und auch die türkische Botschaft bestritt jede Verantwortung.

Inzwischen liegt aber ein Dokument vor, das eindeutig beweist, daß die Kampagne offiziell von der Junta initiiert ist. Ein Brief des Kölner Generalkonsuls vom Januar fordert die Besucher des Konsulats auf, durch Protestschreiben an westdeutsche Medien und Institutionen gegen das falsche Bild, das angeblich über die Lage in der Türkei in der Öffentlichkeit besteht, zu protestieren und das Vertrauen zur Junta auszudrücken. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Generalkonsulat der Türkischen Republik — Köln, Januar 1981

Meine sehr geehrten Landsleute, wie wir alle wissen, war die Situation vor dem 12. September 1980, in der sich unsere Türkei befand, sowohl für das türkische Volk, das nur den Fortschritt des Landes im Sinne hat, als auch für die in Deutschland lebenden Arbeiter, Lehrer und freiberuflich Tätigen, unsere ausländischen Freunde besorgniserregend.

Gottseidank gehören durch die von den türkischen Streitkräften getroffe-

nen Maßnahmen unsere Sorgen der Vergangenheit an. Die Aktionen der Extremisten wurden unter Kontrolle gebracht, Eltern und Kinder und deren Geschwister erhielten wieder Lebenssicherheit und der Staatsapparat ist wieder in Gang gesetzt worden.

Obwohl die Lage so befriedigend ist, werden durch eine Gruppe Demonstrationen gegen unser Land organisiert, Folterbehauptungen aufgestellt und Hungerstreiks durchgeführt. Ein Teil der deutschen Medien und einige deutsche Politiker unterstützen bewußt oder unbewußt diese Aktionen, die von den in Deutschland lebenden Türken abstoßend beobachtet werden.

Diese eine Gruppe besitzt die Frechheit, im Namen der 1,5 Millionen in Deutschland arbeitenden und studierenden türkischen Staatsangehörigen zu sprechen. Jetzt ist die Zeit gekommen, diesen Leuten einen Denkzettel zu erteilen und zu zeigen, daß sie sich nicht frei ausleben dürfen. Aber wir dürfen die Tatsachen nur in der dem türkischen Volk und Atatürk würdigen Art und Weise ans Licht bringen.

Anbei füge ich einige Musterbriefe bei. Diese werden wir entweder in deutsch oder türkisch vielfältigen, einzeln oder durch Gruppen unterschreiben und in kürzester Zeit an die beigefügten Adressen zuschicken und damit beweisen, daß in Deutschland „Türken“ leben. Daß diese Texte vielfältig und den Landsleuten zugänglich gemacht werden, ist von großer Wichtigkeit. Ich vertraue Ihnen, meine werten Landsleute, und wünsche Ihnen viel Glück und Wohlbefinden.

Gez. İhsan Kiciman  
Generalkonsul

Die beigefügten Musterbriefe haben (auszugsweise) folgenden Wortlaut:

„In meiner Heimat wurden in den letzten zwei Jahren über 5.000 Men-

schen durch Gewalttätigkeiten getötet. Eine Handvoll Armseliger, die sich mit diesen Gewalttätigen solidarisieren, verbreiten Lügen und bereiten uns Sorgen.

Unsere Besorgnis vergrößert sich noch, weil deutsche Politiker diesen Lügen glauben und von diesen Leuten als „türkische Gastarbeiter“ sprechen. Die Aktionen dieser Leute stellen nicht die Meinung des türkischen Volkes und auch nicht die der in Deutschland lebenden türkischen Arbeiter dar.

Wir erwarten, daß Sie dies in der deutschen Öffentlichkeit verbreiten.

Aus den deutschen Medien erfahren wir von Folterbeschuldigungen und daß eine externe Gruppe, die keine Türken sind, Hungerstreiks durchführt. Das sind Bemühungen, um die deutsche Öffentlichkeit Irreführen. Wir, 1,5 Millionen in Deutschland lebende Türken, möchten die Wahrheit darstellen:

1. Alle Türken vertrauen ihrem Militär.
2. Das türkische Heer und die Türken in Deutschland sind ein Ganzes.
3. Die Türkei ist auf dem richtigen Weg, nach dem sich das türkische Volk sehnte. Die Extremisten erhalten ihre gerechte Strafe.
4. Alle in Deutschland lebenden Türken bis auf eine Handvoll, die von Hintermännern aufgehetzt wurden, sind zufrieden über die Aktionen des Militärs.
5. Wir glauben, daß die Türkei zur Demokratie zurückkehren wird.

Einige der Briefe stimmen wörtlich mit den in den türkischen Zeitungen abgedruckten Mustern überein.

Das Ziel dieser Kampagne ist deutlich: die Kritiker und Oppositionellen im Ausland sollen als lächerliche Minderheiten, die mit dem türkischen Volk nichts zu tun hat, disqualifiziert und isoliert werden.

Türkei-Kommission

## Junta betreibt Versklavung der Frauen

Die Militärjunta der Türkei unternimmt zur Zeit Bestrebungen, das von Kemal Atatürk gesetzlich verbotene Brautgeld wieder offiziell einzuführen. Das Brautgeld ist der Preis für eine Frau, den der zukünftige Ehemann dem Vater der Frau zu zahlen hat. Der Vater der Frau setzt den Preis fest, zählt der Zukünftige den verlangten Preis, ist seine Tochter Eigentum ihres Ehemannes. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Frau den Mann nun heiraten will oder nicht.

So schrieb die Zeitung „Milliyet“ am 8.12.80: „Eine vom Nationalen Sicherheitsrat eingerichtete Kommission hat eine lange Tradition der Türkei, die Frage des Brautgeldes, vom ökonomischen und psychosozialen Standpunkt her analysiert, und verschiedene Vorschläge juristischer Art gemacht. Als einige Vorteile dieser Tradition stellte die Kommission folgendes heraus:

• da das Brautgeld nur für jungfräuliche Frauen gezahlt wird, schützt diese Tradition die Jungfräulichkeit unserer Frauen;

- die ökonomischen Interessen der Familie der Frau werden gewahrt;
- die Frau gewinnt proportional zum gezahlten Brautgeld an Wert;
- die finanzielle Belastung verhindert weitere Eheschließungen, wenn man einmal von sehr begüterten Männern absteigt;
- der Mann wird seine Frau stets gut behandeln, da er sich dessen bewußt ist, wie schwer es ist, den gezahlten Preis zurückzubekommen, wenn seine Ehefrau zu ihrer Familie zurückkehrt.
- das Brautgeld bindet die Frau an ihr Haus und an ihre Familie; die traditionelle, vaterrechtliche, türkische Familie wird beibehalten. Als Abschließendes Ergebnis kann man sagen, daß es heute Bestrebungen von außen gibt, eine soziologisch gewachsene Sache zu verändern. Tatsache jedoch ist, daß diese Tradition ein untrennbarer gewachsener Bestandteil unserer Kultur, insbesondere im Osten Anatoliens, ist. Dieses ist eine Tradition, die Nationen schafft.“

Eine Genomin aus Westberlin